Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/2890

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
6 — 60000 — 1227/64 III

Bonn, den 5. Januar 1965

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Unter Bezugnahme auf § 6 Abs. 4 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzblatt I S. 685) übersende ich die

Stellungnahme der Bundesregierung zu dem ersten Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Das erste Jahresgutachten ist beigefügt.

Ludwig Erhard

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Stellungnahme der Bundesregierung gemäß § 6 Abs. 4 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963

I.

1. Das Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates beauftragt die Bundesregierung, innerhalb von acht Wochen nach Zuleitung des Jahresgutachtens eine Stellungnahme gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften abzugeben und „insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen".

   Die Bundesregierung möchte vorab dem Sachverständigenrat für sein erstes Jahresgutachten danken. Das Gutachten zeugt vom Bewußtsein der hohen Verantwortung, welche die Mitglieder des Rats mit ihrer Aussage tragen. Erfreulich ist auch, daß kein Minderheitsvotum „zu einzelnen Fragen" abgegeben wurde, wozu § 3 Abs. 2 des Gesetzes die Möglichkeiten einräumt.

2. Durch das Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates ist der Auftrag an die Gutachter sehr weit gespannt (§ 2). Er wird für das erste Jahresgutachten von der Bundesregierung im wesentlichen als erfüllt angesehen. § 2 Satz 5 spricht von verschiedenen Annahmen, die der Untersuchung zugrunde gelegt werden sollen, um darzustellen, wie die wirtschaftliche Entwicklung unter solchen verschiedenen Annahmen wohl aussehen könnte. Indessen enthält das Gutachten jedenfalls keine aus hypothetischen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die nähere Zukunft (etwa für die erste Hälfte oder das ganze Jahr 1965) abgeleiteten alternativen Darstellungen, mit denen gezeigt würde, wie unter verschiedenen Annahmen (über die außenwirtschaftliche Situation, die Staatsausgaben, die Lohnentwicklung und dergleichen) die Ziele der Preisstabilität, des hohen Beschäftigungsstandes und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts bei stetigem und angemessenem Wachstum erfüllt oder nicht erfüllt würden (§ 2 Satz 2).

   Einen breiten Raum nimmt in dem Gutachten die Darlegung der weltwirtschaftlichen Verflechtung der Bundesrepublik ein. Hier werden eine große Fülle sehr interessanten Materials über die Entwicklung seit 1950 geboten und verschiedene wichtige Zusammenhänge aufgezeigt. Dagegen befriedigt die Auseinandersetzung mit der aktuellen Konjunktursituation nicht. Die Bundesregierung hätte es begrüßt, wenn in dem Gutachten eine zusammenfassende — und nicht nur in Einzelabschnitten anzutreffende — Darstellung und Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftslage gegeben worden wäre, aus der die Bestimmungsgründe für die künftige Entwicklung deutlicher hätten abgeleitet werden können. Außerdem wird es als ein gewisser Mangel empfunden, daß sich der Sachverständigenrat mit einer Vorausschau auf das erste Halbjahr 1965 begnügt, während für die meisten Entscheidungen im politischen und wirtschaftlichen Leben über ein volles Jahr reichende Vorstellungen angemessener sind.

   Über die Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen, die nach § 2 Satz 3 in die Untersuchung einbezogen werden sollen, hat sich der Sachverständigenrat soweit geäußert, wie die derzeitige Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse es gestattet; er hat auf die Lückenhaftigkeit der statistischen Information hingewiesen.

3. Die Bundesregierung macht in dieser Stellungnahme zu dem Gutachten Gebrauch von der Möglichkeit, sich auf die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen zu beschränken, die sie aus dem Gutachten zieht (§ 6 Abs. 4 Satz 2). Sie fühlt sich dazu aus zwei Gründen veranlaßt:

   — Der Gesetzgeber hat die Frist zwischen Zuleitung des Gutachtens an die Bundesregierung und deren Stellungnahme mit acht Wochen bewußt kurz gehalten, damit Gutachten und Stellungnahme zu einem frühen Zeitpunkt im Parlament behandelt werden können; für eine auch Einzelheiten umfassende Analyse des Gutachtens und für die Stellungnahme dazu in Ressort- und Kabinettberatungen ist die Frist von acht Wochen aber knapp, zumal sie die Weihnachtszeit und den Jahreswechsel einschließt.

   — Das Gutachten enthält Aussagen von wissenschaftlicher Bedeutung, von denen manche allerdings auch in der Wissenschaft selbst noch sehr umstritten sind. Es erschien der Bundesregierung geraten, die Erörterungen über einige dieser Aussagen der Wissenschaft zu überlassen. Das gilt z. B. für die ungeklärte Frage über das Verhältnis von Preisstabilität und Wachstum. Die Bundesregierung hat oft erklärt und auch bewiesen, daß sie der Preisstabilität den Vorrang vor dem Wachstum gibt, was sie unbeschadet der noch nicht abgeschlossenen wissen-

schaftlichen Diskussion über dieses Thema tun konnte, da die Preisstabilität fast zu jedem Zeitpunkt mehr gefährdet war als das Wachstum und das hohe — stets ansteigende — Beschäftigungsniveau.

4. Wegen dieser Beschränkung auf die wesentlichsten Aspekte des Gutachtens muß sich die Bundesregierung vorbehalten, verschiedene von den Sachverständigen aufgeworfene Probleme zur gegebenen Zeit noch gesondert zu behandeln.

II.

5. Im Rahmen der Darstellung über die Einbettung der Volkswirtschaft der Bundesrepublik in die Weltwirtschaft wird gezeigt, wie die außenwirtschaftlichen Beziehungen wegen des zeitweise sehr hohen Überschusses der Ausfuhren über die Einfuhren zwar ein wesentlicher Faktor unserer Expansion seit dem Jahre 1950 gewesen sind, gleichzeitig aber auch als hauptsächliche Ursache für die allmähliche Erhöhung unseres Preisniveaus betrachtet werden müssen. Das Dilemma eines Landes, das sich unter der Bedingung fester Wechselkurse stets um die Stabilität seines Preisniveaus bemüht, aber in einer Umwelt lebt, die dieses Ziel nicht mit der gleichen Priorität bedenkt oder bedenken kann, wird ausführlich geschildert.

   Der in seinem Ausmaß keineswegs begrüßte Zustrom großer Währungsreserven in die Bundesrepublik ist der Ausdruck und die Folge des relativ guten Gelingens unserer Bemühungen um die Preis- und Geldwertstabilität. Und ein Überblick über den Zeitraum von 1950 bis heute, also fast über die Zeit seit Errichtung der Bundesrepublik, könnte Anlaß auch für eine grundsätzliche Bewertung der Wirtschaftspolitik (im weitesten Sinne) in unserem Lande und in der westlichen Welt überhaupt sein. Hier bietet sich der Vergleich zweier Zeiträume von in beiden Fällen 15jähriger Dauer an: 1918 bis 1933 und 1949 bis 1964. Kein Zweifel kann bestehen, welcher der beiden Zeitspannen hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik im eigenen Lande und in der übrigen westlichen Welt der Vorzug zu geben ist.

6. Dieses Urteil gibt jedoch keinen Anlaß, die Aufgabe unserer Zeit — den Kampf gegen die schleichende Geldentwertung — zu vernachlässigen. Das Gutachten durchzieht wie ein roter Faden die Aussage, die Bundesrepublik könne sich in einer weniger auf Preisstabilität bedachten Umwelt der Konsequenzen für ihr eigenes Preisniveau nur durch Anpassung des Wechselkurses entziehen. Die Bundesregierung zögert nicht, diese Ansicht des Sachverständigenrates abzulehnen. Zwar mußte die Bundesregierung selbst einmal von dem Mittel der Wechselkursänderung Gebrauch machen, als sich nämlich im März 1961 herausgestellt hatte, daß ein fundamentales außenwirtschaftliches Ungleichgewicht vorlag, das ohne den ungewöhnlichen Schritt einer Aufwertung nur über eine sehr kräftige Anhebung des internen Preisniveaus verschwunden wäre. Bis in die jüngste Vergangenheit haben sich sonst aber immer wieder Wege gefunden — und ließen sich auch noch weitere finden —, die vom Ausland ausgehenden Impulse auf das innere Preisniveau zurückzudrängen, wenn auch nicht völlig auszuschalten, und dabei gleichzeitig der weltwirtschaftlichen und der europäischen Zusammenarbeit und Integration verpflichtet zu bleiben, sie sogar zu fördern. Durch immer weitere Öffnung der heimischen Märkte wurde die Einfuhr angeregt, mit den rasch wachsenden Exportziffern besser Schritt zu halten. Zuerst war es die Befreiung der Einfuhren von mengenmäßigen Beschränkungen, dann waren es die im GATT vereinbarten und die wesentlich stärkeren autonomen Zollsenkungen; beides allerdings mit Schwergewicht auf die Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft beschränkt. Seit 1959 sind gegenüber den EWG-Staaten die im Vertrag vorgeschriebenen Zollsenkungen und der restliche Kontingentsabbau und — seit Juli dieses Jahres — die autonome Zollsenkung wirksam und lassen die Einfuhren weniger hinter der Ausfuhr herhinken.

7. Dem Übergang zu einem fluktuierenden Wechselkurs oder häufigen Wechselkursänderungen stehen internationale Verpflichtungen entgegen. Nach dem Abkommen über den Internationalen Währungsfonds, dem die Bundesrepublik durch Gesetz vom 28. Juli 1952 beigetreten ist, sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Parität ihrer Währung in Gold oder US-Dollar festzulegen und die Stabilität dieser Kurse zu wahren. Die Höchst- und Mindestkurse dürfen bei Kassa-Geschäften um nicht mehr als je 1 % von der Parität abweichen. Änderungen der Parität dürfen nur vorgenommen werden, um eine grundlegende Störung des Gleichgewichts zu beheben, und zwar nur nach Beratung mit dem Fonds. Auch nach dem Europäischen Währungsabkommen, dem die Bundesrepublik durch Gesetz vom 26. März 1959 beigetreten ist, verpflichten sich die Vertragsparteien, An- und Verkaufskurse für Gold, US-Dollar oder eine andere Währung festzusetzen, um die Schwankungen ihrer Währungen zu begrenzen. Bei der Formulierung des Abkommens erklärten die Vertragsparteien ihre Absicht, die Kursschwankungen am Devisenmarkt in engen Grenzen zu halten. In der Praxis liegen sie bei den meisten Mitgliedsländern unter der vom Internationalen Währungsfonds festgesetzten Grenze.

   Artikel 107 des EWG-Vertrages verpflichtet jeden Mitgliedstaat, seine Politik auf dem Gebiet der Wechselkurse als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse zu betrachten. Die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedsländer haben diese Verpflichtung in einer Erklärung vom 8. Mai 1964 dahin gehend konkretisiert, daß sich die Mitgliedstaaten vor jeder Änderung der Wechselkursparität

einer oder mehrerer „Mitgliedswährungen" in Anwesenheit der Kommission konsultieren werden.

In einer Verlautbarung vom 1. August 1964 haben die Minister und Notenbankgouverneure der Zehnergruppe ihre Überzeugung bekräftigt, daß sich das auf festen Wechselkursen und dem festgelegten Goldpreis beruhende Währungssystem als solides Fundament für künftige Verbesserungen erwiesen habe.

8. Selbst wenn die Bundesregierung rechtlich nicht gebunden wäre, würde sie nicht von der Verteidigung eines festen Wechselkurses abgehen. Ein fluktuierender Kurs würde neue Probleme mit sich bringen, die kaum leichter zu bewältigen wären als die Tendenz zum Import schleichender Teuerung. Wenn in der Bundesrepublik mehr Wert auf Preisstabilität gelegt wird als in den anderen Ländern, dann muß bei dem Verzicht auf Interventionen auf dem Devisenmarkt zugunsten eines festen Kurses die D-Mark eine ständige Aufwertung erfahren. Das wäre für die Spekulation eine ausgesprochen günstige Situation. Der Kurs würde nicht zuletzt wegen der Einfuhr von Kapital heraufgehen, und zwar bis zu einem Niveau, daß die Erwartung weiterer Kurssteigerungen zunichte machte. Möglicherweise wäre dieses Niveau so hoch, daß die laufende Bilanz ins Defizit geriete. Damit wäre aber die deutsche Volkswirtschaft von wechselnden Kurserwartungen und spekulativen Kapitalbewegungen ungewöhnlich abhängig geworden. Wenn die Bundesrepublik von solchen Einflüssen unabhängig bleiben möchte, müßte der Kapitalverkehr beim freien Kurs unter die Kontrolle der Devisenbewirtschaftung genommen werden.

9. In der wissenschaftlichen Diskussion ist die Frage des festen oder fluktuierenden Wechselkurses ebenso umstritten wie in der Erörterung wirtschaftspolitisch interessierter Kreise. Ein Urteil zugunsten der einen oder anderen Lösung kann nur abgegeben werden, wenn vorab die wirtschaftspolitischen (und sogar die umfassenderen politischen) Ziele formuliert werden. Wollte ein Land für sich allein in einer Umwelt schleichender Inflationierung den Weg der inneren Stabilität gehen, so müßte es letztlich wirtschaftspolitisch und politisch in die Isolierung flüchten. In diesem Falle könnte vielleicht der fluktuierende Wechselkurs ein Hilfsmittel zur Wahrung der Preisstabilität sein. Aber weder trifft es zu, daß wir allein uns um Stabilität bemühen, noch haben sich die Bundesrepublik und die übrigen Länder der westlichen Welt nach dem Ende des zweiten Weltkrieges auf den Weg der nationalen Isolierung begeben. Die westliche Welt verdankt im Gegenteil ihre wirtschaftliche Entwicklung und — im großen gesehen — ihre politische Stabilität der neu und immer umfassender ausgebauten Zusammenarbeit in internationalen Vereinbarungen und Organisationen. Hierin liegt die schöpferische wirtschaftspolitische Leistung der westlichen Welt in der Nachkriegszeit; ihr verdanken wir es, daß wirtschaftliche Entwicklungen wie in den zwanziger und dreißiger Jahren vermieden wurden. In einer integrationsbereiten Welt sind feste Wechselkurse ein Integrationsfaktor, so unvollkommen er, für sich allein genommen, auch sein mag. Schwankende Wechselkurse erschließen jedenfalls einen so leichten Ausweg für den internationalen Alleingang, daß ein an sich vorhandener Integrationswille bei ernsteren Schwierigkeiten zerstört würde.

10. Das Gutachten setzt sich mit dieser Frage nicht auseinander, verweist aber mehrfach auf sie, jedoch lediglich mit dem Bemerken, daß im Gesetzesauftrag die „Integration bei festen Wechselkursen nicht als Ziel genannt ist" (Ziff. 164). Das Ziel der Integration brauchte im Gesetz nicht ausdrücklich genannt zu werden, weil sich die Verpflichtung der Bundesrepublik zur „funktionellen" und „institutionellen" Integration schon aus der Existenz internationaler, von der Bundesrepublik ratifizierter Verträge ergibt, ganz zu schweigen von der politischen und wirtschaftspolitischen Praxis der Bundesrepublik seit ihrer Errichtung. Für die EWG und das Verhältnis der Bundesrepublik zu den übrigen Mitgliedstaaten sind feste Wechselkurse geradezu eine Vorbedingung für die über bloße Freizügigkeit des Wirtschaftsverkehrs hinausgehende Integrationsabsicht. Der EWG-Vertrag behandelt zwar die Politik der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Wechselkurse nur „als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse" (Artikel 107 Abs. 1). Aber schon jetzt, vor Ablauf der Übergangszeit, wird diese Formel als zu schwach erkannt.

11. Daraus ergibt sich die Konsequenz, da wir uns mit immer neuen jeweiligen Schüben von importierter Unstabilität nicht abfinden wollen, daß sich unsere wirtschaftspolitische Bemühung zur Stabilerhaltung des Geldwertes außer auf unser tägliches Handeln im eigenen Verantwortungsbereich auch auf das Feld der internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik erstrecken muß. Die skeptischen Urteile, die über die Erfolgsaussichten hierzu in dem Gutachten anklingen (z. B. Ziff. 240), werden von der Bundesregierung nicht geteilt. Kein Land und keine Regierung schätzt die Teuerung oder die Entwertung des Geldes. In jüngster Zeit hat die EWG mit den Beschlüssen des Ministerrats vom 14. April 1964 einen Beweis des Stabilisierungswillens gegeben, dem der Erfolg auch nicht versagt blieb. Auch im regional größeren Bereich wird die These schließlich akzeptiert werden müssen, daß sich kein Land unter Berufung auf seine Souveränität über die Konsequenzen seines Handelns für die übrigen Länder hinwegsetzen darf. Wie tief die Verurteilung einseitigen Vorgehens für den Bereich der Handelspolitik schon in das Bewußtsein der Nationen eingedrungen ist, zeigt die Reaktion auf die unlängst von Großbritannien ohne vorherige

Konsultation verhängte zusätzliche Einfuhrbelastung von 15 %.

12. Die Bundesregierung bemüht sich um die Entwicklung international anerkannter Spielregeln für das Verhalten der Notenbanken ähnlich den Regeln des GATT für das Gebiet des internationalen Handels. In ihrer Europa-Initiative vom 4. November 1964 hat sie als einen „Schritt in Richtung einer Währungsunion" in der EWG vorgeschlagen, „Regeln objektiver Art zur Vermeidung monetärer Ungleichgewichte in der Gemeinschaft" auszuarbeiten, die „als Leitlinien der Währungspolitik von den Notenbanken zu respektieren" wären. Wenngleich es verfrüht wäre, den Vorschlag einer Währungsunion in der EWG zu unterbreiten, so müssen die Notenbanken doch allmählich ein Verhalten an den Tag legen, das wesentlichen Elementen einer Währungsunion entspricht. Daraus werden auch weitere Konsequenzen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik folgen. In der OECD ist deren Währungsausschuß, die Arbeitsgruppe 3 des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, auf Grund der Untersuchung der Zehnergruppe über die Probleme des internationalen Währungssystems dank deutscher Initiative mit einer ähnlichen Aufgabe betraut worden. Die Bundesregierung sieht deshalb keinen Anlaß zu resignieren, die Hoffnung auf eine bewußte Stabilitätspolitik in den westlichen Industrieländern aufzugeben und nach einem Ausweg im nationalen Alleingang zu sinnen, zumal ein solcher sie nicht nur in Widerspruch zu internationalen Verträgen bringen, sondern auch vor andere, nicht weniger ernste Schwierigkeiten stellen müßte, als es heute die Abwehr der Gefahr von Inflationsimport ist.

III.

13. Von dem Sachverständigenrat ist nicht gesagt worden, daß der Geldwertschwund im längeren zurückgelegten Zeitraum allein auf die außenwirtschaftlichen Einflüsse zurückzuführen sei, wenngleich er diese als die Hauptursache bezeichnet (Ziff. 158). Niemand ist deshalb aus der Mitverantwortung für die Preisstabilität in der Bundesrepublik entlassen. Das gilt besonders für den in etwa voraussehbaren Zeitraum der ersten Hälfte des Jahres 1965, von dem der Sachverständigenrat sagt, daß in ihm die Stabilität des Preisniveaus das am meisten gefährdete unter den drei Grundzielen sei (Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht) (Ziff. 236). Er erwartet für das erste Halbjahr 1965 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1964 eine Erhöhung des Preisniveaus für den privaten Verbrauch um rd. 3,5 % und des Preisindex für die Lebenshaltung um etwa 3 %.

14. Der Sachverständigenrat will keine Voraussage darüber abgeben, wie die Wirtschaftsentwicklung im beschriebenen Zeitraum 1965 tatsächlich aussehen wird. Ebenso wie in den Wirtschaftsberichten 1963 und 1964 der Bundesregierung wird die wahrscheinlichste Entwicklung gezeichnet, u. a. unter der Annahme, daß keine unvorhergesehenen Ereignisse oder Verhaltensweisen und keine neuen Entscheidungen der Wirtschaftspolitik eintreten oder getroffen werden. Fehlentwicklungen ließen sich „durch ein vorbeugendes Verhalten des Staates" (Staat als wirtschaftspolitische Instanz und als Gesamtheit der „öffentlichen Hände") „und all derer, die außer ihm gesamtwirtschaftliche Verantwortung tragen", vermeiden (Ziff. 217).

15. Das Gutachten gibt seine Projektion für das erste Halbjahr 1965 außer in den verbalen Ausführungen auch in Gestalt der wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Tabelle 55). Wie bereits erwähnt, würde es die Bundesregierung begrüßt haben, wenn der Sachverständigenrat in gleich konziser Form Alternativrechnungen aufgestellt hätte, die erkennen ließen, unter welchen Bedingungen das Ziel der Preisstabilität mit größerer Wahrscheinlichkeit gewährleistet wäre, wenn auch vielleicht bei einem geringeren Wachstum des Brutto-Sozialprodukts als zunächst angenommen. Das Schlußkapitel über „voraussichtliche Fehlentwicklungen und mögliche Gegenmittel" ist wieder hauptsächlich dem unter oben II. schon behandelten Problem gewidmet und läßt wieder die unrealistische Vorliebe des Rats für fluktuierende Wechselkurse erkennen. Für die Behandlung des zeitlich nächstliegenden Problems der Vermeidung eines gewissen Preisauftriebs im Jahre 1965 läßt dieses genannte Kapitel keine Schlüsse zu.

IV.

16. Die Bundesregierung ist nicht der Auffassung, daß die vom Sachverständigenrat für das erste Halbjahr 1965 vorausgeschätzte Preiserhöhung ohne Aufgabe des festen Wechselkurses unvermeidbar ist. Sie betrachtet die vom Sachverständigenrat unter bestimmten Annahmen gewählte Hypothese für den Preisanstieg als ihren Zielsetzungen widersprechend, und sieht darin in erster Linie eine Aufforderung zu unablässigen Bemühungen um Preisstabilität, nicht aber einen Grund zur Resignation. Auch zu Beginn des Jahres 1964 schien es für manchen Beobachter fast ein unabänderliches Schicksal der Bundesrepublik zu sein, über kurz oder lang in den Strudel der inflationären Bewegungen des Auslands hineingezogen zu werden. Schon damals wurde von verschiedenen Seiten der Übergang zu flexiblen Wechselkursen empfohlen. Die Bundesregierung ist diesen Weg nicht gegangen, sie hat aber die Bedrohung der Preisstabilität sehr ernst genommen und in Abwägung der ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten die unserer internen und außenwirtschaftlichen Lage angemessenen Maßnahmen ergriffen (siehe Anlage). Sie wird auch künftig nicht zögern, bei gefährlichen Fehlentwicklungen der Binnenkonjunktur

oder der Außenwirtschaft die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

In erster Linie bemühte sich die Bundesregierung um ein gemeinsames Vorgehen aller EWG-Länder zur Inflationsbekämpfung. In dem Konjunkturstabilisierungsprogramm der EWG vom April 1964 wurden hierfür die Grundlagen geschaffen. Zugleich wurden Maßnahmen zur Abwehr des unerwünschten Kapitalzutroms und zur Förderung des Kapitalexports vorbereitet und vor allem noch verbliebene Möglichkeiten der autonomen Zollsenkung genutzt. Die Bundesbank hat in enger Fühlungnahme mit der Regierung ebenfalls entschlossen gehandelt und in mehreren aufeinanderfolgenden Schritten Regelungen getroffen, die sowohl der Abwehr des Geldzustroms aus dem Ausland als auch der Verknappung der internen Liquidität dienten. Zur Dämpfung der Inlandsnachfrage wurde insbesondere die Ausgabenpolitik des Bundes bereits für das Jahr 1964 und — nach dem Haushaltsentwurf — auch für das Jahr 1965 an dem Zuwachs des realen Sozialprodukts orientiert.

17. Mit dieser grundsätzlichen Neuorientierung des Bundeshaushalts wurde der Anfang für eine antizyklische Finanzpolitik gemacht, die gemäß dem von der Bundesregierung gebilligten Memorandum des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesfinanzministeriums über die Erweiterung des konjunkturpolitischen Instrumentariums (Anlage 1 des Nachtrags zum Wirtschaftsbericht 1964) Schritt für Schritt weiter ausgebaut werden soll. Hieran wird weiter gearbeitet, wobei die vom Sachverständigenrat gegebenen Anregungen bedacht werden sollen. Daneben wurden die Arbeiten für längerfristige Haushaltsüberlegungen aufgenommen und neue Gremien zur besseren Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik zwischen Bund und Ländern geschaffen.

18. Der wirtschaftspolitischen Aktivität der Bundesregierung und den internationalen Stabilisierungsmaßnahmen, insbesondere in der EWG, ist es zuzuschreiben, daß die Preisstabilität in der Bundesrepublik 1964 besser — wenn auch nicht in dem gewünschten Maße — gewahrt werden konnte und die Anfang des Jahres befürchteten inflationären Entwicklungen vermieden wurden. Die Bundesregierung wird auch 1965 die Politik der Preisstabilisierung konsequent fortführen und weiterhin in allen internationalen Verhandlungen mit größtem Nachdruck für die Priorität dieses Zieles eintreten. Sie ist sich bewußt, daß sie dazu der Unterstützung aller an der Gestaltung des Wirtschaftsablaufs Beteiligten, vor allem aber der Institutionen und Gruppen bedarf, die ihn durch ihre Beschlüsse unmittelbar mitbestimmen. Eine Alternative zu der vom Sachverständigenrat angenommenen Entwicklung für das erste Halbjahr 1965 ist allerdings nur denkbar, wenn alle Nachfragekomponenten auf Grund eines stabilitätsbewußten Verhaltens an den voraussichtlichen Produktionsspielraum angepaßt werden.

Dieser wird für 1965 zweifellos geringer sein als 1964, da sich der Arbeitskräftemangel bei der jetzt erreichten hohen Kapazitätsausnutzung wieder stärker als expansionshemmender Faktor bemerkbar machen wird. Eine Erhöhung der Beschäftigtenzahlen in einem Bereich ist praktisch nur möglich, wenn von anderen Arbeitskräfte abgegeben werden. Eine größere Mobilität der Arbeitskräfte im Sinne eines verstärkten Übergangs von Beschäftigten in Wirtschaftszweige mit relativ hoher Produktivität und langfristig großen Wachstumschancen ist anzustreben, um einen möglichst kräftigen Produktivitätsfortschritt in der Gesamtwirtschaft zu erzielen.

19. Die Zunahme der Investitionsnachfrage der Unternehmen scheint im Verhältnis zu den gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten zu hoch zu sein. Das gilt selbst wenn man berücksichtigt, daß für ein anhaltendes und angemessenes Wirtschaftswachstum ein hohes Investitionsvolumen erforderlich ist. Manche Unternehmen sollten daher einen größeren Teil der bei ihnen anfallenden Eigenmittel (nichtentnommene Gewinne und Abschreibungen) zur Konsolidierung, d. h. zum Abbau ihrer Verpflichtungen, verwenden, anstatt zu einer weiteren Expansion. Das würde auch dazu führen, daß sich das Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital günstiger gestaltet, zumal von seiten der Wirtschaft häufig über einen zu geringen Eigenkapitalanteil geklagt wird. Für ein stetiges Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik wäre es besser, wenn die Schwankungen der Investitionsnachfrage im Zeitablauf geringer wären.

Auch im Hochbau übersteigt die vorausgeschätzte Zunahme der Nachfrage — bei allen Unterschieden in den einzelnen Bereichen — insgesamt den verfügbaren Angebotsspielraum. Die zur Zeit zu beobachtenden Entspannungstendenzen reichen — zumal ihre Fortdauer ungewiß ist — noch nicht aus, um 1965 zu einem auch in den Preisen sichtbar werdenden Gleichgewicht zu gelangen. Es ist daher erforderlich, daß die in den Schwerpunkten der Bautätigkeit beabsichtigten öffentlichen und öffentlich geförderten Vorhaben des Hochbaus von den für sie verantwortlichen Instanzen auf ihre Dringlichkeit überprüft werden, vor allem hinsichtlich des Zeitpunktes ihrer Durchführung.

Im Hinblick auf die gesamte Investitionsnachfrage kommt einer Fortführung der bisherigen Linie in der Kreditpolitik besondere Bedeutung zu.

20. Die Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter ging bis zum Herbst 1964 nicht über den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt hinaus. Auch die stärker gestiegenen Effektivlöhne boten insgesamt gesehen bisher weniger Anlaß zu Preiserhöhungen als in den Vorjahren. Durch das Hineinwachsen in eine günstigere Kapazitätsauslastung sind die festen Kosten je Produk-

tionseinheit in weiten Bereichen der Wirtschaft gesunken, so daß steigende Lohnkosten zumindest teilweise kompensiert werden konnten. Die relativ starke Erhöhung der Exportpreise, durch die das inländische Preisniveau nicht berührt wird, bot ebenfalls in vielen Fällen einen Ausgleich für die Zunahme der Lohnkosten. Der Sachverständigenrat verweist jedoch darauf (Ziff. 130), daß „die im Jahr 1964 neu vereinbarten Lohn- und Gehaltstarife wieder höhere Steigerungssätze vorsehen", wobei nach seiner Ansicht die stärkeren Zunahmen erst im Laufe des Jahres 1965 voll zum Tragen kommen. Die von den Tarifparteien Anfang 1964 geübte Zurückhaltung beim Abschluß neuer Tarifverträge muß 1965 fortgesetzt werden. Die Bundesregierung betont die Notwendigkeit, daß sich die Lohnsteigerungen 1965 in dem vom Sachverständigenrat angegebenen Rahmen halten (Ziff. 235).

21. Der Sachverständigenrat hat sich in einem besonderen Abschnitt seines Gutachtens mit der Beamtenbesoldung befaßt, ohne über die bisherige Besoldungspolitik ein Urteil abzugeben. Er hat die Entwicklung der durchschnittlichen Beamtenbezüge und der vergleichbaren Einkommen von 1957 bis 1963 dargestellt und einige Grundsätze zur Beamtenbesoldung formuliert, wobei er die Auffassung vertrat, daß

    1. die Frage, ob die Gehälter des öffentlichen Dienstes langsamer oder schneller steigen müssen, allein unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu beantworten sei und daß zwischen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den Beamtengehältern keine strenge Parallelität bestehen müsse,
    2. die Besoldungspolitik die Ansprüche an die Qualität unserer Verwaltung und unseres Bildungswesens berücksichtigen müsse und
    3. die Erhöhung der Beamtengehälter nicht in längeren Abständen sprunghaft, sondern kontinuierlich erfolgen sollte.

    Der Vergleich der statistischen Reihen zeigt, daß die Beamtenbezüge zwischen 1957 und 1963 weniger gestiegen sind als die Löhne und Gehälter in der Wirtschaft. Wie alle statistischen Vergleiche ist auch dieser nicht unproblematisch; es bedürfte hierzu noch eingehender Untersuchungen über den Aussagewert des statistischen Materials. Die Bundesregierung hat sich in ihren Wirtschaftsberichten 1963 und 1964 (Drucksachen IV/1010, IV/1752) eindeutig zu den Gefahren übertriebener Lohnerhöhungen geäußert. Sie hat in ihrem eigenen Bereich diese Auffassung berücksichtigt, womit sie sich in Übereinstimmung mit dem Sachverständigenrat (Ziff. 137) befindet. Die Bundesregierung war stets bemüht, die für eine angemessene Besoldungspolitik maßgebenden Grundsätze mit ihrer wirtschaftspolitischen Verantwortung für die gesamte Lohn- und Gehaltsentwicklung in Einklang zu bringen. Im übrigen dürfen bei einer vergleichenden Untersuchung die dem Beamtenstatus eigentümliche besondere wirtschaftliche Sicherung, die Anwartschaft auf Pension und die aus der erhöhten Fürsorgepflicht des Staates herrührenden vielfältigen Nebenleistungen nicht außer Betracht gelassen werden.

22. Die Erhöhung der Sparquote der privaten Haushalte hat im bisherigen Verlauf des Konjunkturaufschwungs dazu beigetragen, daß die Zunahme des privaten Verbrauchs 1964 unter der nominellen Zuwachsrate des Brutto-Sozialprodukts geblieben sein dürfte [1]). Damit gingen vom privaten Verbrauch keine zusätzlichen Auftriebsimpulse für die konjunkturelle Entwicklung aus. Eine nochmalige Erhöhung der Sparquote im ersten Halbjahr 1965 würde dazu führen, daß die Nachfrage der privaten Haushalte sich besser in den Rahmen der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten einpaßte. Damit würden die Preisauftriebstendenzen auch von dieser Seite gedämpft, zumal eine stärkere Zunahme der Ersparnisse der privaten Haushalte — unter sonst gleichen Bedingungen — zu einer Dämpfung der Investitionsnachfrage im Unternehmenssektor führen dürfte.

    Abgesehen von diesen konjunkturpolitischen Aspekten betrachtet es die Bundesregierung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Spartätigkeit in breiten Schichten der Bevölkerung als Grundlage für eine verstärkte Vermögensbildung zu fördern. Sie hat zu diesem Zweck gerade in jüngster Zeit neue Maßnahmen beschlossen und vorgeschlagen, die zusätzliche Sparanreize bringen werden.

23. Unter den gegebenen konjunkturellen Voraussetzungen erscheint die voraussichtliche Zunahme der staatlichen Ausgaben im ersten Halbjahr 1965 als zu hoch. Auch wenn die erwartete Zuwachsrate des „Staatsverbrauchs" nach den Vorausschätzungen der Bundesregierung etwas niedriger angesetzt werden müßte als im Gutachten, kann von einer konsequenten konjunkturgemäßen Ausgabenpolitik der Gebietskörperschaften nicht überall die Rede sein. Es ist vor allem notwendig, daß Länder und Gemeinden ihre Ausgabenansätze für das Rechnungsjahr 1965, insbesondere aber die Ausgaben für Investitionen, nochmals überprüfen und alles daransetzen, sie noch zu kürzen. Der auf ein Ausgabenvolumen von 63,9 Mrd. DM begrenzte Entwurf des Bundeshaushalts 1965 hält sich in seinem Wachstum innerhalb des konjunkturell gebotenen Rahmens. Die Bundesregierung wird in den weiteren Haushaltsberatungen darauf dringen, daß trotz der bereits heute erkennbaren hohen Mehranforderungen der Plafonds von 63,9 Mrd. DM nicht überschritten wird. Beim Haushaltsvollzug im Verlauf des Jahres 1965 muß von allen zuständigen Stellen soweit wie

[1]) Die ersten vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes über die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Jahres 1964 sind nicht vor Anfang Februar verfügbar.

möglich auf die konjunkturelle Lage Rücksicht genommen werden.

24. Der Sachverständigenrat geht davon aus, „daß sich die Zahlungsbilanz während der nächsten Monate in der Nähe des Gleichgewichts halten wird, falls es in wichtigen Partnerländern nicht zu politisch bedingten Störungen kommt" (Ziff. 220). Die Bundesregierung wird alles vermeiden, was zu Hemmnissen bei den Einfuhren führen könnte oder die Ausfuhren begünstigt. Falls sich Tendenzen zu einer Passivierung der außenwirtschaftlichen Leistungsbilanz zeigen sollten, wird diese Entwicklung hingenommen. Ein vorübergehendes Defizit in der laufenden Bilanz würde die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1965 nur erleichtern, auch wenn die Bundesrepublik langfristig gesehen Überschüsse in der Waren- und Dienstleistungsbilanz erzielen muß, um ihren internationalen Verpflichtungen bei den einseitigen Übertragungen und dem langfristigen Kapitalexport nachkommen zu können.

25. Bei der augenblicklichen außenwirtschaftlichen Lage kann die auf Einengung der Bankenliquidität gerichtete Notenbankpolitik — anders als in den Jahren 1960/61 — wieder wirksam werden, da die Verflüssigung im Bankenapparat über die laufenden Devisentransaktionen verhältnismäßig gering ist. Es muß daher alles vermieden werden, was zu erneuten Liquiditätszuflüssen aus dem Ausland führen könnte. Der Gesetzentwurf über die Kapitalertragsteuer auf Rentenwerte im Besitz von Gebietsfremden sollte möglichst bald verabschiedet werden.

26. Eine von allen Seiten — unter Zurückstellung von Einzel- oder Gruppeninteressen — unterstützte Politik der Eindämmung des Nachfragezuwachses bietet die Chance, daß die tatsächliche Preisentwicklung des Jahres 1965 stabiler sein wird, als der Sachverständigenrat bei unveränderten Verhaltensweisen annimmt. Zur Resignation besteht auch unter den gegebenen Bedingungen des internationalen Währungssystems und bei der von der Bundesregierung unbeirrt weiter geförderten Integration kein Anlaß. Auch wenn dieser historische Prozeß nicht ohne Schwierigkeiten und Opfer reift, so wird er auf längere Sicht zweifellos mehr Gewähr für wirtschaftliche und politische Stabilität leisten, als alle Versuche, die Probleme dieser Zeit im nationalen Alleingang zu lösen.

Anlage

Konjunkturpolitische Maßnahmen der Bundesrepublik im Jahre 1964

I. Beschlüsse der Deutschen Bundesbank im Monat März

1. Wiederaufnahme der Kurssicherung für Geldanlagen der Geschäftsbanken in den USA („Swapsatzpolitik") durch die Bundesbank am 10. März 1964. Herabsetzung des Swapsatzes auf 0,25 am 13. Juli 1964.

2. Festsetzung der Mindestreservesätze für die Einlagen Gebietsfremder auf die gesetzlich zulässigen Höchstsätze am 19. März 1964. Diese Regelung trat am 1. April 1964 in Kraft.

3. Verbot der Verzinsung neuer Termineinlagen Gebietsfremder bei den Geschäftsbanken am 19. März 1964.

   Bestehende Terminguthaben gebietsfremder Einleger können noch bis zu dem Tag verzinst werden, an dem die zwischen Geschäftsbank und Einleger vereinbarte Frist abläuft bzw. bis zum frühest möglichen Kündigungstermin seitens des Geldinstituts.

   Sparguthaben natürlicher gebietsfremder Personen unterliegen weiterhin keiner außenwirtschaftsrechtlichen Verzinsungsbeschränkung.

II. Beschlüsse der Bundesregierung vom 23. März 1964

1. Ankündigung eines Gesetzentwurfs zur Ausdehnung der 25%igen Kapitalertragsteuer auf Erträge aus festverzinslichen inländischen Wertpapieren, soweit sich diese im Eigentum von Gebietsfremden befinden.

2. Abschaffung der Wertpapiersteuer von 2,5 % des Nennbetrages der Emission.

III. Beschlüsse der Bundesregierung vom 13. März 1964

1. Ankündigung eines Gesetzentwurfs über Zollsenkungen, und zwar

   a) Vorwegnahme der im EWG-Vertrag zum 1. Januar 1965 und 1. Januar 1966 vorgesehenen Senkung des EWG-Binnentarifs um je 10 % seitens der Bundesrepublik zum 1. Juli 1964 (Halbierung aller Zollsätze des Binnentarifs, die über 4 % betragen). Kleinzölle bis zu einem Satz von 4 % sollen ganz fortfallen.

   b) Senkung der zur Zeit angewandten Außenzollsätze, soweit diese über den Zollsätzen des Gemeinsamen Zolltarifs der EWG liegen, auf das Niveau des Gemeinsamen Zolltarifs zum 1. Juli 1964.

   c) Senkung der Binnenzölle, soweit diese nach Senkung der Außenzölle höher sind als diese, auf die Höhe der Außenzollsätze.

   Nach dem Bundestagsbeschluß vom 25. Juni 1964 wurden mit Wirkung vom 1. Juli 1964 gesenkt: Auf dem gewerblichen Sektor die Binnenzölle um 50 %, bei einigen Ausnahmen nur um 25 %; ferner rd. 320 Außenzollsätze, die über dem Gemeinsamen Zolltarif lagen, auf dessen Niveau. Im Bereich der Ernährungswirtschaft Senkung der Außenzollsätze in etwa 220 Fällen bis zu 3 Punkten; ferner Ermäßigung von 26 Binnenzollsätzen um etwa 1/3.

2. Initiative zur Senkung des EWG-Außentarifs um 25 % (Angleichung der angewandten nationalen Außenzollsätze an den so gekürzten Zolltarif). Ein Antrag der Bundesregierung auf eine befristete (bis 31. Dezember 1965) Herabsetzung der Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs bei gewerblichen Erzeugnissen um 25 % wurde am 25. September 1964 gestellt.

3. Begrenzung des Ausgabenanstiegs des Bundeshaushaltes 1965 auf die voraussichtliche Zunahme des realen Brutto-Sozialprodukts. Dementsprechend muß das Ausgabevolumen auf 63,9 Mrd. DM limitiert werden.

   In den Haushaltsgesetzen wird der Beginn von Hochbaumaßnahmen von der Zustimmung des BMF und BMWi abhängig gemacht und eine Sperrung der Ausgabemittel für Bauten in Höhe von 20 % vorgesehen. Zur Streckung und Raffung von Investitionsausgaben ist die Aufstellung mehrjähriger Investitionsprogramme von der Bundesregierung beschlossen. Verhandlungen mit den Ministerpräsidenten der Länder sind im Gange mit dem Ziel, für die Haushalte 1965 eine gemeinsame und an der Entwicklung des Bundeshaushalts orientierte Richtlinie anzunehmen. Ein Arbeitsausschuß der Länderfinanzministerien zur Abstimmung finanzpolitischer Maßnahmen zwischen Bund und Ländern sowie ein wirtschaftspolitischer Ausschuß Bund/Länder wurden gegründet.

IV. Beschlüsse der Deutschen Bundesbank im Monat Juli 1964

Am 9. Juli 1964 wurden zur Einengung des Liquiditätsspielraumes der Kreditinstitute mit Wirkung vom 1. August 1964 folgende Regelungen getroffen:

1. Erhöhung der Mindestreservesätze für reservepflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen um 10 % des derzeitigen Standes.

2. Kürzung der Rediskontkontingente der Kreditinstitute um den Zuwachsbetrag, der sich beim Vergleich aus am Monatsende im Ausland aufgenommenen Krediten mit dem Durchschnittsbetrag der am 31. Januar bis 30. Juni 1964 jeweils am Monatsende im Ausland aufgenommenen Kredite errechnet.

Jahresgutachten 1964
des Sachverständigenrates
zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

**Der Sachverständigenrat
zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**

Jahresgutachten 1964

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 legt der Sachverständigenrat, dessen Mitglieder der Bundespräsident auf Vorschlag der Bundesregierung am 14. Februar 1964 berufen hat, der Bundesregierung hiermit sein erstes Jahresgutachten vor.

2. Das Gesetz (§ 2) beauftragt den Sachverständigenrat,

   „die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung"

   darzustellen und zu untersuchen, „wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig

   Stabilität des Preisniveaus,
   hoher Beschäftigungsstand und
   außenwirtschaftliches Gleichgewicht
   bei stetigem und angemessenem Wachstum

   gewährleistet werden können"; es untersagt ihm jedoch, Empfehlungen für — bestimmte — wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen auszusprechen.

3. Da das Gesetz vorsieht, daß die Ziele gleichzeitig erreicht werden sollen, sind sie für den Sachverständigenrat grundsätzlich gleichrangig. Daraus folgt, daß der Sachverständigenrat immer jenen Zielen die größte Aufmerksamkeit widmen muß, die in der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Lage und deren absehbarer Entwicklung am wenigsten verwirklicht sind.

4. Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht, von stetigem und angemessenem Wachstum im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung begleitet, bilden auch die Grundlage für die weiteren Untersuchungen, mit denen der Gesetzgeber den Sachverständigenrat beauftragt hat:

   über „die Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen",

   über „die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot" und

   über „Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung".

5. Mit der sich aus dem Gesetz ergebenden Beschränkung des Auftrages, die darin besteht, daß der Sachverständigenrat „keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen" soll, hat der Gesetzgeber unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die politische Verantwortung in diesem Bereich ausschließlich

bei den verfassungsmäßig zuständigen Organen bleibt; er will nicht einmal Empfehlungen, die diese Verantwortung nach außen hin abschwächen könnten.

6. Wenn der Sachverständigenrat dem gesetzlichen Auftrag gemäß die absehbare Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage aufzuzeigen versucht, so ist er sich dessen bewußt, daß die Konjunkturanalyse zwar ein einigermaßen zutreffendes Gegenwartsbild erlaubt, aber alle Voraussagen immer nur hypothetischer Art sein können. Apodiktische Vorhersagen kann es schon deshalb nicht geben, weil die künftige Entwicklung auch der Wirtschaft Gegenstand menschlichen Gestaltungswillens ist und von den freien Entschlüssen politischer Instanzen und wirtschaftlicher Gruppen im Inland und im Ausland mitbestimmt wird. So können auch die Vorhersagen in diesem Gutachten, das dem Gesetz zufolge überdies erst acht Wochen nach seiner Fertigstellung dem Bundestag und der Öffentlichkeit bekannt wird, durch die tatsächliche Entwicklung schnell widerlegt werden; bei Fehlentwicklungen und vor allem bei solchen, die sich durch ein entsprechendes Verhalten der verantwortlichen Stellen vermeiden lassen, wäre dies sogar zu wünschen.

7. Doch bedeuten alle diese Ungewißheiten nicht, daß jede Prognose von vornherein sinnlos wäre, bedarf doch jede rationale Wirtschaftspolitik ihrer, damit sie Fehlentwicklungen schon dann, wenn sie sich anbahnen, erkennt und ihnen begegnen kann, bevor es zu spät ist. Hierfür genügt es aber, wenn Prognosen die wichtigsten Tendenzen hervorheben; Bruchteile von Prozentsätzen haben nur rechnerische Bedeutung. Nur so ist der Auftrag des Gesetzgebers aufzufassen; nur so aufgefaßt, ist er erfüllbar.

8. Von den drei Grundzielen und dem Wachstumsziel scheint dem Sachverständigenrat, wie im Gutachten näher dargelegt, die Stabilität des Preisniveaus gegenwärtig am meisten gefährdet. Die mit Preis- und Geldwertstabilität verbundenen Fragen, die sich auch darauf erstrecken, wie die verantwortlichen Instanzen bei enger Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland ihren konjunkturpolitischen Handlungsspielraum erweitern können, bilden daher den Kern des Jahresgutachtens 1964. Bei der freimütigen Erörterung dieser Möglichkeiten hat sich der Sachverständigenrat nur von den im Gesetz genannten Zielen leiten lassen; als Grenze war ihm nur die Rahmenbedingung „marktwirtschaftliche Ordnung" gesetzt. Daß andere Ziele und andere Rahmenbedingungen andere Konsequenzen haben, steht außer Zweifel.

9. In dem weiten Bereich, der durch die im Gesetz genannten Ziele und Nebenbedingungen und durch den Begriff „gesamtwirtschaftliche Lage" abgegrenzt ist, liegen zahlreiche wichtige Probleme, die der Sachverständigenrat in seinem ersten Jahresgutachten aus Mangel an Zeit, an Kräften und an statistischen Unterlagen nicht mit der gebotenen

Gründlichkeit untersuchen konnte und die deshalb zum Teil nur beiläufig erwähnt, zum Teil überhaupt nicht angesprochen werden konnten. Er wird sich ihrer annehmen, sobald er dazu in der Lage ist; dabei haben jene Probleme den Vorrang, die unmittelbar zu den im Gesetz genannten Fehlentwicklungen führen können.

10. Statt vielen Einzelfragen seine Aufmerksamkeit zu widmen, hat der Sachverständigenrat es in seinem ersten Jahresgutachten für erforderlich gehalten, die gesamtwirtschaftliche Lage in einem größeren zeitlichen Zusammenhang zu sehen. Denn wichtige Bedingungen der gegenwärtigen Entwicklung lassen sich nur vor dem Hintergrund längerfristiger Strukturwandlungen richtig beurteilen. In späteren Gutachten zur gesamtwirtschaftlichen Lage wird es dem Sachverständigenrat eher möglich sein, auf historische Rückblicke zu verzichten, obwohl noch sehr gründliche Untersuchungen der konjunkturellen Zusammenhänge in der Bundesrepublik nötig sein werden, damit bei der Analyse der Lage und bei der Abschätzung der voraussichtlichen Entwicklung das Typische besser vom Zufälligen getrennt werden kann. Falls Bundesregierung und Bundestag es wünschen und die Voraussetzungen dafür schaffen, wird der Sachverständigenrat als Mittler und mit eigener Kraft darauf hinwirken, daß sich die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik künftig noch mehr als bisher auf die wirtschaftswissenschaftliche Forschung stützen kann.

11. Für die in diesem Bericht behandelten Fragen hat der Sachverständigenrat viel Nutzen gezogen aus Diskussionen mit Vertretern der Bundesministerien und der EWG-Kommission, der Deutschen Bundesbank und des Sozialbeirates, der Sozialpartner und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sowie der Wirtschaftswissenschaft an den Hochschulen und in den Forschungsinstituten. Zahlreiche Wirtschaftsverbände haben sich für eine Befragungsaktion im Sommer 1964 zur Verfügung gestellt. Ihnen allen sei an dieser Stelle für ihre Mithilfe gedankt. Mit dem Statistischen Bundesamt zusammenzuarbeiten war nach Überwindung unvermeidlicher Anfangsschwierigkeiten eine große Freude.

12. Der Sachverständigenrat hätte seinen ersten Jahresbericht nicht in dem verkürzten Zeitraum fristgemäß fertigstellen können ohne die unermüdliche Unterstützung seiner Mitarbeiter, insbesondere aus Essen und Saarbrücken. Alle Fehler und Mängel, die dieser Bericht enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 15. November 1964

W. Bauer
P. Binder
H. Giersch
H. Koch
F. W. Meyer

Inhaltsverzeichnis

Seite

Erstes Kapitel: Außenwirtschaft und Binnenkonjunktur 9
Wirkungsbreite der außerwirtschaftlichen Triebkräfte 9
Außenwirtschaft und Binnenkonjunktur in den Wachstumszyklen 13
Exportorientiertes Wachstum und Geldwertstabilität 22

Zweites Kapitel: Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte 26
Der Übergang zur Binnenkonjunktur 27
Die Investitionsneigung der Unternehmen und des Staates 27
Die Ausrüstungsinvestitionen im gegenwärtigen Aufschwung 30
Die Nachfrage nach Bauinvestitionen in den letzten beiden Jahren 35
Der Staatsverbrauch 37
Der Private Verbrauch 40

Drittes Kapitel: Der Angebotsspielraum 46
Langfristige Entwicklungstendenzen 46
Arbeitsmarkt 46
Produktivität 48
Einfuhr 51
Das Angebot im gegenwärtigen Aufschwung 55

Viertes Kapitel: Die Entwicklung der Einkommen 64
Die Einkommensentwicklung im gegenwärtigen Aufschwung 65
Steuerliche Belastung der Einkommen 68
Einkommensübertragungen 69
Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 69
Beamtenbesoldung 69

Fünftes Kapitel: Preise und Geldwert 72
Die Verbraucherpreise 72
Der zyklische Verlauf der Preisentwicklung 77
Die Geldwertentwicklung seit 1950 im internationalen Vergleich 79

Sechstes Kapitel: Die Finanzierung des wirtschaftlichen Wachstums .. 83
Geld- und Kreditmarkt 83
Kapitalmarkt 85

Siebentes Kapitel: Die öffentlichen Finanzen 96
Die Entwicklung seit 1950 96
Die Entwicklung 1964 102
Die voraussichtliche Entwicklung 1965 102
Grundsätzliche Bemerkungen 103

Achtes Kapitel: Die voraussehbare Entwicklung 105

Neuntes Kapitel: Voraussichtliche Fehlentwicklungen und mögliche Gegenmittel 110

Abkürzungen

BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
VDMA	=	Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, Frankfurt/M.
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Statistische Materialquellen

Statistische Angaben über die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Material über fremde Länder wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen, in denen die Daten soweit wie möglich vergleichbar gemacht worden sind (Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Allgemeines Statistisches Bulletin. OECD: General Statistics. Vereinte Nationen: Yearbook of National Accounts Statistics). Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

Preismeßzahlen für Zeiträume von mehr als einem Monat geben den durchschnittlichen Stand im jeweiligen Zeitraum an.

ERSTES KAPITEL

Außenwirtschaft und Binnenkonjunktur

Wirkungsbreite der außenwirtschaftlichen Triebkräfte

1. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung unserer Wirtschaft wird heute mehr denn je bestimmt durch den hohen Grad ihrer außenwirtschaftlichen Verflechtung, insbesondere mit den Partnerländern im europäisch-atlantischen Raum. Dies zu belegen und auf seine wirtschaftspolitischen Konsequenzen hin zu untersuchen, ist die Aufgabe der einleitenden Abschnitte.

2. Der Anteil der Ausfuhr von Gütern und Diensten am Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik ist zwischen 1950 und 1960 auf mehr als das Doppelte gestiegen; er lag 1963 — nach einem offensichtlich konjunkturell bedingten Rückgang — nur wenig niedriger als in Großbritannien, das in Bevölkerungszahl und Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik von allen Ländern am meisten gleicht (Tabelle 1).

3. Wie stark die Bundesrepublik ihrerseits auf das weltwirtschaftliche Geschehen einwirkt, läßt Tabelle 2 vermuten. Sie zeigt, daß unser Anteil am Welthandel [1]), gemessen an den Exporten, auf 11 v. H. und, gemessen an den Importen, auf 9,2 v. H. angewachsen ist; diese Werte liegen nur noch unter denen für die Vereinigten Staaten (17,3 v. H. bzw. 12,9 v. H.).

4. Viele Produktionsbereiche, die im Hinblick auf Beschäftigung, Preisniveau und Wirtschaftswachstum eine Schlüsselstellung einnehmen, stehen heute in einem viel engeren Verhältnis

[1]) ohne Außenhandel des Ostblocks (osteuropäische und asiatische Länder), jedoch einschließlich Jugoslawien

Tabelle 1

Anteil der Ausfuhr [1]) am Bruttosozialprodukt ausgewählter Länder

in v. H.

Land	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963
Bundesrepublik Deutschland														
— ohne Saarland und Berlin	11,6	15,7	16,2	17,2	19,5	20,3	22,2	24,3	23,4	24,1	24,9	.	.	.
— einschließlich Saarland und Berlin (West)	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	21,2	20,2	19,4	19,9
Belgien	26,7	35,0	31,7	29,4	29,8	33,7	36,6	35,5	33,9	32,8	35,0	35,7	36,0	36,8
Frankreich	16,4	17,2	15,1	14,7	15,8	15,7	13,4	13,3	13,2	14,8	15,9	15,5	14,3	14,2
Italien	11,1	12,7	11,0	11,9	12,1	12,5	13,4	15,3	14,7	15,3	17,1	17,7	17,6	17,1
Niederlande	43,5	50,2	52,4	50,1	49,3	49,6	49,7	50,7	50,4	52,2	52,9	50,7	50,5	50,8
Dänemark	27,4	33,1	31,7	30,7	31,4	33,2	33,5	34,2	34,1	33,4	33,1	30,9	29,4	...
Großbritannien und Nordirland	27,1	29,0	27,3	25,0	24,9	24,9	25,3	25,2	24,1	23,5	23,4	22,8	22,5	22,8
Norwegen	39,1	47,5	43,1	38,9	38,9	41,8	45,0	46,0	42,0	42,5	42,7	41,3	40,0	41,2
Österreich	15,2	16,7	16,5	20,2	22,1	21,1	24,0	25,1	23,8	24,5	24,9	23,9	24,6	25,4
Vereinigte Staaten	4,8	5,6	5,1	4,6	4,8	4,9	5,6	6,0	5,2	4,8	5,3	5,4	5,3	5,3

[1]) im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Waren und Dienste)

Tabelle 2

Anteil des Warenhandels der Bundesrepublik Deutschland [1]) am Welthandel [2])

in v. H.

	1950	1958	1959	1960	1961	1962	1963
Ausfuhr (Ausfuhr aller Länder = 100)	3,6	9,2	9,6	10,0	10,7	10,7	11,0
Einfuhr (Einfuhr aller Länder = 100)	4,6	7,3	8,0	8,5	8,9	9,4	9,2

[1]) einschließlich Berlin (West), bis 5. Juli 1959 ohne Saarland
[2]) ohne die Länder des Ostblocks (osteuropäische und asiatische), jedoch einschließlich Jugoslawien

Schaubild 1

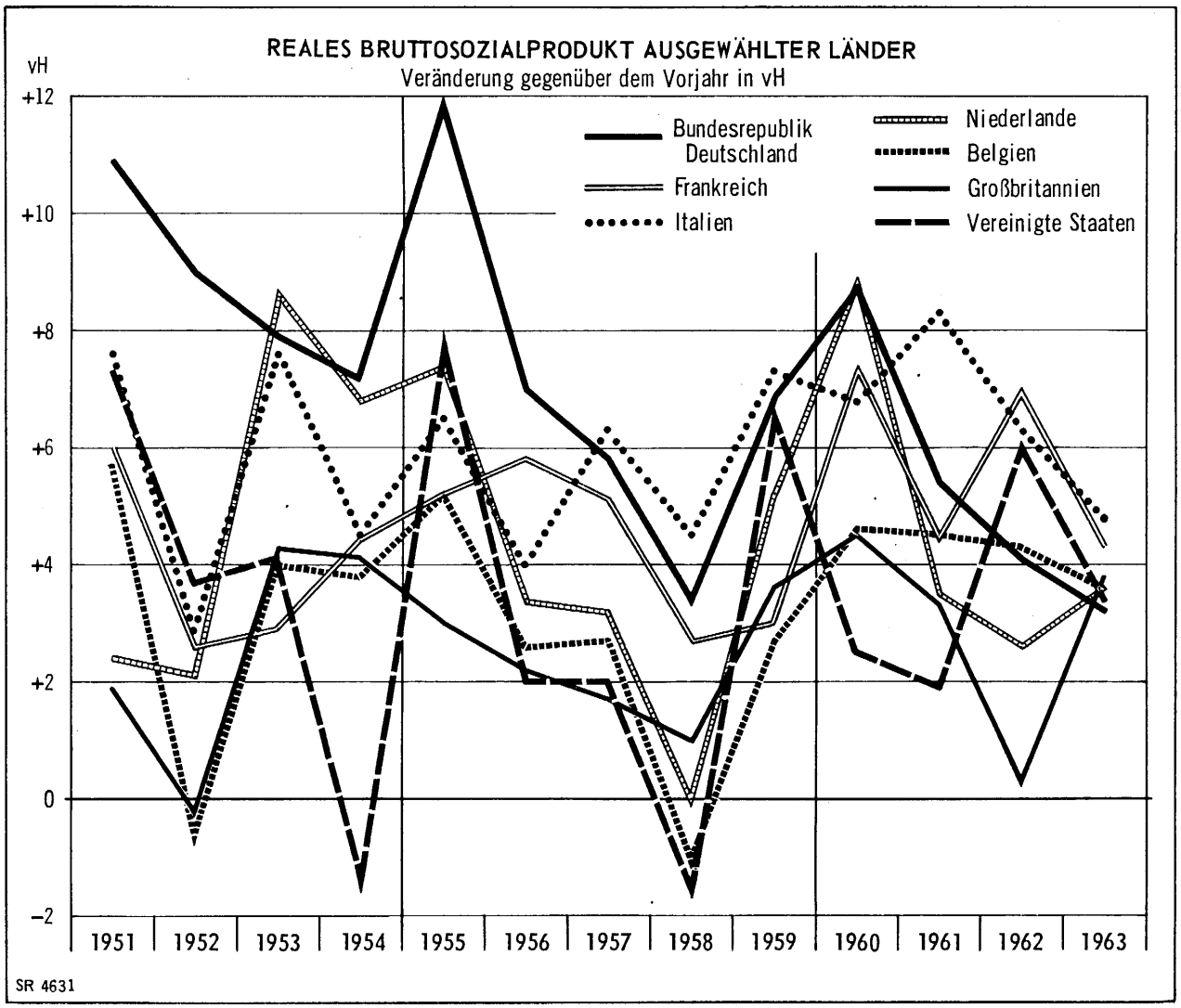


Tabelle 3

Anteil des Auslandsumsatzes am Umsatz [1] wichtiger Industriegruppen

in v. H.

Industriegruppe	1936	1950	1959	1963
Eisenschaffende Industrie	10,6	16,4	19,2	19,8
Chemische Industrie	17,3	12,3	23,2	24,6
Maschinenbau	17,5	20,1	29,5	31,8
Fahrzeug- und Luftfahrzeugbau	6,7	11,4	35,0	32,8
Elektrotechnische Industrie	12,7	7,9	19,6	17,8
Textilindustrie	6,7	3,6	7,8	8,5
Industrie insgesamt [2]	8,6	8,2	15,0	15,2

1936 Deutsches Reich, ab 1950 Bundesgebiet ohne Saarland einschließlich Berlin (West)

[1] 1950 in Berlin (West) einschließlich unternehmensinterne Lieferungen

[2] ohne Energie und Bau

wechselseitiger Abhängigkeit mit dem ausländischen Konjunkturgeschehen, als dies je zuvor der Fall war. Beispiele dafür gibt Tabelle 3.

Im übrigen zeigt sich diese Interdependenz besonders deutlich am Geld- und Kapitalmarkt. Sie wird bei der heutigen internationalen Mobilität der Arbeitskräfte auch schon am Arbeitsmarkt fühlbar.

5. Welche Länder durch ihre Nachfrage nach unseren Gütern den stärksten Einfluß auf das Konjunkturgeschehen in der Bundesrepublik ausüben, macht Tabelle 4 deutlich. Danach ging 1963 in die EWG-Länder mehr als ein Drittel unserer Warenausfuhren. Die Schweiz und die Vereinigten Staaten bezogen je rd. 7 v. H. und Großbritannien etwa 4 v. H. der Exporte.

6. Das Ausmaß der internationalen Konjunkturverbundenheit läßt Schaubild 1 erkennen. Es zeigt ziemlich deutlich, daß die Jahre 1955 und 1959/60 nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen Ländern Höhepunkte von Wachstumszyklen waren und daß das Jahr 1958 für die wichtigsten Industrieländer entweder eine erhebliche Verlangsamung des Wachstums oder gar eine Schrumpfung des realen Sozialprodukts brachte. Das Schaubild stützt die Vermutung, daß die europäischen Länder nach wie

Tabelle 4

Anteile einzelner Länder und Ländergruppen an der Warenausfuhr [1] der Bundesrepulik [2]

in v. H.

Land/Ländergruppe [3]	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963
I. Länder									
Frankreich	5,7	6,3	6,3	5,8	7,2	8,8	9,4	10,3	11,0
Niederlande	9,4	9,3	9,0	8,1	8,4	8,8	9,3	9,2	9,8
Italien	5,6	5,4	5,6	5,0	5,3	5,9	6,6	7,8	9,4
Schweiz	5,9	6,1	6,1	5,6	5,8	6,2	7,1	7,5	7,3
Vereinigte Staaten	6,3	6,7	6,9	7,1	9,3	7,9	6,9	7,3	7,2
Belgien-Luxemburg	6,7	6,8	6,7	6,6	6,0	6,0	6,4	6,8	7,1
Großbritannien und Nordirland	4,0	4,1	3,9	3,9	4,0	4,5	4,2	3,7	3,8
II. Ländergruppen									
EWG-Länder	28,8	29,5	29,2	27,3	27,8	29,5	31,7	34,0	37,3
EFTA-Länder	28,8	28,0	27,3	27,5	27,0	28,0	28,3	27,8	27,1

[1] Spezialhandel

[2] einschließlich Berlin (West), bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

[3] Verbrauchsländer

vor in ihrer Entwicklung recht stark vom amerikanischen Konjunkturverlauf abhängen. Das gilt besonders für die Hoch- und Tiefpunkte des amerikanischen Zyklus. Daß sich mit der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes ein engerer Konjunkturzusammenhang der Mitgliedsländer herausbildet, der gegenüber konjunkturellen Einflüssen aus den USA verhältnismäßig unempfindlich ist, wird zumindest durch die Daten, die dem Schaubild zugrunde liegen, nicht bestätigt.

7. Art und Stärke der Abhängigkeit unserer Wirtschaft von der Auslandskonjunktur werden entscheidend beeinflußt durch die Struktur unseres Außenhandels. Kennzeichnend für diese ist — neben einem Importüberschuß im Bereich agrarischer Erzeugnisse — ein sehr hoher Anteil (über 50 v. H.) der Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien an den Exporten (Tabelle 5).

Tabelle 5

Warenmäßige Struktur des Außenhandels [1]) 1963

Warenbereiche [2])	Exportüberschuß (+), Importüberschuß (−)	Anteile der Warenbereiche an der Warenausfuhr	Anteile der Warenbereiche an der Wareneinfuhr
	Millionen DM	v. H.	
Erzeugnisse folgender Bereiche:			
Investitionsgüterindustrien	+24 957	*55,1*	*13,7*
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien .	+ 1 963	*26,6*	*25,9*
Verbrauchsgüterindustrien	− 576	*9,7*	*11,9*
Bergbau	− 2 394	*4,7*	*9,8*
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	− 3 781	*1,7*	*9,1*
Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei, Gartenbau und Tierzucht	−10 446	*1,0*	*21,1*
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten	− 3 691	*1,3*	*8,5*
insgesamt ...	+ 6 032	*100*	*100*

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)
[1]) Spezialhandel
[2]) gegliedert in Anlehnung an die Produktionsstatistik

Allem Anschein nach hat die deutsche Wirtschaft gerade hier ihre komparativen Kostenvorteile gefunden und im Zuge ihrer Eingliederung in die expandierende Weltwirtschaft zu nutzen und zu entwickeln verstanden. Diese Konzentration der Ausfuhr auf Güter, deren Absatzchancen in hohem Maße von der Investitionstätigkeit im Ausland abhängen, trägt dazu bei, daß die deutsche Binnenkonjunktur auf Übersteigerungen und Störungen im Wachstum wichtiger Partnerländer deutlich reagiert. Wie noch genauer zu zeigen sein wird, pflegte den Phasen erhöhter Investitionstätigkeit im Inland regelmäßig ein (von der Auslandsnachfrage ermöglichter) Anstieg der Zuwachsrate unserer Exporte oder der Exportaufträge vorauszugehen. Bildhaft gesprochen kann man sagen, daß die deutsche Wirtschaft dank ihrer Entwicklungsrichtung (Produktions- und Exportstruktur) den — manchmal allerdings etwas böigen — Wind der Expansionsbestrebungen in aller Welt im Rücken gehabt hat.

8. Daß unsere Exportstruktur dem Wachstum der Binnenwirtschaft förderlich ist, geht indirekt auch aus Tabelle 6 hervor. Sie gliedert rund vier Fünftel der Warenausfuhr nach Erzeugnissen von neun Industriegruppen. Von diesen können zumindest die ersten vier, die 1963 mehr als die Hälfte der Ausfuhr bestritten, für die gegenwärtige Phase der weltwirtschaftlichen Entwicklung als typische Wachstumsindustrien angesprochen werden, d. h. als Produktionsbereiche, deren Erzeugnisse sich bei befriedigender und kräftiger Expansion der Gesamt-

Tabelle 6

Anteil wichtiger Warengruppen an der Ausfuhr [1]) 1963

Warengruppe [2])	v. H.
1. Maschinenbauerzeugnisse	21,5
2. Landfahrzeuge	13,6
3. Chemische Erzeugnisse	12,8
4. Elektrotechnische Erzeugnisse ...	8,8
5. Eisen und Stahl	6,7
6. Erzeugnisse des Kohlenbergbaus .	4,2
7. Eisen-, Blech- und Metallwaren ..	4,0
8. Textilien	3,6
9. Feinmechanische und optische Erzeugnisse	2,8
zusammen ...	78,0

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)
[1]) Spezialhandel
[2]) gegliedert in Anlehnung an die Produktionsstatistik

nachfrage einer überdurchschnittlichen Nachfragesteigerung gegenübersehen. Bei weniger ausgeprägter Konzentration auf diese Bereiche oder bei schwächerem Anstieg der Weltnachfrage wäre die deutsche Wirtschaft in den letzten 15 Jahren sicherlich langsamer — möglicherweise aber auch gleichmäßiger — gewachsen.

Außenwirtschaft und Binnenkonjunktur in den Wachstumszyklen

9. Bei dem hohen Grad der außenwirtschaftlichen Verflechtung der Bundesrepublik sind Ungleichgewichte inländischen Ursprungs für die Stabilität von Preisniveau und Beschäftigung weniger gefährlich als früher, weil der freie Außenhandel und der ausländische Arbeitsmarkt zusätzliche Ausgleichs- und Ausweichmöglichkeiten bieten. Jedoch finden Ungleichgewichte inländischen Ursprungs, die außenwirtschaftlich kompensiert werden, normalerweise ihren Niederschlag in Ungleichgewichten (Überschüssen und Defiziten) der Zahlungsbilanz. Das bedeutet indessen nicht, daß alle Zahlungsbilanzungleichgewichte Ausfluß binnenwirtschaftlicher Störungen sein müßten. Sie können auch als Folge von Ungleichgewichten in wichtigen Partnerländern entstehen. Soweit diese politisch bedingt sind, lassen sie sich mit Mitteln der ökonomischen Analyse überhaupt nicht im voraus erkennen. Bisweilen erreichen sie Ausmaße, mit denen sie die Stabilität des Preisniveaus (oder der Beschäftigung) in den als Konjunkturpuffer dienenden Partnerländern erheblich gefährden. Hierin liegt heute das Hauptproblem der Konjunkturdiagnose für ein Land, das so eng mit der Weltwirtschaft verflochten ist wie die Bundesrepublik; wir versuchen, ihm Rechnung zu tragen, indem wir den außenwirtschaftlichen Fragen in der Vorausschau, aber auch im Rückblick, mehr Gewicht und Raum geben, als es bisher üblich war und notwendig erschienen sein mag.

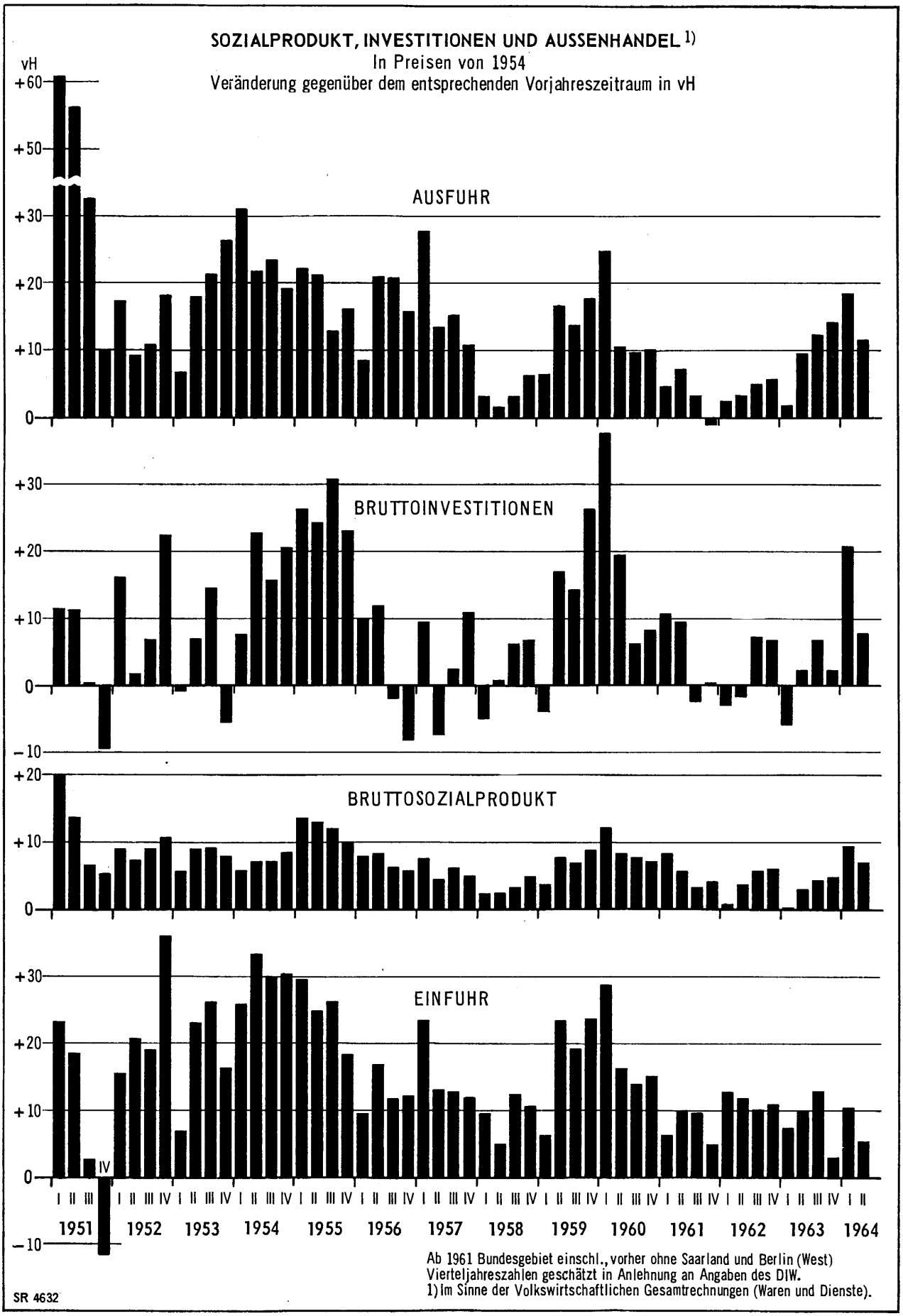
10. Das Jahr 1960 brachte nach 1951/52 (Korea-Boom) und 1955 die vierthöchste Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts (8,8 v. H.) und den Höhepunkt der dritten Welle im Wachstum der deutschen Wirtschaft nach 1950. Seit dem Herbst 1963 erlebt unsere Wirtschaft ihren vierten Konjunkturaufschwung. In all diesen Fällen lag offensichtlich eine wichtige Triebkraft in der Zunahme der Auslandsnachfrage. Für den Korea-Boom steht dies außer Zweifel. Für die anderen beiden Aufschwungphasen gibt Schaubild 2 die Daten. Es zeigt, daß dem Anstieg der Bruttoinvestitionen und des Bruttosozialprodukts im Wachstumszyklus, der 1955 seinen Höhepunkt hatte, eine beschleunigte Zunahme des Exportvolumens vorausgegangen war. In der Aufschwungphase des nächsten Zyklus (1959) beschleunigten sich Ausfuhr- und Investitionsvolumen zur selben Zeit. Ein Vergleich der In- und Auslandsaufträge läßt jedoch vermuten, daß der Anstoß auch hier vom Ausland ausging. Was den gegenwärtigen Wachstumszyklus anlangt, so besteht kein Zweifel, daß der Aufschwung in der 2. Hälfte 1963 durch die Entwicklung im benachbarten Ausland ausgelöst wurde. Daß in all diesen Fällen die Exportbemühungen der deutschen Unternehmer, vor allem in den Jahren gedämpfter Nachfrageentwicklung im Inland, die Ausfuhrsteigerung wesentlich mitbewirkt haben, ist sicherlich nicht zu leugnen, obwohl die verfügbaren Informationen hierüber keine quantitativen Aussagen zulassen. Doch ohne die Nachfrageentwicklung in den Abnehmerländern wäre diesen Bemühungen viel weniger Erfolg beschieden gewesen.

11. Nicht minder typisch ist, daß im Aufschwung auch die Importe schnell zuzunehmen pflegen (Schaubild 2). Engpässe, die sonst — stärkere — Preissteigerungen bewirkt hätten, ließen sich durch Rückgriff auf das ausländische Angebot kurzfristig ausweiten. Demzufolge konnte der Index der industriellen Erzeugerpreise noch 1959 — ebenso wie 1954 — sinken. Er begann dann aber in der zweiten Hälfte 1960 deutlich anzusteigen (ähnlich 1955), und zwar unter dem Einfluß einer 1959 einsetzenden Investitionswelle, die 1960 den Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt auf die Rekordhöhe von 26,8 v. H. (1955: 25,6 v. H.) brachte.

12. Diese Einfuhrsteigerungen reichten indessen selbst in den Jahren der Hochkonjunktur nicht aus, außenwirtschaftliche Überschüsse zu verhindern. In Jahren gedämpfter Binnennachfrage war die Neigung zu Überschüssen — jedenfalls bis 1962 — regelmäßig besonders groß. Ab 1956/57 bewirkten die Leistungsbilanzüberschüsse, daß die Gold- und Devisenbestände der Bundesbank in einem Umfang zunahmen, der nicht nur das Ausland beunruhigte. Unabhängige Sachverständige, darunter der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, hatten die Fortdauer dieser Entwicklung schon 1957 vorausgesehen und als autonome Gegenmaßnahme eine Aufwertung der DM vorgeschlagen. Erst im März 1961, nachdem das Versagen der restriktiven Kreditpolitik jeden Zweifel daran beseitigt hatte, daß die Bundesbank bei Konvertibilität und festen Wechselkursen keine wirksamen Mittel besitzt, die Bundesrepublik vor den Gefahren einer importierten Inflation zu schützen, folgte die Bundesregierung der Empfehlung der Sachverständigen; sie wertete die DM auf.

13. Nimmt man an, daß es bei der Aufwertung vornehmlich darum ging, die Gefahr kräftiger Preissteigerungen durch Verbilligung der Importe und Erschwerung des Exports für einen nicht zu kurzen Zeitraum abzuwenden, so war der Aufwertungssatz von rd. 5 v. H. eher zu niedrig als zu hoch gegriffen. Zumindest hätte eine Aufwertung dieses Umfangs unter dem Gesichtspunkt der Geldwertstabilität — wenn auch nicht des Wachstums — einige Zeit früher

Schaubild 2


SOZIALPRODUKT, INVESTITIONEN UND AUSSENHANDEL 1)
In Preisen von 1954
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH
vH
+60
+50
+30
+20
+10
0
AUSFUHR
+30
+20
+10
0
−10
BRUTTOINVESTITIONEN
+20
+10
0
BRUTTOSOZIALPRODUKT
+30
+20
+10
0
−10
EINFUHR
IV
I II III IV I II III IV I II III IV I II III IV I II III IV I II III IV I II III IV I II III IV I II III IV I II III IV I II III IV I II III IV I II
1951 1952 1953 1954 1955 1956 1957 1958 1959 1960 1961 1962 1963 1964
Ab 1961 Bundesgebiet einschl., vorher ohne Saarland und Berlin (West)
Vierteljahreszahlen geschätzt in Anlehnung an Angaben des DIW.
1) Im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Waren und Dienste).
SR 4632

erfolgen und vielleicht auch in kurzem Abstand wiederholt werden müssen.

14. Zugunsten dieser Vermutung spricht der überdurchschnittlich hohe Kaufkraftschwund der DM in den Jahren 1961 und 1962. Die 1960 einsetzende Lohnwelle konnte in ihrer Wirkung auf das Kostenniveau zunächst noch durch hohe Produktivitätssteigerungen weitgehend kompensiert werden. Ähnlich wie 1955/56 setzte sie sich jedoch 1961/62 trotz geringerer Produktivitätsfortschritte mit gleicher Intensität fort, nachdem die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von 1959 auf 1960 um fast 11 v. H. zugenommen hatten. So kam es zu einem Anstieg des Kostenniveaus, in dessen Gefolge der Preisindex des Bruttosozialprodukts sich 1961 um 4,3 v. H. und 1962 um 4,4 v. H. erhöhte. Der Preisindex für die Endnachfrage jedoch, in dem sich auch die Entwicklung der Importpreise niederschlägt, stieg nur um 3,2 v. H. bzw. 3,4 v. H. Die Verbilligung der Importe war zum größten Teil der Aufwertung zu verdanken.

15. Zwar sind auch im Ausland die Produktionskosten im Gefolge des Booms von 1960 gestiegen, aber wie man aus Tabelle 7 schließen kann, war der Anstieg im Mittel der Jahre 1961 und 1962 in der Bundesrepublik wohl am stärksten. Da auch im Ausland leichte Rezessionen den Spielraum für die Abwälzung von Kostenerhöhungen enger begrenzten, konnte es nicht ausbleiben, daß die Aufwertung im Verein mit der in- und ausländischen Kostenentwicklung die Ertragslage der Unternehmen in der Bundesrepublik spürbar beeinflußt hat, vor allem natürlich von Unternehmen, die viel exportieren oder unter Importkonkurrenz stehen. Dies hat dazu beigetragen, daß die „Gewinnquote", d. h. der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen, von 39,2 v. H. im Jahr 1960 auf 36,1 v. H. 1962 zurückgegangen ist.

16. Daß Aufwertung und Kostenauftrieb die Wettbewerbsüberlegenheit der deutschen Exportindustrie insbesondere 1961 vermindert haben, wird auch deutlich, wenn man die Entwicklung des deutschen Exportpreisniveaus zur Entwicklung der Preisniveaus (der letzten inländischen Verwendung) in den Partnerländern in Beziehung setzt, wie es in Tabelle 8 geschehen ist. Mit Ausnahme der Niederlande, die ebenfalls aufgewertet hatten, sind die Preise unserer Exportgüter in Auslandswährung stärker gestiegen als die Binnenpreise im übrigen EWG-Raum. Auch auf dem britischen und nordamerikanischen Markt war die deutsche Wettbewerbsposition, was die Preise anlangt, 1961 schlechter als 1960. Die Jahre 1962 und 1963 brachten jedoch bereits wieder eine Umkehr dieser Entwicklung, und zwar fast ausschließlich als Folge von Preissteigerungen in den Partnerländern.

Tabelle 7

Lohnkosten je Produkteinheit [1]
in der Verarbeitenden Industrie ausgewählter Länder

— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H. —

Land	1961	1962	1963
Bundesrepublik Deutschland	+8	+7	+ 3
Belgien [2]	+1	+4	+ 4
Frankreich	+2	+5	+ 3
Italien [3]	+2	+7	+11
Großbritannien und Nordirland	+8	+2	− 1
Vereinigte Staaten [4]	−1	±0	− 1

[1]) Die Lohnkosten je Produkteinheit sind, wenn nicht anders vermerkt, berechnet aus: Index der Verdienste je Arbeiter- bzw. Arbeitsstunde dividiert durch Index der Produktion je geleistete Arbeiter- bzw. Arbeitsstunde · 100. Die Ergebnisse sind wegen des heterogenen Ausgangsmaterials nur grob vergleichbar.
[2]) einschließlich Bergbau und Energie
[3]) 1963 Januar bis November
[4]) Meßziffer des Arbeitseinkommens dividiert durch Index der Produktion · 100

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 8

Der Preisindex der deutschen Ausfuhr [1]
im Verhältnis zum Preisindex der
letzten inländischen Verwendung
in wichtigen Partnerländern

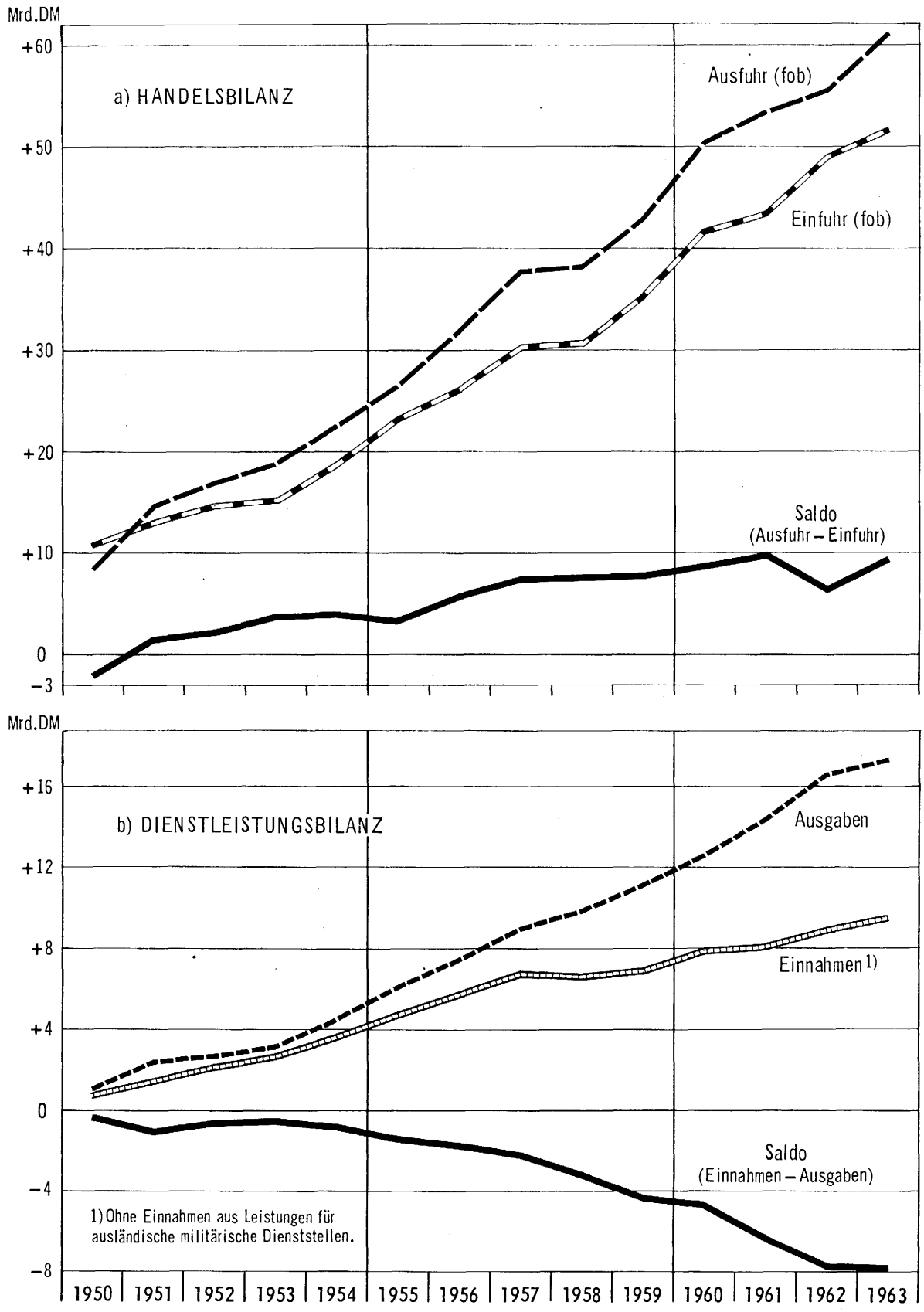
1960 = 100

Land	1961	1962	1963
Belgien	103,0	102,0	96,9
Frankreich	101,7	99,0	93,2
Italien	103,4	98,9	91,2
Niederlande	99,0	96,5	92,3
Großbritannien und Nordirland	102,1	99,6	97,1
Vereinigte Staaten	103,9	104,2	101,9

[1]) im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Waren und Dienste) — Exportpreise in jeweiliger Auslandswährung

17. Die Reaktion der Handelsbilanz auf die veränderten Bedingungen ist aus Schaubild 3 ersichtlich. Danach ging der Ausfuhrüberschuß, der wegen mehrmonatiger Wirkungsverzöge-

Schaubild 3



Bundesgebiet einschl. Berlin (West); vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6.7.1959) einschl. der Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 4633

rung im Mittel des Jahres 1961 noch zugenommen hatte (9,8 Mrd. DM), 1962 auf 6,4 Mrd. DM zurück. Zuvor hatte er nur 1955 leicht abgenommen. Im Gegensatz zu damals fiel die Annäherung an das außenwirtschaftliche Gleichgewicht 1962 jedoch nicht in eine Phase überschäumender Binnennachfrage, sondern in ein Jahr mit gedämpfter Konjunktur, für das auf Grund der Erfahrungen in den Vergleichsjahren 1954 und 1958 nicht ein besonders niedriger, sondern ein besonders hoher Exportüberschuß zu erwarten gewesen wäre. Es scheint demnach, daß der drastische Rückgang des deutschen Exportüberschusses 1962 nicht durch die konjunkturelle Nachfrageentwicklung bedingt war, sondern als Folge der Aufwertung und der oben beschriebenen Kostensteigerung anzusehen ist.

18. Bei den Dienstleistungen (Schaubild 3) stieg der Passivsaldo, der sich auch für die früheren Jahre ergibt, wenn die Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen ausgeklammert werden, 1961 und 1962 verstärkt an. Aus Schaubild 3 b geht im übrigen hervor, daß die Bundesrepublik zu einem zunehmenden Defizit der Dienstleistungsbilanz neigt, wozu vor allem der Reiseverkehr beiträgt. Im Gefolge der Aufwertung wurde diese Passivierungstendenz offensichtlich verstärkt.

19. Wie sich die wirksame Nachfrage und ihre Struktur vor und nach der Aufwertung verändert haben, läßt Tabelle 9 erkennen.

Sie gibt eine Übersicht über die Entwicklung der letzten Verwendung von Gütern und Diensten (einschließlich Ausfuhr) und macht zunächst deutlich, daß der Investitionsboom von 1960, ähnlich wie seine Vorgänger (1955 und 1951/52), in hohem Maße exportbedingt war. Weiterhin zeigt sich, daß in den Jahren 1961/62, also nach dem Investitionsboom, analog der Entwicklung von 1956 und 1953 der Private Verbrauch einen besonders großen Anteil der Gesamtnachfrage ausmachte. Auf diesen Wandel ist die Aufwertung nicht ohne Einfluß gewesen. Ohne sie wäre 1961 und 1962 der Zuwachs der Ausfuhr (4,6 v. H. bzw. 4,8 v. H.) nicht so gering und der Zuwachs der Investitionen (9,3 v. H. bzw. 8,3 v. H.) vermutlich größer gewesen; die Zunahme des Konsums (9,8 v. H. bzw. 9,2 v. H.) sowie des Konsumanteils von einem Drittel auf die Hälfte der zusätzlichen Nachfrage wäre sicherlich nicht so kräftig ausgefallen. Daß dieser Prozeß mit einer Verminderung im Auslastungsgrad des Produktionspotentials einherging, obwohl der Staatsverbrauch stärker zunahm als jede andere Sparte (1961: 14,0 v. H. und 1962: 15,3 v. H.), hätte durch zusätzliche Investitionsanreize vermieden werden können. Bei einem höheren Aufwertungssatz der die außenwirtschaftlichen Auftriebskräfte stärker gebremst hätte, wäre eine Stützung der Binnenkonjunktur mit Rücksicht auf Beschäftigung und Wachstum unumgänglich, aber wohl auch in Grenzen mit dem Ziel der Geldwertstabilität vereinbar gewesen, zumal sich die Importgüter auf den Inlandsmärkten noch mehr verbilligt hätten.

Tabelle 9

Entwicklung der letzten Verwendung von Waren und Dienstleistungen

1951 bis 1964

Jahr	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.	Anteil am Zuwachs der letzten Verwendung in v. H.		
		Ausfuhr	Investitionen	Privater Verbrauch
1951	23,1	29,1	16,6	40,6
1952	14,3	17,5	23,9	41,7
1953	7,5	27,8	2,7	66,3
1954	9,8	33,0	28,0	33,8
1955	16,0	19,9	36,3	37,7
1956	10,9	32,4	11,2	49,8
1957	10,0	35,3	12,5	43,9
1958	6,5	10,0	13,6	56,8
1959	9,5	24,5	30,8	33,5
1960	12,8	23,7	33,3	32,1
1961	9,3	8,9	22,6	51,2
1962 [1]	9,0	9,1	20,8	49,8
1963 [1]	6,4	22,6	15,6	41,4
1964 [1] [2]				
1. Hj.	10,4	24,4	35,5	37,8

Ab 1961 Bundesgebiet einschließlich, vorher ohne Saarland und Berlin (West)

[1]) vorläufige Ergebnisse

[2]) Quelle: Deutsche Bundesbank

20. Als Folge von Aufwertung und interner Preisanpassung zeigte die außenwirtschaftliche Situation 1962 ein Bild, das den Vorstellungen vom Zahlungsbilanzgleichgewicht vergleichsweise weit entgegenkommt. Dies wird aus Tabelle 10 ersichtlich. Die Devisenbilanz war 1962 mit einem Defizit von 0,6 Mrd. DM so gut wie ausgeglichen, nachdem sie 1961 mit einem Defizit von 1,9 Mrd. DM und 1960 mit einem Überschuß von 8,0 Mrd. DM abgeschlossen hatte. Störend ist nur, daß die sogenannte „Grundbilanz", die für die Beurteilung des langfristigen außenwirtschaftlichen Gleichgewichts den Maßstab abgibt, nicht ausgeglichen war, sondern ein Defizit von 2,3 Mrd. DM aufwies, das im wesentlichen mit

Tabelle 10

Salden der Zahlungsbilanz

Mrd. DM

Position	1960	1961	1962	1963	1964		
					1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
1. Handelsbilanz [1]	+5,2	+6,6	+3,5	+6,0	+2,4	+2,0	+0,7
2. Dienstleistungsbilanz	+2,8	+0,6	−0,6	−0,2	−0,1	−0,1	−0,6
3. Unentgeltliche Leistungen	−3,4	−4,4	−5,1	−5,0	−1,1	−1,4	−1,1
1. bis 3. Bilanz der laufenden Posten	+4,6	+2,8	−2,2	+0,9	+1,2	+0,5	−1,0
4. Langfristige Kapitalleistungen [2]	−0,2	−4,3	−0,1	+2,0	+0,2	−1,1	−0,1
a) privat	+1,0	+0,9	+1,0	+3,1	+0,4	−0,9	+0,1
b) öffentlich	−1,2	−5,1	−1,2	−1,2	−0,2	−0,2	−0,2
1. bis 4. „Grundbilanz"	+4,4	−1,5	−2,3	+2,8	+1,4	−0,6	−1,1
5. Kurzfristige Kapitalleistungen [2]	+2,0	−0,9	+0,9	+0,3	−2,3	+0,3	+0,0
a) privat	+2,9	+0,3	+0,3	+0,7	−1,6	+0,5	−0,0
b) öffentlich	−1,0	−1,2	+0,6	−0,5	−0,8	−0,2	+0,1
6. Restposten	+1,7	+0,4	+0,9	−0,5	+0,9	+0,6	+0,7
1. bis 6. Devisenbilanz [3]	+8,0	−1,9	−0,6	+2,6	+0,0	+0,1	−0,4

[1] Spezialhandel; Einfuhr cif, Ausfuhr fob
[2] Nettokapitalimport: +
[3] Zunahme der Bestände: +

Quelle: Deutsche Bundesbank

dem Passivsaldo der Bilanz der laufenden Posten korrespondiert. Abgesehen von Sondereinflüssen, die hier eine Rolle gespielt haben, ist jedoch eine leichte Passivierungstendenz nach so vielen Jahren unangemessen hoher Überschüsse durchaus vertretbar, ja sogar zu begrüßen.

21. Diese außenwirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 1962, die mit einer Zuwachsrate des realen Sozialprodukts von 4,1 v. H. verbunden waren, wurden schon im Frühjahr 1963 durch die Auslandsnachfrage und den internationalen Kapitalverkehr wieder gestört. Zumindest für die Auslandsnachfrage liegt der Grund in konjunkturellen Entwicklungen, die sich in wichtigen Partnerländern schon 1962 durchgesetzt hatten. Tabelle 11 zeigt, daß in Italien und Frankreich 1962 und 1963 und in den Niederlanden 1963 die Gesamtnachfrage und die Einkommen verstärkt zunahmen, was einen kräftigen Preisauftrieb mit sich brachte.

22. In Italien, das 1962 mit 5,9 v. H. und 1963 mit 8,5 v. H. die höchsten Inflationsraten in Europa aufwies (Tabelle 11), führten kräftige Lohnerhöhungen — bei gleichzeitigem Sinken der Sparquote — zu einem Kostendruck und zu einer erheblichen Ausweitung der privaten Konsumnachfrage. Da gleichzeitig eine expansive Geldpolitik betrieben wurde, um die Investitionstätigkeit anzuregen, konnte sich die monetäre Nachfrage so stark ausweiten, daß sie das reale Angebot übertraf, obwohl die Importe, besonders aus der Bundesrepublik, erheblich zunahmen und die Exporte stagnierten. Die deutschen Lieferungen nach Italien erhöhten sich wertmäßig 1962 um 21,3 v. H. gegenüber dem Vorjahr, 1963 um 33,0 v. H. und noch einmal im ersten Vierteljahr 1964 um 13,0 v. H.

Tabelle 11

Bruttosozialprodukt und dessen Preisindex in wichtigen Partnerländern

— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H. —

Land	1960		1961		1962		1963	
	Sozialprodukt	Preisindex	Sozialprodukt	Preisindex	Sozialprodukt	Preisindex	Sozialprodukt	Preisindex
Belgien	6,4	1,7	5,8	1,2	6,7	2,3	7,5	3,8
Frankreich	10,8	3,2	7,9	3,4	11,5	4,2	10,0	5,4
Italien	9,0	2,1	10,5	2,0	12,6	5,9	13,7	8,5
Niederlande	11,2	2,1	6,0	2,4	6,2	3,5	8,5	4,7
Großbritannien und Nordirland	5,9	1,3	6,6	3,3	4,2	3,9	5,3	1,4
Vereinigte Staaten ..	4,0	1,4	3,2	1,3	7,1	0,9	5,0	1,5

23. In Frankreich nahmen 1962 und 1963 die privaten Konsumausgaben im Gefolge von Lohnerhöhungen, die jeweils bei 9 v. H. lagen, erheblich zu. Gleichzeitig wurde in Übereinstimmung mit den Zielen des 4. Planes die Investitionstätigkeit gefördert. Dadurch entstand eine Übernachfrage, die 1962 die Gesamtimporte um 12,6 v. H. und die Lieferungen aus der Bundesrepublik nach Frankreich um 13,9 v. H. steigen ließ. Im Jahr 1963 nahmen die Gesamtimporte um 16,1 v. H. zu und die deutschen Lieferungen um 18,2 v. H.

24. In den Niederlanden bewirkten 1962 eine Erhöhung der Löhne um 9 v. H. und eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer einen Konsumstoß, der 1963 der Investitionstätigkeit kräftige Impulse gab. Da auch der Staatsverbrauch stark zunahm, entstand trotz der seit Mitte 1962 ergriffenen Gegenmaßnahmen eine Übernachfrage, die 1963 einen Importanstieg um insgesamt 11,6 v. H. (1962: 3,8 v. H.) auslöste, bei einem Mehr an Lieferungen aus der Bundesrepublik von 17,1 v. H. (1962: 2,7 v. H.).

25. In den Vereinigten Staaten begann 1961 ein Konjunkturaufschwung, der ein Wachstum des Sozialprodukts von 7,1 v. H. im Jahr 1962 und von 5,0 v. H. im Jahr 1963 brachte und die deutschen Warenexporte dorthin, die 1961 abgenommen hatten (— 7,2 v. H.), 1962 um 10,3 v. H. und 1963 um 8,7 v. H. steigen ließ. Infolge des Einflusses, den die amerikanische Wirtschaft auf die Weltkonjunktur zu haben pflegt, wirkte der amerikanische Aufschwung auch in anderen Ländern anregend auf die Gesamtnachfrage und damit indirekt auf die Nachfrage nach deutschen Exportgütern.

26. Die inflatorischen Prozesse in Italien, Frankreich und den Niederlanden führten dazu, daß das Verhältnis der deutschen Exportpreise zum Preisindex der letzten inländischen Verwendung in diesen Ländern schon 1962 wieder niedriger war als vor der Aufwertung (Tabelle 8). Ab Mitte 1962 nahmen die Auftragseingänge der Industrie aus dem Ausland erneut stärker zu als die Auslandsumsätze, und vom Jahresende an waren sie wieder absolut größer als diese (Schaubild 4). Auslandsaufträge und -umsätze waren bereits im Frühjahr 1963 höher als 1962, dagegen übertrafen die Inlands-Auftragseingänge und -umsätze die Vorjahreswerte erst im Herbst. Die Zuwachsraten der Ausfuhrwerte gegenüber dem Vorjahr betrugen im zweiten, dritten und vierten Vierteljahr 1963 9,9 v. H., 12,6 v. H. bzw. 15,0 v. H. Mit den Ausfuhren stieg der Überschuß der Handelsbilanz erneut auf ein beträchtliches Niveau (Tabelle 10).

27. Die wiedereinsetzende Exportkonjunktur brachte der Industrie nicht nur eine höhere, sondern auch eine ausgeglichenere Auslastung der Kapazitäten, als sie sie seit dem Ende des Booms von 1960 gehabt hatte. Schon 1963 erreichte der Anteil der Ausfuhren am Bruttosozialprodukt mit 19,9 v. H. fast wieder den Stand von 1961 (20,2 v. H.); im ersten Halbjahr 1964 lag die „Ausfuhrquote" wohl noch etwas darüber, wenn sie auch an die Rekordhöhe von 1960 (21,2 v. H.) nicht wieder herankam.

28. Die Entwicklung der Exporte während der ersten drei Quartale des Jahres 1964 läßt eine deutliche Abnahme der Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr erkennen (Tabelle 12). Die

Tabelle 12

Warenausfuhr [1]) nach Warenbereichen

— Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in v. H. —

Warenbereich [2])	1963				1964		
	1. Viertel-jahr	2. Viertel-jahr	3. Viertel-jahr	4. Viertel-jahr	1. Viertel-jahr	2. Viertel-jahr	3. Viertel-jahr
Erzeugnisse folgender Bereiche:							
Bergbau	+ 5,4	+13,1	+ 4,0	+ 8,8	+ 1,1	− 5,4	−10,6
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	− 5,3	+ 6,1	+ 9,6	+16,2	+22,4	+11,8	+ 7,0
Investitionsgüterindustrien ..	+ 4,8	+11,0	+14,7	+13,4	+20,0	+11,4	+ 4,1
Verbrauchsgüterindustrien ..	+ 6,0	+12,7	+16,3	+19,5	+21,8	+19,1	+12,5
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	−11,6	+ 2,9	− 0,2	+40,1	+50,5	+34,1	+20,7
Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei, Gartenbau und Tierzucht	+24,8	+21,4	+32,6	+24,1	+35,7	− 4,0	+12,4
insgesamt [3]) ...	+ 2,1	+ 9,9	+12,6	+15,0	+20,5	+11,8	+ 5,7

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)
[1]) Spezialhandel
[2]) gegliedert in Anlehnung an die Produktionsstatistik
[3]) einschließlich bestimmter Waren, die den obigen Bereichen nicht zugeordnet werden konnten

Abschwächung des Exportanstiegs schlägt sich bei den Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrien stärker nieder als bei den übrigen Gruppen (Ausnahme Bergbau), obwohl ihr Anteil an der gesamten Warenausfuhr langfristig einen deutlichen Aufwärtstrend zeigt.

29. Wenn man die Ausfuhren nach Italien ausgliedert, wie es in Tabelle 13 geschehen ist, und außerdem berücksichtigt, daß der starke Exportzuwachs im ersten Vierteljahr 1964 weitgehend mit der witterungsbedingten Stagnation im entsprechenden Vorjahreszeitraum zusammenhängt, so tritt die in Ziffer 28 hervorgehobene Dämpfung des Exportanstiegs sehr viel weniger deutlich hervor. In den Exportzahlen finden also — außer der langen Frostperiode Anfang 1963 — vor allem die inflatorischen und antiinflatorischen Vorgänge und Maßnahmen in Italien ihren Niederschlag, viel weniger Konjunkturbewegungen allgemeiner und längerfristiger Art. Eine pessimistische Beurteilung der jüngsten Ausfuhrentwicklung ist schon deshalb nicht angebracht, weil der Einbruch bei den Lieferungen nach Italien wahrscheinlich eine einmalige Niveaukorrektur darstellt. Obwohl Italiens Produktivkräfte heute sicherlich mehr entwickelt sind als vor zwei Jahren, ist seine Wareneinfuhr aus der Bundesrepublik im dritten Vierteljahr 1964 niedriger als damals. Es ist also in absehbarer Zeit wieder mit einem Anstieg der Ausfuhren nach Italien zu rechnen, sobald dieses Land sein wirtschaftliches Gleichgewicht auf hohem Beschäftigungs- und Produktionsniveau wiedergefunden hat.

30. Die Ausfuhren in die anderen EWG-Länder haben sich in den ersten drei Vierteljahren nicht unbefriedigend entwickelt. Daß die Zuwachsraten im ersten Vierteljahr für die Ausfuhr in die Benelux-Länder so hoch waren, ist wieder nur eine statistische Nachwirkung der Frostperiode im Vorjahr. Lediglich die Ausfuhr nach Belgien hat sich im dritten Vierteljahr in ihrem Wachstum auffallend stark verlangsamt. Wieweit die vergleichsweise geringe Ausfuhrzunahme in diesem Falle auf saisonalen Einflüssen beruht, läßt sich in dem Zeitpunkt, in dem dieser Bericht abgeschlossen wird, nicht abschätzen.

31. Beachtenswert sind im übrigen die steigenden Zuwachsraten der deutschen Exporte nach Österreich und die beharrliche, wenn auch nicht extrem starke Expansion der Warenausfuhr in die Vereinigten Staaten. Beide Fälle geben Hinweise, wie sich die deutschen Exporte bei relativ stetiger Konjunkturentwicklung in den Partnerländern ausdehnen können. Dagegen wird man nicht damit rechnen können, daß die Exporte nach Großbritannien auf mittlere Sicht auch nur entfernt in dem Maße zunehmen werden, wie es seit dem Herbst 1963 geschehen ist. Das gilt vor allem, nachdem die britische Regierung einen zusätzlichen Zoll von 15 v. H. des Warenwerts auf die Einfuhr von gewerblichen Halbwaren und Fertigerzeugnissen erhebt.

32. Nicht unwichtig ist schließlich in diesem Zusammenhang, daß die kräftige Belebung unserer Exporte seit Mitte 1963 auch die Ausfuhrpreise beeinflußt hat. Der Durchschnittswert der Ausfuhren lag im August 1964 um 3,3 v. H. über dem Tiefstand 12 Monate vorher und um 2,4 v. H. über dem Jahresmittel 1963. Noch stärker bringt den Wandel im Preisklima der Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter zum Ausdruck. Während dieser Index in der Zeit von 1958 bis 1963 fast konstant geblieben ist, verzeichnet er für die ersten 8 Monate 1964 einen Anstieg um 3,2 v. H. gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Den größten Anteil hieran haben die Erzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie, die ihre Preise im Auslandsgeschäft — im Gegensatz zu den im Inland erzielten Preisen — nach der Aufwertung und in der Zeit der Konjunkturberuhigung erheblich zurückgenommen hatte (Tabelle 14). Da der Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter sich auf die in Lieferkontrakten vereinbarten Preise bezieht, nicht auf die Preise der schon erfolgten Lieferungen, eilt er dem Index der Durchschnittswerte etwas voraus. Es ist deshalb mit einer weiteren leichten Zunahme des Durchschnittswerts in der nächsten Zeit zu rechnen. Nachteilig auf die Entwicklung des Exportvolumens dürfte sich dies angesichts der anhaltenden Preisauftriebstendenzen im Ausland und der wohl verhältnis-

Tabelle 13

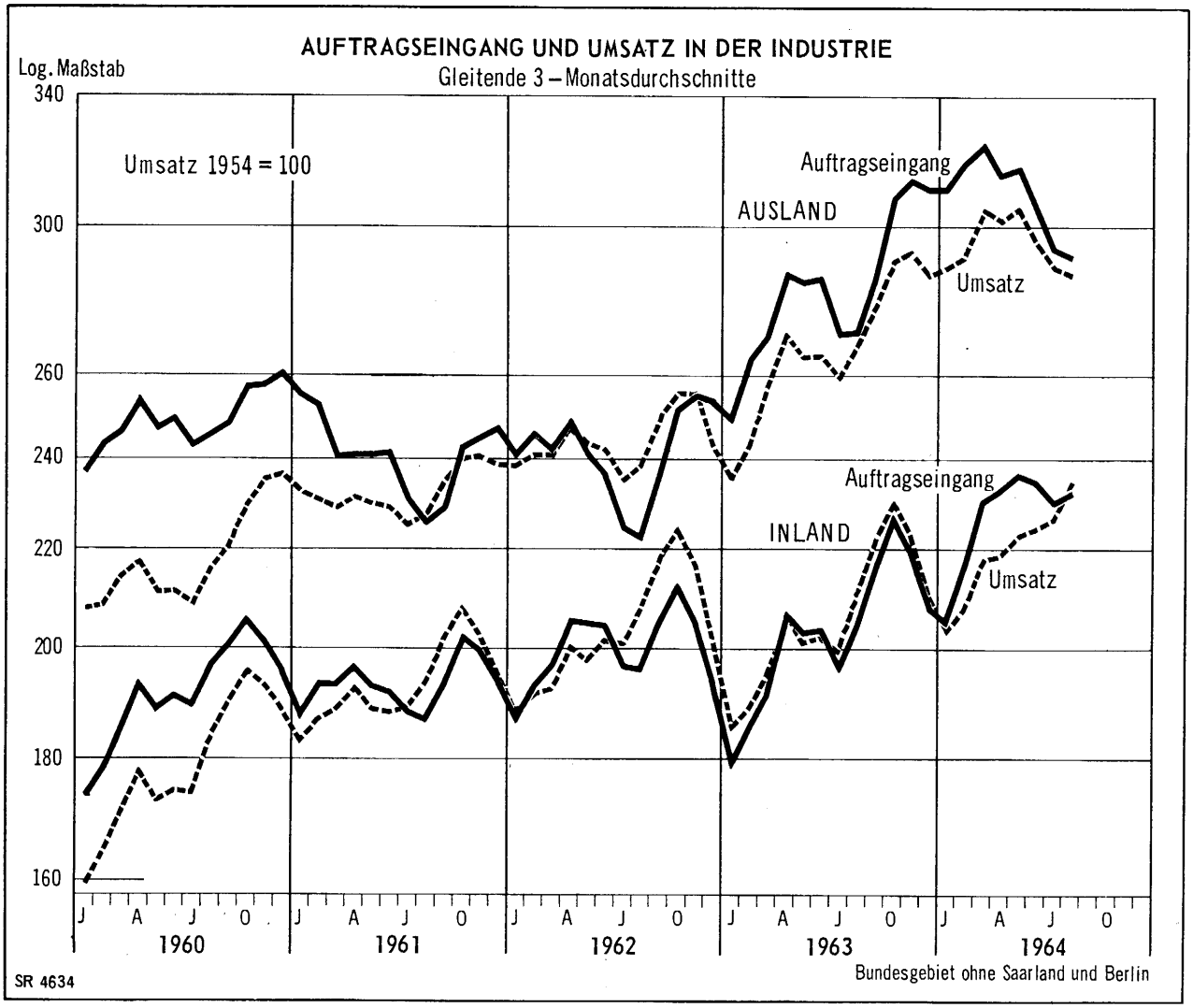
Warenausfuhr [1]) der Bundesrepublik [2]) nach Ländergruppen und Ländern

— Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in v. H. —

Ländergruppe/Land [3])	1963				1964		
	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
EWG-Länder	+ 8,9	+20,1	+26,2	+27,3	+24,2	+12,9	+ 0,2
Belgien/Luxemburg	+ 2,5	+17,7	+23,5	+18,1	+30,9	+20,2	+ 6,6
Frankreich	+ 9,7	+20,0	+17,0	+25,4	+23,9	+18,1	+14,2
Italien	+21,8	+28,3	+44,8	+36,5	+13,0	− 8,0	−31,5
Niederlande	+ 2,4	+15,2	+22,6	+28,6	+30,3	+20,7	+12,7
EFTA-Länder	+ 2,5	+ 9,0	+ 5,1	+12,3	+15,4	+11,9	+ 8,7
darunter:							
Großbritannien und Nordirland	+ 9,9	+11,7	+ 2,1	+29,9	+30,1	+29,6	+16,9
Österreich	+ 4,3	+ 5,8	+ 4,8	+10,6	+ 9,5	+11,3	+13,1
Schweden	+ 2,8	+12,4	+13,6	+16,7	+19,3	+ 9,7	+ 1,3
Schweiz	− 0,7	+10,6	+ 9,7	+ 9,0	+ 9,8	+ 6,3	+ 2,6
Vereinigte Staaten	+ 6,9	+10,1	+10,4	+ 7,4	+22,9	+10,1	+12,0
Übrige Welt	− 6,9	− 0,5	+ 5,3	+ 5,9	+20,2	+10,6	+ 8,5
Insgesamt	+ 2,1	+ 9,9	+12,6	+15,0	+20,5	+11,8	+ 5,7
Insgesamt ohne Italien	+ 0,4	+ 8,4	+ 9,9	+13,2	+21,3	+13,7	+ 9,8

[1]) Spezialhandel
[2]) einschließlich Berlin (West)
[3]) Verbrauchsländer

Schaubild 4



mäßig geringen Preiselastizität der Nachfrage nach vielen Gütern in unserem Exportsortiment kaum auswirken. Dagegen ist zu befürchten, daß die Aufwärtsentwicklung der deutschen Exportpreise nicht ohne Folgen für die Nominallöhne und indirekt auch für die Preisbewegung im Inland bleiben wird.

Exportorientiertes Wachstum und Geldwertstabilität

33. Die Wachstumsverlangsamung, die sich nach der Aufwertung mit der Verminderung des Exportanstiegs vollzog, scheint eine Auffassung zu bestätigen, die die erstaunlich hohen Raten des Wirtschaftswachstums in vielen Ländern während der Nachkriegszeit in erster Linie dem Sog der weltweiten Nachfrageexpansion zurechnet und hohe Wachstumsraten in Ländern mit vergleichsweise restriktiver Geld- und Fiskalpolitik als exportgetriebenes Wachstum erklärt. Gestützt wird diese These im Falle der Bundesrepublik dadurch, daß die wichtigsten Exportindustrien zugleich wichtige Wachstumsindustrien sind (Ziffer 8) und daß die hohen Raten des realen Wirtschaftswachstums, die während der Boomjahre von 1951, 1955 und 1960 erreicht wurden, in unmittelbarem Zusammenhang mit kräftigen Steigerungen des Exportvolumens stehen (Ziffer 10).

34. Begünstigt wurden die deutschen Exporterfolge durch den Umstand, daß die komparativen Vorteile, die unsere Wirtschaft im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung gefunden hat oder entwickeln konnte, namentlich bei jenen Gütern liegen, für die sich die Nachfrage im Zuge eines industriebestimmten weltwirtschaftlichen Wachstums überdurchschnittlich schnell ausweitet (Ziffer 8). Diese hohe Einkommenselastizität der Nachfrage macht es begreiflich, daß der Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter und noch mehr der Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr einen steigenden Trend aufweisen, wohingegen andere Industrieländer

Tabelle 14

Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter

— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H. —

Warengruppe [1]	1961	1962	1963	1964 Januar bis August
Ausfuhrgüter insgesamt	−0,2	+0,2	+0,1	+ 3,2
darunter:				
Maschinenbauerzeugnisse	+3,7	+3,6	+1,9	+ 2,6
Landfahrzeuge	+0,4	+0,9	±0	+ 0,2
Chemische Erzeugnisse	−3,2	−3,4	−0,9	+ 0,6
Elektrotechnische Erzeugnisse	+1,6	+0,6	+0,2	+ 0,6
Eisen und Stahl	−8,9	−5,3	−5,8	+12,7
Erzeugnisse des Kohlenbergbaus	−0,7	+0,8	+1,9	+ 3,1
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+1,8	+1,6	+0,9	+ 1,4
Textilien	−1,6	−0,7	+1,2	+ 1,0
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	+3,4	+2,8	+1,0	+ 2,3

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)

[1]) gegliedert in Anlehnung an die Produktionsstatistik

eine vergleichbare Zunahme ihres Exportvolumens nur bei nahezu konstanten Preisen erreichen konnten. Offenbar konnten bei uns viele Unternehmen ihren Auslandsabsatz auch bei steigenden Preisen ausdehnen. Dies ist um so bedeutsamer, als schnell wachsende Industrien oft vergleichsweise große Produktivitätsfortschritte erzielen können und für Ersatzinvestitionen weniger aufzuwenden brauchen, als sie an Abschreibungen erwirtschaften. Daß der Aufwärtstrend des Index der Durchschnittswerte unserer Ausfuhr nur die spätere Korrektur anfänglich besonders niedriger Preise widerspiegelt, ist wohl schon für eine ganze Reihe von Jahren nicht mehr von Bedeutung. Ohne die hohe Einkommenselastizität der Nachfrage nach Gütern, die in der Zusammensetzung unseres Exportangebots eine große und zunehmende Rolle spielen, hätten wir wahrscheinlich die hohen Leistungsbilanzüberschüsse nicht bei steigenden Export- und sinkenden Importpreisen erzielen können, zumal wir in der Liberalisierung des Außenhandels nicht hinter anderen Ländern zurückgeblieben sind.

35. Eine weitere Erklärung für unsere Exportneigung liefert die These, daß exportorientiertes Wachstum — im Gegensatz zu binnenwirtschaftlich orientiertem Wachstum — nicht aus Zahlungsbilanzgründen gebremst zu werden braucht, daß ununterbrochenes Wachstum schnelleres Wachstum ist und daß schnelleres Wachstum, weil es mit größeren Produktivitätsfortschritten einhergeht, die Konkurrenzfähigkeit auf den Exportmärkten begünstigt. Der Zusammenhang, auf den es hier ankommt, ist folgender: Erfahrungsgemäß werden mit steigendem Realeinkommen die Industriegüter im Vergleich zu den Dienstleistungen billiger. Deshalb und weil die Dienstleistungen im Sozialprodukt mehr Gewicht haben als in der Ausfuhr, steigt das Binnenpreisniveau im Vergleich zum Exportpreisniveau. Soll die Binnenkaufkraft des Geldes erhalten bleiben, so müssen wegen dieser „Schere" die Preise der Industrieerzeugnisse und damit die Ausfuhrpreise (ausgedrückt in Inlandswährung) absolut sinken, und zwar um so stärker, je schneller die Arbeitsproduktivität zunimmt. Ein Land, das größere Produktivitätsfortschritte erzielt als andere, wird infolgedessen bei festen Wechselkursen seine Wettbewerbsposition im internationalen Handel ständig verbessern, sofern es nicht sein Binnenpreisniveau — entsprechend der größeren Scherenwirkung — stärker steigen läßt als seine Nachbarn und Partner. Länder mit vergleichsweise großen Produktivitätsfortschritten, aber verhältnismäßig geringer Steigerung des Binnenpreisniveaus werden deshalb zu außenwirtschaftlichen Überschüssen neigen, wenn dieser Tendenz nicht durch Wechselkursanpassungen entgegengewirkt wird. Tabelle 15 zeigt den Zusammenhang zwischen der Stärke des Produktivitätsfortschritts und der Größe des

Tabelle 15

Veränderung des Bruttosozialprodukts je Einwohner, der Preisindices der letzten inländischen Verwendung und der Ausfuhr in ausgewählten Ländern

1953 bis 1963

Land	Veränderung des realen Bruttosozialprodukts je Einwohner	Preisschere (Spalte 3 : Spalte 4)	Veränderung des Preisindex der	
			letzten inländischen Verwendung	Ausfuhr [1]
	v. H		v. H.	
	1	2	3	4
Vereinigte Staaten	*12,5*	14,0	*19,4*	*5,4*
Großbritannien und Nordirland	*23,8*	20,2	*32,7*	*12,5*
Belgien	*30,8*	24,0	*21,7*	*— 2,3*
Niederlande	*35,3*	35,7	*37,2*	*1,5*
Frankreich	*44,4*	25,3	*58,6*	*33,3*
Bundesrepublik Deutschland	*63,9*	21,5	*26,8*	*5,3*
Italien	*68,1*	28,4	*31,1*	*2,7*

[1]) Preise in jeweiliger Landeswährung

„Schereneffekts" im internationalen Vergleich. In der Bundesrepublik öffnete sich die „Schere" nicht so weit, wie es auf Grund der Produktivitätsentwicklung zu erwarten gewesen wäre. Daß unsere Exportpreise höher sein konnten, als der Regel entspricht, unterstreicht die Bedeutung der hohen Einkommenselastizität der Nachfrage nach unseren Exporten (Ziffer 34). Demgegenüber läßt die verhältnismäßig große Scherenöffnung, die sich in den Niederlanden gezeigt hat, darauf schließen, daß die Einkommenselastizität der Nachfrage nach den Exporten dieses Landes — vermutlich wegen des hohen Anteils der Agrarerzeugnisse (25,5 v. H.) an der Ausfuhr — gering ist.

36. Wegen der auseinandergehenden Entwicklung von Binnen- und Exportpreisniveau mußte die Bundesrepublik im Zuge des raschen Produktivitätsfortschritts für Touristen aus Ländern mit wesentlich langsamerer Realeinkommensentwicklung — z. B. den Vereinigten Staaten — notwendigerweise ein teureres Land werden, sei es durch schnelleren Anstieg des Binnenpreisniveaus, sei es durch Verteuerung ihrer Währung. Wenn die Bundesrepublik tatsächlich lange Zeit nicht teuer war, wie man es bei dem erreichten Realeinkommensniveau eigentlich hätte erwarten sollen, so ist dies nur ein Reflex der preis- und währungspolitischen Bedingungen, die zu den übermäßigen Leistungsbilanzüberschüssen führten.

37. Daß die den Export begünstigenden Umstände sich in beträchtlichen Leistungsbilanzüberschüssen niederschlagen konnten, hängt natürlich auch mit unserer Nachfrage nach Gütern und Diensten des Auslandes zusammen. Um den Ausgleich von der Importseite her zu erleichtern, hätten wir entweder die Preise unserer Inlandsgüter stärker steigen oder die Preise fremder Valuten sinken lassen müssen, es sei denn, es wäre gelungen, Hemmnisse für die Einfuhr von Erzeugnissen aus den sogenannten Niedrigpreisländern oder gar von Ernährungsgütern zu beseitigen.

38. So einleuchtend es erscheint, daß das Wachstum der deutschen Wirtschaft durch seine Exportorientierung begünstigt wurde, so schwierig ist es abzuschätzen, um wieviel weniger unser Sozialprodukt zugenommen hätte, wenn die Exportbemühungen nicht so erfolgreich gewesen wären und die zum Teil als Störung empfundenen Impulse aus dem Ausland gefehlt hätten. Eine Vorstellung von der Größenordnung — wenn auch nicht mehr — läßt sich gewinnen, wenn man annimmt, daß das reale Sozialprodukt in den Boomjahren 1951, 1955 und 1960 bei binnenwirtschaftlich orientiertem Wachstum nicht stärker zugenommen hätte als im Durchschnitt aller Jahre von 1950 bis 1963. Dabei ergibt sich rein rechnerisch, d. h. unter Vernachlässigung aller Sekundärwirkungen und Anpassungsprozesse, daß unser reales Pro-Kopf-Ein-

kommen im Jahr 1963 ungefähr um ein Zehntel geringer gewesen wäre.

39. Es ist zu vermuten, daß eine weniger starke Expansion der Weltnachfrage unsere Wachstumsindustrien dazu veranlaßt hätte, überdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte mehr in Form von Preissenkungen weiterzugeben und nicht so sehr in Form besonders starker Erhöhungen der Nominallöhne, die auf andere Bereiche übergriffen und damit zur Erhöhung des deutschen Kosten- und Preisniveaus beigetragen haben. Bei der Expansion der Weltnachfrage, wie sie tatsächlich stattgefunden hat, hätte man sich eine ähnliche Wirkung von einer Wechselkurspolitik erhoffen können, die sowohl die exportierenden Betriebe als auch die Betriebe im Bereich der Importkonkurrenz immer wieder zu Preisermäßigungen (in DM) veranlaßt und den besonders großen Spielraum der Unternehmen für Nominallohnerhöhungen in der Hochkonjunktur auf diese Weise eingeengt hätte. Nimmt man an, daß die hohen Inflationsraten der Jahre 1951, 1956 und 1962 in engem Zusammenhang mit der Hochkonjunktur der Jahre 1951, 1955 und 1960 stehen und daß der Preisauftrieb in den betreffenden Jahren ohne die konjunkturellen Übersteigerungen nicht größer gewesen wäre als im Durchschnitt aller übrigen Jahre, so ergibt sich rein rechnerisch für 1963 ein um 7,5 v. H. niedrigeres Preisniveau (gemessen am Preisindex für die letzte inländische Verwendung).

40. Fraglich ist indessen, ob eine auf stetige Nachfrageexpansion ausgerichtete Wechselkurspolitik das Wirtschaftswachstum unberührt gelassen hätte. Die Entwicklung des Exportvolumens und der Produktivität in den exportorientierten Bereichen hätte zwar nicht unbedingt zu leiden brauchen; denn das Instrument der Wechselkursveränderung läßt sich prinzipiell auch so einsetzen, daß die Dämpfung der außenwirtschaftlich bedingten Übernachfrage in den Boomjahren ganz und gar ausgeglichen wird durch eine wechselkurspolitische Förderung der unternehmerischen Exportanstrengungen in den Jahren verlangsamter Nachfrageentwicklung. Zweifelhaft ist jedoch, ob der Versuch, die konjunkturellen Auftriebskräfte in dieser Weise zu glätten, den trendmäßigen Anstieg der Gesamtnachfrage letzten Endes nicht verringert hätte. Zumindest hätte man den realen Wachstumsspielraum der deutschen Wirtschaft im voraus richtig einschätzen müssen. Auch wird man nicht bestreiten können, daß das Wachstum, welches die deutsche Wirtschaft auch nach Erreichen der Vollbeschäftigung noch gezeigt hat, nur ganz wenige Sachkenner erwartet haben.

41. Selbst bei richtiger Einschätzung des realen Expansionspotentials hätte eine auf Geldwertstabilität ausgerichtete Wechselkurspolitik noch Nachteile für das Wirtschaftswachstum mit sich bringen können. Um diese Nachteile zu vermeiden, hätte man u. a. verhindern müssen, daß die Erhöhungen des Außenwerts der Währung im Verein mit der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung die Gewinnmargen so komprimiert hätten, daß die Investitionsbereitschaft der Unternehmen nachhaltig gefährdet worden wäre. In diesem Rahmen hätte die Wechselkurspolitik den besonders stark expandierenden Unternehmen so viel Lohnerhöhungsspielraum lassen müssen, wie notwendig war, um genügend Arbeitskräfte aus anderen Bereichen anzulocken. Nur unter günstigen, aber nicht unter allen Umständen hätte also das reale Wachstum, das die Wirtschaft in der Bundesrepublik gezeigt hat, auch bei Geldwertstabilität — und zumindest geringerem außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht — stattfinden können. In diesem Falle wären die Reallöhne — trotz geringerer Nominallohnerhöhungen — nicht weniger stark gestiegen und die Zinssätze, die ja für die Kapitalkosten von Bedeutung sind, hätten sich wegen der größeren Geldwertstabilität auf einem etwas niedrigeren Niveau eingespielt.

42. Zugunsten einer Wachstums- und Konjunkturpolitik, die die außenwirtschaftlichen Auftriebskräfte neutralisiert und gezügelten binnenwirtschaftlichen Auftriebskräften entsprechend mehr Raum gibt, läßt sich u. a. anführen, daß übergroße Gold- und Devisenbestände, wie sie sich im Zuge exportorientierten Wachstums in der Bundesrepublik gebildet hatten, nicht gerade eine sehr produktive — und damit wachstumsfördernde — Anlage von Volksvermögen darstellen. [1]) Das gilt vor allem, wenn gleichzeitig Kapitalimport stattfindet, so daß den Gold- und Devisenreserven zum Teil hochverzinsliche Auslandsschulden gegenüberstehen. Überdies kann der reale Wert der Gold- und Devisenbestände infolge von Preissteigerungen im Ausland ständig sinken. Der vieldiskutierte Verlust der Bundesbank in Höhe von 1,42 Mrd. DM, der mit der Aufwertung — Neubewertung des Goldes und der fremden Valuten in DM — verbunden war, ist nur der buchmäßige Niederschlag von Inflationsverlusten, die die international sehr liquide gewordene Bundesrepublik schon vorher erlitten hatte. Wenn hier von übermäßiger Liquidität die Rede ist, so soll dies bedeuten, daß auch ein geringeres Polster den wachstumspolitischen Erfordernissen genügt hätte. Ein Vergleich der deutschen Erfahrungen mit denen Großbritanniens, das aus Zahlungsbilanzgründen eine „stop and go"-Politik treiben mußte, lehrt freilich, daß eine Neigung zur übermäßigen Liquidität dem Wachstum weniger abträglich ist als das Gegenteil.

---

[1]) Der Zinsertrag der Bundesbank für Geldanlagen im Ausland betrug 1963 428,0 Millionen DM. Bezogen auf den durchschnittlichen Gold- und Devisenbestand im Jahre 1963 von 28,7 Mrd. DM ergibt sich eine Nominalverzinsung von 1,49 v. H.

ZWEITES KAPITEL

Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte

Der Übergang zur Binnenkonjunktur

43. Die Impulse, die seit Anfang 1963 von der raschen Expansion der Auslandsnachfrage ausgingen, haben die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte so stark angeregt, daß die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik seit der Jahreswende 1963/64 die Zeichen eines Konjunkturaufschwungs trägt. Das Schwergewicht der Nachfrageausweitung hat sich seitdem von der Außen- auf die Binnenwirtschaft verlagert. Wenn es nicht zu einer boomartigen Übersteigerung wie 1959/60 gekommen ist, so vornehmlich aus folgenden Gründen: Die Steigerung der Auslandsnachfrage ließ im Verlauf des Jahres 1964 an Stärke nach (Ziffer 28 ff.); gleichzeitig nahm die Einfuhr beschleunigt zu. Der Außenhandel hat also teils als Folge der Dämpfungsmaßnahmen im Ausland, teils mit der üblichen Automatik den sich anbahnenden konjunkturellen Spannungen zwischen der Angebots- und der Nachfrageentwicklung entgegengewirkt. Außerdem erweiterte sich aber auch die Binnennachfrage selbst nicht so sprunghaft, wie dies 1959/60 der Fall war. Das gilt vor allem für die Investitionstätigkeit.

Die Investitionsneigung der Unternehmen und des Staates

44. Ähnlich wie bei den Exporten läßt sich auch bei den Investitionen die jüngste Entwicklung besser beurteilen, wenn man sie vor dem Hintergrund der langfristigen Tendenzen und Strukturwandlungen betrachtet. Bemerkenswert sind hier vor allem drei Beobachtungen:

a) der zunehmende Anteil der Bruttoinvestitionen am Bruttosozialprodukt seit 1950,

b) der zunehmende Anteil des Staates und der Bauinvestitionen an den Bruttoinvestitionen,

c) die überdurchschnittliche Beschleunigung und Verlangsamung der Unternehmensinvestitionen im Wachstumszyklus.

45. Die Zunahme des Anteils der Bruttoinvestionen am Bruttosozialprodukt beschreibt Schaubild 5. Während die Investionsquote zu Beginn der fünfziger Jahre noch bei 22 v. H. lag, überschreitet sie heute auch in Jahren, in denen von einer konjunkturellen Übersteigerung nicht die Rede sein kann, die Rekordhöhe des vorigen Jahrzehnts, die das Boomjahr 1955 brachte. Etwas anders sieht es aus, wenn man den Anteil der Nettoinvestitionen im Nettosozialprodukt ins Auge fast. Er lag wohl 1960 und noch 1961, nicht mehr jedoch 1962 und 1963 über dem Niveau von 1955. Der Unterschied erklärt sich daraus, daß der Anteil der Ersatzinvestitionen — oder genauer: der Teil der Investitionen, der durch Abschreibungen gedeckt ist — heute höher ist als in den fünfziger Jahren. Man kann auch sagen, daß die trendmäßige Zunahme der Bruttoinvestitionen im Vergleich zum Bruttosozialprodukt wohl wenigstens zum Teil auf einem überproportionalen Anstieg der Abschreibungen und damit der Kapitalkosten beruht. Dies steht in Übereinstimmung mit der Beobachtung, daß der Kapitaleinsatz je Beschäftigten seit Erreichen der Vollbeschäftigung in der Mitte des vorigen Jahrzehnts erheblich zugenommen hat. Da Ersatzinvestitionen in der Regel auch in Jahren der Rezession vorgenommen werden und somit weniger konjunkturempfindlich sind als die Neuinvestitionen, erscheint ihre relative Zunahme als ein stabilisierender Faktor. Tatsächlich bedeutet dies jedoch nur, daß die Unstabilität unserer Wirtschaft nicht so zugenommen hat, wie man vermuten könnte, wenn man nur den hohen Anteil der Bruttoinvestitionen am Bruttosozialprodukt ins Auge faßt.

46. Tiefere Einblicke in die konjunkturellen Zusammenhänge ermöglicht eine Gliederung der Gesamtinvestitionen (brutto) in Investitionen der Unternehmen, des Staates und der Wohnungswirtschaft (Tabelle 16). Nach dieser Zusammenstellung ist der Anteil der Wohnungswirtschaft ziemlich konstant geblieben und der Anteil des Staates auf Kosten des Anteils der Unternehmen nicht unerheblich gestiegen.

47. Gleichwohl kommt den Unternehmensinvestitionen im Kreis der konjunkturbestimmenden Faktoren nach wie vor das größte Gewicht zu. Absolut haben sie von 1950 bis heute in jedem Jahr — mit Ausnahme von 1953 — zugenommen; aber in Jahren geringen Wachstums — wie 1958 und 1963 — war die Zunahme prozentual geringer (2,8 bzw. 1,3 v. H.) und in Jahren der Hochkonjunktur — wie 1955 und 1959/60 — prozentual höher als die des Bruttosozialprodukts (Tabelle 79 im Anhang). Daß die Unternehmensinvestitionen in der Regel auch bei weniger günstiger Konjunkturlage immer noch zugenommen haben, zeugt von dem Vertrauen der Unternehmer in die langfristige wirtschaftliche Entwicklung, das seinerseits immer wie-

Schaubild 5

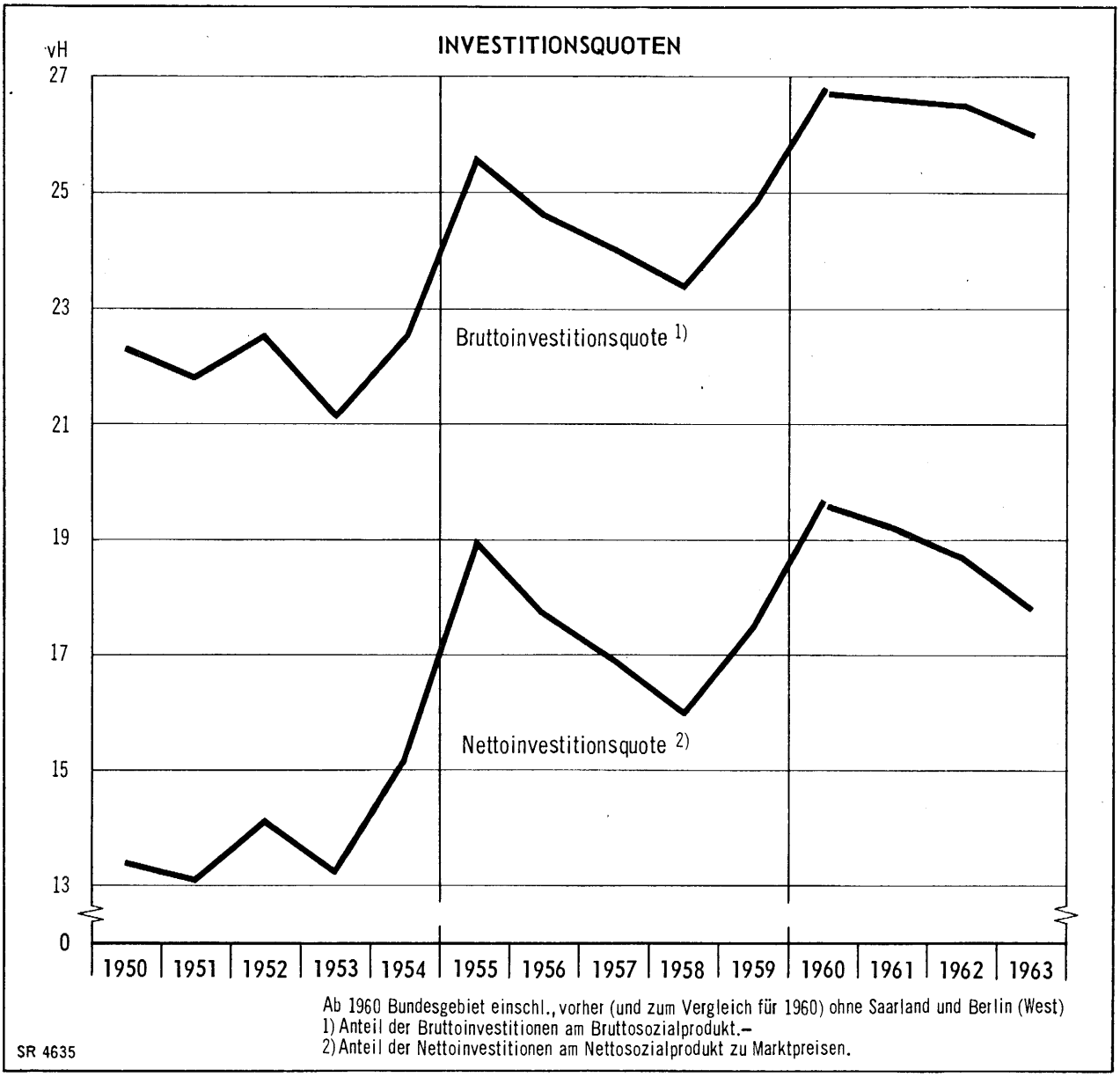

INVESTITIONSQUOTEN
vH
27
25
23
21
19
17
15
13
0
Bruttoinvestitionsquote 1)
Nettoinvestitionsquote 2)
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
Ab 1960 Bundesgebiet einschl., vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West)
1) Anteil der Bruttoinvestitionen am Bruttosozialprodukt.–
2) Anteil der Nettoinvestitionen am Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.
SR 4635

Tabelle 16

Anteile der Unternehmen, des Staates und der Wohnungswirtschaft an den Investitionen

in v. H.

Jahr	Unternehmen [1]	Staat [2]	Wohnungswirtschaft
1950	71,6	8,4	20,0
1951	70,5	8,9	20,6
1952	70,4	9,1	20,5
1953	65,4	10,7	23,9
1954	66,8	10,0	23,2
1955	69,9	9,9	20,2
1956	68,9	10,8	20,3
1957	69,2	10,6	20,2
1958	68,2	11,3	20,5
1959	66,0	12,4	21,6
1960	68,3	11,8	19,9
1960	68,4	11,8	19,8
1961	66,9	12,5	20,6
1962 [3]	64,6	14,3	21,1
1963 [3]	62,7	15,9	21,4

ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West)

[1] zuzüglich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; ohne Wohnungswirtschaft
[2] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung
[3] vorläufige Ergebnisse

der durch die Auswirkungen der Investitionsentschlüsse bestätigt worden ist. Hierzu liegt wohl die wichtigste Erklärung dafür, daß Konjunkturzyklen bisher bei uns immer nur Wachstumszyklen waren.

48. Auf der anderen Seite ist es der Konjunkturpolitik nicht gelungen, Zyklen im Wachstum der Unternehmensinvestitionen auch nur annähernd zu verhüten und damit eine der wichtigsten Bedingungen für ein stetiges Wirtschaftswachstum zu schaffen. Diese Bedingung ist deshalb so wichtig, weil die alternative Strategie, die darin besteht, die öffentlichen Ausgaben und/oder die Wohnungswirtschaft zum antizyklischen Lückenbüßer zu machen, nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten oder Nachteile anwendbar ist. Möglichkeiten, die zeitliche Verteilung der Unternehmensinvestitionen im Sinne einer größeren Stetigkeit zu beeinflussen, liegen im Bereich der Unternehmensbesteuerung und der Kreditpolitik. Da aber die erforderliche Flexibilität eigentlich nur bei der Kreditpolitik gegeben ist, deren Wirksamkeit nach Rückkehr zur Konvertibilität Ende 1958 erheblich nachgelassen hat, drängen die konjunkturpolitischen Überlegungen in eine Richtung, die im Endergebnis darauf hinausläuft, daß man das kreditpolitische Instrument wieder wirksam macht, indem man es mit einem neuen, zur Feinregulierung geeigneten wechselkurspolitischen Instrument kombiniert. Wahrscheinlich wäre bei einer besseren zeitlichen Verteilung der Unternehmensinvestitionen in der Vergangenheit das Preisniveau heute wenigstens um die Preissteigerungen im Gefolge der Booms von 1955 und 1960 niedriger (Ziffer 39).

49. Von den Investitionsausgaben der Unternehmen sind rund zwei Drittel Ausrüstungsinvestitionen. In das letzte Drittel teilen sich Bau- und Vorratsinvestitionen, wobei die ersteren auf Kosten der letzteren im Trend anteilsmäßig zunehmen (Tabelle 17).

Tabelle 17

Investitionen der Unternehmen nach Arten

— Anteile in v. H., gleitende 5-Jahresdurchschnitte —

Zeitraum	Ausrüstungsinvestitionen	Bauinvestitionen [1]	Vorratsinvestitionen
1950 bis 1954	65,8	16,8	17,3
1951 bis 1955	66,7	16,8	16,5
1952 bis 1956	67,6	17,7	14,8
1953 bis 1957	67,6	18,9	13,5
1954 bis 1958	67,0	19,8	13,2
1955 bis 1959	66,7	20,6	12,7
1956 bis 1960	66,4	21,0	12,7
1957 bis 1961	66,7	21,2	12,1
1958 bis 1962 [2]	68,3	21,5	10,3
1959 bis 1963 [2]	69,3	21,6	9,2

[1] ohne Wohnungsbau
[2] vorläufige Ergebnisse für 1962 und 1963

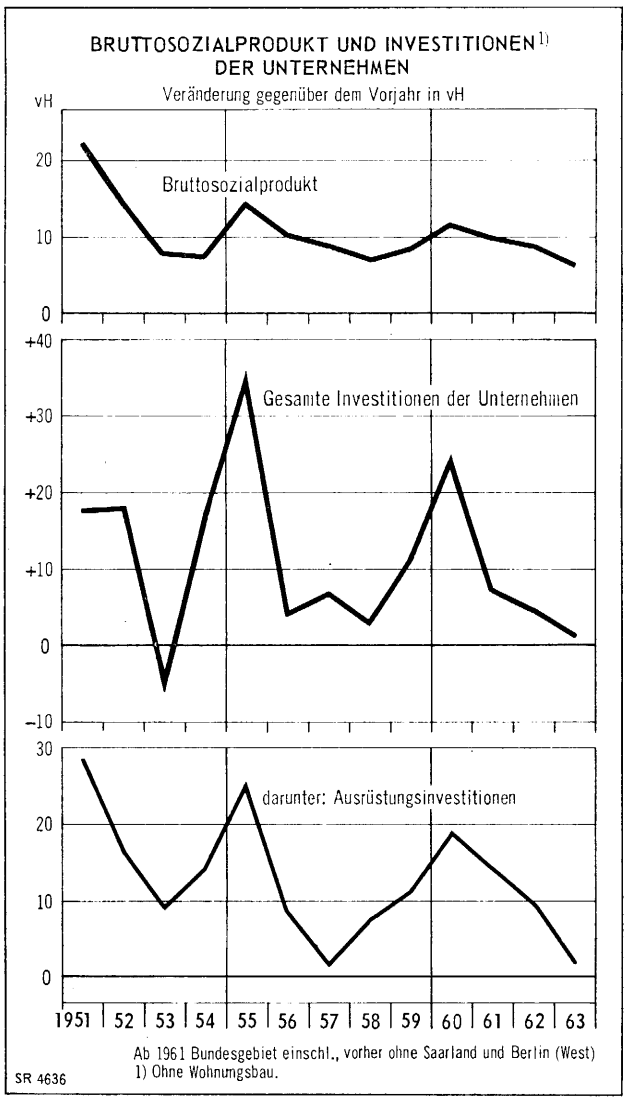
50. Der relative Rückgang der Vorratsinvestitionen läßt sich damit erklären, daß die Unternehmen zunächst einmal ihre Lager an Rohstoffen und Halbwaren in eine normale Relation zum Umsatz bringen mußten und daß später erhebliche Rationalisierungsfortschritte in der Lagerhaltung erzielt werden konnten, und zwar sowohl im Produktionsprozeß als auch im Handel. Konjunkturell sind die Vorratsinvestitionen, auch nach den Erfahrungen anderer Länder (Lagerzyklus), der empfindlichste Teil der Unternehmensinvestitionen (Schaubild 6). Teils unterliegen sie spekulativen Einflüssen im Gefolge von Preisschwankungen auf den Weltmärkten, teils sind sie Ausdruck des Bemühens, die Rohstoff- und Halbwarenvorräte im Aufschwung mindestens proportional mit der Produktion auszudehnen und bei einer Verlangsamung des Produktionsanstiegs und bei drohenden Überkapazitäten dort am meisten Zurückhaltung zu üben, wo es am leichtesten möglich ist.

51. Bei den Investitionen des Staates handelt es sich zum überwiegenden Teil, d. h. zu rund neun Zehntel, um Bauinvestitionen. Die Zunahme des Staatsanteils an den Gesamtinvestitionen — seit 1950, namentlich aber seit der Mitte der fünfziger Jahre — bedeutet daher, daß der Staat im Hoch- und Tiefbau seine wirksame Nachfrage schneller ausgedehnt hat als die Unternehmen und die Wohnungswirtschaft. Besonders ins Gewicht fielen dabei die Verkehrsinvestitionen, von denen der größte Teil wiederum eine unvermeidliche Konsequenz der Motorisierungswelle war. Während der Staat am Beginn der fünfziger Jahre noch zwischen 18 und 20 v. H. der Gesamtnachfrage nach Bauleistungen bestritt, lag sein Anteil in den letzten Jahren zwischen 24 v. H. (1960) und 29 v. H. (1963). Einzelheiten sind der Tabelle 80 im Anhang zu entnehmen.

52. Mit seinem hohen Anteil an den Gesamtinvestitionen hat der Fiskus eine große konjunkturpolitische Verantwortung übernommen; aber auch hier dauert es seine Zeit, bis die Institutionen und Verhaltensweisen den neuen Bedingungen gerecht werden. Diese Problematik zeigte sich sehr deutlich am Beispiel des Jahres 1955, als der Staat mitten in der Hochkonjunktur seine Bauausgaben um fast ein Drittel erhöhte. Erst in den letzten Jahren hat sich der Gesetzgeber bemüht, auch die staatlichen Investitionen konjunkturpolitisch zu steuern: Das Gesetz zur Einschränkung der Bautätigkeit vom 8. Juni 1962 betraf auch staatliche Hochbauprojekte.

53. Über seine eigenen Bauinvestionen hinaus beeinflußt der Staat die Nachfrage im Bausektor auch durch Darlehen und Zuschüsse, vornehmlich zur Förderung des Wohnungsbaus. Dieser Einfluß ist auch heute noch erheblich, obwohl der Anteil der öffentlichen Mittel an der Wohnungsbaufinanzierung von 40 v. H. Anfang der fünfziger Jahre auf etwas über 20 v. H. in den letzten Jahren zurückgegangen ist, teilweise allerdings im Zuge einer Umstellung auf Zinssubventionen. Mit zunehmender Normalisierung der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt werden sicher auch die Hemmungen, hier liegende konjunkturpolitische Möglichkeiten zu nutzen, geringer werden, wie überhaupt mit der Zunahme des frei finanzierten Teils der Wohnungsbau mehr und mehr wieder die Funktion eines automatischen Konjunkturstabilisators erfüllen wird.

Schaubild 6



54. Der von der Bundesregierung erwogene Gedanke, die staatlichen Investitionsausgaben im weitesten Sinne, also einschließlich der Darlehen und Zuschüsse an Dritte, konjunkturgerecht zu manipulieren (vgl. den Nachtrag zum Bericht über die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 1963 und die Aussichten für 1964, vom 8. Juni 1964, S. 16 f.), scheint zunächst große Perspektiven zu eröffnen. Doch ergibt sich hier das schwierige Problem der administrativen Koordi-

nierung öffentlicher Instanzen und Selbstverwaltungskörperschaften, die mit eigenen dringenden Aufgaben so intensiv befaßt sind, daß sie sich konjunkturpolitischen Erfordernissen leicht verschließen oder nur widerstrebend und mit Verzögerungen beugen, es sei denn, man könnte auch hier mit finanziellen Anreizen bewirken, daß Eigen- und Gesamtinteresse konjunkturgerecht zusammenfallen. Die Bundesregierung ist zu Recht der Meinung, daß hier nicht perfektionistische Lösungen angestrebt zu werden brauchen, sondern daß es ausreicht, wenn sich die Koordinierung auf Bund, Länder, Lastenausgleichsfonds und Großstadt-Gemeinden beschränkt, die zusammen etwa 70 v. H. der öffentlichen Investitionen bestreiten. Doch darf man nicht verkennen, daß die öffentlichen Investitionen sich zumindest primär auf den Baumarkt konzentrieren und daß eine so punktuelle antizyklische Politik nur dann keine Strukturverzerrungen nach sich zieht, wenn Gesamtkonjunktur und Baukonjunktur in der gleichen Richtung vom Gleichsgewichtspfad abweichen und die Überhitzung oder die Flaute im Bausektor besonders stark in Erscheinung tritt.

Die Ausrüstungsinvestitionen im gegenwärtigen Aufschwung

55. Die Investitionstätigkeit im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen hat auch in den konjunkturschwachen Jahren 1961/62 nicht nachgelassen, doch nahmen die Mehrausgaben von Jahr zu Jahr ab. Diese Entwicklung erreichte während des Jahres 1963, als die Ausrüstungsinvestitionen nur noch um 2 v. H. zunahmen (gegenüber 19 v. H. im Jahr 1960), ihren Tief- und Wendepunkt. Schon im zweiten Viertel des Jahres 1963 ließen die Auftragseingänge aus dem Inland bei den Investitionsgüterindustrien erkennen, daß sich erneut eine beschleunigte Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen anbahnte. Im Verlauf des Jahres 1964 hat sich die Entwicklung der Inlandsbestellungen weiter verstärkt, so daß mit einem Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen um etwa 12 v. H. gerechnet werden kann (Tabelle 18).

56. Der Wandel in der Investitionsbereitschaft erklärt sich wohl hauptsächlich daraus, daß ab Frühjahr 1963 fast alle Industriezweige wieder eine erhebliche Ausweitung der Auslandsumsätze verzeichnen konnten (Ziffer 26). Zusammen mit einem verlangsamten Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit hat dies die Ertragslage verbessert und den Selbstfinanzierungsspielraum der Unternehmen wieder erweitert. Die nicht-entnommenen Gewinne sind in der zweiten Jahreshälfte 1963 und im ersten Halbjahr 1964 wieder gestiegen, nachdem sie 1962 und in der ersten Hälfte 1963 abgenommen hatten.

Tabelle 18

Ausrüstungsinvestitionen

Zeitraum	Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.
1957	23,79	*1,5*
1958	25,63	*7,7*
1959	28,46	*11,0*
1960	33,90	*19,1*
1961	40,66	*14,2*
1962 [1]	44,66	*9,8*
1963 [1]	45,61	*2,1*
1963 [1] [2]		
1. Halbjahr	21,8	*0,6*
2. Halbjahr	23,8	*3,5*
1964 [1] [2]		
1. Halbjahr	24,4	*11,6*

ab 1961 Bundesgebiet einschließlich, vorher ohne Saarland und Berlin (West)

[1]) vorläufige Ergebnisse
[2]) Quelle: Deutsche Bundesbank

57. Die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen ist in diesem Konjunkturaufschwung erheblich langsamer gestiegen als 1959/60. So haben die Auftragseingänge im Inlandsgeschäft bei den Investitionsgüterindustrien damals von ihrem Tiefpunkt — Jahreswende 1958/59 — bis zu ihrem Höhepunkt mit einer Jahresrate von 36 v. H. und diesmal — von Anfang 1963 bis zum September 1964 — nur mit einer Jahresrate von 19 v. H. zugenommen (Schaubild 7).

58. Auch in diesem Aufschwung haben sich die Unternehmen in immer mehr Wirtschaftszweigen gleichzeitig zu zusätzlichen Investitionen entschlossen. Dies kann indirekt aus den Auftragseingängen bei den verschiedenen Sparten des Maschinenbaus gefolgert werden (Tabelle 19). Während in der ersten Hälfte des Jahres 1963 die Zahl der Sparten mit sinkendem Auftragseingang bei weitem überwog (23:8), war das Verhältnis in der zweiten Hälfte 1963 schon umgekehrt (6:25); in der ersten Hälfte 1964 meldeten alle Sparten des Maschinenbaus (mit einer Ausnahme) höhere Auftragseingänge als im Vorjahr. Seither hat aber diese Einheitlichkeit in der Nachfrageentwicklung wieder etwas nachgelassen.

59. Um der gestiegenen Nachfrage entsprechen zu können, haben die Investitionsgüterproduzenten auch in diesem Aufschwung ihrerseits ihre

Schaubild 7

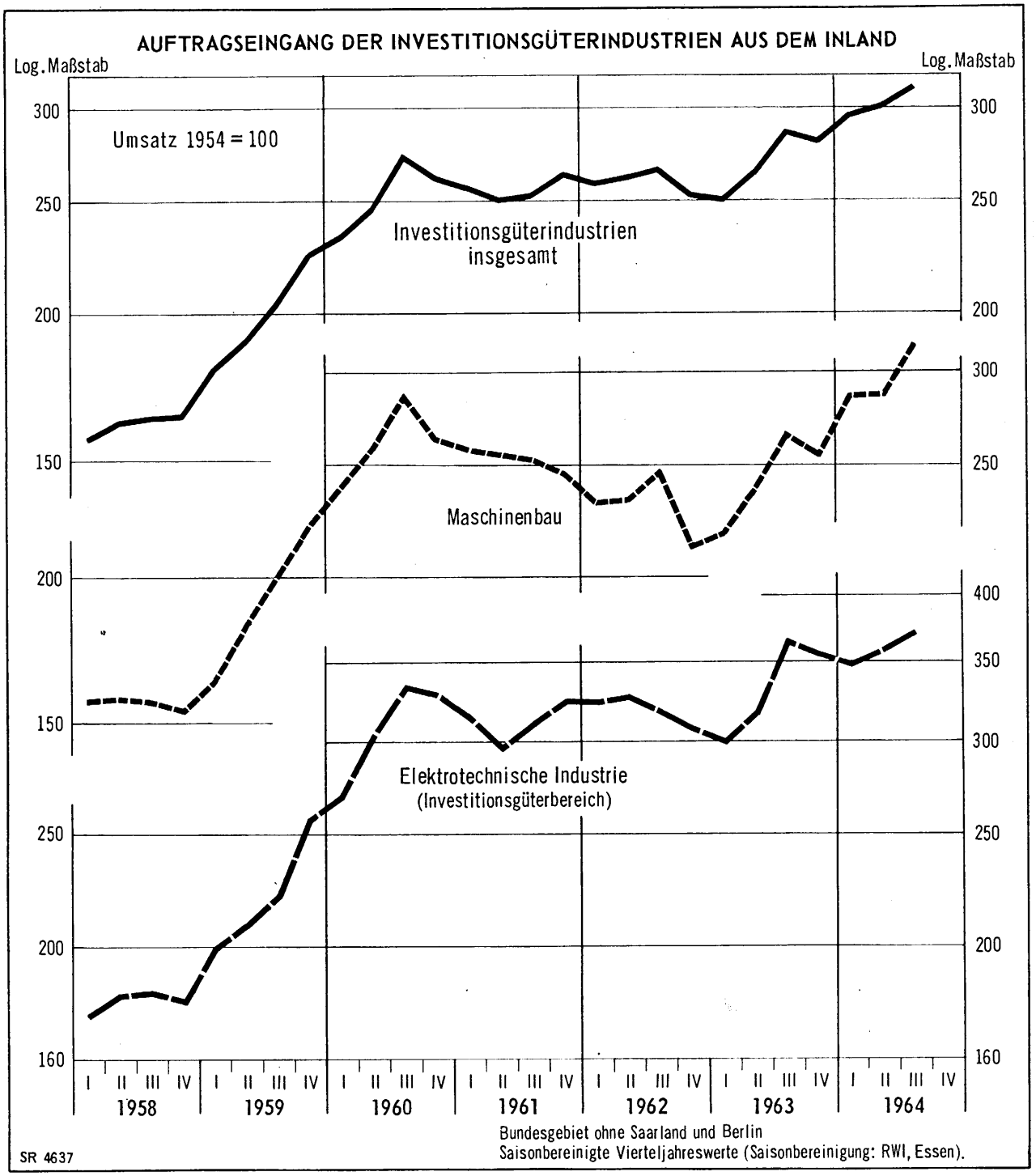

AUFTRAGSEINGANG DER INVESTITIONSGÜTERINDUSTRIEN AUS DEM INLAND
Log. Maßstab
Log. Maßstab
Umsatz 1954 = 100
Investitionsgüterindustrien insgesamt
Maschinenbau
Elektrotechnische Industrie (Investitionsgüterbereich)
300
250
200
150
400
350
160
I II III IV
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin
Saisonbereinigte Vierteljahreswerte (Saisonbereinigung: RWI, Essen).
SR 4637

Tabelle 19

Auftragseingänge aus dem Inland bei 31 Sparten des Maschinenbaus

— Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum —

Zeitraum		Es meldeten eine Zunahme ... Sparten	Abnahme ... Sparten
1958		17	14
1959		31	0
1960		30	1
1961		9	22
1962		8	23
1963	1. Halbjahr	8	
	2. Halbjahr	25	6
1964	1. Halbjahr	30	1
	3. Vierteljahr	25	6

Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin

Investitionspläne erweitert. Ein Indiz für diesen Akzelerationsprozeß sind gleichfalls die Auftragseingänge in einzelnen Sparten des Maschinenbaus.

Schaubild 8 läßt erkennen, daß ebenso wie in den vorausgegangenen Aufschwungphasen 1955 und 1959/60 die Nachfrage nach Werkzeugmaschinen, Prüfmaschinen und Präzisionswerkzeugen, die als typische „Investitionsgüter der Investitionsgüterindustrien" gelten, schneller zugenommen hat als die Nachfrage nach allen übrigen Maschinen — wie umgekehrt auch in Phasen abklingender Investitionstätigkeit die Nachfrage nach diesen Maschinen erheblich stärker zurückgeht als die Gesamtnachfrage nach Maschinen. Wie Schaubild 8 außerdem andeutet, hat sich der Beschleunigungsprozeß bis zum Sommer 1964, also nach mehr als 20 Monaten steigender Nachfrage auf den Investitionsgütermärkten, noch nicht so intensiviert wie im vergleichbaren Zeitabschnitt des Aufschwungs 1959/60.

60. Zwar nahmen im Frühjahr und Sommer 1964 die Auftragsbestände der Investitionsgüterindustrien zu, aber doch in erheblich engeren Grenzen als 1959/60 (Schaubild 9). Eine Verlän-

Schaubild 8

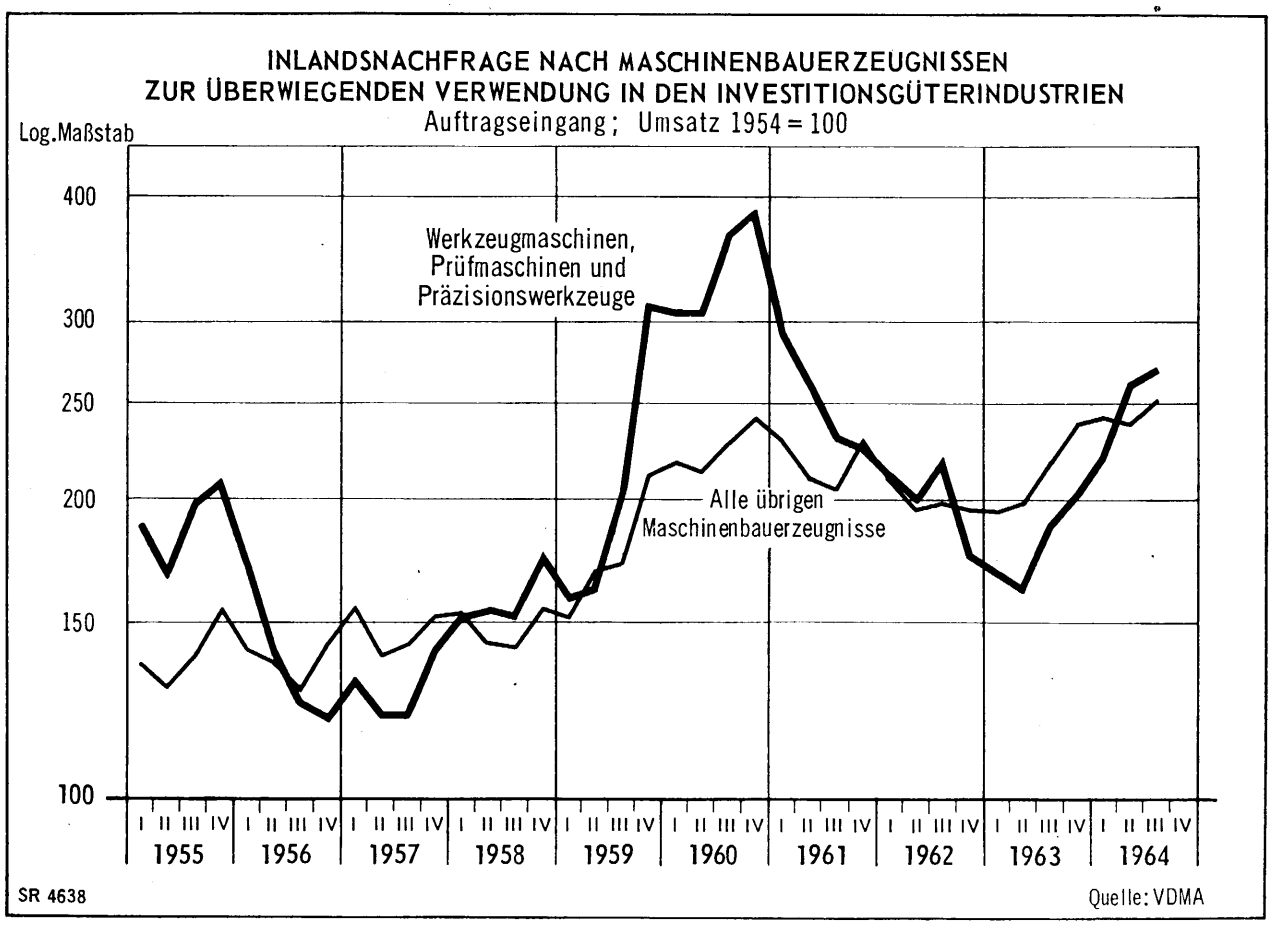
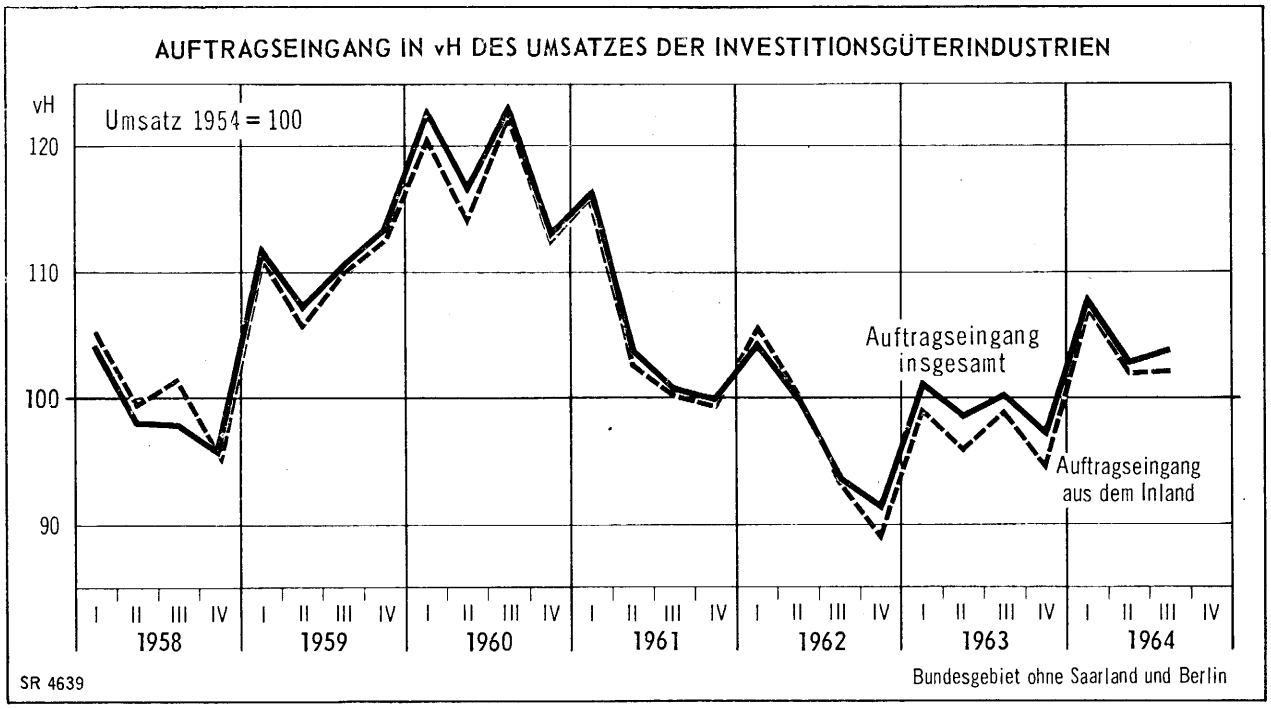


Schaubild 9



gerung der Lieferfristen für Investitionsgüter ist im allgemeinen nicht eingetreten. Die Ausweitung der Produktionskapazität der deutschen Wirtschaft wird von dieser Seite her nicht behindert. Auch die Beurteilung der Auftragsbestände durch die Investitionsgüterproduzenten im Rahmen des Ifo-Tests gibt keine Anhaltspunkte für eine boomartige Übersteigerung.

61. Der Unterschied zu 1959/60 erklärt sich wohl mindestens zum Teil damit, daß die Exportbelebung — namentlich im Investitionsgüterbereich — diesmal weniger nachhaltig war und das Exportklima sich schon im Sommer 1964 wieder abzukühlen begann. Ob auch die Knappheit an Arbeitskräften in diesem Jahr dazu beigetragen hat, die Expansionserwartungen zu dämpfen, mag dahingestellt bleiben. Doch ist es jedenfalls den Wachstumsindustrien bisher noch immer gelungen, genügend Arbeitskräfte aus anderen Bereichen anzuziehen.

62. Trotz des vergleichsweise mäßigen Anstiegs der Nachfrage konnten die Investitionsgüterproduzenten die Preise ihrer Erzeugnisse von Februar 1963 bis September 1964 (im Durchschnitt um etwa 2 v. H.) erneut erhöhen, nachdem die Preise bis dahin während eines verhältnismäßig kurzen Zeitraums — zweite Jahreshälfte 1962 — stabil geblieben waren. In Schaubild 10 wird verglichen, wie sich der Index der Erzeugerpreise für Investitionsgüter im jetzigen und im vorherigen Aufschwung entwickelt hat. Die Basis ist jeweils so gewählt, daß sie mit dem Monat vor dem konjunkturellen Aufschwung bei den Auftragseingängen zusammenfällt. Obwohl die Nachfrage 1959/60 rascher stieg als 1963/64, sind die Preise für Investitionsgüter damals noch ein ganzes Jahr unverändert geblieben, ja sogar zunächst noch weiter gesunken. Um den Unterschied in der Preisentwicklung zu erklären, kann man einmal das Augenmerk auf die Preise für Importgüter lenken, die — verglichen mit dem Vorjahr — 1959 noch im Durchschnitt um 2,5 v. H. niedriger, aber 1963 um 2,4 v. H. höher waren. Eine andere Erklärungsmöglichkeit bezieht sich auf die Lohnkosten je Produkteinheit. Sie waren — wieder verglichen mit dem Vorjahr — 1959 in den Investitionsgüterindustrien um 0,3 v. H. niedriger und 1963 und in den ersten acht Monaten 1964 um 4,4 v. H. bzw. 2,7 v. H. höher. Obwohl es sehr wahrscheinlich ist, daß die Investitionsgüterindustrien im Jahr 1964 — ähnlich wie andere Bereiche (Ziffer 56) — ihre Gewinne im Zuge der Produktionsausdehnung bei zumindest konstanten oder gar zunehmenden Gewinnspannen erhöht haben, stützt der Vergleich mit dem vorangegangenen Wachstumszyklus doch die Vermutung, daß die Preissteigerung für Investitionsgüter zu einem erheblichen Teil ein Reflex vorangegangener oder gleichzeitiger Kostensteigerungen war. Das gilt um so mehr, als in weiten Bereichen der Investitionsgüterindustrien nur unterdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte erzielt werden und Lohnerhöhungen wegen der Arbeitsintensität der Produktion stark ins Gewicht fallen. Unter diesen Umständen ist nur dann mit einer Unterbrechung der Preisauftriebstendenzen zu rechnen, wenn wieder — wie in der zweiten Hälfte 1962 — Überkapazitäten größeren Umfangs auf

den Markt drücken sollten. Doch darf die Preisentwicklung im Investitionsgütersektor in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden, da hier Qualitätsverbesserungen mehr zu Buch schlagen und weniger berücksichtigt werden können als bei den Konsumgütern, deren Preise überdies unmittelbar den Geldwert für die breiten Schichten der Bevölkerung bestimmen.

Schaubild 10

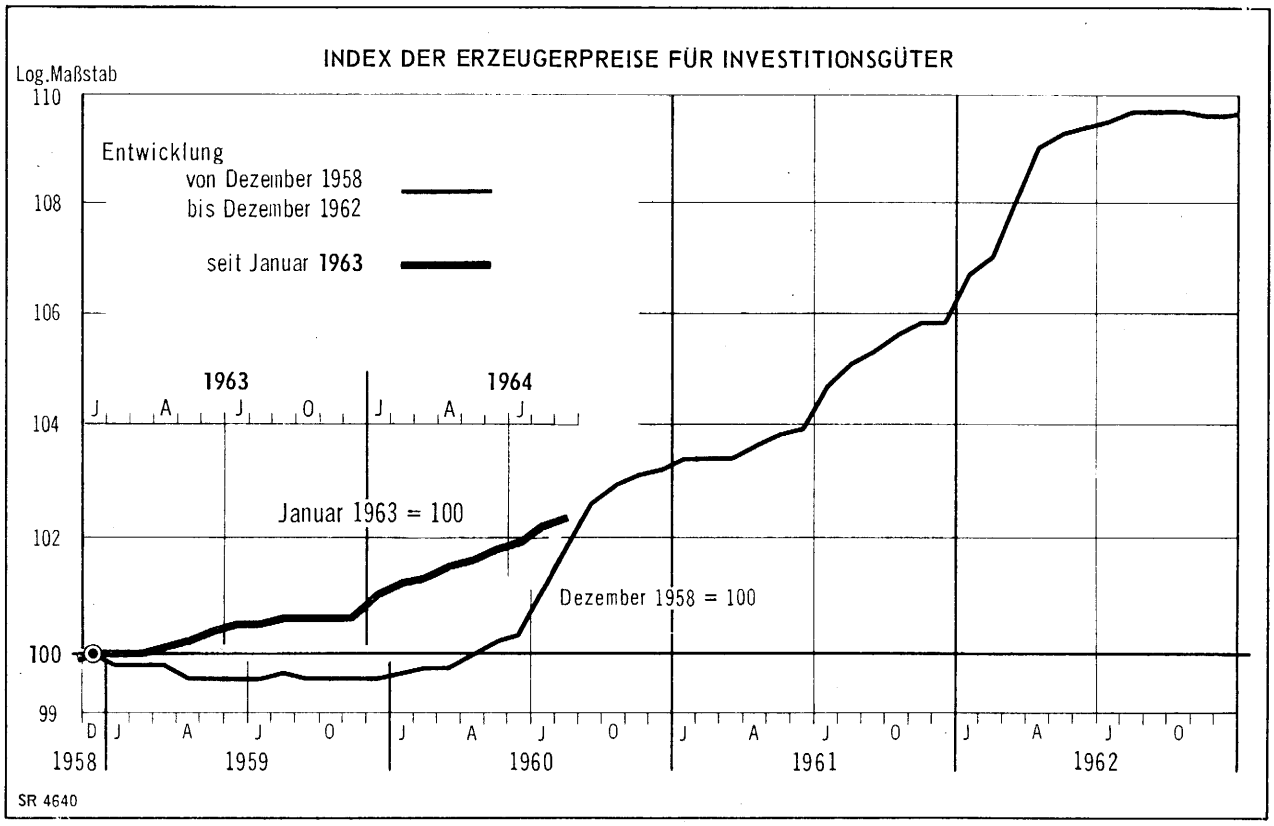
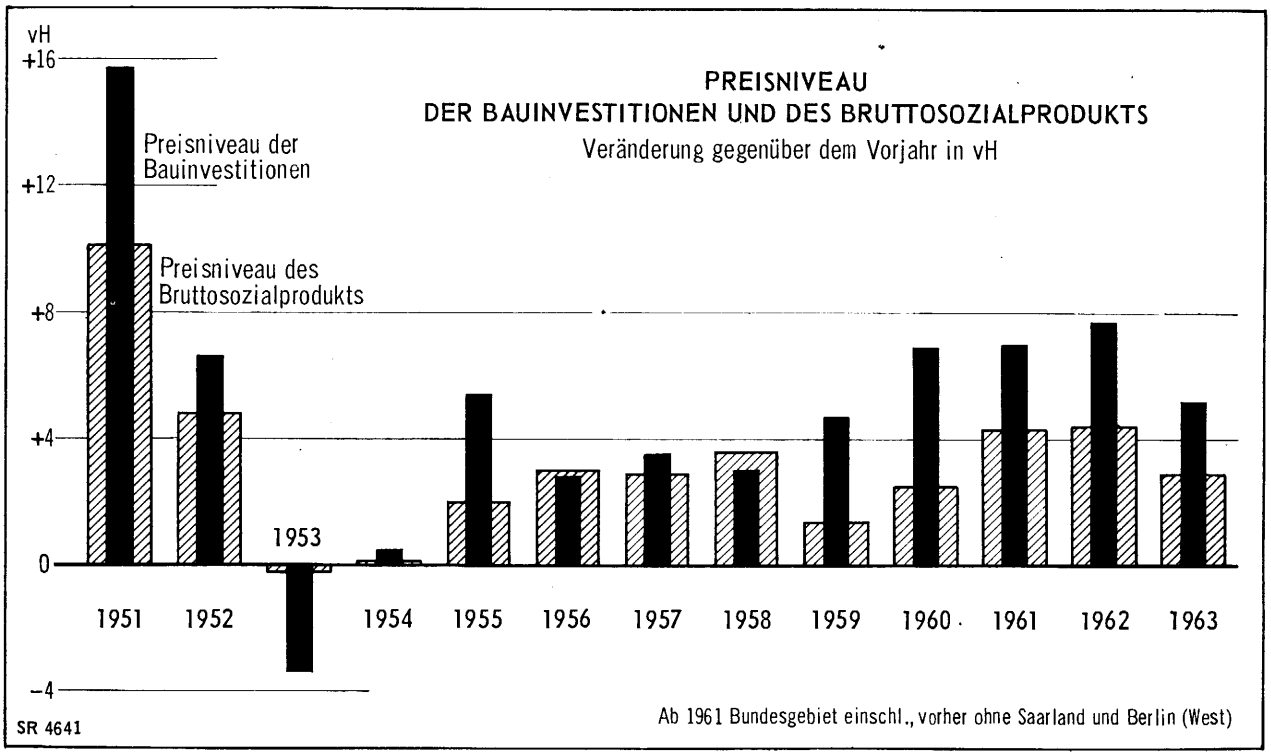


Schaubild 11



Die Nachfrage nach Bauinvestitionen in den letzten beiden Jahren

63. Die gesamte Nachfrage auf dem Baumarkt ist schon seit 1963 nicht mehr so rasch und so einheitlich gestiegen, wie es in den vorausgegangenen Jahren, vor allem bis 1962, der Fall war. Da sich außerdem als Reaktion auf die jahrelang anhaltende starke Ausweitung der Nachfrage die Kapazitäten der Bauwirtschaft erheblich vergrößert haben, nimmt die Übernachfrage am Baumarkt nun etwas ab. Als sicherstes Zeichen dafür kann angesehen werden, daß sich der Anstieg der Preise für Bauleistungen erheblich verlangsamt hat und daß die sogenannten Überhänge im Wohnungsbau, die in den vorausgegangenen Jahren dauernd zugenommen hatten, nun leicht zurückgehen (Ziffer 114).

Gegenwärtig gehen von der Bauwirtschaft schwächere expansive Wirkungen auf die Gesamtnachfrage aus als in den vergangenen Jahren. Dies hat dazu beigetragen, daß sich der gegenwärtige Konjunkturaufschwung in milderen Formen abspielt als die beiden vorausgegangenen Konjunkturaufschwünge, in denen zu den starken Steigerungen der Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen und zu den außenwirtschaftlichen Überschüssen jeweils noch eine kräftige Expansion der Ausgaben für Bauinvestitionen hinzugekommen war.

64. Im Wohnungsbau, auf den mehr als die Hälfte der Hochbauleistungen entfällt, übertraf die Nachfrage 1963 kaum mehr das Vorjahresniveau (Schaubild 12). Ein Grund dafür ist, daß die öffentliche Hand 1963 um ein Viertel weniger Wohnungen finanziell gefördert hat als im Jahr zuvor und die einkommensteuerlichen Begünstigungen (§ 7b EStG) im frei finanzierten Wohnungsbau eingeschränkt worden sind. Auch das Gesetz zur Einschränkung der Bautätigkeit vom 8. Juni 1962 hat zur Dämpfung der Nachfrage nach Wohnungsbauleistungen im vergangenen Jahr beigetragen. Wenn seit Beginn des Jahres 1964 die Wohnungsbaunachfrage wieder zunimmt, so ist dies zum Teil ein Reflex der administrativen Beschränkungen der Bautätigkeit im vergangenen Jahr, die — ebenso wie das „Baustoppgesetz" und die verzögerte Auszahlung der Bundesmittel — den Wohnungsbau in diesem Jahr nicht mehr hemmen. Hinzu kommt, daß nach den vorliegenden Informationen mehrere Bundesländer ihre Wohnungsbauprogramme für das Jahr 1964 gegenüber dem Jahr 1963 erweitert haben. All dies hat dazu geführt, daß für den öffentlich geförderten Wohnungsbau bei weitem mehr Mittel zur Verfügung stehen als vor einem Jahr. Ob die erneute Zunahme der Nachfrage auch auf der konjunkturbedingten Einkommensteigerung beruht, läßt sich noch nicht übersehen.

65. Die gewerbliche Wirtschaft hat mit zunehmender Investitionsbereitschaft ihre Nachfrage auch auf dem Baumarkt erhöht. Zum Teil ist dies darauf zurückzuführen, daß das „Baustoppgesetz" Ende 1963 in allen Bundesländern außer Kraft getreten ist und wieder Bauaufträge für Büro- und Verwaltungsgebäude, für Kauf- und Warenhäuser, Hotels und Gaststätten usw. vergeben werden können (Tabelle 21).

Tabelle 20

Bauinvestitionen

Zeitraum	Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.
1957	22,7	*6,1*
1958	24,8	*9,3*
1959	29,5	*19,0*
1960	33,1	*12,3*
1961	40,1	*14,4*
1962 [1]	45,4	*13,4*
1963 [1]	49,1	*8,0*
1963 [1] [2]		
1. Halbjahr	20,6	*0,9*
2. Halbjahr	28,5	*13,8*
1964 [1] [2]		
1. Halbjahr	25,4	*23,8*

ab 1961 Bundesgebiet einschließlich, vorher ohne Saarland und Berlin (West)

[1]) vorläufige Ergebnisse

[2]) Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 21

Baugenehmigungen für Bürogebäude [1]) nach Bauherren

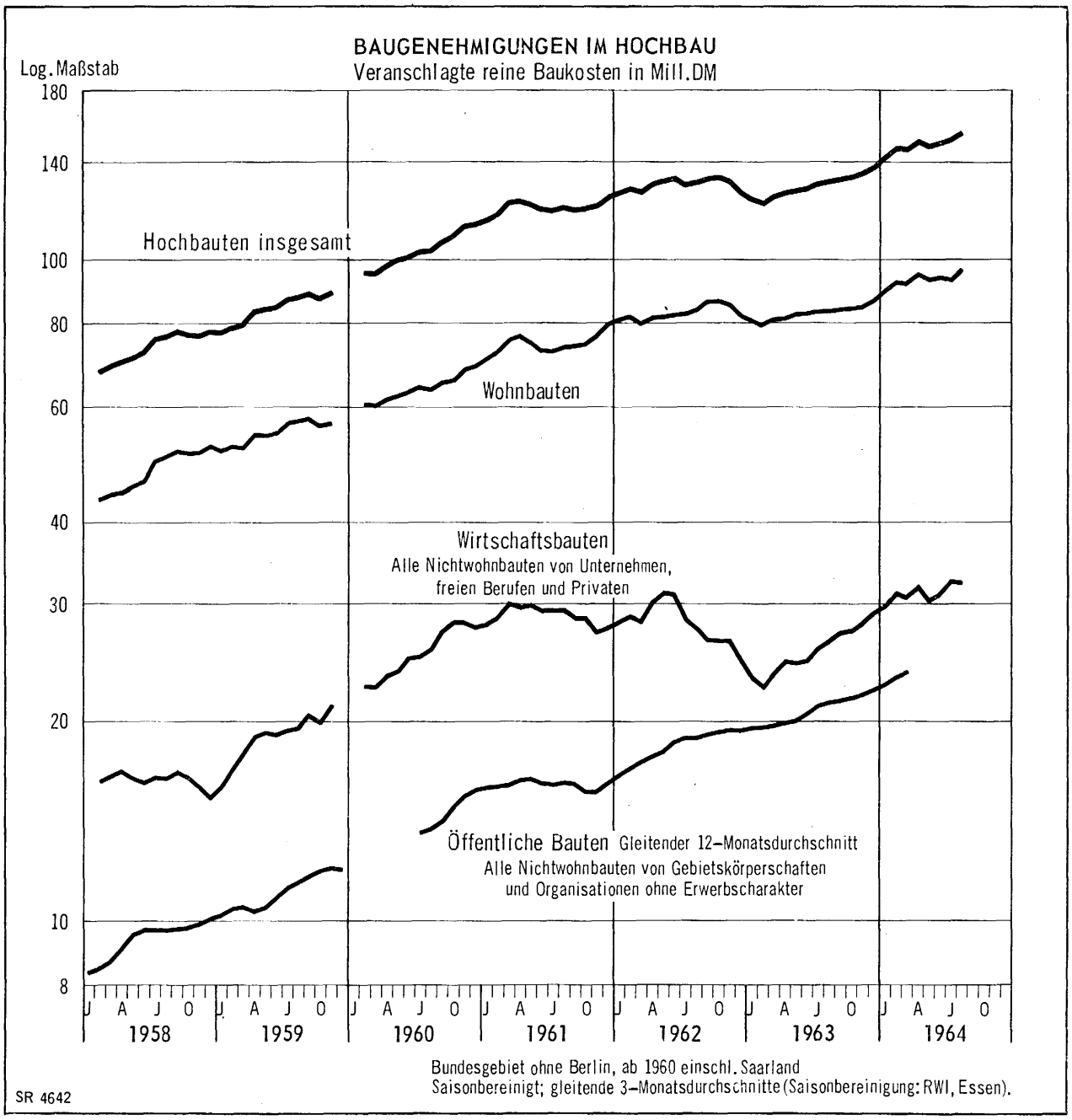
— Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in v. H. —

Zeitraum		Gebietskörperschaften	Übrige Bauherren
1962	1. Vierteljahr	− 0,9	+ 5,5
	2. Vierteljahr	+131,0	− 3,7
	3. Vierteljahr	+ 3,4	− 50,6
	4. Vierteljahr	− 3,6	− 47,0
1963	1. Vierteljahr	− 46,6	− 66,8
	2. Vierteljahr	− 75,6	− 67,7
	3. Vierteljahr	− 42,8	− 18,1
	4. Vierteljahr	− 23,0	+ 91,6
1964	1. Vierteljahr	+ 61,1	+227,6
	2. Vierteljahr	+213,4	+ 76,8

1964 Bundesgebiet einschließlich, vorher ohne Berlin (West)

[1]) nach den veranschlagten reinen Baukosten

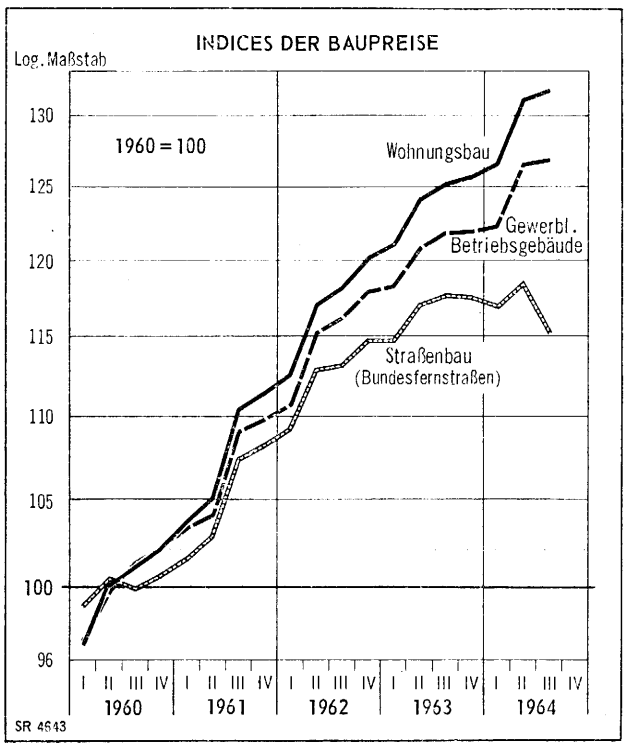
Schaubild 12



66. Seit Mitte 1963 nimmt auch die Nachfrage der öffentlichen Hand nach Hochbauleistungen wieder beschleunigt zu, nachdem sie im ersten Halbjahr 1963 nur sehr wenig gestiegen war (Schaubild 12). Dabei dürfte es sich nur zu einem kleinen Teil um eine Reaktion auf das Auslaufen des „Baustoppgesetzes" handeln, da die von diesem Gesetz betroffenen Projekte (Bürogebäude usw.) im Vergleich zu dem gesamten öffentlichen Hochbauvolumen nur geringe Bedeutung haben. Außerdem hatten viele Gebietskörperschaften, unmittelbar bevor das Gesetz in Kraft trat, umfangreiche Bauplanungen zur Genehmigung vorgelegt. Da die Bausummen der genehmigten öffentlichen Hochbauprojekte und vor allem auch die tatsächlichen Bauausgaben schon seit längerer Zeit die in den Haushaltsplänen veranschlagten Mittel übersteigen, werden die für öffentliche Bauvorhaben zur Verfügung stehenden Haushaltsreste laufend geringer.

67. Im Gegensatz zur Entwicklung auf den Hochbaumärkten hat der Staat im Tiefbau im bisherigen Verlauf des Jahres — bis August — nach Informationen des Statistischen Bundesamtes sogar etwas weniger Aufträge vergeben als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei haben sich die öffentlichen Bauherren nicht einheitlich verhalten. Der Bund, der wegen seiner Zuständigkeit für die Fernstraßen die größten Aufträge im Tiefbau zu vergeben hat, übte schon im Jahr 1963 bei seiner Auftragsvergabe Zurückhaltung. Erst seit dem zweiten Vierteljahr 1964 nahmen die Aufträge im Vergleich zum Vorjahr in diesem Bereich wieder zu. Die Länder dagegen haben in der zweiten Hälfte 1963 verhältnismäßig viel Tiefbauaufträge vergeben, aber dafür im Jahr 1964 ihre Bautätigkeit eingeschränkt. Da unter dem Sog der raschen, ja z. T. hektischen Nachfrageausweitung in der Vergangenheit die Kapazitäten im Tiefbau stark gewachsen sind, macht sich nunmehr ein Nachfragemangel bemerkbar. Demzufolge sind die Preise im Straßenbau zum ersten Male seit 1960 gesunken (Schaubild 13).

Schaubild 13



Der Staatsverbrauch

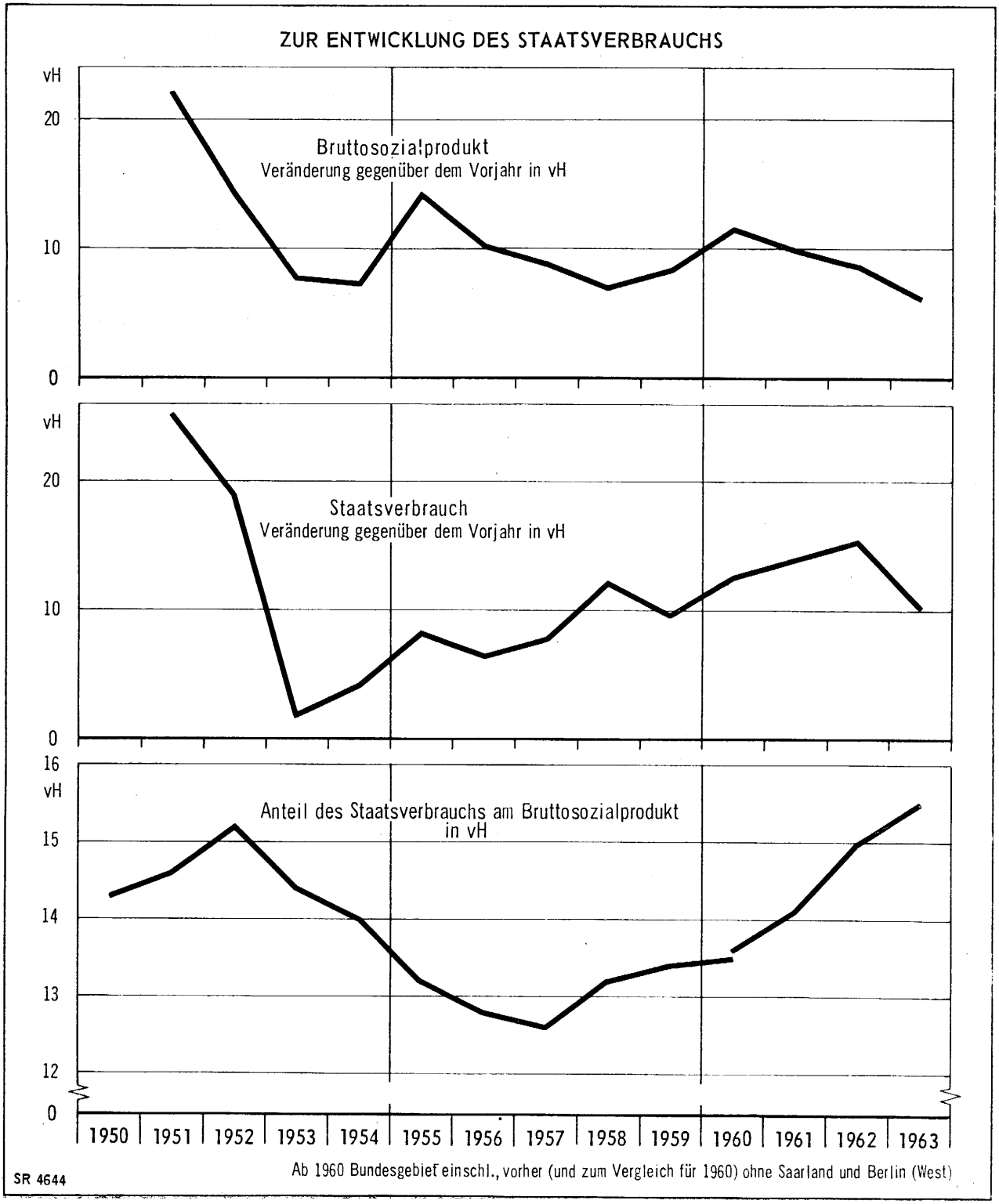
68. Der Staat — in diesem Zusammenhang die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung — hat mit seinen Verbrauchsausgaben zu dem gegenwärtigen konjunkturellen Aufschwung wenig beigetragen. Mit einem Anstieg von schätzungsweise 6 v. H. im Jahr 1964 werden die laufenden Aufwendungen der öffentlichen Hand für Waren und Dienstleistungen (einschl. Gehälter und Löhne der Bediensteten), auf die 1963 56 v. H. der gesamten Staatsausgaben (ohne Darlehensgewährung) entfielen, weniger zunehmen als das nominale Bruttosozialprodukt. Der Anteil des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt, der 1963 auf den noch nie zuvor erreichten Stand von 15,5 v. H. angewachsen war (Schaubild 14), wird deshalb wieder etwas zurückgehen.

69. Zwar war dieser Anteil schon 1952 fast genauso hoch (15,2 v. H.), doch blieb der Staatsverbrauch bis 1957 als Folge sparsamer Haushaltsführung und sinkender Verteidigungsausgaben (Stationierungskosten) hinter dem Wachstum des Sozialprodukts zurück, um dann erneut — weitgehend bedingt durch den raschen Aufbau der Bundeswehr — bis 1963 Jahr für Jahr stärker zuzunehmen als das Sozialprodukt.

70. Tabelle 22 gibt eine Aufgliederung des Staatsverbrauchs nach zivilen und militärischen Verwendungsarten. Infolge der sprunghaften Zunahme der Verteidigungsausgaben von 1959 bis 1962 ist ihr Anteil am Staatsverbrauch in dieser Zeit von 23 v. H. auf 28 v. H. gestiegen. Dagegen haben sich die Ausgaben im zivilen Bereich etwas stetiger entwickelt. Wenn sie in den meisten Jahren ebenfalls stärker zugenommen haben als das Bruttosozialprodukt, so hängt dies vor allem damit zusammen, daß auch die dem Staat obliegenden Aufgaben mit steigendem Realeinkommen an Bedeutung gewinnen und seine Dienste, wie die Dienstleistungen überhaupt, relativ teurer werden.

71. Der Anteil der laufenden Personalausgaben am Staatsverbrauch hat von 1950 bis 1957 stark geschwankt; er erreichte 1957 mit 54,1 v. H. seinen

Schaubild 14



Höhepunkt und ging seitdem fast kontinuierlich auf 47,4 v. H. im Jahr 1963 zurück (Tabelle 23). Dieser Rückgang beruht — obwohl auch die Zahl der Bediensteten und mit ihr die Höhe der Personalausgaben gestiegen ist — darauf, daß die Sachausgaben seit 1957 mit wesentlich höherer Rate zugenommen haben. Hierzu haben vor allem die Rüstungseinkäufe im In- und Ausland beigetragen.

72. In Preisen von 1954 hat das Volumen der vom Staat nachgefragten Güter und Dienste für die laufende Verwendung weit schwächer zugenommen als die entsprechenden Nominalbeträge. Von 1950 bis 1963 ergibt sich für den Staatsverbrauch nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein Preisanstieg von 72 v. H.; das ist mehr als bei jeder anderen Verwendungsart des Bruttosozialprodukts. Allerdings kann der errechnete Preisanstieg durchaus zu hoch bemessen sein, weil man bei der Schätzung des Produktivitätsanstiegs im öffentlichen Dienst offenbar sehr zurückhaltend war (Ziffer 94, Fußnote).

73. Wenn im Jahr 1964 vom Staatsverbrauch keine expansiven Wirkungen ausgingen, so beruht dies vor allem darauf, daß der zivile Staatsverbrauch diesmal — ebenso wie 1951, 1955 und 1959 — der konjunkturellen Expansion trotz der Erhöhung der Beamtengehälter ab 1. Oktober nur verzögert folgt. Die Verteidigungsausgaben liegen, soweit es gegenwärtig zu übersehen ist, im Jahresdurchschnitt nicht über denen des Vorjahres; jedoch sind davon in erster Linie die Rüstungsgüterimporte betroffen; sie waren in den ersten neun Monaten 1964 um 57 v. H. niedriger als vor einem Jahr.

Tabelle 22

Bruttosozialprodukt und Staatsverbrauch

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Staatsverbrauch					
		Insgesamt		für zivile Zwecke		für militärische Zwecke	
		Millionen DM	v. H. [1]	Millionen DM	v. H. [1]	Millionen DM	v. H. [1]
1950	97 900	14 000	*14,3*	9 620	*9,8*	4 380	*4,5*
1951	119 500	17 500	*14,6*	11 360	*9,5*	6 140	*5,1*
1952	136 600	20 800	*15,2*	13 290	*9,7*	7 510	*5,5*
1953	147 100	21 170	*14,4*	14 850	*10,1*	6 320	*4,3*
1954	157 900	22 030	*14,0*	16 090	*10,2*	5 940	*3,8*
1955	180 400	23 820	*13,2*	17 770	*9,9*	6 050	*3,3*
1956	198 800	25 350	*12,8*	19 870	*10,0*	5 480	*2,8*
1957	216 300	27 300	*12,6*	21 890	*10,1*	5 410	*2,5*
1958	231 500	30 590	*13,2*	24 550	*10,6*	6 040	*2,6*
1959	250 900	33 530	*13,4*	25 750	*10,3*	7 780	*3,1*
1960	279 800	37 730	*13,5*	28 500	*10,2*	9 230	*3,3*
1960	296 800	40 400	*13,6*	30 990	*10,4*	9 410	*3,2*
1961	326 200	46 050	*14,1*	34 590	*10,6*	11 460	*3,5*
1962 [2]	354 500	53 100	*15,0*	38 160	*10,8*	14 940	*4,2*
1963 [2]	376 500	58 520	*15,5*	41 820	*11,1*	16 700	*4,4*
1963 [2] [3] 1. Halbjahr	175 400	27 600	*15,7*	.	.	.	.
2. Halbjahr	201 100	30 920	*15,4*	.	.	.	.
1964 [2] [3] 1. Halbjahr	193 900	28 000	*14,4*	.	.	.	.

ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West)

[1] Anteil am Bruttosozialprodukt

[2] vorläufige Ergebnisse

[3] Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 23

Staatsverbrauch

Jahr	Staatsverbrauch	Löhne und Gehälter einschließlich Sold und Verpflegung der Streitkräfte [1]		Käufe von Unternehmen und vom Ausland einschließlich Nettomiete, Abschreibungen u. ä. [2]		abzüglich Verkäufe an Unternehmen und private Haushalte [3]		Einfuhren aus dem Ausland [4]
		Millionen DM	Anteil in v. H.	Millionen DM	Anteil in v. H.	Millionen DM	Anteil in v. H.	Millionen DM
1950	14 000	7 020	*50,1*	8 810	*62,9*	1 830	*13,1*	—
1951	17 500	8 080	*46,2*	11 360	*64,9*	1 940	*11,1*	—
1952	20 800	9 400	*45,2*	13 580	*65,3*	2 180	*10,5*	10
1953	21 170	10 180	*48,1*	13 370	*63,2*	2 380	*11,2*	10
1954	22 030	10 920	*49,6*	13 770	*62,5*	2 660	*12,1*	10
1955	23 820	11 960	*50,2*	14 740	*61,9*	2 880	*12,1*	10
1956	25 350	13 350	*52,7*	15 110	*59,6*	3 110	*12,3*	10
1957	27 300	14 770	*54,1*	15 960	*58,5*	3 430	*12,6*	110
1958	30 590	16 080	*52,6*	18 340	*60,0*	3 830	*12,5*	740
1959	33 530	16 480	*49,2*	21 270	*63,4*	4 220	*12,6*	1 340
1960	37 730	18 390	*48,7*	24 030	*63,7*	4 690	*12,4*	1 420
1960	40 400	20 070	*49,7*	25 330	*62,7*	5 000	*12,4*	1 420
1961	46 050	22 990	*49,9*	28 470	*61,8*	5 410	*11,7*	1 390
1962	53 100	25 140	*47,3*	33 930	*63,9*	5 970	*11,2*	2 290
1963	58 520	27 720	*47,4*	37 260	*63,7*	6 460	*11,0*	4 320

ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West)

[1]) einschließlich der Löhne und Gehälter für das deutsche Personal bei den Besatzungsstreitkräften; ohne die für selbsterstellte Anlagen anfallenden Personalkosten

[2]) einschließlich der vom Staat gezahlten indirekten Steuern; ohne Sachausgaben für selbsterstellte Anlagen

[3]) gegen Gebühren und Entgelte

[4]) eigene Schätzungen

Der Private Verbrauch

74. Die Entwicklung des Privaten Verbrauchs folgt im allgemeinen der Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte; dieses ist seinerseits abhängig vom Konjunkturverlauf, von der mehr oder weniger konjunkturabhängigen Lohnpolitik und von Änderungen der Besteuerung und der Sozialgesetzgebung (Tabelle 24). Da die Entwicklung des für den Privaten Verbrauch wichtigsten Teils des Gesamteinkommens, des Einkommens aus Lohn und Gehalt, der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verzögert folgt (Ziffer 125), bleibt in der Regel auch der Private Verbrauch etwas hinter der Entwicklung der Gesamtnachfrage zurück.

75. Bei aller Gleichläufigkeit in der Entwicklungsrichtung sind doch die Zuwachsraten des Privaten Verbrauchs in der Regel unter denen des verfügbaren Einkommens geblieben. Die Konsumquote der privaten Haushalte ist also gesunken oder, was das gleiche ist, die Sparquote hat sich erhöht. Nur in drei Jahren seit 1951 nahm der Private Verbrauch prozentual etwas stärker zu als das verfügbare Einkommen. Die langfristige Abnahme der Konsumquote von 96,8 v. H. 1950 auf 90,4 v. H. 1963 ist das Ergebnis vielfältiger Änderungen in den Lebensumständen und Verhaltensweisen der privaten Haushalte. Große Bedeutung dürfte haben, daß in vielen Haushalten mit steigendem Wohlstand und steigender Sparfähigkeit der Sparwille (Alterssicherung, Vermögensbildung) gegenüber dem Konsumbedarf stärker zum Zuge kommt, daß Wandlungen der Bedarfsstruktur mit Sparentscheidungen verbunden sind — Zwecksparen — und daß die Einkommensschichtung sich ändert.

Schaubild 15

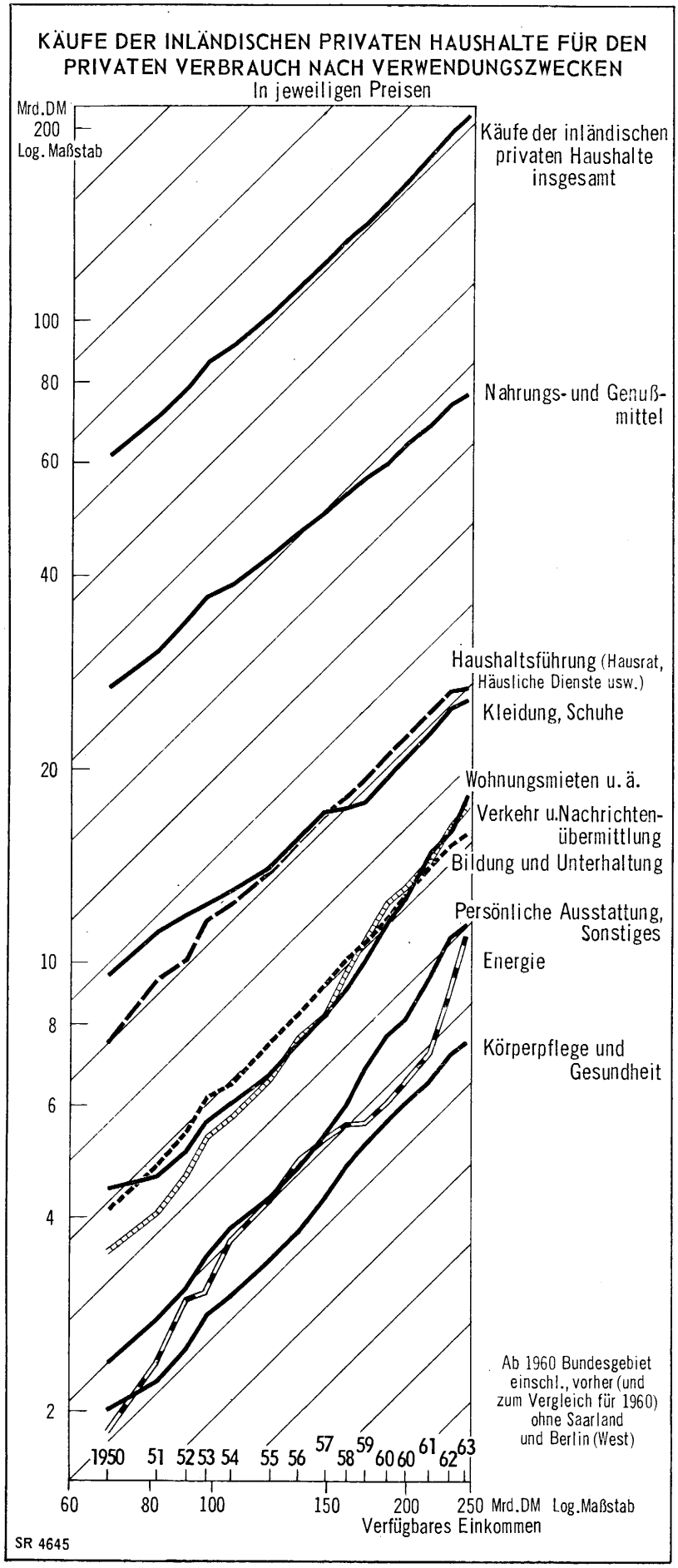


Tabelle 24

Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte [1])

— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H. —

Zeitraum	Verfügbares Einkommen [2])	Privater Verbrauch	Ersparnis [2])
1951	+16,3	+16,3	+14,5
1952	+13,3	+11,0	+85,7
1953	+10,3	+ 9,5	+26,6
1954	+ 7,2	+ 6,2	+23,5
1955	+11,1	+11,6	+ 3,5
1956	+10,3	+10,9	+ 2,2
1957	+11,4	+ 8,8	+53,0
1958	+ 8,0	+ 7,5	+14,9
1959	+ 6,8	+ 6,4	+11,3
1960	+ 8,3	+ 8,5	+ 6,2
1961	+10,1	+ 9,8	+12,6
1962 [3])	+ 9,3	+ 9,2	+10,1
1963 [3])	+ 6,6	+ 5,4	+19,6
1963 [3]) [4])			
1. Halbjahr	+ 6,0	+ 4,9	+17,8
2. Halbjahr	+ 7,2	+ 5,8	+21,2
1964 [3]) [4])			
1. Halbjahr	+ 9,4	+ 8,1	+22,0

ab 1961 Bundesgebiet einschließlich, vorher ohne Saarland und Berlin (West)

[1]) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter

[2]) ohne nicht-entnommene Gewinne u. ä.

[3]) vorläufige Ergebnisse

[4]) eigene Schätzungen in Anlehnung an Ergebnisse der Deutschen Bundesbank

76. Im Zuge der allgemeinen Einkommenssteigerung erlangen viele Haushalte erstmals und andere in vermehrtem Maße die Fähigkeit zum Sparen. Dies zeigt sich am deutlichsten daran, daß innerhalb des Privaten Verbrauchs der Anteil der Ausgaben für den Grundbedarf der Lebenshaltung — Nahrungs- und Genußmittel, Kleidung und Schuhe — stark zurückgegangen ist. 1950 wurden für diese Bedarfsgruppen noch rd. 58 v. H. der gesamten privaten Verbrauchsausgaben aufgewendet, 1963 nur noch 48 v. H. Schaubild 15 zeigt dies im Vergleich mit der Zunahme der Ausgaben für andere Zwecke. Es bestätigt erneut das Engelsche Gesetz. Stärker als die Verbrauchsausgaben insgesamt sind vor allem die Aufwendungen für Wohnungen — und diese nicht nur infolge der Mietfreigabe —, für Verkehr und Energieverbrauch angewachsen. Besseres Wohnen, private Motorisierung und Mechanisierung der Haushalte spiegeln sich in dieser Entwicklung wider.

77. Wandlungen der Bedarfsstruktur der privaten Haushalte können insofern unmittelbar die Entwicklung der Konsumquote und der Sparquote mitbestimmen, als solche Güter zunehmend Gewicht erlangen, deren Erwerb im allgemeinen ein längeres Ansparen (eines Teils) der Kaufsumme erfordert. Ohne daß sich im übrigen die Spargewohnheiten ändern müßten, wird allein auf Grund der Tatsache, daß z. B. Automobile, Eigenheime, Ferienreisen u. ä. für immer breitere Bevölkerungsschichten erreichbare und tatsächlich angestrebte Konsumziele werden, die durchschnittliche Sparquote der privaten Haushalte steigen, solange sich eine solche Verschiebung in der Bedarfsstruktur fortsetzt.

78. Die Zusammenhänge zwischen Änderungen der Einkommensschichtung und der Entwicklung des Privaten Verbrauchs in der Bundesrepublik sind bisher kaum untersucht worden. Das Statistische Bundesamt hat dem Sachverständigenrat zugesagt, ihm im kommenden Jahr im Rahmen seiner Möglichkeiten Material für solche Zwecke bereitzustellen (s. Anhang II.).

79. Die Tendenz zur Erhöhung der durchschnittlichen Sparquote wird auf lange Sicht mit großer Wahrscheinlichkeit nicht unvermindert anhalten. Schon an der Entwicklung seit 1950 wird deutlich, daß sich der Anstieg abflacht (Schaubild 16). Vom jährlichen Mehreinkommen fließt also im allgemeinen ein größerer Anteil in den Verbrauch als zuvor. Kurzfristig gesehen ist diese Entwicklung allerdings sehr uneinheitlich. Der Anteil der Ersparnisse am Mehreinkommen eines Jahres schwankte zwischen 1,4 v. H. (1956) und 27,0 v. H. (1957). 1963 stieg die durchschnittliche Sparquote noch einmal unerwartet stark an; rund ein Viertel des zusätzlich verfügbaren Einkommens wurde gespart.

80. Obwohl erwartet wird, daß sich die Sparquote 1964 abermals merklich erhöht, vermutlich auf mehr als 10 v. H. des verfügbaren Einkommens, können auch die Verbrauchsausgaben wieder kräftiger zunehmen, da mit dem neuen Aufschwung auch das verfügbare Einkommen stär-

Schaubild 16

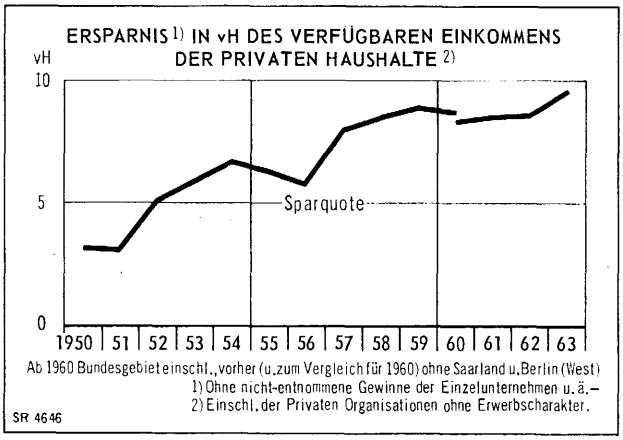


Tabelle 25

Einzelhandelsumsätze

— Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in v. H. —

Einzelhandelsbereich	1960	1961	1962	1963	1963		1964
					1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr
Nahrungs- und Genußmittel	+ 6	+ 7	+ 7	+ 3	+ 2	+ 3	+ 4
darunter:							
Lebensmittel aller Art	+ 6	+ 7	+ 7	+ 2	+ 2	+ 2	+ 4
Schokoladen und Süßwaren	+ 7	+ 5	+ 3	− 1	− 2	+ 1	+ 2
Wein und Spirituosen	+ 7	+ 8	+11	+ 1	+ 2	—	+ 4
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	+ 9	+11	+ 7	+ 3	+ 1	+ 4	+ 7
darunter:							
Textilien aller Art	+ 6	+ 9	+ 6	+ 2	+ 1	+ 2	+ 6
Meterware	+ 2	+ 5	+ 6	+ 1	− 2	+ 4	+ 9
Wäsche und Bettwaren	+ 7	+ 9	+ 6	− 0	− 2	+ 1	+ 6
Wirk-, Strick- und Kurzwaren	+ 6	+ 7	+ 7	+ 5	+ 4	+ 5	+ 7
Oberbekleidung	+11	+16	+ 7	+ 2	+ 1	+ 3	+ 7
Schuhwaren	+11	+ 5	+ 3	+ 5	+ 1	+ 7	+ 7
Hausrat und Wohnbedarf	+ 8	+ 9	+ 7	+ 1	− 2	+ 3	+ 9
darunter:							
Eisenwaren und Küchengeräte	+ 9	+ 9	+ 9	+ 2	− 0	+ 4	+ 8
Porzellan und Glaswaren	+ 8	+ 8	+ 8	+ 0	− 1	+ 1	+ 5
Beleuchtungs- und Elektrogeräte	+ 6	+ 9	+ 6	+ 3	+ 0	+ 4	+ 8
Rundfunk-, Fernseh-, Phonoartikel	+ 2	+ 9	+ 3	− 3	− 8	+ 1	+ 7
Möbel	+ 6	+ 5	+ 4	− 4	− 8	− 1	+12
Teppiche und Gardinen	+10	+ 6	+ 7	− 1	− 5	+ 2	+ 9
Sonstige Waren	+11	+10	+11	+ 6	+ 6	+ 6	+ 6
darunter:							
Galanterie- und Lederwaren	+11	+ 9	+ 4	+ 2	− 1	+ 4	+ 6
Uhren, Gold- und Silberwaren	+14	+12	+ 9	− 3	− 5	− 2	+11
Apotheken	+ 6	+ 7	+ 6	+ 6	+ 5	+ 7	+ 4
Foto und Optik	+ 6	+ 9	+ 5	+ 3	+ 1	+ 4	+ 6
Kraftwagen und Zubehör	+18	+12	+14	+ 5	+ 3	+ 7	+13
Brennmaterial	+ 7	+ 5	+23	+17	+24	+10	−11
Einzelhandel insgesamt	+ 9	+ 9	+ 8	+ 4	+ 3	+ 4	+ 6

Bundesgebiet ohne Berlin

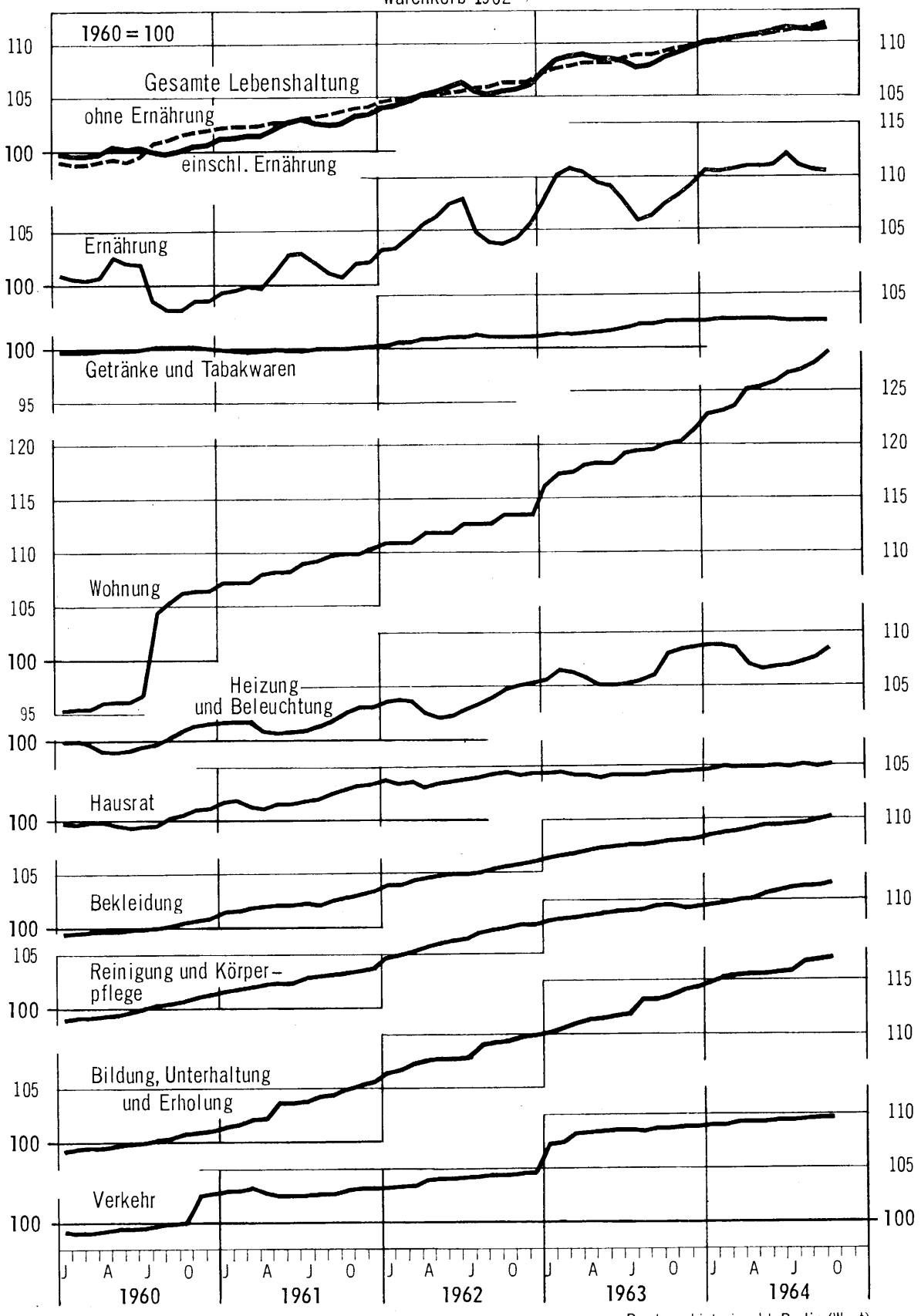
ker gewachsen ist. Im ersten Halbjahr und nach vorläufigen Rechnungen auch im dritten Vierteljahr 1964 sind die Einzelhandelsumsätze (Tabelle 25), die im allgemeinen knapp die Hälfte der Käufe der privaten Haushalte ausmachen, gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 6 v. H. gestiegen (nach 3 v. H. im ersten und 4 v. H. im zweiten Halbjahr 1963). Da vermutlich zumindest die Zunahme des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte nach saisonaler Abschwächung im Sommer im weiteren Verlauf dieses Jahres unvermindert angehalten hat, darf damit gerechnet werden, daß von seiten des Privaten Verbrauchs vorläufig keine Abschwächung der binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte ausgeht.

81. Mit der kräftigen Zunahme des Privaten Verbrauchs im ersten Halbjahr 1964 stiegen in fast allen Bereichen der Lebenshaltung die Preise ohne wesentliche Unterbrechungen weiter an, obwohl die Entwicklung der Produktionskosten vergleichsweise günstig war. Die Preiserhöhungen von September 1963 bis September 1964 waren mit durchschnittlich 2,9 v. H. sogar stärker als in den 12 Monaten davor mit 2,6 v. H. (Schaubild 17). Dieser Durchschnitt wird allerdings stark bestimmt von den Preissteigerungen bei den Bedarfsgruppen Wohnung mit 6,7 v. H., wofür nach wie vor die Mietfreigabe ausschlaggebend sein dürfte, und Ernährung mit 3,9 v. H., wo der saisonübliche Preisrückgang des Frühjahrs und Sommers zunächst ausblieb und schließlich insgesamt sehr viel schwächer war als in früheren Jahren, und zwar bei den Verbraucherpreisen noch geringer als bei den Erzeugerpreisen. Außerhalb der Bereiche Wohnung und Ernährung, für die 1963 allerdings rund zwei Fünftel der gesamten privaten Verbrauchsausgaben aufgewendet wurden, betrug der Anstieg der Preise für die Lebenhaltung in dem genannten Zeitraum im Durchschnitt nur 1,6 v. H.; er war damit um gut ein Viertel geringer als in den zwölf Monaten zuvor (2,2 v. H.). Neben der üblichen Verteuerung der Dienstleistungen steht hier vor allem noch die merkliche Preissteigerung für Bekleidung 2 v. H.). Bei den übrigen Verbrauchsgütern der gewerblichen Wirtschaft war die Preisentwicklung bis in den September hinein vergleichsweise ruhig (Preisanstieg gegenüber September 1963 1,1 v. H.); doch kündigt sich bei den Erzeugerpreisen erneut eine Beschleunigung des Preisanstiegs auch für diesen Bereich an. Der Erzeugerpreisindex für industrielle Verbrauchsgüter erhöhte sich allein im September gegenüber August fast genauso stark wie in den vorangegangenen sieben Monaten zusammen.

Schaubild 17

PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG

Warenkorb 1962 [1]



Bundesgebiet einschl. Berlin (West)

1) 1960: Warenkorb 1958.

SR 4647

DRITTES KAPITEL

Der Angebotsspielraum

Langfristige Entwicklungstendenzen

82. Bevor die Frage behandelt wird, wie die heimische Produktion und die Einfuhr seit dem Beginn des gegenwärtigen Konjunkturaufschwungs auf die Nachfrageexpansion reagiert haben, sollen auch hier zunächst die langfristigen Entwicklunstendenzen beschrieben werden.

83. Diese Tendenzen lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

a) Das Überangebot am Arbeitsmarkt, das der Zustrom der Vertriebenen und Flüchtlinge in eine von Krieg und Kriegsfolgen zerrüttete Wirtschaft hervorgerufen hatte, ist innerhalb weniger Jahre, insbesondere nach 1955/56, in eine ausgesprochene Knappheit an Arbeitskräften umgeschlagen. Zwar steigt die Zahl der Erwerbstätigen noch immer; aber der Zuwachs wird — auch absolut — ständig geringer. Seit etwa 1956 reicht er im Trend kaum noch aus, die Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung auf das Arbeitsvolumen auszugleichen; Das Produkt aus der Zahl der Erwerbstätigen und der durchschnittlichen Arbeitszeit nimmt seit dieser Zeit — von kleinen Schwankungen abgesehen — nicht mehr zu (Ziffer 84 ff.).

b) Das reale Sozialprodukt wächst infolgedessen seither nur noch in dem Maße, in dem sich die Produktion je geleistete Arbeitsstunde erhöht, als Folge zunehmenden Kapitaleinsatzes, technischen und organisatorischen Fortschritts, gesteigerter Leistungsintensität bei verkürzter Arbeitszeit und als Folge von Struktureffekten (Ziffer 92 ff.).

c) Mit dem Übergang von extensivem Wachstum, das durch ein jeweils ausreichendes oder überreichliches Angebot an Arbeitskräften gekennzeichnet ist, zu kapitalintensivem Wachstum hat sich das Wachstumstempo verlangsamt (Ziffer 92).

d) Dank der zunehmenden Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft ist ein immer größerer Teil der wachsenden Nachfrage durch Einfuhren gedeckt worden (Ziffer 95 ff.).

Arbeitsmarkt

84. Den Wandel in der Entwicklung des Arbeitsvolumens und seiner beiden Komponenten — Zahl der Erwerbstätigen und Arbeitszeit — verdeutlicht Schaubild 18.

Daß das zusätzliche Angebot an Arbeitskräften seit Mitte der fünfziger Jahre immer geringer wurde, ist durch die im folgenden beschriebenen Tatsachen bedingt.

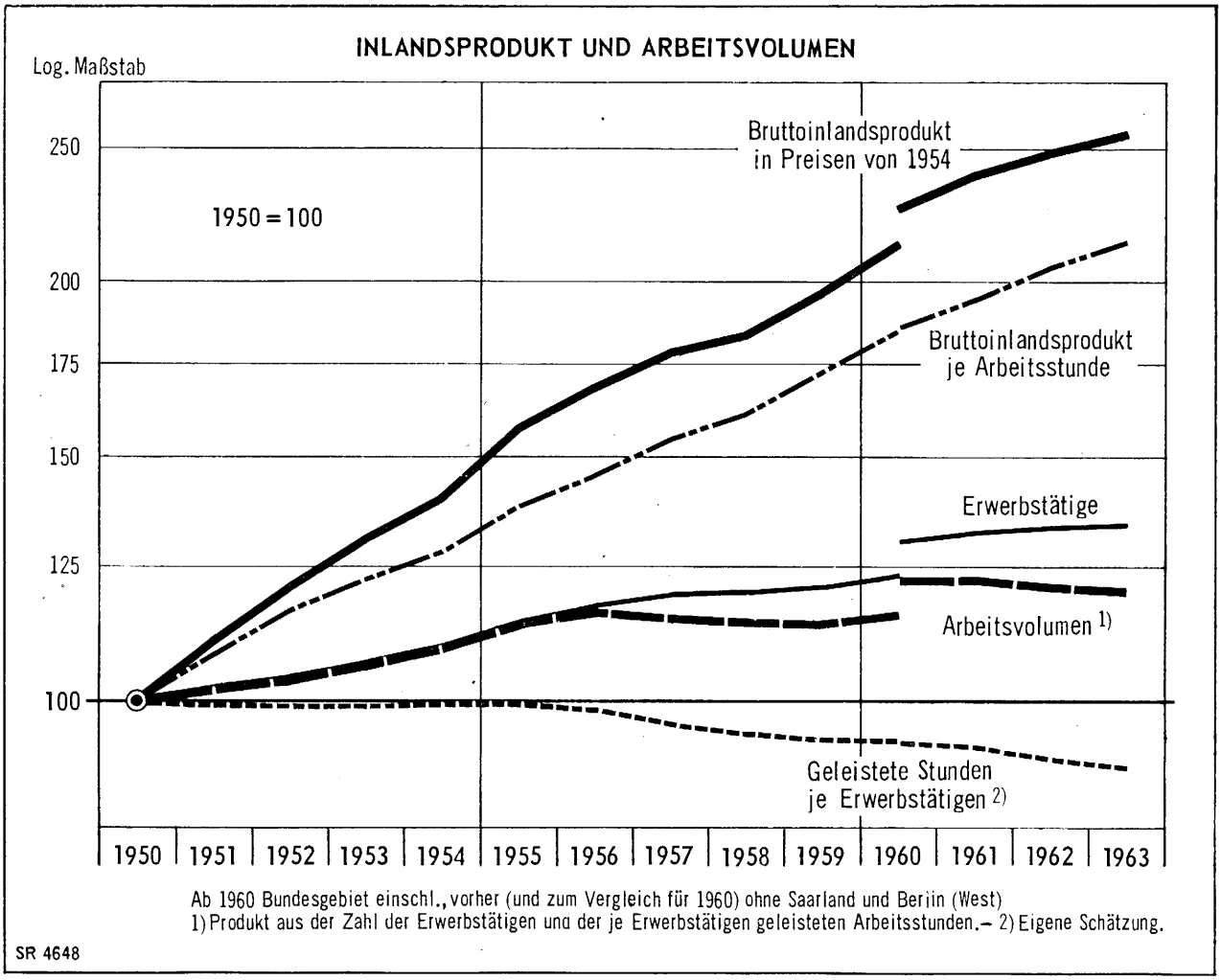
85. Das große Angebot an arbeitslosen Arbeitskräften, das Anfang der fünfziger Jahre zur Verfügung stand, ist seit 1957/58 weitgehend erschöpft. 1950 waren von 100 Arbeitnehmern noch 10, im Jahre 1955 noch 5 arbeitslos. Seither ist die Arbeitslosenquote auf etwa 0,5 v. H. gesunken. Bei den noch vorhandenen 100 000 Arbeitslosen handelt es sich überwiegend um Fluktuationsarbeitslose und einen kleinen Rest, der aus persönlichen Gründen, in erster Linie wohl wegen vorgeschrittenen Alters, keinen oder keinen festen Arbeitsplatz mehr findet. Hierfür spricht, daß die Arbeitslosenquote bei Männern und Frauen den gleich niedrigen Stand von 0,5 v. H. erreicht hat und verhältnismäßig geringe regionale Unterschiede aufweist. Am niedrigsten war sie Mitte 1964 in Baden-Württemberg (0,1 v. H.), am höchsten in Schleswig-Holstein (0,8 v. H.) und in Berlin (1,0 v. H.). Diese Streuung geht vor allem auf Unterschiede in der Altersstruktur der Erwerbspersonen und in der Produktionsstruktur zurück. Die absoluten Zahlen der Arbeitslosen — zum Beispiel in Berlin 8000, in Schleswig-Holstein 6000 — sind aber bereits so niedrig, daß aus dieser Reserve der Arbeitsmarkt nicht entlastet werden kann.

86. Etwa seit 1960 treten jährlich weniger Jugendliche in das Erwerbsleben ein, als Arbeitskräfte wegen Überschreiten der Altersgrenze, Erwerbsunfähigkeit und durch Tod ausscheiden. Der Zugang aus der „stillen Reserve" der bisher Nicht-Erwerbstätigen — vornehmlich Hausfrauen — gleicht den Unterschied nicht aus.

87. Auch der Wanderungsgewinn, der in den fünfziger Jahren vor allem aus der Zuwanderung aus Mitteldeutschland stammte und der Wirtschaft bis zu 200 000 Arbeitskräfte im Jahr zugeführt hat, ist in den letzten Jahren, namentlich seit 1961 — Bau der Berliner Mauer — völlig unbedeutend geworden.

88. Als Ende der fünfziger Jahre die Verknappung am Arbeitsmarkt immer fühlbarer wurde, hat man ihr durch Anwerben ausländischer Arbeitskräfte, zunächst vor allem aus Italien, entgegenzuwirken versucht. Im Laufe der Jahre wurde diese Aktion auf immer mehr Länder ausgedehnt. Der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte erreichte mit knapp 200 000 im Jahre

Schaubild 18



Ab 1960 Bundesgebiet einschl., vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West)
1) Produkt aus der Zahl der Erwerbstätigen und der je Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden. – 2) Eigene Schätzung.

SR 4648

Tabelle 26

Quellen des Arbeitsmarktes im Bundesgebiet [1])

— Veränderung der Jahresdurchschnittsbestände in 1000 —

	1951	1955	1960	1961	1962	1963	1964 [2])
Natürliche Bevölkerungsbewegung [3])	+255	+375	− 35	− 46	− 90	− 52	− 28
Arbeitslosenreserve	+148	+293	+241	+ 90	+ 26	− 31	+ 14
Wanderungsgewinn	+127	+161	+ 56	+125	+116	+ 49	+ 2
Ausländische Arbeitnehmer		+ 8	+112	+196	+154	+144	+128
Statistische Differenz	− 7	− 2	+ 53	− 21	− 14	− 13	+ 5
Erwerbstätige	+523	+835	+427	+344	+192	+ 97	+121
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	− 89	− 37	−109	− 55	−131	−153	−100
Beschäftigte Arbeitnehmer	+612	+872	+536	+399	+323	+250	+221

ab 1961 Bundesgebiet einschließlich, vorher ohne Saarland und Berlin (West)

[1]) siehe auch Anmerkung auf Seite 108

[2]) eigene Schätzung

[3]) einschließlich Änderungen in der Erwerbsbeteiligung

1961 seinen Höhepunkt; seither läßt er nach. Trotzdem war dieser Zustrom insbesondere in den letzten beiden Jahren die wichtigste Quelle für das zusätzliche Angebot an Arbeitskräften. Gegenwärtig sind mehr als eine Million Ausländer in der Bundesrepublik beschäftigt.

89. Tabelle 26 gibt einen zusammenfassenden Überblick über die verschiedenen Quellen des Arbeitsmarktes in den Jahren der Hochkonjunktur 1951, 1955 sowie in den Jahren nach 1960 und danach. Der grundsätzliche Wandel kann durch nichts besser gekennzeichnet werden als durch die Feststellung, um wieviel der Bestand an Erwerbstätigen jeweils in den Jahren besonders hoher Nachfrage nach Arbeitskräften zugenommen hat: im Jahr 1955 waren es 835 000, im Jahr 1960 immer noch 427 000; 1964 werden es etwa 120 000 sein.

90. Seit Beginn der fünfziger Jahre nimmt die Zahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen nicht nur im Verhältnis zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen, sondern auch absolut ab, hauptsächlich weil Selbständige und mithelfende Familienangehörige in nicht geringer Zahl in den Kreis der Arbeitnehmer überwechseln. Nach dem Zustrom ausländischer Arbeitskräfte war dies die ergiebigste Quelle für die Zunahme der Zahl der Arbeitnehmer in den letzten Jahren. Zum großen Teil handelt es sich dabei um die Abwanderung aus der Landwirtschaft, auf die unten noch näher eingegangen wird (Ziffer 94).

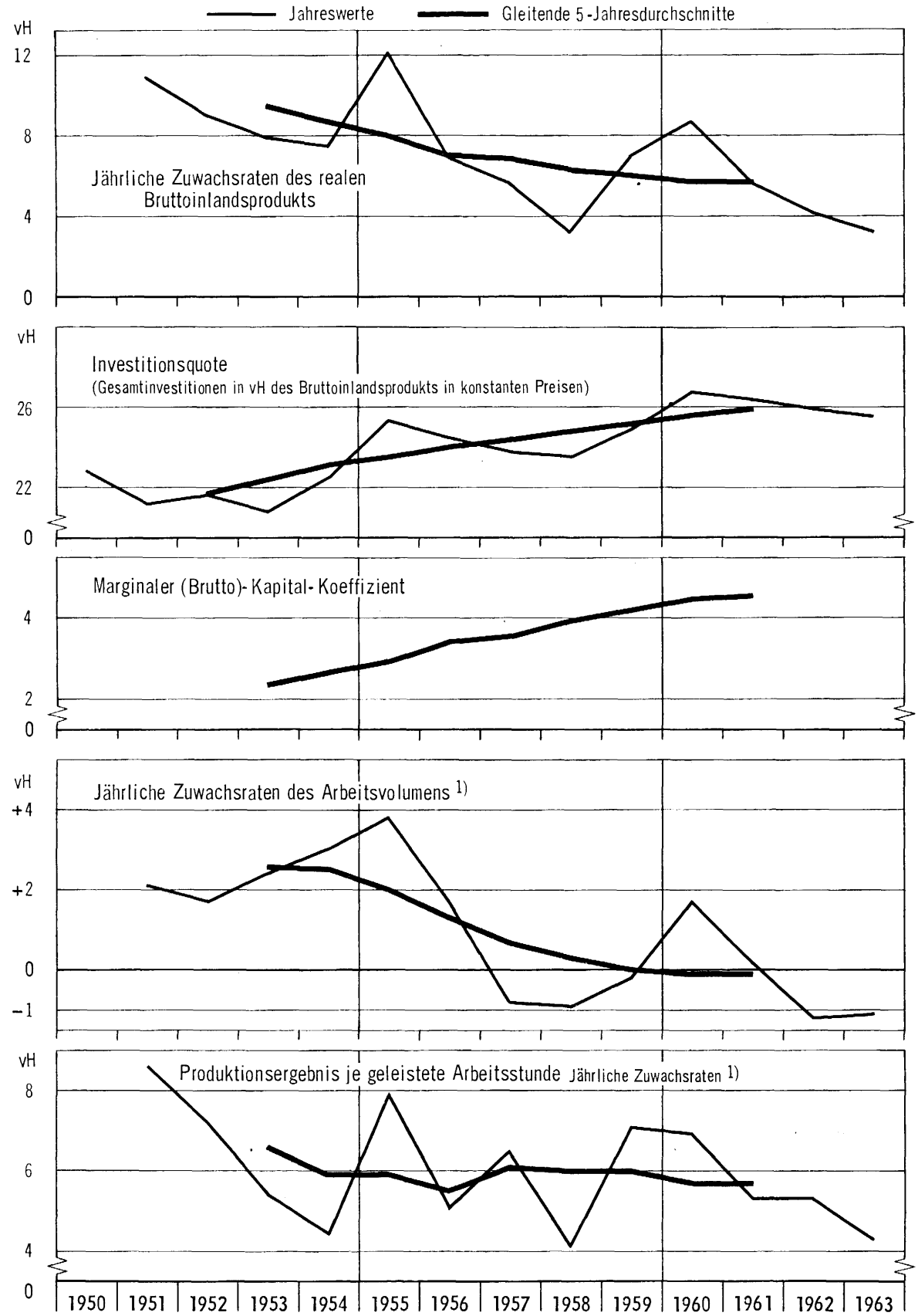
91. Die Phase der Arbeitszeitverkürzungen nach dem Zweiten Weltkrieg begann 1955. Erklärtes Ziel der Gewerkschaften sind die 40-Stunden- und Fünftage-Woche und ein längerer Urlaub für alle Arbeitnehmer. Nach unserer Schätzung hat sich die durchschnittliche Arbeitszeit aller Erwerbstätigen von 1955 bis 1963 um 10 v. H. vermindert. Das entspricht etwa dem Zugang an Erwerbstätigen in der gleichen Zeit, so daß, wie oben bereits erwähnt, das Arbeitsvolumen seit der Mitte der fünfziger Jahre ungefähr gleich geblieben ist.

Produktivität

92. Das reale Bruttoinlandsprodukt, das, einen Durchschnitt von jeweils fünf Jahren zugrunde gelegt, Mitte der fünfziger Jahre jährlich noch um 8 v. H. zugenommen hatte, ist in den letzten Jahren nur um 5,7 v. H. gestiegen (Schaubild 19). Da sich dieser Rückgang mit Entwicklungen auf der Nachfrageseite nicht erklären läßt, scheint er den Übergang von extensivem zu intensivem Wachstum widerzuspiegeln (Ziffer 93). Die Abnahme der Bedeutung des Arbeitsvolumens für das Wirtschaftswachstum ist nicht durch eine entsprechend raschere Zunahme der Arbeitsproduktivität — des realen Bruttoinlandsprodukts je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen — ausgeglichen worden. Die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität ist vielmehr seit der Mitte der fünfziger Jahre annähernd gleichgeblieben;

Schaubild 19

WANDLUNGEN DER WACHSTUMSBEDINGUNGEN



Ab 1960 Bundesgebiet einschl., vorher ohne Saarland und Berlin (West)
1) Eigene Schätzung.

SR 4649

im Vergleich zu den Jahren 1951 bis 1955 ist sie sogar etwas gesunken. Bleibt das Arbeitsvolumen konstant, dann wird das Wachstum des Inlandsprodukts allein bestimmt durch Umstände, die die Arbeitsproduktivität erhöhen. Zu ihnen gehören: größerer Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz, technischer und organisatorischer Fortschritt, Verbesserung der Beschäftigten-, Betriebsgrößen- und Branchenstruktur, bessere Ausbildung der Arbeitskräfte, erhöhte Intensität der Arbeitsleistung. Die meisten Wege zu höherer Arbeitsproduktivität führen über höhere Investitionen — Investitionen in den Menschen nicht weniger als Investitionen in das Sachkapital.

93. Bis zum Erreichen der Vollbeschäftigung hat der Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz nur wenig zugenommen. Die Investitionen dienten in erster Linie der Schaffung neuer Arbeitsplätze (extensives Wachstum). Seither ist der Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz von Jahr zu Jahr stark gestiegen kapitalintensives Wachstum). Hinreichend genaue statistische Angaben hierüber liegen nicht vor. Der Übergang zu kapitalintensivem Wachstum zeigt sich jedoch unter anderem auch darin, daß der sogenannte marginale (Brutto-)Kapitalkoeffizient, d. h. das Verhältnis zwischen den Bruttoinvestitionen und dem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts, im Vergleich zu der Zeit vor 1955 von 2,4 auf 4,5 v. H. zu-

Tabelle 27

Zur Beurteilung des Struktureffekts im Wachstum der Produktivität

Jahr	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954 je Erwerbstätigen						
	tatsächliche Werte		bei konstanter Erwerbstätigenstruktur des Jahres 1950 [1]		„Struktureffekt"		
	1950 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.	1950 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.	(Spalte 1 ⁄ Spalte 3)	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.	Anteil am Wachstum der Produktivität in v. H. Spalte 5 · 100 / Spalte 1 ⁄ 100
	1	2	3	4	5	6	7
1951	108,1	+8,1	107,0	+7,0	1,1	.	13,6
1952	115,7	+7,0	113,4	+6,0	2,3	+1,2	14,6
1953	122,0	+5,4	118,5	+4,5	3,5	+1,2	15,9
1954	127,7	+4,7	123,1	+3,9	4,6	+1,1	16,6
1955	138,0	+8,1	131,6	+6,9	6,4	+1,7	16,8
1956	143,8	+4,2	136,1	+3,4	7,7	+1,2	17,6
1957	148,8	+3,5	140,3	+3,1	8,5	+0,7	17,4
1958	152,3	+2,4	143,6	+2,3	8,7	+0,2	16,6
1959	161,2	+5,9	151,4	+5,5	9,8	+1,0	16,0
1960	172,2	+6,8	161,0	+6,3	11,2	+1,3	15,5
1960	172,5	.	160,8	.	11,7	.	16,1
1961	179,7	+4,2	167,1	+3,9	12,6	+0,8	15,8
1962 [2]	185,7	+3,3	171,9	+2,8	13,8	+1,1	16,1
1963 [2]	191,0	+2,8	177,0	+3,0	14,0	+0,2	15,4

ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West)

[1]) bei konstanter Verteilung der Erwerbstätigen auf vier große Wirtschaftsbereiche

[2]) vorläufige Ergebnisse

genommen hat (Schaubild 19). Während man im Durchschnitt der Jahre 1951 bis 1955 nur 2,4 v. H. des Bruttoinlandsprodukts investieren mußte, um eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von 1 v. H. zu ermöglichen, waren im Durchschnitt der Jahre 1959 bis 1963 dafür 4,5 v. H. des Bruttoinlandsprodukts als Investition erforderlich. Der marginale (Brutto-)Kapitalkoeffizient war allerdings in den ersten Jahren nach 1950 ungewöhnlich niedrig (auch im internationalen Vergleich), da es bei der Beseitigung der Kriegszerstörungen oft nur relativ geringer Investitionen bedurfte, damit die Produktionsanlagen wieder verwendungsfähig wurden.

94. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität wäre nicht so rasch gestiegen, wie es tatsächlich der Fall war, wären nicht Arbeitskräfte von Bereichen niedriger in Bereiche höherer Arbeitsproduktivität abgewandert. Dieser sogenannte Struktureffekt läßt sich statistisch leider nur mit Zahlen der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen — und nicht je Arbeitsstunde — zeigen; das hat den Nachteil, daß die Arbeitszeitverkürzung statistisch als Minderung des Produktivitätsfortschritts erscheint.

Die Berechnung beschränkt sich ferner darauf, den Struktureffekt zu ermitteln, der sich aus den Veränderungen der Verteilung der Zahl der Erwerbstätigen auf die folgenden vier großen Wirtschaftsbereiche ergeben hat: Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr, Übrige Wirtschaftsbereiche. Bei dem Produzierenden Gewerbe handelt es sich vor allem um die Industrie; die Gruppe „Übrige Wirtschaftsbereiche" umfaßt den Staat und alle sonstigen Dienstleistungsbereiche außer Handel und Verkehr.

Tabelle 27 zeigt, daß die Arbeitsproduktivität (je Erwerbstätigen) von 1950 bis 1963 tatsächlich um 91 v. H. gestiegen ist, daß sie aber — rein rechnerisch — nur um 77 v. H. gestiegen wäre, wenn in der ganzen Zeit die Verteilung der Erwerbstätigen auf die vier großen Wirtschaftsbereiche die gleiche geblieben wäre wie 1950. Ungefähr ein Sechstel des Produktivitätsfortschritts seit 1950 ist somit der Wandlung der Wirtschaftsstruktur zu danken, vornehmlich wohl der Abwanderung aus der Landwirtschaft. Allerdings hat — wie Tabelle 27 ferner zeigt — der Struktureffekt per Saldo im Laufe der Jahre ständig abgenommen. Dies erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß die Beschäftigung in den Dienstleistungsbereichen (Staat und alle sonstigen Dienstleistungsbranchen außer Handel und Verkehr) überdurchschnittlich stark zugenommen hat, in denen die statistische Arbeitsproduktivität [1]) um etwa ein Viertel niedriger ist als im warenproduzierenden Gewerbe (d. h. in erster Linie in der Industrie). Dies wirkt dem positiven Struktureffekt, der sich aus der anhaltenden Abwanderung aus der Landwirtschaft ergibt, entgegen. Außerdem kann sich der Struktureffekt um so weniger durchsetzen, je mehr die Wirtschaftspolitik die Beschäftigungsstruktur entgegen den Wandlungen der Nachfrage konserviert.

Einfuhr

95. Mit der Eingliederung unserer Wirtschaft in die expandierende Weltwirtschaft hat ein immer breiter werdender Strom vor allem gewerblicher Güter und Dienste das Angebot im Inland erweitert.

96. Die zunehmende Inanspruchnahme ausländischen Angebots, die im Gefolge des exportorientierten Wirtschaftswachstums und des damit verbundenen Zuflusses an internationaler Liquidität möglich und geboten war, wurde durch den zügigen Abbau der zwischenstaatlichen Handelshemmnisse gefördert. So konnten in Zeiten der Übernachfrage Ungleichgewichte und Engpässe teilweise beseitigt werden (Ziffer 11). Offenere Märkte und intensiverer Wettbewerb haben ferner dazu beigetragen, daß Wirtschaftsbereiche geringerer Produktivität unter dem Importdruck schrumpften und die Wachstumsindustrien dadurch einen größeren Expansionsspielraum erhielten. Zu einem nicht geringen Teil beruht daher das Wachstum unseres Realeinkommens auf den Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung und der durch sie begünstigten Massenproduktion.

97. Einen Eindruck von der Zunahme der Warenimporte seit 1951 vermittelt Tabelle 28. Danach stiegen die Einfuhren in den Jahren der Hochkonjunktur (1951, 1955, 1960) jeweils am kräftigsten, während sie in Zeiten gemäßigter Nachfrageentwicklung entweder zurückgingen (1953 und 1958) oder sich nur leicht erhöhten (1963). Am stärksten ist diese Konjunkturempfindlichkeit bei den Rohstoff- und Halbwarenimporten, am geringsten innerhalb der Fertigwaren bei den Enderzeugnissen, bei denen infolge der Liberalisierung der Trendfaktor die konjunkturellen Schwankungen überdeckt. Im Bereich der Ernährungsgüter werden zum Schutze der Landwirtschaft die meisten Importe nach wie vor streng reguliert. Die Entwicklung dieser Einfuhren ist deshalb weitgehend vom Ergebnis der inländischen Ernten abhängig.

---

[1]) Der Sachverständigenrat ist sich der Problematik der Messung der Arbeitsproduktivität in den Dienstleistungsbereichen und insbesondere im öffentlichen Dienst bewußt. Das berührt aber nicht das grundsätzliche Ergebnis der obigen Betrachtung, da es hier nur um Größenordnungen geht. Je mehr die Dienstleistungsbereiche im Rahmen der Gesamtwirtschaft an Bedeutung gewinnen, desto mehr werden übrigens auch die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und des realen Sozialprodukts von den Schätzungen des Produktivitätsfortschritts in den Dienstleistungsbereichen abhängig.

Tabelle 28

Einfuhr [1])

— Veränderung gegenüber

Warengruppe	1951	1952	1953	1954
Warengruppen insgesamt	+29,5	+10,0	− 1,2	+20,8
Ernährungswirtschaft	+17,2	+ 3,2	− 3,5	+22,2
Gewerbliche Wirtschaft	+39,2	+14,6	+ 0,2	+20,0
Rohstoffe	+55,8	+ 7,4	− 7,3	+ 5,3
Halbwaren	+28,6	+17,1	+ 3,4	+42,6
Fertigwaren	+11,1	+35,1	+16,4	+28,5
Vorerzeugnisse	+18,8	+38,6	+23,4	+30,6
Enderzeugnisse insgesamt	+ 3,6	+31,1	+ 7,8	+25,6
Enderzeugnisse ohne Güter der Bundesregierung	+ 3,6	+30,4	+ 7,7	+25,7

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West), bis 5. Juli 1959 ohne Saarland
[1]) Spezialhandel

98. Wie sich die warenmäßige Struktur des Importangebots in den letzten 15 Jahren verändert hat, geht aus Tabelle 29 hervor. Von 1950 bis 1963 ist der Anteil der Fertigwaren an der Wareneinfuhr auf mehr als das Dreifache angewachsen. Dabei fällt besonders die starke Zunahme bei den Enderzeugnissen ins Gewicht. Halbwaren und Rohstoffe sind anteilmäßig konstant geblieben bzw. zurückgegangen. Rückläufig ist außerdem der Anteil der Ernährungsgüter. In diesen Strukturwandlungen kommt — außer der konservativen Agrarpolitik — die Tendenz zum Ausdruck, daß die Verbraucher bei steigendem Lebensstandard industrielle Fertigwaren in stärkerem Maße nachfragen als Ernährungsgüter und daß die Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung wegen der Produktdifferenzierung im industriellen Bereich größer sind und stärker zunehmen als im Bereich von Ernährung und Landwirtschaft.

99. Die Liberalisierungspolitik hat die Entwicklung der Einfuhren unterschiedlich beeinflußt. Während — wie erwähnt — die traditionelle Handelspolitik im Agrarsektor dazu beigetragen hat, daß der Anteil der Ernährungsgüter an den Einfuhren zurückgegangen ist, wurde die Einfuhr gewerblicher Erzeugnisse durch Abbau der Zölle und der mengenmäßigen Beschränkungen stark angeregt. Die Rohstoffeinfuhren waren schon seit 1951 im großen und ganzen nicht mehr durch Mengenkontingentierungen und Zölle behindert. Im Bereich der Halb- und Fertigwaren dauerte der Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen etwas länger. Ab 1955 wurde die Einfuhr von Halb- und Fertigwaren durch beträchtliche Zollsenkungen begünstigt. Seit der konjunkturpolitischen Zollsenkung vom 20. August 1957 kann die Bundesrepublik im Bereich der gewerblichen Wirtschaft als ein „Niedrigzolland" angesehen werden. Die beiden ersten Zollsenkungsetappen innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1. Januar 1959 und 1. Juli 1960) wirkten sich nur wenig auf das Niveau der deutschen Zollsätze aus, da die meisten Zölle für gewerbliche Waren bereits um 20 v. H. unter den im EWG-Vertrag fixierten Ausgangszollsätzen lagen. Erst die folgenden Binnenzollsenkungen erfaßten sämtliche gewerbliche Waren der Bundesrepublik. Das Niveau der Binnenzölle beträgt nach der Zollsenkungsetappe vom 1. Juli 1963 und der erneuten autonomen Binnenzollsenkung vom 1. Juli 1964 für die meisten gewerblichen Waren nur noch ein Fünftel des Ausgangsstandes vom 1. Januar 1957.

100. Die Zollsätze für die Fertigwareneinfuhren aus Drittländern, auf die etwa 55 v. H. der gesamten Fertigwareneinfuhr entfallen, mußten dagegen bei der ersten Anpassung der Außenzollsätze der Bundesrepublik an den EWG-Außenzolltarif am 1. Januar 1961 in vielen Fällen erhöht werden. Da die Bundesrepublik bei der Festsetzung dieser Zölle nun nicht mehr autonom ist und da andererseits für eine Senkung der Zölle gegenüber den EWG-Ländern nur noch ein kleiner Spielraum besteht, sind die Möglichkeiten für konjunkturpolitische Einfuhrerleichterungen im liberalisierten Bereich nur noch gering, es sei denn, man zieht auch die steuerliche Belastung der Einfuhr und den Wechselkurs in Betracht.

Tabelle 28

nach Warengruppen

dem Vorjahr in v. H. —

1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964 1. bis 3. Vierteljahr
+26,6	+14,3	+13,3	− 1,8	+15,1	+19,3	+ 3,8	+11,6	+ 5,6	+ 8,6
+ 6,8	+20,0	+ 8,9	− 5,7	+14,1	+ 4,8	+ 3,8	+17,2	− 6,6	+ 8,3
+38,2	+10,8	+15,6	− 0,6	+15,5	+25,5	+ 3,6	+ 9,9	+10,2	+ 8,5
+32,3	+13,0	+14,0	−18,0	+ 0,8	+19,6	− 1,9	− 3,0	+ 6,1	+16,0
+41,4	+ 6,5	+ 9,6	− 8,5	+13,8	+34,9	− 6,4	+ 4,3	+ 2,4	+18,5
+44,6	+12,0	+24,2	+31,7	+29,8	+24,6	+13,1	+20,2	+15,4	+ 1,7
+45,9	+ 5,3	+14,7	+15,2	+22,7	+22,3	+ 4,4	+11,0	+ 6,8	+15,1
+42,8	+21,9	+36,2	+49,5	+35,6	+26,3	+19,4	+26,0	+20,3	− 4,7
+43,0	+21,9	+32,6	+32,8	+28,3	+31,0	+23,3	+20,5	+ 6,6	+17,8

Tabelle 29

Einfuhr [1]) nach Warengruppen

— Anteile in v. H. —

Warengruppe	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964 1. bis 3. Vierteljahr
Ernährungswirtschaft ..	44,1	39,9	37,4	36,6	37,0	31,2	32,8	31,5	30,2	30,0	26,3	26,3	27,6	24,4	23,8
Gewerbliche Wirtschaft ..	55,9	60,1	62,6	63,4	63,0	68,8	66,7	68,0	68,9	69,1	72,7	72,6	71,5	74,6	75,2
Rohstoffe ..	29,6	35,6	34,8	32,6	28,5	29,8	29,4	29,6	24,7	21,6	21,7	20,5	17,8	17,9	19,1
Halbwaren	13,8	13,7	14,5	15,2	18,0	20,1	18,7	18,1	16,9	16,7	18,9	17,0	15,9	15,4	16,7
Fertigwaren	12,6	10,8	13,2	15,6	16,6	19,0	18,6	20,4	27,3	30,8	32,2	35,1	37,8	41,3	39,4
Vorerzeugnisse	6,3	5,8	7,3	9,1	9,8	11,3	10,4	10,5	12,3	13,2	13,5	13,6	13,5	13,7	14,4
Enderzeugnisse	6,3	5,0	6,0	6,5	6,8	7,7	8,2	9,8	15,0	17,6	18,7	21,5	24,2	27,6	25,0

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West), bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

[1]) Spezialhandel

Tabelle 30

Nicht liberalisierte Warenpositionen der gewerblichen Wirtschaft gegenüber den Ländern der Länderliste B [1])

Warenposition [1])	Stand am 1. 9. 1961	1. 1. 1963	1. 6. bzw. 1. 7. 1964	1. 1. 1965
Textilien	113	104	104	94
Porzellan und Keramik	15	15	15	10
Juteerzeugnisse	2	2	1	1
Haushaltsnähmaschinen	3	3	3	—
Feuerzeuge	3	3	3	—
Rindleder	6	6	—	—
Ferngläser	1	—	—	—
Nachahmung echter Perlen	1	1	—	—
Spielwaren aus Metall	1	1	1	—
	145	135	127	105

[1]) nach der Einfuhrliste (Anlage zum Außenwirtschaftsgesetz vom 1. September 1961)

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft

101. Möglichkeiten zur Einfuhrliberalisierung (Kontingentabbau) im gewerblichen Bereich wird es ab 1. Januar 1965 fast nur noch die Textilerzeugnisse und für Porzellan und Keramik geben (Tabelle 30), wenn man von Handelsbeschränkungen absieht, die auf Vereinbarungen mit Lieferländern oder Produzentengruppen — mit oder ohne Billigung staatlicher Stellen — beruhen.

102. Als Folge des Abbaus der EWG-Binnenzölle hat sich auch die regionale Struktur der Einfuhren verschoben. Der Anteil der EWG-Länder an unseren Importen ist von 23 v. H. (1957) auf 33 v. H. (1963) gestiegen, die Einfuhren aus den außereuropäischen Industrieländern und neuerdings auch aus den EFTA-Ländern haben dagegen nur unterdurchschnittlich zugenommen (Tabelle 31).

103. Die noch bestehenden Handelsschranken, insbesondere im Bereich der Ernährungswirtschaft, können als eine der Ursachen für die anhaltend hohen außenwirtschaftlichen Überschüsse angesehen werden. Zwar hat die Bundesrepublik beim Abbau der Handelshemmnisse — allerdings nur im gewerblichen Bereich — mehr getan als andere Länder; doch könnte eine umfassendere Liberalisierung ein gewisses Gegengewicht zu unserer hohen Exportneigung sein, solange man das außenwirtschaftliche Gleichgewicht und die Stabilität des Preisniveaus nicht durch eine flexiblere Währungspolitik sichern will.

Tabelle 31

Anteile einzelner Ländergruppen an der Wareneinfuhr [1]) der Bundesrepublik [2])

in v. H.

Ländergruppe	1950	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964 1. bis 3. Vierteljahr
EWG-Länder	26,6	23,4	25,6	28,8	29,7	31,1	32,3	33,2	34,2
EFTA-Länder	21,0	19,0	20,8	20,7	19,6	19,4	19,0	18,5	18,1
Übrige europäische Länder [3])	4,7	5,0	5,1	4,9	4,7	5,1	4,6	4,4	4,2
Ostblockländer in Europa [4]) und Asien	3,1	3,9	4,6	4,6	4,7	4,6	4,4	4,1	4,0
Außereuropäische Industrieländer [5])	20,8	24,4	19,7	17,8	18,7	18,6	18,9	19,5	18,1
darunter: Vereinigten Staaten	15,9	17,9	13,6	12,8	14,0	13,8	14,2	15,2	13,7
Übrige Länder	23,5	24,3	24,0	23,0	22,4	21,1	20,7	20,2	21,2

[1]) Spezialhandel, Herstellungsländer
[2]) einschließlich Berlin (West), bis 5. Juli 1959 ohne Saarland
[3]) ohne Ostblockländer, jedoch einschließlich Jugoslawien
[4]) ohne Jugoslawien
[5]) Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten

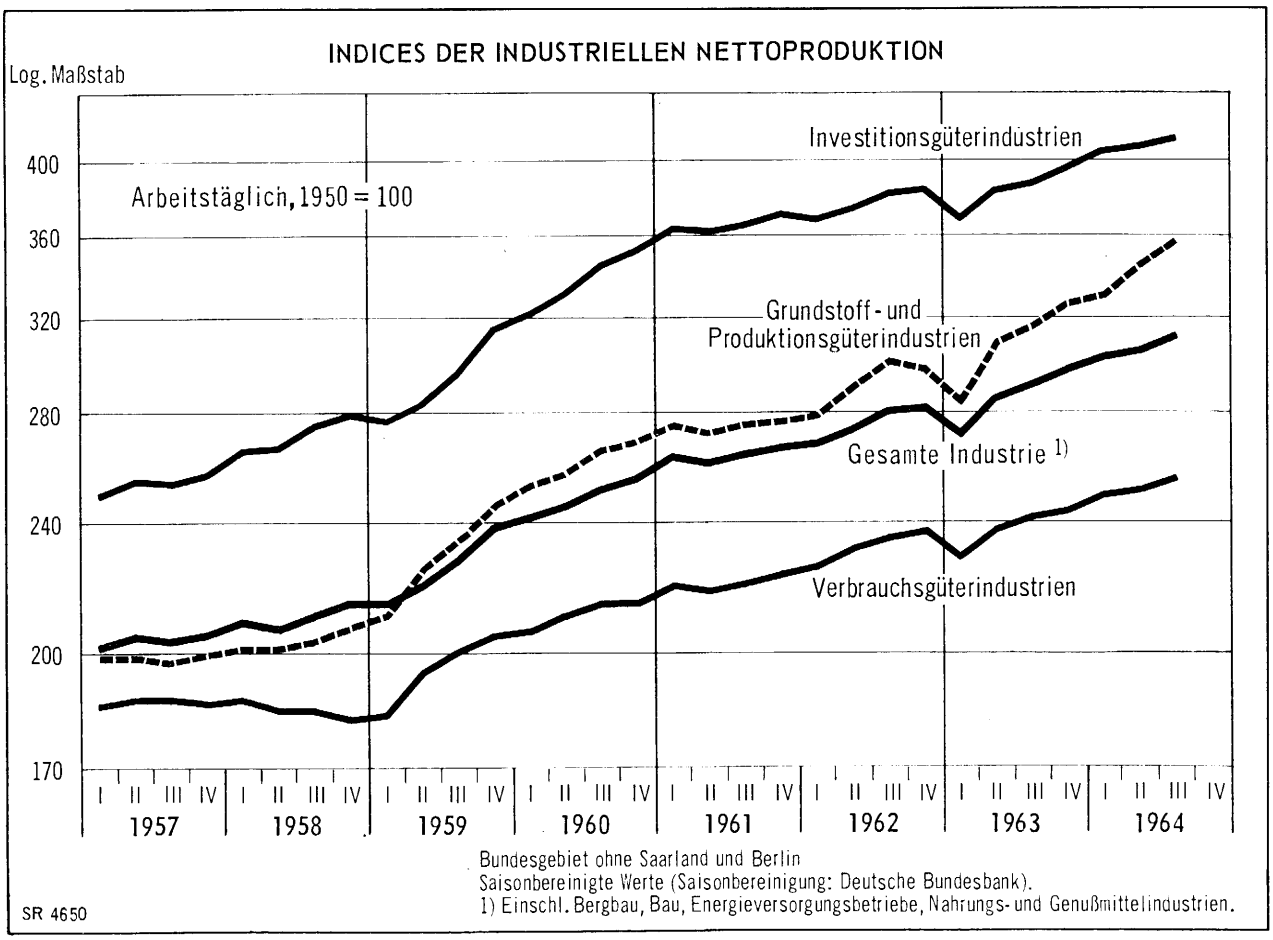
Das Angebot im gegenwärtigen Aufschwung

104. Das inländische Produktionspotential konnte in diesem Aufschwung bis zum Herbst 1964 der Steigerung der Nachfrage aus dem In- und Ausland entsprechen, ohne daß erhebliche Spannungen auftraten. Da in einigen Zweigen der Industrie die Produktion zu Beginn des Jahres 1963 rückläufig war, weil es an Aufträgen mangelte, standen unausgelastete Kapazitäten zur Verfügung. Mit ihrer Inanspruchnahme stieg die Arbeitsproduktivität, deren Zunahme seit geraumer Zeit das wirtschaftliche Wachstum fast allein trägt, beschleunigt an.

105. Im Gegensatz zu den Aufschwungphasen von 1955 und 1960 hat der Sog der Nachfrage dieses Mal das Arbeitskräfteangebot kaum noch zu erweitern vermocht. Lediglich der Zugang aus den ausländischen Arbeitsmärkten und aus der „Reserve" der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen hat die Zahl der Arbeitnehmer im Jahr 1964 etwas erhöht. Mit 1 v. H. war er geringer als in allen Jahren zuvor. Da die Industrie seit Ende 1963 die Beschäftigung wieder zu erhöhen sucht, hat sich der Wettbewerb um die Arbeitskräfte erneut verschärft. Die Zahl der offenen Stellen nahm wieder deutlich zu; im Herbst 1964 waren 670 000 offene Stellen gemeldet, das sind 8 v. H. mehr als vor einem Jahr.

106. Die Übernachfrage wäre noch größer gewesen, hätte sich nicht der Prozeß der Arbeitszeitverkürzungen etwas verlangsamt. In den Jahren 1963 und 1964 haben die neu in Kraft getretenen Verkürzungen der tariflichen Arbeitszeit — auf alle Arbeitnehmer umgerechnet — nur noch 1,0 bis 1,5 v. H. betragen gegenüber reichlich 2 v. H. im Jahr 1962. Dies ergab sich zunächst daraus, daß sich 1963 der Widerstand der Arbeitgeber gegenüber weiteren Arbeitszeitverkürzungen verstärkte, da die konjunkturelle Entwicklung den Spielraum für eine Überwälzung der mit Arbeitszeitverkürzungen einhergehenden Erhöhung der Produktionskosten spürbar eingeschränkt hatte; im Jahr 1964 verzichteten sodann die Gewerkschaften mit Rücksicht auf die angespannte Lage am Arbeitsmarkt — zugunsten anderer tariflicher Zugeständnisse — auf bereits vereinbarte oder geforderte Arbeitszeitverkürzungen. Angesichts der günstigen Konjunkturentwicklung sind die Unternehmer gegenwärtig wieder intensiver als in den Jahren 1962 und 1963 um Überstunden bemüht; die

Schaubild 20



Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin
Saisonbereinigte Werte (Saisonbereinigung: Deutsche Bundesbank).
1) Einschl. Bergbau, Bau, Energieversorgungsbetriebe, Nahrungs- und Genußmittelindustrien.

tatsächlich geleistete Arbeitszeit wird daher im Jahr 1964 weniger sinken als in beiden vorangegangenen Jahren.

107. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird 1964 voraussichtlich um rd. 6,5 v. H. größer sein als 1963. Dies ist überwiegend durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität bedingt und nur zu einem verschwindend geringen Teil durch eine Ausweitung des Arbeitsvolumens, die zudem weitgehend auf die größere Zahl der Arbeitstage und die geringere Beeinträchtigung der Produktion durch die Witterung zurückgeht. Die durchschnittliche Arbeitsproduktivität wird 1964 um etwa 6,0 v. H. höher sein als im Jahr 1963, in dem sie nur um 2,9 v. H. zugenommen hatte. Daß die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im ersten Halbjahr (8,5 v. H.) größer war, als sie im zweiten voraussichtlich sein wird (5,5 v. H.), erklärt sich überwiegend aus den unterschiedlichen Witterungsverhältnissen im Frühjahr 1963 und 1964 (Tabelle 55).

108. Die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums war besonders ausgeprägt in der Industrie, vor allem im Bereich der Investitionsgüterproduktion. Diese ist seit dem konjunkturellen Tiefpunkt vor eineinhalb Jahren bis zum Herbst 1964 um 15 v. H. gestiegen (Schaubild 20).

109. Im Gefolge der Investitionsgüterindustrien hat auch die Eisen- und Stahlindustrie die Produktion beträchtlich gesteigert. In den ersten neun Monaten 1964 lag die Rohstahlproduktion um 15,3 v. H. höher als im gleichen Zeitraum 1963. Für das ganze Jahr 1964 kann mit einer Stahlproduktion von 37 Millionen t gerechnet werden (1963 31,6 Millionen t, 1960 34,1 Millionen t). Ausschlaggebend hierfür waren außer der Steigerung des laufenden Bedarfs die Wiederauffüllung der Läger bei Handel und Weiterverarbeitung, verstärkt durch die Erwartung steigender Preise als Folge der Zollerhöhung für Stahl im Februar 1964 und der Anpassung an die

Tabelle 32

Von 42 Industriezweigen [1]) haben ihre Produktion gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

Zeitraum	gedrosselt					gehalten	erhöht				
	um				insgesamt		insgesamt	um			
	über 10 v. H.	über 5 bis 10 v. H.	über 2 bis 5 v. H.	bis 2 v. H.				bis 2 v. H.	über 2 bis 5 v. H.	über 5 bis 10 v. H.	über 10 v. H.
1958	1	3	6	8	18	1	23	6	9	2	6
1959	—	4	1	—	5	1	36	1	8	15	12
1960	—	1	2	—	3	1	38	—	4	14	20
1961	—	—	1	3	4	2	36	4	9	16	7
1962	1	2	7	2	12	1	29	6	8	10	5
1963	2	1	6	4	13	—	29	4	14	7	4
1963											
1. Vierteljahr	5	6	6	3	20	—	22	6	8	4	4
2. Vierteljahr	2	2	6	2	12	1	29	5	8	11	5
3. Vierteljahr	2	3	4	5	14	—	28	5	12	6	5
4. Vierteljahr	1	1	—	2	4	3	35	7	10	13	5
1964											
1. Vierteljahr	1	—	—	—	1	—	41	2	7	12	20
2. Vierteljahr	1	—	1	4	6	2	34	3	6	14	11
3. Vierteljahr	1	2	1	2	6	3	33	3	9	8	13

Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin

[1]) einschließlich Bergbau, Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe

Quelle: RWI, Essen

Stahlpreise auf den Weltmärkten. Tatsächlich sind die Preise für Stahlerzeugnisse, die im Jahr 1963 zum Teil erheblich unter den Listenpreisen lagen, inzwischen gestiegen.

110. Die konjunkturelle Belebung der industriellen Produktion hat dazu geführt, daß die Unterschiede in der Produktionsentwicklung zwischen den Branchen wieder geringer wurden. Hatten im Jahr 1963 von 42 Industriezweigen noch dreizehn die Produktion gegenüber dem Vorjahr gedrosselt, so waren es in den ersten neun Monaten des Jahres 1964 nur noch sechs. Zugleich ist die Zahl der Industriezweige, die ihre Produktion um mehr als 10 v. H. ausgeweitet haben, erheblich gestiegen (Tabelle 32).

111. Insgesamt dürfte die Industrieproduktion im Jahr 1964 um 8 bis 9 v. H. steigen. Dies erforderte die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte (Schaubild 21), vor allem im Fahrzeugbau, in der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, in der elektrotechnischen Industrie, im Maschinenbau und in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie. Dagegen ist die Zahl der Beschäftigten namentlich im Bergbau, im Schiffbau sowie in der Schuh- und Textilindustrie zurückgegangen.

112. Aus den Meldungen der in den Ifo-Konjunkturtest einbezogenen Industrieunternehmen ergibt sich (Schaubild 22) [1]), daß die Auslastung der Kapazitäten im Herbst 1964 in

[1]) Der Sachverständigenrat ist sich bewußt, daß eine noch so sachkundige und sorgfältige Auswertung der Antworten auf eine solche Befragung nur beschränkten Aussagewert hat; ihre Bedeutung liegt darin, daß sie die Tendenzen der Entwicklung erkennen läßt. Die Arbeiten des Ifo-Instituts auf diesem Gebiet sind um so wertvoller, als keine andere Möglichkeit besteht festzustellen, wie hoch die Unternehmen den Auslastungsgrad ihrer Kapazitäten einschätzen; allerdings ist es sehr schwierig, die Ergebnisse zu interpretieren, solange keine Übereinkunft über die Messung der jeweiligen Höchstkapazität getroffen werden kann.

Schaubild 21

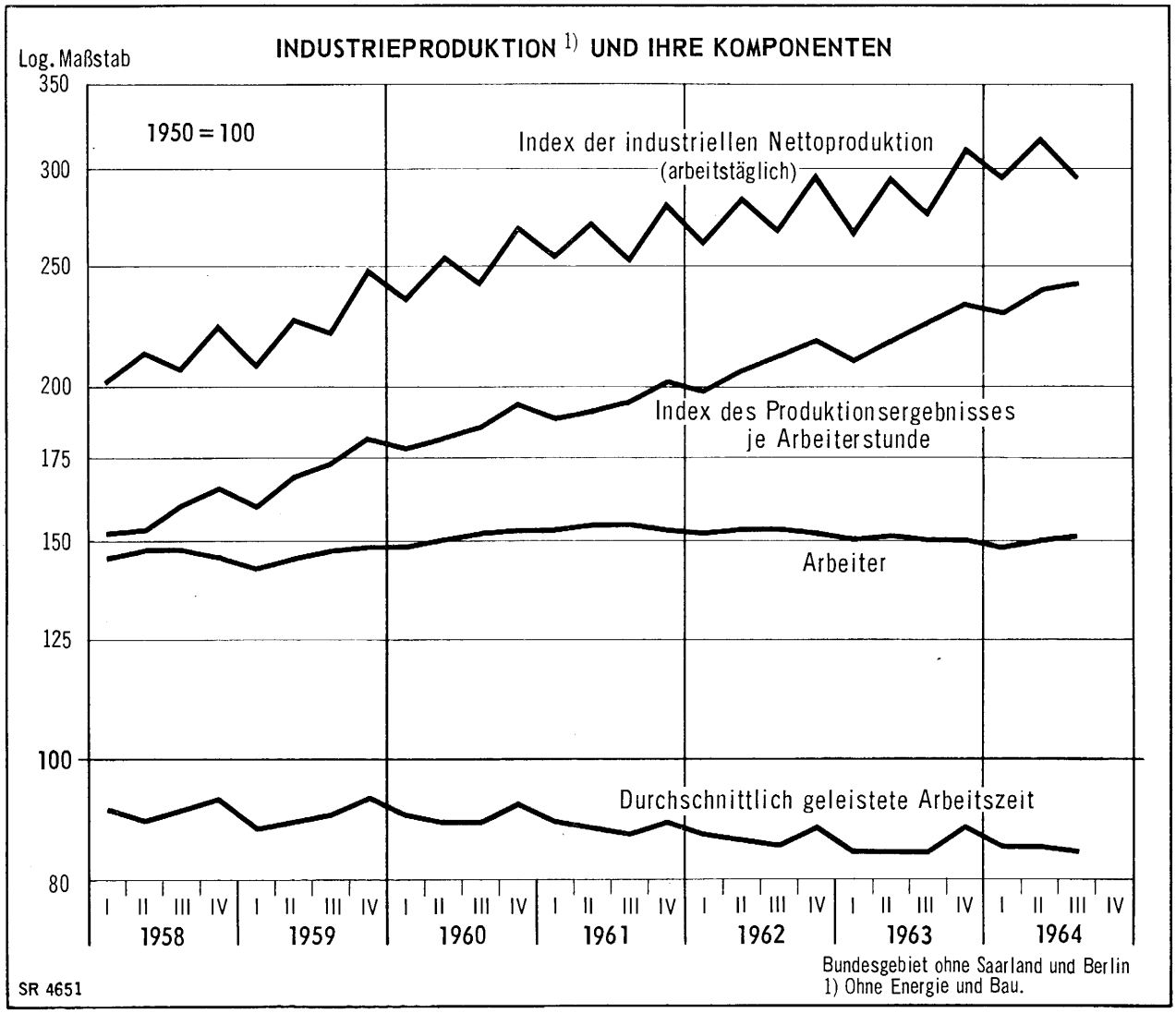
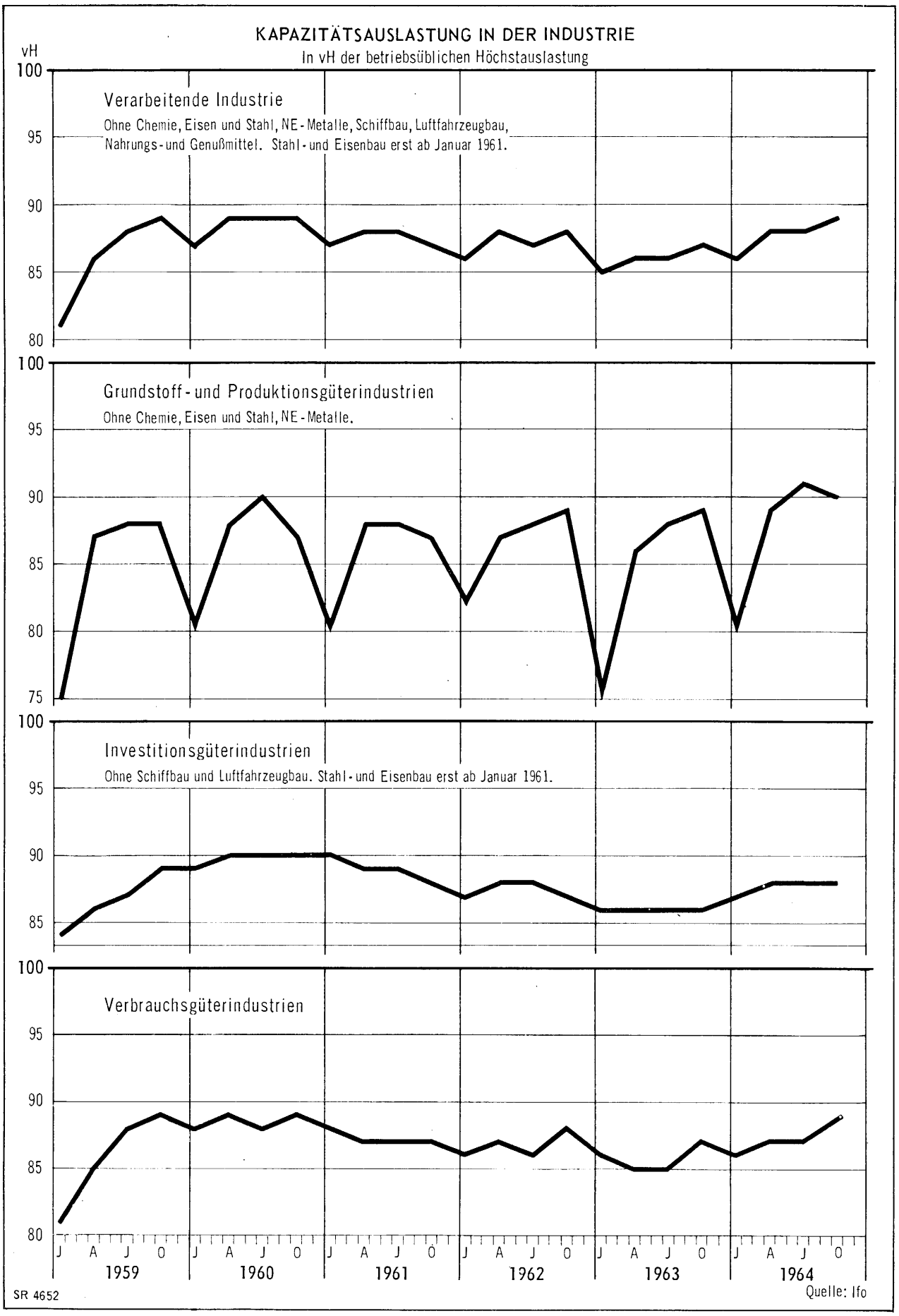


Schaubild 22



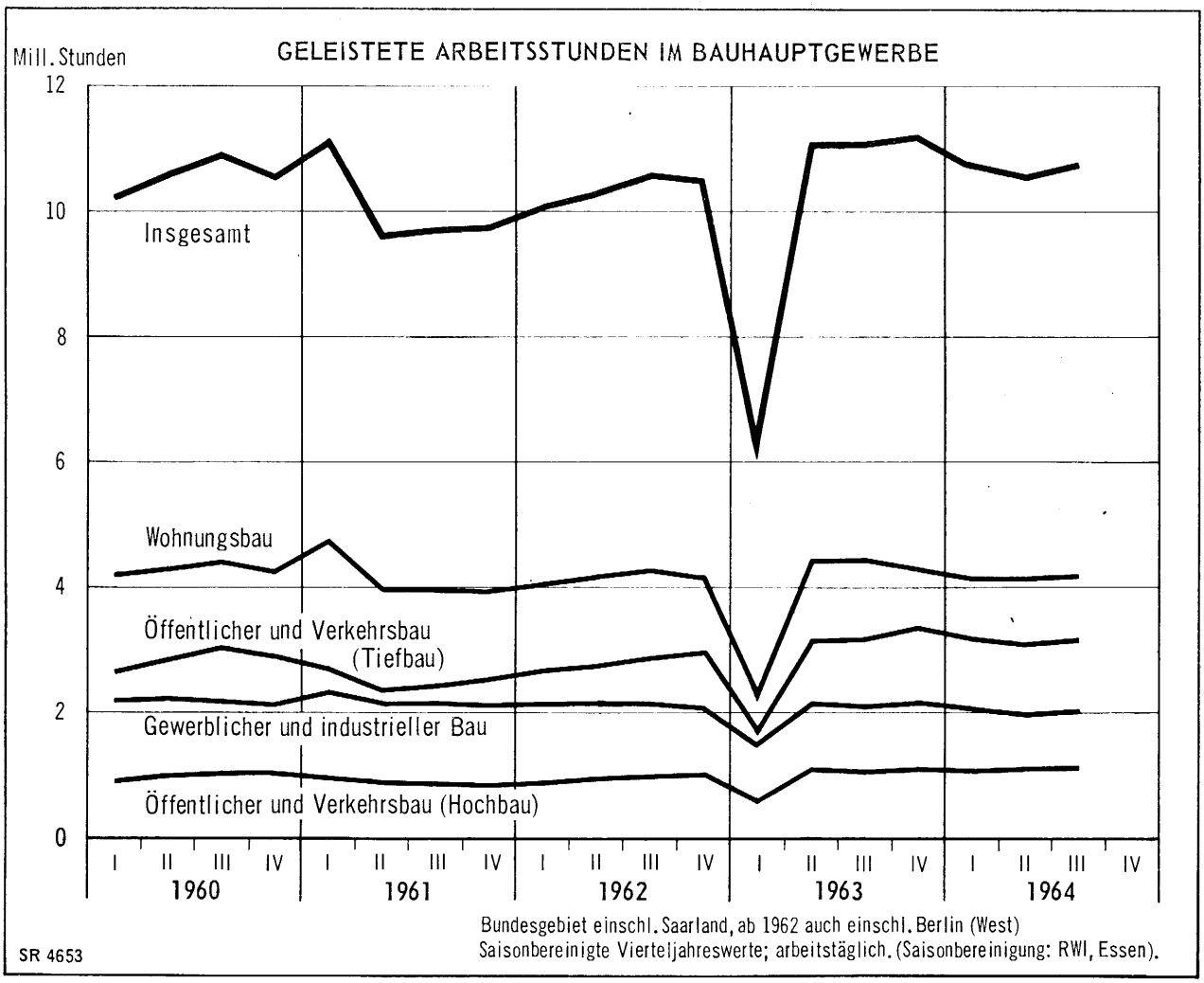
den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sowie in den Verbrauchsgüterindustrien etwa so hoch war wie 1960, daß aber in den Investitionsgüterindustrien die Kapazitätsauslastung niedriger war als 1960 und kaum höher als 1962; allerdings ist sie auch hier gegenüber 1963 gestiegen. Die vom Ifo-Konjunkturtest befragten Industrieunternehmen meldeten zudem in vermehrtem Umfang die Behinderung der Produktionstätigkeit durch Mangel an Arbeitskräften. Am stärksten empfanden den Mangel die Investitionsgüterindustrien. Diese Feststellungen hat eine Umfrage des Sachverständigenrates bei einer Reihe von Industrieverbänden bestätigt.

113. Die Bauproduktion ist trotz des erneuten Anstiegs der Baunachfrage seit Beginn des Jahres 1964 konjunkturell, also nach Ausschaltung der üblichen Saisonschwankungen, bisher nur wenig gestiegen. Damit hat sich eine Entwicklung fortgesetzt, die sich bereits im Sommer des Jahres 1963 angebahnt hatte. Die Bauunternehmen haben offenbar erkannt, daß die Nachfrageentwicklung eine weitere rasche Expansion der Baukapazitäten nicht mehr rechtfertigt. In den Monaten Juli bis September 1964 war die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe sogar etwas niedriger als im Vorjahr; auch die Zahl der offenen Stellen für Bauberufe ging stark zurück. Abgesehen von kleineren Schwankungen — nach der saisonbereinigten Reihe stagniert die Zahl der vom Bauhauptgewerbe geleisteten Arbeitsstunden schon seit einem Jahr — ist der Produktionsanstieg nur auf Produktivitätssteigerungen zurückzuführen (Schaubild 23).

114. Zwar ist der Bauüberhang sowohl im Wohnungsbau als auch in den anderen Bereichen des Hochbaus noch sehr groß; doch ist unverkennbar, daß sich der Baumarkt der Bundesrepublik entspannt. Dies gilt für die Märkte des Bauhauptgewerbes mehr als für die Märkte des Ausbaugewerbes und für die Tiefbaumärkte mehr als für die Hochbaumärkte.

115. Im gegenwärtigen Konjunkturaufschwung steigt — wie 1955 und 1959/60 — die Einfuhr wieder rascher als die heimische Produktion,

Schaubild 23



Bundesgebiet einschl. Saarland, ab 1962 auch einschl. Berlin (West)
Saisonbereinigte Vierteljahreswerte; arbeitstäglich. (Saisonbereinigung: RWI, Essen).

so daß ein größerer Teil der zusätzlichen Gesamtnachfrage aus dem ausländischen Angebot gedeckt werden kann. Schon seit Ende 1963 haben die Warenimporte wieder zugenommen (Schaubild 24). Der Wert der kommerziellen Wareneinfuhr, der 1963 nur wenig über dem Vorjahresniveau lag (2 v. H.), war in den ersten neun Monaten des Jahres 1964 um 14 v. H. höher als im Jahr zuvor.

116. Der starke Anstieg der Importe von Halbwaren und die beachtliche, wenn auch schwächere, Zunahme der Einfuhr von Rohstoffen lassen sich weitgehend mit dem erhöhten Bedarf der Produktion und der umsatzbedingten Lageraufstockung erklären. Außerdem hat die Erwartung steigender Weltmarktpreise die Vorratsbildung angeregt. Spekulative Vorratskäufe gab es hauptsächlich bei NE-Metallen, deren Spot-Preise am Weltmarkt — nach dem sogenannten Schulze-Index — von Januar 1963 bis September 1964 um 55 v. H. gestiegen sind.

117. Ähnlich wie die Einfuhr an Halbwaren hat die kommerzielle Einfuhr an Fertigwaren zugenommen. Dabei ist bei den Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrien, in erster Linie bei Fahrzeugen und elektrotechnischen Erzeugnissen, ein besonders hoher Importzuwachs zu verzeichnen (Tabelle 33). Die konjunkturpolitische Zollsenkung vom 1. Juli 1964 dürfte die Einfuhr von Fahrzeugen (Automobilen) ange-

Tabelle 33

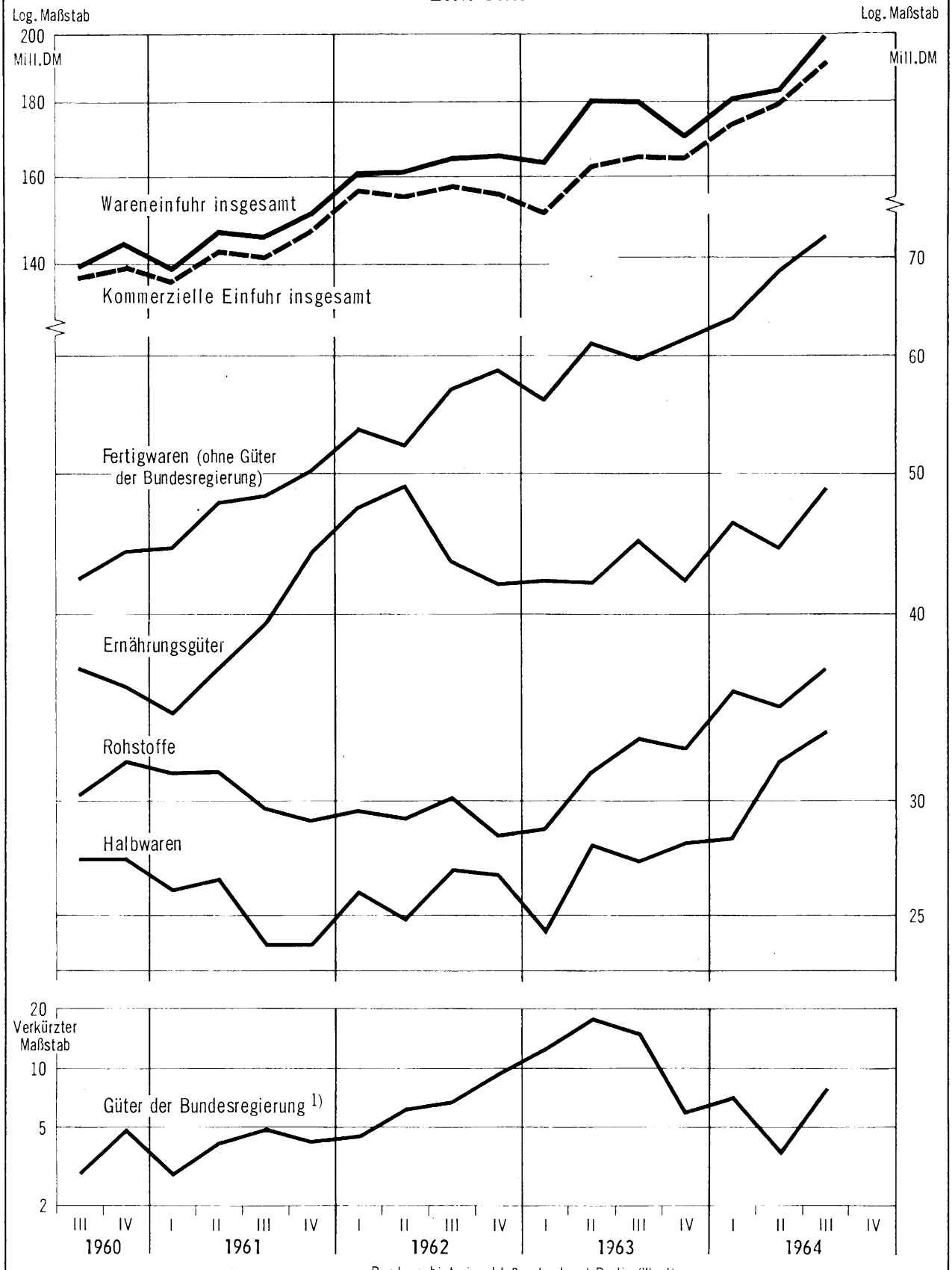
Einfuhr von Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrien [1])

Zeitraum	insgesamt	darunter		
		Maschinenbau	Landfahrzeuge	Elektrotechnische Erzeugnisse
	Millionen DM			
1960	4 740	2 105	588	889
1961	5 883	2 728	646	1 132
1962	7 006	3 070	1 011	1 376
1963	7 161	3 001	981	1 384
1. Halbjahr	3 553	1 500	561	635
2. Halbjahr	3 608	1 501	420	749
1964				
1. Vierteljahr	1 830	773	237	350
2. Vierteljahr	2 261	901	336	410
3. Vierteljahr	2 036	836	295	398
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in v. H.				
1960	+30,1	+41,8	+ 1,7	+37,0
1961	+24,1	+29,6	+ 9,9	+27,3
1962	+19,1	+12,5	+56,5	+21,6
1963	+ 2,2	− 2,2	− 3,0	+ 0,6
1. Halbjahr	+ 6,3	− 4,8	+14,5	+19,4
2. Halbjahr	− 1,5	+ 0,5	−19,4	−11,3
1964				
1. Vierteljahr	+10,7	+14,5	−13,8	+11,5
2. Vierteljahr	+19,0	+ 9,2	+17,5	+27,7
3. Vierteljahr	+18,6	+11,3	+49,0	+23,2

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)
[1]) abgegrenzt in Anlehnung an die Produktionsstatistik

Schaubild 24

EINFUHR



Bundesgebiet einschl. Saarland und Berlin (West)
Saisonbereinigte Vierteljahreswerte; arbeitstäglich. (Saisonbereinigung: RWI, Essen).
1) Unbereinigte Werte.

SR 4654

regt haben; deren Zunahme betrug im dritten Vierteljahr 1964 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nahezu 50 v. H. Die Importe von gewerblich erzeugten Verbrauchsgütern, die in den vergangenen Jahren stetiger zugenommen haben als die von Investitionsgütern, zeigen in diesem Jahr eine etwas stärkere Aufwärtsbewegung (Tabelle 34). Neben der Zollsenkung mögen hierzu vor allem günstigere Einkaufspreise beigetragen haben.

118. Sogar die Einfuhr von Gütern der Ernährungswirtschaft hat sich seit Jahresbeginn erhöht. Um Angebotslücken zu schließen, wurden im Winter größere Einfuhrkontingente für Fleisch und Fleischwaren bewilligt. Im Sommer lagen vor allem die Obstimporte über denen des Vorjahres.

119. Die Importe aus Italien, die im Jahr 1963 rückläufig waren, sind seit dem zweiten Vierteljahr 1964 wieder sehr gestiegen. Dagegen hat sich die Zunahme der Einfuhren aus anderen EWG-Ländern — mit Ausnahme von Belgien-Luxemburg — 1964 abgeschwächt. Daß die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten in den ersten neun Monaten 1964 den Stand des gleichen Vorjahreszeitraums nicht erreicht haben, hängt in erster Linie mit den niedrigen Rüstungsgüterimporten zusammen.

120. Die Ausgaben für ausländische Dienstleistungen, die 1963 nur um 4,3 v. H. angestiegen waren, erhöhten sich im ersten Halbjahr 1964 um nicht weniger als 13 v. H. Besonders stark zugenommen hat der Zins- und Dividendentransfer (Januar bis August 29 v. H. gegenüber dem Vorjahr). Im Reiseverkehr war der Ausgabenanstieg im ersten Vierteljahr 1964 ungewöhnlich hoch (Olympische Winterspiele). In den Hauptreisemonaten Juli und August dagegen wurde für Auslandsreisen nicht mehr ausgegeben als im Jahre zuvor. Da die Einkommen 1964 stärker zugenommen haben als 1963, müssen demnach andere Einflüsse, darunter wohl auch Änderungen der Preisrelationen, zur Stagnation der Touristenausgaben im Ausland beigetragen haben.

Tabelle 34

Einfuhr von Erzeugnissen der Verbrauchsgüterindustrien [1])

Zeitraum	insgesamt	darunter		
		Textilien	Bekleidung	Lederwaren und Schuhe
	Millionen DM			
1960	4 375	2 855	343	182
1961	4 926	3 065	457	208
1962	5 653	3 411	594	261
1963	6 222	3 686	690	328
1. Halbjahr	2 946	1 773	315	159
2. Halbjahr	3 276	1 913	375	169
1964				
1. Vierteljahr	1 641	952	187	109
2. Vierteljahr	1 662	952	187	82
3. Vierteljahr	1 809	1 028	215	97
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in v. H.				
1960	+24,9	+22,6	+36,1	+30,9
1961	+12,6	+ 7,4	+33,2	+14,3
1962	+14,8	+11,3	+30,0	+25,5
1963	+10,1	+ 8,1	+16,2	+25,7
1. Halbjahr	+ 9,0	+ 7,1	+15,0	+28,2
2. Halbjahr	+11,0	+ 9,0	+17,2	+23,4
1964				
1. Vierteljahr	+11,6	+ 6,5	+19,9	+17,2
2. Vierteljahr	+12,6	+ 8,3	+17,6	+24,2
3. Vierteljahr	+16,6	+11,5	+20,8	+21,3

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)

[1]) abgegrenzt in Anlehnung an die Produktionsstatistik

VIERTES KAPITEL

Die Entwicklung der Einkommen

121. Das Volkseinkommen, d. h. die Summe aller von Inländern bezogenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen, hat sich seit 1950 fast vervierfacht. Da die Einwohnerzahl gleichzeitig um 23 v. H. zugenommen hat, ist das Volkseinkommen je Einwohner etwa auf das Dreifache gestiegen.

122. An der Steigerung des Volkseinkommens waren die Einkommen aus unselbständiger Arbeit stärker beteiligt als die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Die Lohnquote — der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen — hat also zugenommen, und zwar von 58,6 v. H. im Jahr 1950 auf 64,8 v. H. im Jahr 1963; die Quote der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen — vereinfachend oft „Gewinnquote" genannt — ging entsprechend von 41,4 v. H. auf 35,2 v. H. zurück (Tabelle 35). Diese Quoten zeigen lediglich die Verteilung des Volkseinkommens nach Einkommensarten an, nicht jedoch nach Einkommensbeziehern. Häufig wird übersehen, daß daher aus Veränderungen dieser Quoten allein keine Schlüsse auf die personelle Einkommensverteilung gezogen werden können.

123. Das nominale Durchschnittseinkommen je Arbeitnehmer lag 1963 um rund 172 v. H. über dem des Jahres 1950. Die Reallöhne konnten mit der Entwicklung der Nominallöhne nicht Schritt halten. Da sich die Verbraucherpreise von 1950 bis 1963 um 31 v. H. erhöht haben — gemessen an der Preisindexziffer für die Lebenshaltung einer vierköpfigen Arbeitnehmerfamilie (Ziffer 145) —, nahm der durchschnittliche Realverdienst nur um 108 v. H. zu. Das ist nur wenig mehr als die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen, die sogenannte Arbeitsproduktivität. Obwohl die nominalen Lohnerhöhungen in den meisten Jahren über den Anstieg der Produktivität hinausgingen — einmal mehr, einmal weniger —, gelang es den Arbeitnehmern also kaum, ihre Reallöhne über das Wachstum der Produktivität hinaus zu steigern. Lange Zeit waren die Gewerkschaften davon überzeugt gewesen — und einige der bedeutendsten Gewerkschaften scheinen es heute noch zu sein —, daß sie allein schon über Nominallöhne, die über die Produktivitätssteigerung hinausgehen, den Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt erhöhen könnten. Trotzdem haben sie mit ihren Lohnforderungen in der Regel auf die konjunkturelle Entwicklung Rücksicht genommen; sie waren im Vergleich zu ausländischen Gewerkschaften im großen und ganzen verhältnismäßig zurückhaltend.

124. Das Statistische Bundesamt hat bisher eine Aufteilung des Volkseinkommens auf sozioökonomische Gruppen nicht vornehmen können, weil es an geeigneten Grundlagen dazu fehlt; darüber hinaus hat es die Erstellung von umfassenden Einkommenspyramiden für so problematisch gehalten, daß es — mit Ausnahme eines Versuchs für das Jahr 1950 — davon Abstand nahm. So konnte das Amt dem Sachverständigenrat entsprechendes Material nicht zur Verfügung stellen (siehe Anhang II).

Tabelle 35

Einkommensverteilung

— Anteile am Volkseinkommen in v. H. —

Jahr	Bruttoeinkommen		Nettoeinkommen	
	aus unselbständiger Arbeit	aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [1]	aus unselbständiger Arbeit [2]	aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [1]
1950	58,6	41,4	56,2	32,6
1951	58,7	41,3	55,4	33,0
1952	57,4	42,6	53,9	33,2
1953	58,7	41,3	55,3	31,2
1954	59,4	40,6	56,1	31,0
1955	58,8	41,2	55,4	32,9
1956	59,5	40,5	55,9	32,3
1957	59,7	40,3	56,9	31,6
1958	60,5	39,5	57,5	31,5
1959	60,2	39,8	57,4	31,2
1960	60,6	39,4	57,1	30,6
1960	60,8	39,2	57,4	30,4
1961	62,5	37,5	58,4	28,3
1962 [3]	63,9	36,1	59,5	26,6
1963 [3]	64,8	35,2	60,2	26,0

ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West)

[1] einschließlich der Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

[2] Nach Abzug der Lohnsteuer und des Notopfers Berlin; Sozialversicherungsbeiträge sind noch enthalten.

[3] vorläufige Ergebnisse

Die Einkommensentwicklung im gegenwärtigen Aufschwung

125. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen pflegen in den Aufschwungphasen eines Wachstumszyklus den Einkommen aus unselbständiger Arbeit vorauszueilen; in den dem Aufschwung folgenden Jahren bleiben sie in der Entwicklung hinter den Einkommen aus unselbständiger Arbeit zurück (Schaubild 25). Dies gilt auch für die gegenwärtige Aufschwungphase. Die Gründe für dieses unterschiedliche Wachstum liegen darin, daß die Einkommen aus unselbständiger Arbeit zu den kontraktgebundenen Einkommen gehören, während es sich bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu einem großen Teil um Residualeinkommen handelt. Die Löhne und Gehälter sind weitgehend an Tarifverträge gebunden, so daß die Arbeitnehmer im Konjunkturaufschwung noch weitgehend nach Tarifen entlohnt werden, die unter dem Eindruck der vorangegangenen Entspannung, in Zeiten ruhiger Konjunkturentwicklung aber nach Tarifen, die unter dem Eindruck vorangegangenen Konjunkturaufschwungs abgeschlossen worden sind. Es kommt hinzu, daß in Zeiten flauer Konjunktur die Unternehmer oftmals Arbeitskräfte nicht entlassen, sondern auf Kosten ihrer Gewinne weiterbeschäftigen. Obwohl die Effektivverdienste anpassungsfähiger sind als die tariflichen Löhne und Gehälter, sind daher die Einkommen aus unselbständiger Arbeit durchweg stetiger gestiegen als die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, in denen sich fast allein die Gunst, aber auch die Ungunst der Konjunktur niederschlägt. Dies gilt vor allem für die Unternehmergewinne. Die anderen in der Summe der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Ver-

Schaubild 25

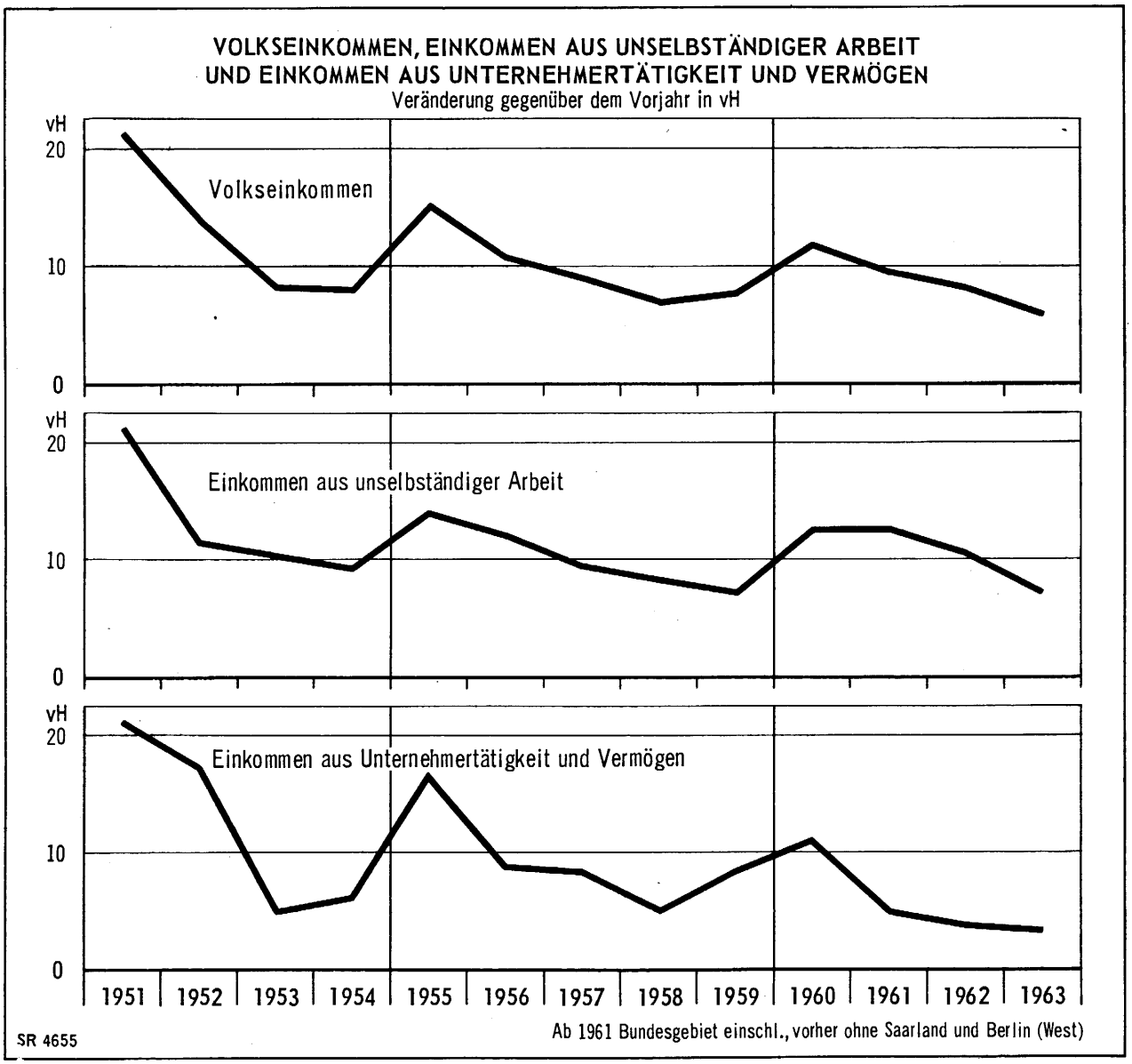
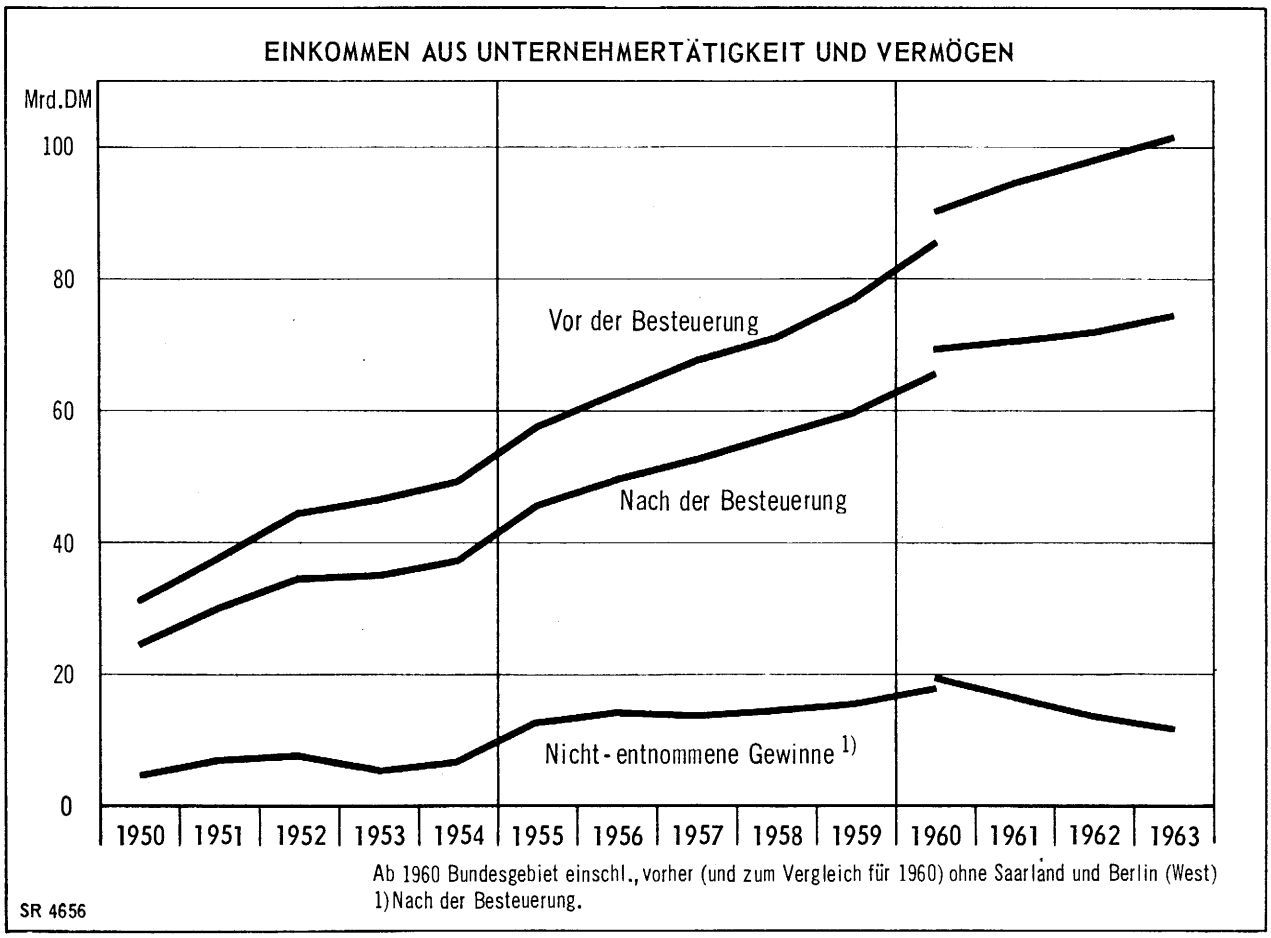


Schaubild 26



mögen ebenfalls erfaßten Einkommen wie Zinsen, Renten, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung sind weitgehend vertraglich festgelegt oder entwickeln sich — wie die Einkommen aus freiberuflicher Tätigkeit — ziemlich unabhängig von konjunkturellen Schwankungen.

126. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die unter dem Einfluß der ruhigen Konjunkturentwicklung in den Jahren 1962 und 1963 nur noch langsam — um 3 bis 4 v. H. — gestiegen waren, nehmen im Jahr 1964 wieder kräftig — um schätzungsweise 12 v. H. — zu. Entscheidend hierfür ist die beschleunigte Expansion der Gesamtnachfrage, die den Unternehmen auf der einen Seite mit größeren Absatzmöglichkeiten auch wieder einen größeren Spielraum für Preissteigerungen bot, und zugleich auf der anderen Seite eine bessere Nutzung der vorhandenen Produktionskapazitäten und damit starke Produktivitätssteigerungen erlaubte, die bei weitgehend ruhiger Lohnentwicklung das Verhältnis zwischen Erlösen und Kosten verbesserten. Das gilt vor allem für die Industrie, in der die Lohnkosten je Produkteinheit nicht oder nur wenig gestiegen sind (Tabelle 36).

Tabelle 36

Lohnkosten je Produkteinheit in der Industrie [1])

Jahr	1950 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.
1950	100	·
1951	106,9	+6,9
1952	111,2	+4,0
1953	111,3	+0,1
1954	108,6	−2,4
1955	109,6	+0,9
1956	115,9	+5,7
1957	118,0	+1,8
1958	122,6	+3,9
1959	121,9	−0,6
1960	125,0	+2,5
1961	135,3	+8,2
1962	144,0	+6,4
1963	148,4	+3,1
1964 Januar bis August	150,0	+1,0

Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin
[1]) einschließlich Energie und Bau

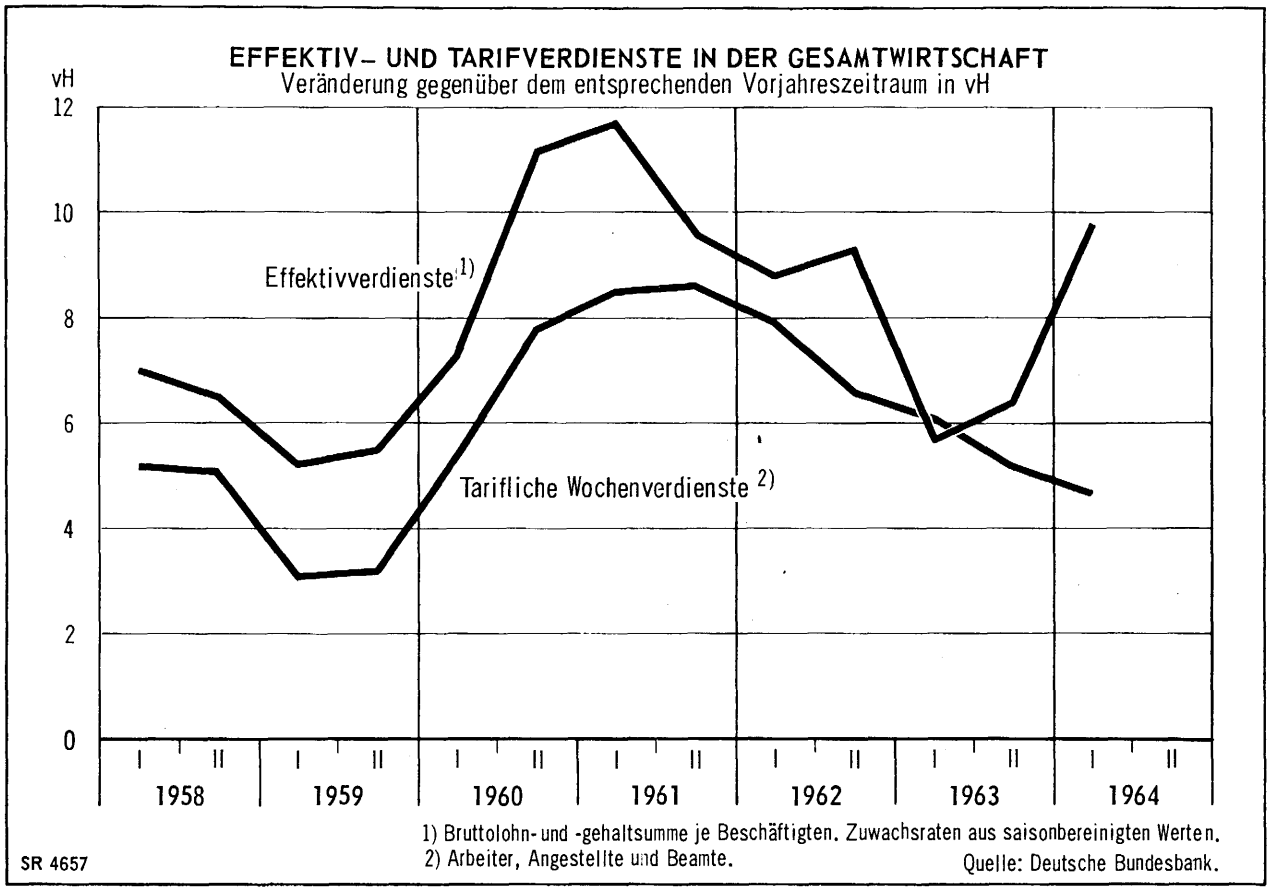
Die Entwicklung der Gewinne wurde zudem durch die gesetzlich neu geregelte Finanzierung des Kindergeldes begünstigt. Während bisher Unternehmen und Staat die Mittel gemeinsam aufgebracht hatten, übernahm der Staat seit der Jahresmitte 1964 die volle Finanzierung und entlastete damit die Unternehmen um rund 1 Mrd. DM jährlich.

127. Da aus veranlagungstechnischen Gründen die Steuern aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit Ausnahme der regelmäßigen Vorauszahlungen im allgemeinen mit einer Verzögerung von etwa 1½ Jahren abgeführt werden, den laufenden Steuerzahlungen im Jahr 1964 also das gewinnschwache Jahr 1962 zugrunde liegt, steigen die in den Unternehmen nach den Steuerzahlungen verbliebenen Gewinnbeträge rascher als die Bruttogewinne. Da die entnommenen und verteilten Gewinne nicht wesentlich schneller als bisher gewachsen sind, haben sich die Beträge, die die Unternehmer zur Finanzierung ihrer Investitionen verwenden, wieder kräftig erhöht. Diese „nicht-entnommenen oder nicht verteilten Gewinne" sind von allen Einkommen am meisten vom Konjunkturverlauf abhängig. Während sich bei den anderen Größen die Veränderung der Konjunkturlage lediglich in einer Beschleunigung oder Verlangsamung des Wachstums niederschlägt, sind hier auch absolute Rückgänge zu beobachten (Schaubild 26).

128. Auch bei den Einkommen aus unselbständiger Arbeit hat der konjunkturelle Aufschwung im Jahr 1964 bisher zu einer wenn auch nur leicht beschleunigten Zunahme geführt, die — wie regelmäßig in solchen Phasen — weitgehend auf zusätzlich geleisteten Arbeitsstunden beruhte. Während in vergleichbaren früheren Konjunkturperioden das Arbeitsvolumen zunahm, weil sich die Zahl der Arbeitskräfte beschleunigt erhöhte, ist im Jahr 1964, in dem diese Voraussetzung nicht mehr gegeben ist (Ziffer 105), die Steigerung des Arbeitsvolumens fast ausschließlich der zum Teil nur witterungsbedingten Steigerung der durchschnittlichen Arbeitszeit zuzuschreiben.

129. Bis zum Herbst 1964 gingen von den tariflichen Lohn- und Gehaltssätzen noch keine nennenswerten Tendenzen zur Beschleunigung des Wachstums der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit aus: Die Lohnentwicklung war noch weitgehend durch die im Jahr 1963 abgeschlossenen Tarife bestimmt, die nicht nur verhältnismäßig niedrige Lohn- und Gehaltsaufbesserungen vorsahen, sondern häufig auch längere Laufzeiten der Verträge als bisher üblich. Hatte in den vorausgegangenen Jahren die Laufzeit überwiegend zwölf Monate betragen, so wurden im Jahr 1963 für nicht weniger als zehn Millionen Arbeitnehmer Verträge mit einer Geltungsdauer zwischen sechzehn und

Schaubild 27



vierundzwanzig Monaten abgeschlossen. Zwar waren in fast allen diesen Verträgen stufenweise Lohnerhöhungen vereinbart, die im Laufe des Jahres 1964 wirksam wurden; doch waren diese Erhöhungen — sie betrugen im Durchschnitt 2 v. H. — verhältnismäßig gering.

130. Die im Jahr 1964 neu vereinbarten Lohn- und Gehaltstarife sehen wieder höhere Steigerungssätze vor: In der Bauwirtschaft wurden die Löhne um 9 v. H. erhöht, nachdem die Preisgleitklausel des alten Tarifvertrags neue Verhandlungen notwendig gemacht hatte. Die im Bereich der I.G. Metall getroffenen Vereinbarungen sehen neben der stufenweisen Anhebung der Löhne und Gehälter die Zahlung einer zusätzlichen Urlaubsvergütung und eine Verlängerung des Tarifurlaubs um ein bis zwei Tage vor; dies entspricht alles in allem — auf zwölf Monate umgerechnet — einer Lohnerhöhung von etwa 9 v. H. Die im Chemie-Bereich vereinbarten Lohn- und Gehaltsaufbesserungen blieben mit einer Steigerungsrate von 6 bis 6,5 v. H. deutlich hinter der Steigerung im Metall-Bereich zurück.

Durch die Tariferhöhungen hat sich das Gesamtniveau der Tariflöhne und -gehälter im ersten Halbjahr 1964 um 5½ bis 6 v. H. erhöht; in der zweiten Hälfte, insbesondere gegen Ende des Jahres, wird es weiter steigen. Wegen der Stufenregelungen kommen jedoch die stärkeren Lohnsteigerungen erst im Laufe des Jahres 1965 voll zum Tragen.

131. Da die Unternehmen wegen der günstigeren Absatzmöglichkeiten und des drückender werdenden Mangels an Arbeitskräften die Arbeitszeitverkürzungen durch vermehrte Überstunden auszugleichen versuchen und ihre Bereitschaft zur übertariflichen Bezahlung und zur Gewährung zusätzlicher Sozialleistungen größer ist, sind die tatsächlichen Lohn- und Gehaltssätze wieder rascher gestiegen als die tariflichen: die Spanne zwischen tariflicher und effektiver Lohnentwicklung hat sich demnach wieder vergrößert.

Steuerliche Belastungen der Einkommen

132 Die Gestaltung des Einkommensteuertarifes — Steuerfreibeträge, Proportionalsatz, Progression — bringt es mit sich, daß mit den Durchschnittseinkommen auch die Steuerbelastung zunimmt, soweit nicht die Tarife gesenkt und die Freibeträge erhöht werden. So ist der Anteil der Lohnsteuerzahlungen an der Bruttolohn- und -gehaltssumme, der nach der letzten

Steuersenkung (1958) von knapp 7 v. H. auf 5½ v. H. zurückgegangen war, seitdem auf 8½ v. H. (1964) gestiegen. Die für den 1. Januar 1965 beschlossene Tarifsenkung wird diese Belastung nur wenig — vermutlich auf etwa 8 v. H. — vermindern.

133. Die Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hat sich bis zum Jahr 1964 ebenfalls erhöht, nämlich auf fast 20 v. H., von annähernd 15 v. H. im Jahr 1958; die rechnerische Quote hatte in diesem Jahr nur rd. 13 v. H. betragen, weil die Veranlagung eines großen Teiles des Einkommens wegen der strittigen Ehegattenbesteuerung ausgesetzt war. Allerdings ist zu beachten, daß der zeitliche Zusammenhang zwischen Steuerzahlung und Einkommensentstehung hier nicht so eng ist wie bei den Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

Einkommensübertragung

134. Die übertragenen Einkommen, das heißt die Zahlungen öffentlicher Stellen an Rentner, Pensionäre und Unterstützungsempfänger, die fast ausschließlich durch gesetzliche Regelungen bestimmt werden, sind in ihrer Entwicklung vom Konjunkturverlauf nicht mehr so unabhängig wie früher, nachdem durch die Rentenreform des Jahres 1957 die Renten der Sozialversicherung mit der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter gekoppelt wurden. Für die Anhebung dieser Renten im Jahr 1964 war das durchschnittliche Lohnniveau der Jahre 1960 bis 1962 bestimmend.

Das Wachstum der übertragenen Einkommen hat sich 1964, obwohl die Zahlungen von Schlechtwettergeld und Arbeitslosenunterstützung niedriger waren als im Vorjahr, von rd. 7 v. H. im Jahr 1963 auf rd. 9 v. H. beschleunigt; ausschlaggebend hierfür waren vor allem gesetzliche Verbesserungen bei der Kriegsopferversorgung und beim Kindergeld.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte

135. Die Zunahme der Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, der übertragenen Einkommen und der entnommenen und verteilten Gewinne ergibt im Jahr 1964 zusammen eine Steigerung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte um 8. v. H. auf rd. 260 Mrd. DM. Einen merklichen Teil dieses Anstiegs zehrten jedoch wiederum die Preissteigerungen auf — der Preisindex für die Lebenshaltung eines vierköpfigen Arbeitnehmerhaushaltes wird sich gegenüber dem Vorjahr um 2,5 v. H. erhöht haben — so daß das Realeinkommen der privaten Haushalte nur um 5,5 v. H. gestiegen sein dürfte.

Die privaten Haushalte haben 1964 wiederum einen größeren Teil ihres Einkommens gespart als in den vorangegangenen Jahren. Die Ausgaben für den Privaten Verbrauch sind daher etwas langsamer gestiegen als das verfügbare Einkommen, aber beträchtlich rascher als im vorangegangenen Jahr (Tabelle 24).

Beamtenbesoldung

136. Die Beamtengehälter sind am 1. Oktober 1964 um 8 v. H. erhöht worden. Diese Steigerungsrate hält sich im Rahmen der tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen, die in letzter Zeit auch in anderen Bereichen vereinbart wurden oder zu erwarten sind. Im Bundestag sind u. a. die Fragen aufgeworfen worden, ob die Beamtenbesoldung auch auf längere Sicht mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung Schritt gehalten hat und wie bestimmte Erhöhungen der Beamtengehälter gesamtwirtschaftlich zu beurteilen sind.

137. Eine gesamtwirtschaftliche Würdigung spezieller Einkommensentwicklungen muß sehr unterschiedlichen Gesichtspunkten Rechnung tragen. Einkommenserhöhungen in Teilbereichen der Wirtschaft können ein so großes Gewicht haben, daß sie mit ihren direkten und indirekten Folgewirkungen die Stabilität der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht unwesentlich mitbestimmen. Die Bezüge der Beamten (ohne Versorgungsbezüge) beliefen sich 1963 auf rd. 17 Mrd. DM und machten damit etwa 10 v. H. der gesamten Bruttolohn- und -gehaltsumme aus. Danach bedeutet die Erhöhung der Grundgehälter und Ortszuschläge um 8 v. H. eine Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltsumme auf ein Jahr gerechnet, um etwa 1,3 Mrd. DM oder 0,8 v. H. Unter Berücksichtigung der Steuerabzüge und der Sparquote sind daraus etwa 1 Mrd. DM zusätzlicher Nachfrage zu erwarten. Für sich genommen, brauchte dies nicht für besorgniserregend gehalten zu werden. Es ist aber zu beachten, daß schematische Tarifverbesserungen in größeren Bereichen der Volkswirtschaft leicht einen gewissen Leitcharakter für Tarifauseinandersetzungen der Sozialpartner in anderen Bereichen erlangen können, und zwar sowohl im Hinblick auf den Zeitpunkt als auch auf das Ausmaß der Erhöhung. Ob und in welchem Umfang dies auch für die Erhöhung von Beamtengehältern gilt, ist — abgesehen von ihrem Zusammenhang mit der Vergütung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst und von ihrem unmittelbaren Einfluß auf kleinere Dienstleistungsbereiche außerhalb des öffentlichen Dienstes — nach den bisherigen Erfahrungen nicht mit Sicherheit zu sagen. Trotzdem sollte dieser Gesichtspunkt im Auge behalten werden. So gesehen, wäre es zu begrüßen, wenn die Erhöhungen der Beamtengehälter nicht in längeren Abständen sprunghaft erfolgten, sondern gleichmäßiger über die Zeit verteilt würden.

138. Unter längerfristigen — und ebenfalls noch gesamtwirtschaftlichen — Gesichtspunkten kann jedoch für keinen Bereich der Volkswirtschaft die Einkommenspolitik in erster Linie konjunkturpolitischen Erfordernissen unterworfen werden, und bei einer wirksamen allgemeinen Konjunkturpolitik sind Konflikte hier auch vermeidbar. Ausschließlich ökonomisch betrachtet, d. h. ohne Rücksicht auf Fragen der „Angemessenheit", die zu erörtern dem Sachverständigenrat nicht zukommt, muß jeder Bereich — und das gilt auch für den Staat — die Möglichkeit haben, seine Nachfrage nach fachlich geeigneten Kräften mit solchen Gehaltsangeboten zu verbinden, die ihm im Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt erlauben, die relative Dringlichkeit seines Bedarfs geltend zu machen. Dies soll natürlich nicht bedeuten, daß dem Staat mit seiner vergleichsweise souveränen Finanzkraft eine Vorzugsstellung auf dem Arbeitsmarkt eingeräumt werden dürfte. Über die relative Dringlichkeit des Staatsbedarfs, der auch die Gehaltspyramide im öffentlichen Dienst in der Basis und in der Höhe anzupassen wäre, muß in erster Linie politisch entschieden werden. Diese Entscheidung ist auch wachstumspolitisch bedeutungsvoll als eine Entscheidung über die Qualität unserer Verwaltung und unseres Bildungswesens. Aus alledem folgt, daß die Erhöhungen der Beamtengehälter im öffentlichen Dienst nicht in einer festen Relation zur durchschnittlichen Einkommensentwicklung in der Gesamtwirtschaft stehen müssen. Die Frage, ob die Gehälter des öffentlichen Dienstes langsamer oder schneller steigen müssen, ist in dem hier beschriebenen ökonomischen Sinn allein unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu beantworten.

139. Die Besoldung der Beamten wurde 1957 grundlegend neu geregelt. Von dieser Neuregelung ausgehend, haben wir, ohne zu untersuchen, welche Gehaltserhöhungen in der Folgezeit den Arbeitsmarktverhältnissen entsprochen hätten — von Überlegungen der sozialen Angemessenheit wiederum abgesehen —, im folgenden anhand von Globalgrößen die tatsächliche Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst seit 1957 der Entwicklung der Einkommen aller abhängig Beschäftigten in den übrigen Bereichen gegenübergestellt, weil sich in dieser Entwicklung die allgemeine Produktivitätssteigerung, die Knappheit am Arbeitsmarkt und die Erhöhung des Preisniveaus widerspiegeln.

140. Für diese Gegenüberstellung kommen als Einkommensgrößen, in denen die Beamtenverdienste selbst nicht mitenthalten sind, zum Beispiel in Betracht:

die Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Beamte und Berufssoldaten),

die Bruttolohn- und -gehaltsumme je beschäftigten Arbeitnehmer (außerhalb des öffentlichen Dienstes).

141. Alle Einwände, die gegen den Aussagewert dieser Durchschnittseinkommen vorgebracht werden können, gelten grundsätzlich auch für die Durchschnittsverdienste der Beamten. Durch strukturelle Verlagerungen im Gehaltsgefüge kann das Durchschnittseinkommen der Beamten ebenso wie das der übrigen Erwerbstätigen auch bei unveränderten Lohn- und Gehaltssätzen steigen. In der privaten Wirtschaft vollziehen sich solche Struktureffekte etwa in der Weise, daß Arbeitskräfte zu Arbeitsplätzen mit höherem Einkommensniveau wandern. Dem entspricht eine sich wandelnde Besetzung der einzelnen Zweige des öffentlichen Dienstes. Das Durchschnittseinkommen der Beamten wird außerdem durch Veränderungen in der Besetzung der verschiedenen Dienstaltersstufen sowie durch den Trend zu einer höheren gehaltlichen Einstufung der verschiedenen Tätigkeiten beeinflußt.

Beim Vergleich der Steigerungsraten muß man beachten, daß sich die Besoldungsreform in vielen Bundesländern erst im Jahr 1958 voll ausgewirkt hat; wir stellen daher der allgemeinen Einkommensentwicklung seit dem Jahr 1957 die Entwicklung der Bezüge der Beamten vom Durchschnitt der Jahre 1957 und 1958 ausgehend gegenüber.

142. Man kann der Tabelle 37 entnehmen, daß in der Zeit von 1957 bis 1963

das Volkseinkommen je Erwerbstätigen	um 52,4 v. H.
das Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte je Erwerbstätigen	um 54,8 v. H.
die Bruttolohn- und -gehaltsumme je beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Beamte und Berufssoldaten)	um 58,4 v. H.
die Bruttolohn- und -gehaltsumme je beschäftigten Arbeitnehmer (außerhalb des öffentlichen Dienstes)	um 60,8 v. H.

gestiegen sind, während sich

der Durchschnittsverdienst der Beamten von 1957/58 bis 1963	
ohne Verteidigung	um 35,6 v. H.
einschließlich Verteidigung ..	um 32,9 v. H.

erhöht hat.

In den Durchschnittsverdiensten der Beamten sind die Beihilfen, die im öffentlichen Dienst gezahlt werden, nicht enthalten. Die Summe

dieser Beihilfen, von denen der größere Teil auf Beamte entfallen dürfte, hat zwar von 440 Millionen DM im Jahr 1957 auf 750 Millionen DM im Jahr 1963 zugenommen (ohne Bundesbahn und Bundespost); auf der anderen Seite aber fehlen in den Durchschnittsverdiensten der Arbeiter und Angestellten bestimmte Lohnnebenkosten mit Einkommenseigenschaft, die statistisch nicht meßbar sind.

Tabelle 37

Entwicklung der durchschnittlichen Bezüge der Beamten und vergleichbarer Einkommen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1957	1958	1959	1960	1960	1961	1962[1]	1963[1]
1. Volkseinkommen je Erwerbstätigen	1957 = 100	100	106,2	113,2	124,4	124,5	134,6	144,4	152,4
	v. H. [2]	.	+6,2	+6,5	+9,9	.	+8,1	+7,3	+5,5
2. Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte je Erwerbstätigen	1957 = 100	100	106,6	113,5	124,5	124,6	135,4	146,2	154,8
	v. H. [2]	.	+6,6	+6,5	+9,7	.	+8,6	+8,0	+5,8
3. Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Beamte und Berufssoldaten)	1957 = 100	100	106,3	112,8	123,7	123,3	136,3	149,5	158,4
	v. H. [2]	.	+6,3	+6,1	+9,7	.	+10,6	+9,7	+5,9
4. Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer (außerhalb des öffentlichen Dienstes [3])	1957 = 100	100	106,4	113,6	124,7	124,2	137,6	151,6	160,8
	v. H. [2]	.	+6,4	+6,7	+9,8	.	+10,8	+10,1	+6,1
5. Durchschnittliche Bezüge der Beamten [3] [4]									
einschließlich Verteidigung	1957 = 100	100		102,6	109,1	109,7	120,9	124,0	132,9
	v. H. [2]	.	.	+2,6[a]	+6,3	.	+10,2	+2,6	+7,2
ohne Verteidigung	1957 = 100	100		103,5	110,3	110,6	122,7	126,3	135,6
	v. H. [2]	.	.	+3,5[a]	+6,6	.	+11,0	+2,9	+7,3

ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West)

[1]) vorläufige Ergebnisse

[2]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr

[3]) Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Bundesbahn und Bundespost

[4]) ohne Beihilfen u. ä.

[a]) Veränderung gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1957/58

FÜNFTES KAPITEL

Preise und Geldwert

Die Verbraucherpreise

143. Einen Eindruck von den Preisbewegungen, mit denen das kräftige Wachstum des Volkseinkommens in der Nachkriegszeit verbunden war, vermittelt der Preisindex für die Lebenshaltung, den das Statistische Bundesamt für eine Verbrauchergruppe mit mittlerem Einkommen berechnet. Wir ziehen diesen Index dem Preisindex für den Privaten Verbrauch vor, und zwar nicht nur aus methodischen Gründen, sondern auch wegen der Bedeutung, die er in der öffentlichen Diskussion und vor allem bei Lohnverhandlungen erlangt hat. Tabelle 38 gibt einen Überblick über den jährlichen Anstieg dieses Index bis September 1964, bezogen auf verschiedene Warenkörbe.

144. Die hier wiedergegebenen Meßziffern der Preisentwicklung, die die Veränderungen des Geldwerts für den Verbraucher aufzeigen, legen — unabhängig von der Zusammensetzung des Warenkorbs — zwei Feststellungen nahe:

a) Obwohl Bundesregierung und Bundesbank immer wieder in grundsätzlichen Erklärungen der Stabilität des Preisniveaus und des Geldwertes genauso viel oder mehr Gewicht gegeben haben als der Vollbeschäftigung und dem Wirtschaftswachstum, klafft hier eine Lücke zwischen Ziel und Wirklichkeit, die sehr viel größer ist und die auch durch weitherzige oder sophistische Auslegungen des Begriffs der Geldwertstabilität nicht zum Verschwinden gebracht werden kann. Offensichtlich ist Geldwertstabilität unter den politischen, soziologischen und institutionellen Bedingungen, die in der Bundesrepublik und im internationalen Wirtschaftsverkehr herrschen, — wenn überhaupt — nur mit unkonventionellen Mitteln erreichbar und nur unter Preisgabe anderer Werte, Ziele oder Interessen. Hierin liegt wohl das Hauptdilemma der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik wie in anderen Ländern. Wir müssen diesem Dilemma und allen seinen Konsequenzen nachgehen, weil das Gesetz ausdrücklich von uns verlangt, die Frage zu prüfen, wie die Stabilität des Preisniveaus gleichzeitig mit anderen Zielen erreicht werden kann.

b) Seit Erreichen eines hohen Beschäftigungsstandes sind die Preise ständig, in den letzten Jahren sogar beschleunigt gestiegen. Damit gewinnt die These, daß unter den herrschenden Bedingungen Geldwertstabilität vor allem mit dem Vollbeschäftigungsziel in Konflikt steht, die größte Überzeugungskraft; sie wird durch andere Beobachtungen nicht widerlegt, entspricht der Alltagserfahrung auch in den Partnerländern und findet in langfristigen Analysen der britischen und amerikanischen Verhältnisse eine Bestätigung.

145. Ein Vergleich der Meßziffern (Tabelle 38) läßt deutliche Unterschiede erkennen. Der geringste Geldwertschwund ergibt sich beim Warenkorb des Jahres 1962, der größte beim Warenkorb des Jahres 1950. Dabei ist zu beachten, daß der Warenkorb einer mittleren Verbrauchergruppe als Wägungsschema zugrunde liegt. Für die einkommensschwächeren Schichten war die Preissteigerung noch stärker. So ist der Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern von 1958 bis 1963 um 13,3 v. H. und damit stärker gestiegen als der vergleichbare Preisindex für die mittlere Verbrauchergruppe (12,1 v. H.) (Warenkorb 1958). Die Erklärung für diese Unterschiede liegt darin, daß Lebensmittel, aber auch Dienstleistungen, die im Budget des Jahres 1950 und in den Lebenshaltungsausgaben der unteren Verbraucherschicht ein verhältnismäßig großes Gewicht haben, zeitweilig oder durchgängig mehr im Preis gestiegen sind als andere Verbrauchsgüter und als dauerhafte Konsumgüter, die teilweise sogar billiger geworden sind und die im Wägungsschema von 1962 und im Warenkorb der mittleren Verbrauchergruppe eine vergleichsweise größere Rolle spielen.

146. Hieraus können folgende Schlüsse gezogen werden:

a) Für Haushalte, deren Einkommen über dem der mittleren Verbrauchergruppe lag und liegt, ist der Geldwertschwund wohl geringer gewesen, sofern sie ihren Warenkorb angepaßt (zunehmendes Gewicht industriell gefertigter Gebrauchsgüter) und nicht im Interesse der Wahrung eines ausgesprochen konservativen Lebensstils konstant gehalten haben (großes Gewicht der Dienstleistungen und der arbeitsintensiv gefertigten Erzeugnisse).

b) Wer seinen Warenkorb an die entwicklungsbedingten Veränderungen der Preisrelationen elastisch anpaßt, kann der Geldentwertung, die sich bei konstantem Warenkorb zeigt, teilweise entgehen. Dies wird

Tabelle 38

Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung

— mittlere Verbrauchergruppe [1]) —

Jahr	Warenkorb						„Verketteter" Index [2])		
	1950		1958		1962				
	1950 = 100	v. H. [3])	1958 = 100	v. H. [3])	1962 = 100	v. H. [3])	1962 = 100	1950 = 100 [4])	v. H. [3])
1950	100	−6,3					78,8	100	.
1951	107,8	+7,8					84,9	107,8	+7,8
1952	110,0	+2,0					86,7	110,0	+2,0
1953	108,1	−1,7					85,1	108,1	−1,7
1954	108,2	+0,1					85,3	108,2	+0,1
1955	110,0	+1,7					86,7	110,0	+1,7
1956	112,9	+2,6					88,9	112,9	+2,6
1957	115,5	+2,3	97,9	.			90,7	115,2	+2,0
1958	119,0	+3,0	100	+2,1			92,7	117,7	+2,2
1959	120,7	+1,4	101,0	+1,0			93,6	118,8	+1,0
1960	123,0	+1,9	102,4	+1,4			94,9	120,5	+1,4
1961	126,0	+2,4	105,0	+2,5	97,1	.	97,1	123,2	+2,3
1962			108,7	+3,5	100	+3,0	100	126,9	+3,0
1963			112,1	+3,1	103,0	+3,0	103,0	130,7	+3,0
1964 Januar bis September			114,7	+2,4	105,2	+2,3	105,2	133,5	+2,3

ab 1962 Bundesgebiet einschließlich, vorher ohne Berlin (West), vor 1960 ohne Saarland.

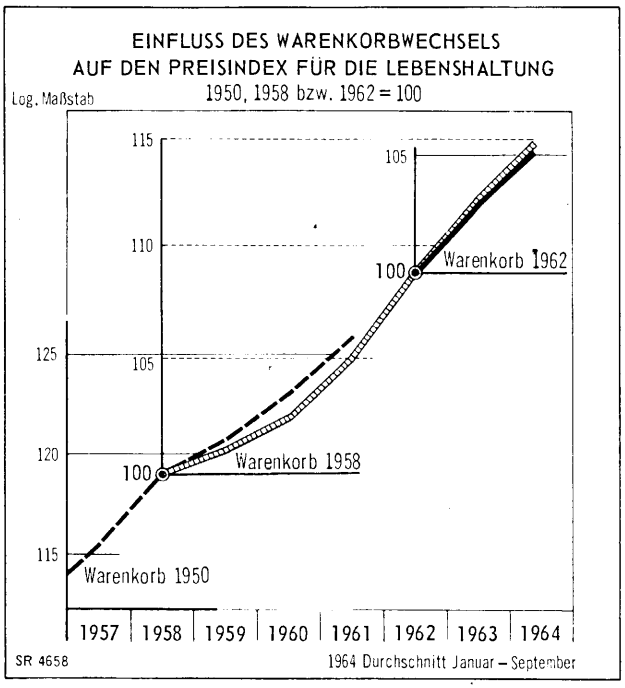
[1]) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mittleren Einkommens des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. Lebenshaltungsausgaben von rd. 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962 (für die Zeit von 1957 bis 1960 mit Lebenshaltungsausgaben von rd. 570 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958, für die Zeit davor mit Lebenshaltungsausgaben von rd. 300 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1950).

[2]) vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Indexreihe, zu der die vorstehenden Originalindices „verkettet" worden sind

[3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr

[4]) umbasiert

Schaubild 28



durch Schaubild 28 verdeutlicht. Es zeigt, daß die vom Statistischen Bundesamt vorgenommene Anpassung des Wägungsschemas vom Warenkorb des Jahres 1950 an den des Jahres 1958 und diesen schließlich an den des Jahres 1962 jeweils eine Verringerung des gemessenen Preisanstiegs bewirkt. Der Unterschied beträgt für die Periode von 1957 bis 1960 im Jahresdurchschnitt etwa 0,6 v. H. und für die Periode von 1961 bis 1964 etwa 0,3 v. H. Hätte man das Wägungsschema in noch kürzeren Zeitabständen aktualisiert, dann wäre der amtliche Preisindex für die Lebenshaltung noch etwas weniger gestiegen.

c) Haushalte, die in höhere Einkommens- und Verbrauchergruppen aufsteigen und ihre Konsumgewohnheiten den Einkommenserhöhungen anpassen, sind der Geldentwertung weniger ausgesetzt als Haushalte, die in ihrer Einkommensgruppe verbleiben und sich daher den geldwertgünstigeren Warenkorb nicht leisten können.

147. Ob die Meßziffern den Geldwertschwund für jene Gruppen, für die der betreffende Warenkorb repräsentativ ist, auch in Anbetracht der vielen Qualitätsveränderungen richtig angeben, scheint bei dem Tempo des Wachstums und des technischen Fortschritts, das die Entwicklung in der Bundesrepublik kennzeichnet, eine eminent wichtige Frage zu sein. Doch läßt sie sich immer nur subjektiv beantworten; denn nur der einzelne Verbraucher kann beurteilen, wie viel oder wie wenig ihm angebliche Qualitätsänderungen bedeuten, gemessen in Form eines Geldbetrages, um den die Preise nach unten (z. B. bei Qualitätsverbesserung zu konstantem Preis) oder nach oben (z. B. bei Qualitätsverschlechterung zu konstantem Preis) korrigiert werden müßten, damit der Index die (fiktive) Änderung des Niveaus unter der Annahme konstanter Qualität reflektiert. Verbraucherbefragungen über den Wert von Qualitätsänderungen wären jedoch wenig aufschlußreich, solange Verbraucher in ihrem subjektiven Urteil mehr durch Reklame beeinflußt werden als durch Erfahrungen oder durch sachgemäße Aufklärung über die Eigenschaften der Güter.

148. Was den Preisindex für die Lebenshaltung anlangt, den das Statistische Bundesamt veröffentlicht, so werden in ihn Korrekturen für Qualitätsänderungen laufend hineingerechnet. Allerdings gilt dies für nur ein Sechstel des Warenkorbs (von 1962). Berücksichtigt man, daß der Warenkorb zum größten Teil (56 v. H.) aus Gütern und Diensten besteht, die nach bisherigen Erfahrungen nachhaltigen Qualitätsänderungen nicht unterworfen sind (Auskunft des Statistischen Bundesamtes), so verbleibt ein Viertel, bei dem Qualitätsänderungen vorkommen können, aber nicht erfaßt werden oder sich nicht erfassen lassen. Wenn hier Qualitätsverbesserungen häufiger oder gewichtiger sind als Qualitätsverschlechterungen, so übertreibt unser Preisindex für die Lebenshaltung den Geldwertschwund. Auf der anderen Seite ist zu bedenken, daß sich das Statistische Bundesamt bei den Qualitätsveränderungen, die es erfaßt und bewertet, vorerst noch weitgehend auf Urteile der Verkäufer stützen muß, die wohl Qualitätssteigerungen eher mehr und Qualitätsminderungen eher weniger bewerten, als dies von einem aufgeklärten Verbraucher zu erwarten ist. Soweit dies zutrifft, neigt der Preisindex für die Lebenshaltung dazu, den Geldwertschwund zu untertreiben.

149. Im großen und ganzen sind wir bei der Untersuchung des Preisindex für die Lebenshaltung und seiner Berechnungsgrundlagen zu dem Ergebnis gekommen, daß man ihn ohne schwerwiegende Bedenken als konventionellen Maßstab für die Geldwertentwicklung in der Bundesrepublik akzeptieren kann. Gelänge es, diesen Preisindex für eine mittlere Verbrauchergruppe — bei einer Revision des Wägungsschemas im Abstand von etwa 3 bis 4 Jahren — auch nur annähernd konstant zu halten, könnte das im Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates niedergelegte Ziel der Stabilität des Preisniveaus als erreicht angesehen werden. Obwohl wir nicht verkennen, daß jede präzise Definition dieses Ziels auf einer Konvention beruht und vor allem dem Rechnung tragen muß, was die Bevölkerung unter Geldwertstabilität versteht, können zumindest wir uns nicht dem beruhigenden Gedanken hingeben, Geldwertschwund sei letztlich nur das, was der — un-

zulänglich aufgeklärte oder durch Qualitätsreklame beeinflußte — Verbraucher wirklich noch als Geldwertschwund empfindet.

150. Zerlegt man den Gesamtindex in Teilindices für die üblichen Bedarfsgruppen, so ergibt sich, daß das Preisniveau in jedem Bereich gestiegen ist. Tabelle 39 zeigt dies für die Zeit seit 1957.

Tabelle 39

Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung (Warenkorb 1958)

— September 1957 bis September 1964 —

Bedarfsgruppe	Mittlere Verbrauchergruppe	Untere Verbrauchergruppe
Gesamtlebenshaltung	17,1	18,5
Wohnung	41,0	42,4
Bildung, Unterhaltung und Erholung	27,4	27,5
Verkehr	24,9	22,1
Reinigung und Körperpflege	17,6	17,1
Ernährung	15,5	15,8
Heizung und Beleuchtung	15,8	18,8
Bekleidung	14,5	14,9
Hausrat	5,2	11,1
Getränke und Tabak	2,0	0,6

a) Von der Gruppe „Getränke und Tabak" abgesehen, war der Preisanstieg bei „Hausrat" am geringsten. Bemerkenswert ist nur, daß er für die untere Verbrauchergruppe doppelt so groß war wie für die mittlere.

b) Der überdurchschnittliche Preisanstieg bei „Bildung, Unterhaltung und Erholung" erklärt sich sehr einfach daraus, daß hier der technische Fortschritt verhältnismäßig wenig Chancen für große Produktivitätssteigerungen eröffnet hat, die Kosten je Produkteinheit daher nur wenig hinter dem Anstieg der Nominallöhne zurückgeblieben sind und die Überwälzung der höheren Kosten auf die Preise nicht durch einen Nachfragemangel behindert, sondern durch eine hohe Einkommenselastizität der Nachfrage erleichtert worden ist. In Teilbereichen, die einem kräftigen Nachfragesog ausgesetzt waren, sind die Preise wahrscheinlich noch stärker als die Kosten gestiegen.

c) Die Erhöhung der Wohnungskosten hängt einerseits mit der stufenweisen Freigabe der Mieten zusammen, andererseits mit der Zunahme der Grundstücks- und Baupreise. Es erscheint als ein Widerspruch, daß die öffentliche Hand, während sie durch die Förderung des Wohnungsbaus zur Ausweitung der Nachfrage nach Bauleistungen erheblich beitrug, nicht gleichzeitig auch auf die Ausweitung und Erschließung von ausreichendem Wohnsiedlungsgelände hinwirkte. Die Baupreissteigerung ist das Ergebnis jahrelanger Überhitzungserscheinungen im Bereich der Nachfrage bei begrenzter Elastizität des Angebots (Schaubild 13). Im Laufe der Jahre entstand dabei die Erwartung, daß die Baupreise immer weiter steigen werden; sie verstärkte den Prozeß in einem Maße, für das der Ausdruck Inflation nicht übertrieben ist. So ist ein beachtlicher Teil der öffentlichen Förderungsmittel nicht den Wohnungssuchenden zugute gekommen, sondern den Anbietern knapper Grundstücke und Bauleistungen.

151. In welchem Maße der Anstieg der Lebenshaltungskosten von der Entwicklung der öffentlich festgesetzten oder beeinflußten Preise bestimmt war, läßt sich mit hinreichender Genauigkeit nicht abschätzen. Das Ergebnis hängt sehr davon ab, ob wichtige Güter, deren Preise zum Teil öffentliche und zum Teil private Kostenelemente enthalten, der einen oder anderen Gruppe zugeordnet werden. Das Problem der richtigen Zurechnung ist objektiv nicht lösbar, können doch Preiserhöhungen der Nachfrageentwicklung ebenso wie der Kostenentwicklung zugerechnet werden. Im Rahmen der Kostenentwicklung können unausgeschöpfte Rationalisierungsmöglichkeiten ebenso wie gestiegene Materialpreise eine Rolle spielen. So ist es auch eine offene Frage, inwieweit der Preisanstieg bei verarbeiteten Nahrungsmitteln auf Preisstützungsmaßnahmen für wichtige Agrarerzeugnisse beruht. Im übrigen ist selbst bei den allein von der öffentlichen Hand bestimmten Preisen, z. B. bei öffentlichen Verkehrstarifen, zu bedenken, daß sie in der Regel nicht willkürlich erhöht worden sind, sondern von Zeit zu Zeit der Kostenentwicklung angepaßt werden mußten, weil der Produktivitätsfortschritt nicht mit den Lohnerhöhungen in Übereinstimmung gebracht werden konnte. Auch hier gibt es allerdings Ausnahmen. So nutzen öffentliche Stellen gelegentlich ihre Monopolmacht, um Preiserhöhungen vorzunehmen, die mit der Kostenentwicklung nicht zu rechtfertigen sind.

Im allgemeinen wird jedoch nicht genügend bedacht, daß Lohnerhöhungen, die in Bereichen mit großen Produktivitätsfortschritten gewährt werden, später oft dazu führen müssen, daß diejenigen Unternehmen des öffentlichen wie des privaten Sektors ihre Preise erhöhen, die nur unterdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte erzielen können, in der Lohnentwicklung aber Schritt halten müssen.

152. In der Öffentlichkeit ist außerdem weithin der Eindruck entstanden, daß ein nicht unwesentlicher Teil der Geldentwertung — gemessen an

Schaubild 29

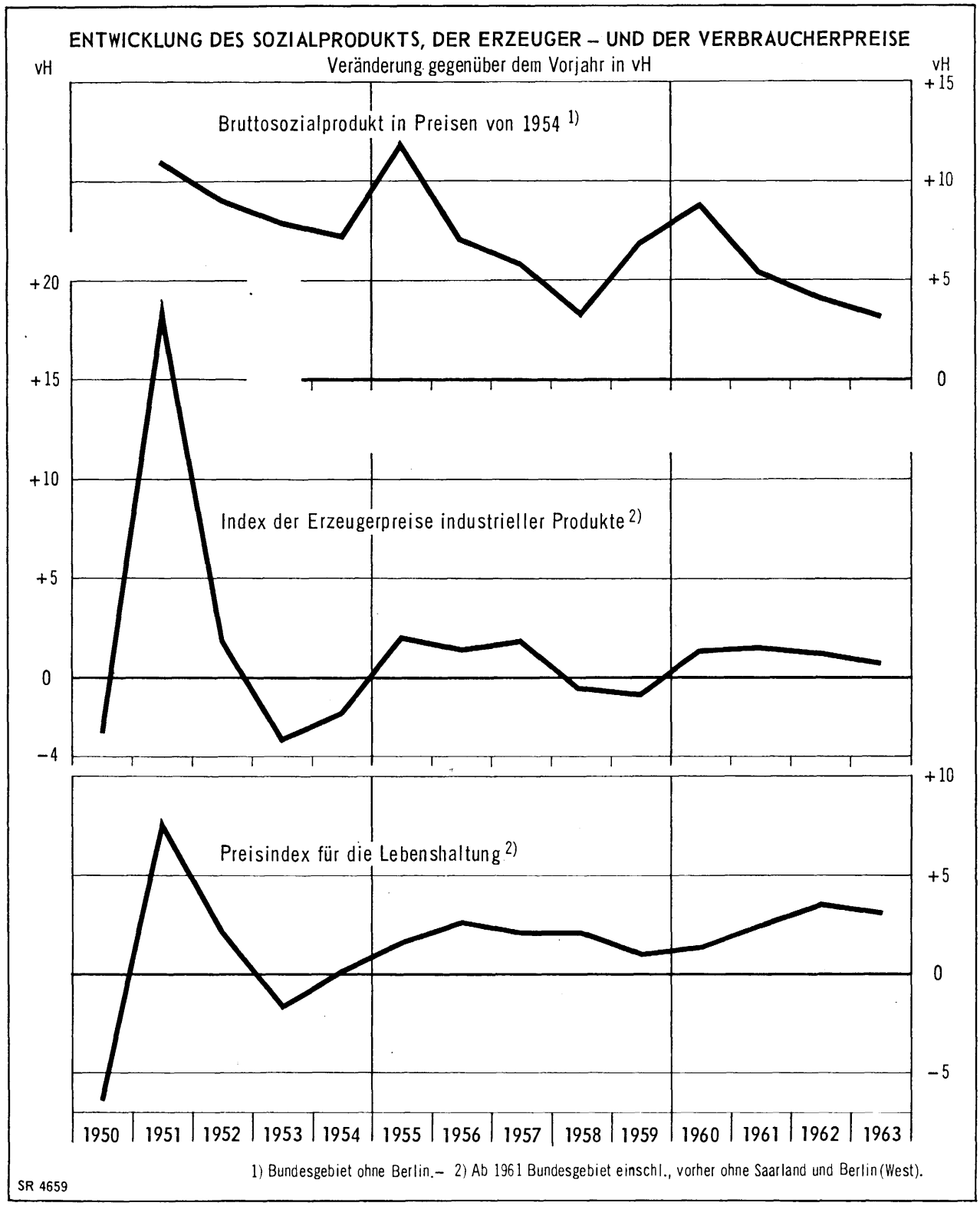


Tabelle 40

Indices [1]) industrieller Erzeugerpreise für Verbrauchsgüter und entsprechender Verbraucherpreise

1958 = 100

Jahr	Erzeuger-preise	Verbraucher-preise
1957	99,9	98,4
1958	100	100
1959	99,0	99,6
1960	100,7	100,3
1961	103,2	102,7
1962	105,7	105,4
1963	106,9	107,1
1964, 1. Halbjahr	107,8	108,3

ab 1960 Bundesgebiet ohne Berlin; vorher Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin

[1]) Wägungsschema 1958

den Preisen für die Lebenshaltung — nicht auf den Anstieg der Erzeugerpreise, sondern auf einen Anstieg der Spannen für die Leistungen des Handels zurückzuführen sei. Tatsächlich ist eine Ausweitung der Handelsspannen als allgemeine Entwicklung jedoch kaum nachweisbar. Die Gegenüberstellung vergleichbarer Indexreihen für die Erzeuger- und Verbraucherpreise industrieller Produkte läßt im großen und ganzen einen Gleichlauf der beiden Reihen erkennen (Tabelle 40). Bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen zeigt sich allerdings ein weniger klares Bild (Tabelle 81 im Anhang).

Der zyklische Verlauf der Preisentwicklung

153. Betrachtet man die jährlichen Veränderungsraten des realen Sozialprodukts auf der einen und die Preisindices für die Industrieerzeugnisse und die Lebenshaltung auf der anderen Seite (Schaubild 29), so wird deutlich, daß die Preisbewegungen einem ähnlichen Rhythmus unterworfen sind wie die Wachstumsraten des realen Sozialprodukts. Am stärksten ist die Übereinstimmung mit dem Wachstumszyklus bei den industriellen Erzeugerpreisen.

154. Der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise war relativ am größten — verglichen mit der Entwicklung vorher und nachher — von Herbst 1950 bis Mitte 1951, von Mitte 1954 bis Mitte 1956 und von Herbst 1959 bis Ende 1961, d. h. in Zeiten, in denen auch die Industrieproduktion besonders kräftig zunahm (Schaubild 30). Dabei lagen — abgesehen von der Normalisierung nach der Korea-Hausse — die oberen Wendepunkte (zu rückläufiger oder verlangsamter Preisentwicklung) und die unteren Wendepunkte (zu beschleunigtem Preisanstieg) jeweils ein bis mehrere Monate nach den Wendepunkten der Produktionsentwicklung. Die Preisentwicklung folgte also der Produktionsentwicklung nach.

155. Der Rückgang der industriellen Erzeugerpreise nach der Korea-Hausse war noch recht kräftig, die Preissenkung nach dem Boom von 1955, die von der Suezkrise unterbrochen wurde, ist ebenfalls noch deutlich erkennbar; dagegen hat sich die Verlangsamung des industriellen Wachstumsprozesses nach 1960/61 kaum noch in den Erzeugerpreisen niedergeschlagen. Offenbar kann man heute einen merklichen Rückgang der industriellen Erzeugerpreise selbst bei einer fühlbaren Verlangsamung des Wachstums nicht mehr ohne weiteres erwarten.

156. Seit Erreichen der Vollbeschäftigung (1955/56) vermindert sich die Lohnsteigerung nicht mehr in dem Maße, wie die Steigerung der Arbeitsproduktivität nachläßt, wenn die Nachfrageexpansion einmal unzureichend ist. So ging die Rate der Produktivitätssteigerung in der Industrie von 7,9 v. H. 1960 auf 6,6 v. H. 1963 (1961 4,9 v. H., 1962 7,3 v. H.) zurück, während sich der Anstieg der Lohnsumme je geleistete Arbeiterstunde nur von 9,9 v. H. (1960) auf 7,6 v. H. (1963) verringerte, und auch dies erst, nachdem er zuvor noch bis auf 10,3 v. H. (1961) und 11,5 v. H. (1962) zugenommen hatte.

157. Im Gegensatz zum Index der industriellen Erzeugerpreise ist der Preisindex für die Lebenshaltung — als Jahresdurchschnitt berechnet — nur einmal, und zwar in der Periode nach der Korea-Hausse, gesunken. In den Jahren 1957 bis 1959 verlangsamte sich der Preisanstieg nur, während der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte zurückging. Vergleicht man den zyklischen Verlauf der beiden Indices, so zeigt sich eine ziemlich gute Übereinstimmung bis 1955 (Schaubild 31). Außer in der Hochkonjunktur 1959/60 stiegen danach die Preise für die Lebenshaltung stets stärker als die Erzeugerpreise industrieller Produkte. 1960 konnten die Industriepreise vorauseilen, weil der Lohnerhöhungsspielraum, der mit dem starken

Schaubild 30

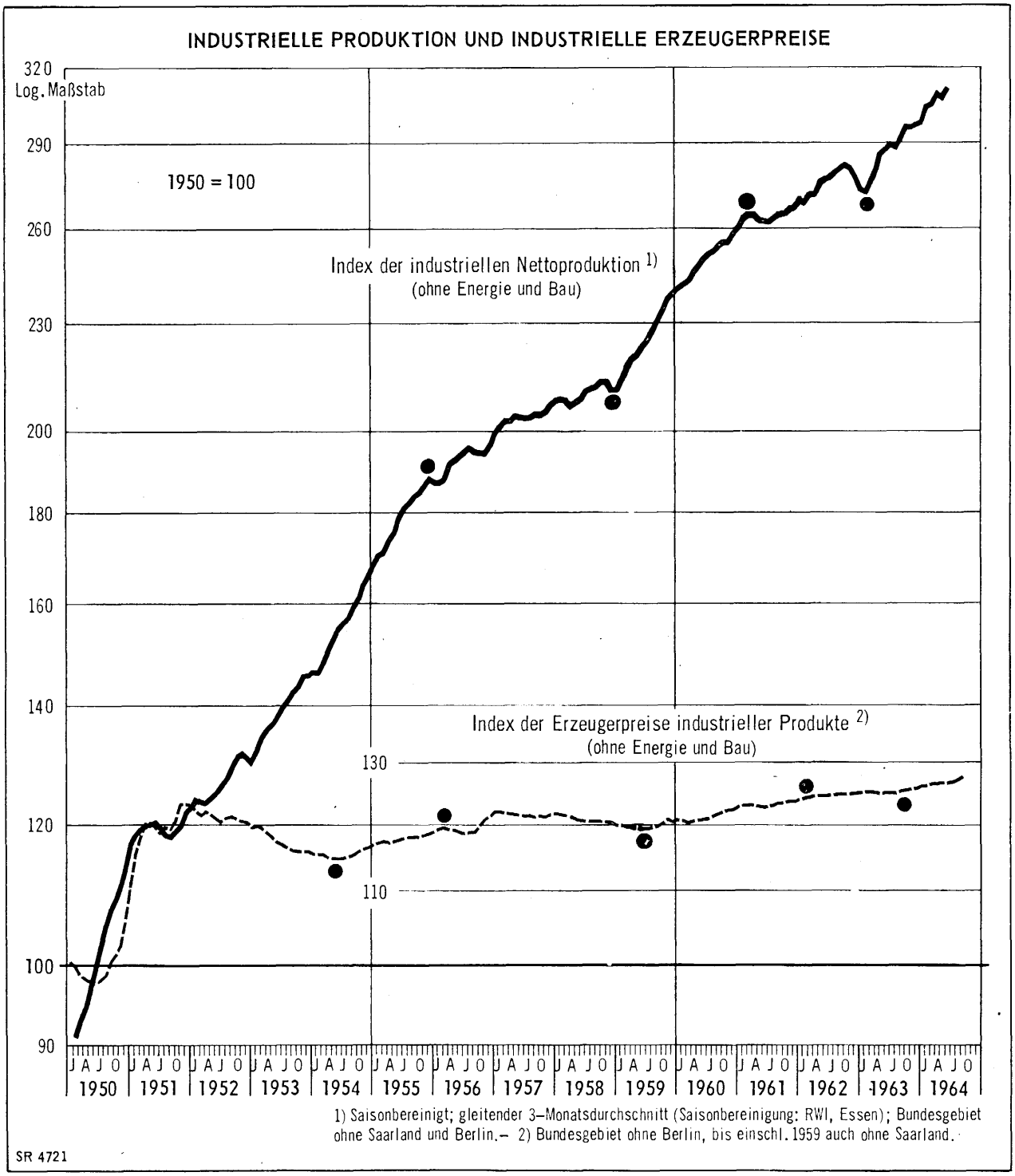
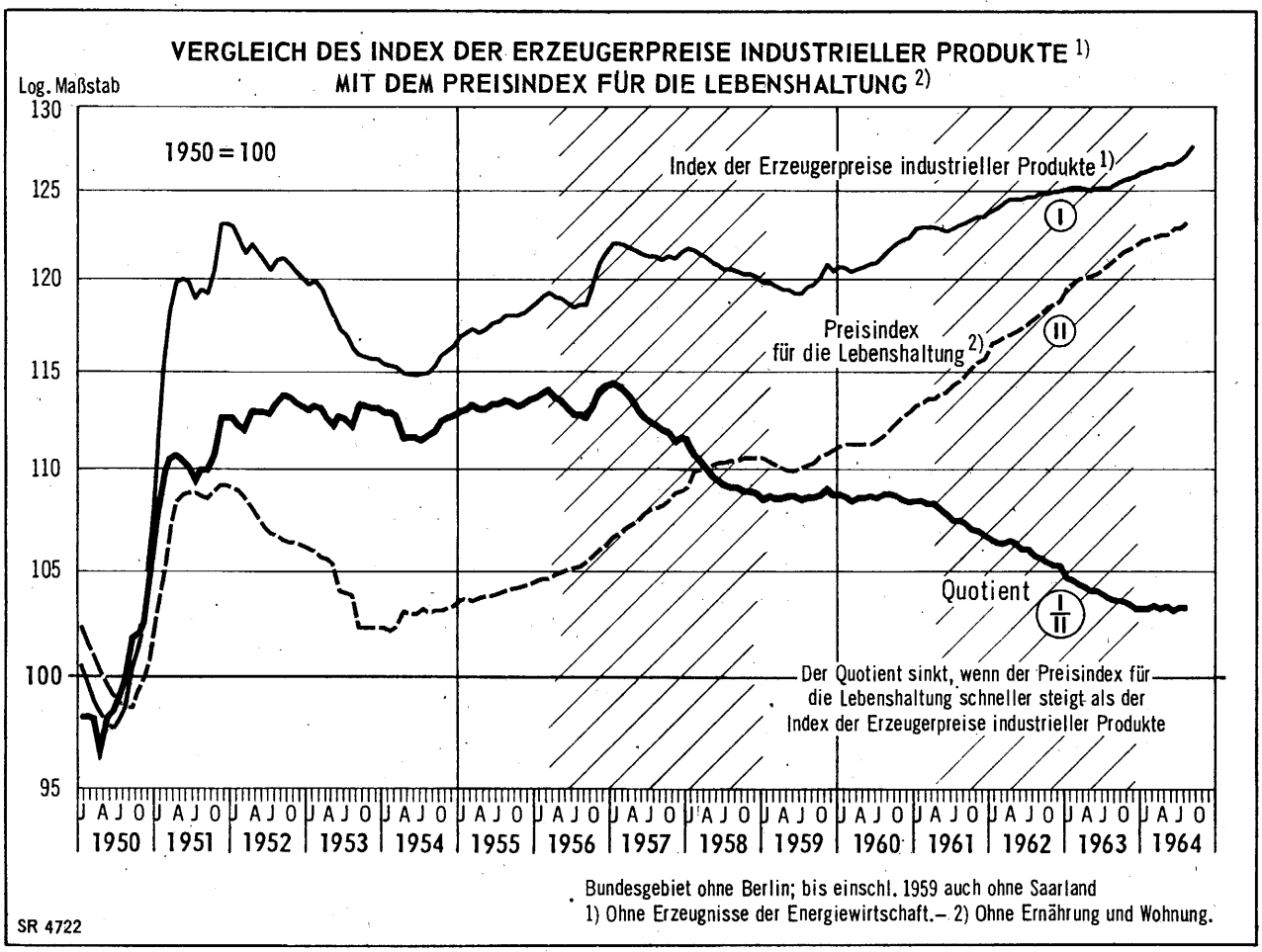


Schaubild 31



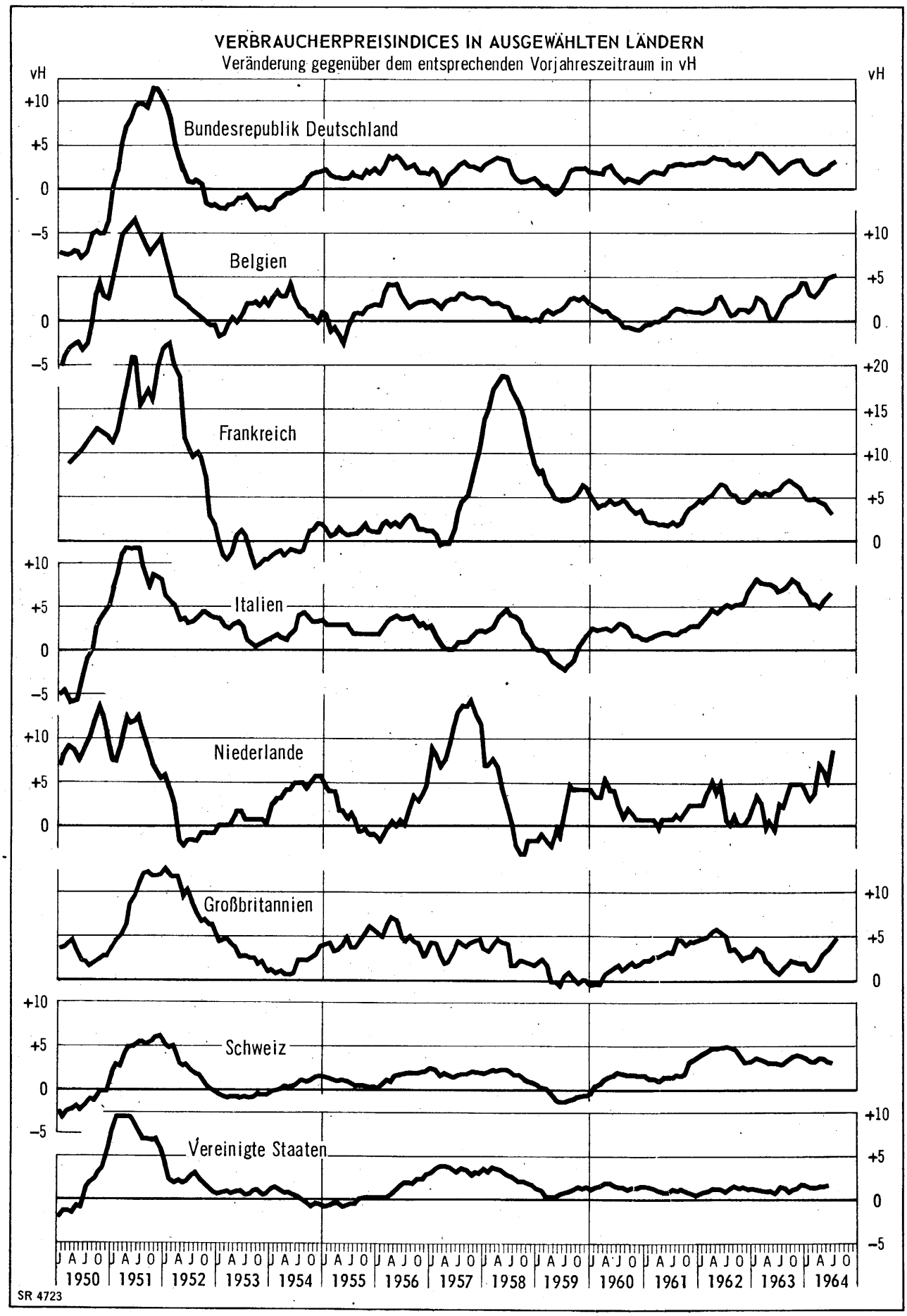
Wirtschaftsaufschwung entstanden war, erst ab 1961 von den Gewerkschaften voll ausgeschöpft wurde (Lohn-lag). Auf Grund der kräftigen Steigerung der Masseneinkommen nahm dann auch die Verbrauchernachfrage so stark zu, daß in größerer Breite Preiserhöhungen durchzusetzen waren.

158. Ob der bisherige Geldwertschwund mehr auf einem Nachfragesog beruhte als auf einem Kostendruck; ob ein etwaiger Kostendruck mehr auf die Verteuerung von Kostengütern — und auf die Unterlassung möglicher Preissenkungen — zurückging als auf einen Lohndruck; und in welchem Maße ein etwaiger Lohndruck nichts anderes war als die Folge eines zunehmenden Arbeitskräftemangels: diese Fragen, die sich aufdrängen, lassen sich aus methodologischen Gründen nicht so einwandfrei beantworten, daß kein Zweifel an der Objektivität der Aussagen bliebe. Abgesehen davon wird jede Zurechnung einer Geldentwertung auf Ursachen im Inland zu einem höchst fragwürdigen Unterfangen, solange das Land so stark in die internationale Wirtschaft integriert ist wie die Bundesrepublik und dabei immer wieder zu übermäßigen außenwirtschaftlichen Überschüssen neigt. Ohne zu übertreiben wird man sagen können, daß die Hauptquelle des Geldwertschwunds in unserem Falle in der Außenwirtschaft liegt.

Die Geldwertentwicklung seit 1950 im internationalen Vergleich

159. Ebenso wie in der Bundesrepublik kann auch in anderen Ländern ein Geldentwertungszyklus beobachtet werden. Besonders ausgeprägt ist die Übereinstimmung zwischen Ländern, die einander benachbart und die wirtschaftlich eng miteinander verflochten sind. Dies zeigt eine Darstellung der Veränderungsraten der Indices der Verbraucherpreise in den EWG-Ländern, der Schweiz, Großbritannien und den Vereinigten Staaten (Schaubild 32). Zwar ist die Größe der Ausschläge, die beschleunigten und verlangsamten Preisanstieg und manchmal sogar Preisrückgang anzeigen, von Land zu Land sehr unterschiedlich. Trotzdem wird deutlich, daß die Geldentwer-

Schaubild 32



tung im großen und ganzen und auf längere Sicht international überwiegend synchron verläuft. Vermutlich wäre die Übereinstimmung noch augenfälliger, wenn man zum Vergleich Preisindices der Industriegüter, die nur in seltenen Fällen reine Binnengüter sind, verwenden könnte. Solche Indexreihen werden jedoch in den meisten Ländern nicht erstellt.

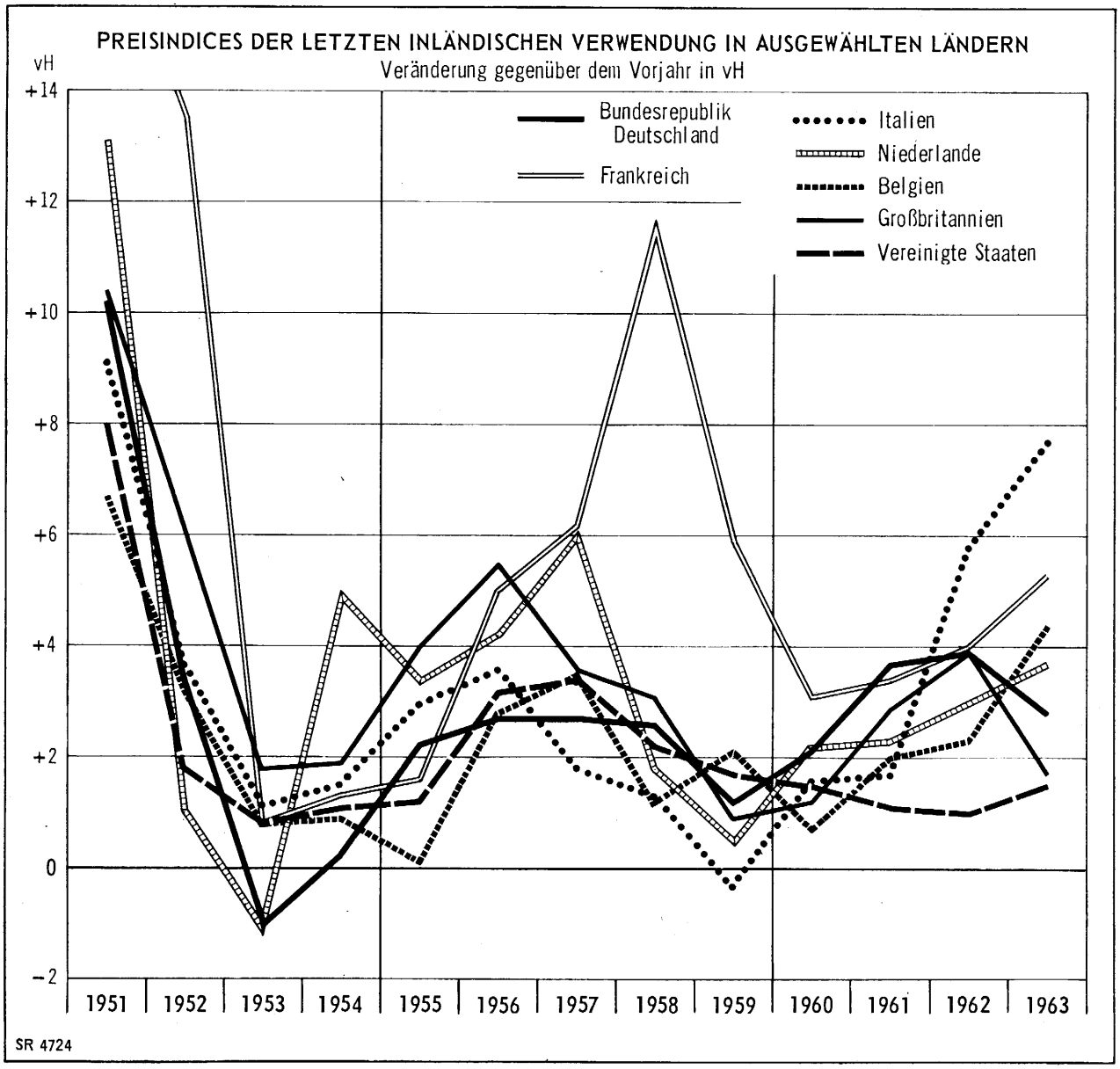
160. Dieselben Tatsachen und Zusammenhänge, die im Zuge des Wiederaufbaus der Weltwirtschaft die konjunkturpolitische Autonomie der einzelnen Volkswirtschaften begrenzt haben und damit eine internationale Konjunkturgemeinschaft entstehen ließen, sind auch dafür bestimmend, daß wieder, wie schon zu Zeiten der Goldwährung, eine Reihe von Ländern eine Geldwertgemeinschaft bildet. Zum Unterschied von der Goldwährung alten Stils leidet das heutige System, das auf dem Abkommen von Bretton Woods beruht, zwar nicht unter der Gefahr gelegentlicher Deflationen, dafür aber unter der Möglichkeit, daß die verantwortlichen öffentlichen Instanzen und die Sozialpartner in den Teilnehmerländern Nachfrage- oder Kosteninflationen herbeiführen oder zumindest doch zulassen können, ohne daß dies sofort schwere Nachteile für die internationale Liquidität des Landes oder für den Beschäftigungsstand nach sich zieht.

161. Bei freiem Handel, freier Konvertibilität und festen Wechselkursen überträgt sich das inflatorische Ungleichgewicht eines Landes auf seine wichtigsten Partnerländer. Deren Preisniveau erfährt einen unmittelbaren Auftrieb dadurch, daß die Importpreise (wegen der Verminderung oder Verteuerung des ausländischen Angebots) und die Exportpreise (wegen der ausländischen Mehrnachfrage) steigen, sofern nicht das inländische Angebot sehr elastisch ist. Leistungsbilanzbedingte Liquiditätserhöhungen in den infizierten Lieferländern sind das monetäre Äquivalent dieses Vorgangs. Daran können sich weitere inflatorische Prozesse anschließen, wenn die Produzenten in den Lieferländern zusätzliche Investitionen vornehmen, die von den liquide gewordenen Banken leicht finanziert werden können. Bei all diesen Vorgängen können deflatorische Hemmnisse für Kostenauftriebstendenzen im Inland abgebaut und spiralenförmige Kosten-Preis-Bewegungen in Gang gesetzt werden. So exportieren die in der Geldschöpfung führenden Länder Unstabilität, indem sie die betroffenen Partnerländer veranlassen, durch die gütermäßige Bedienung der ausländischen Geldschöpfung ebenfalls ihre Stabilität aufzugeben.

162. Die heutige internationale Währungsordnung geht mit Ländern, die nur geringe monetäre Disziplin üben, sehr milde um, zumal Vereinbarungen über gegenseitige Kredithilfen dafür sorgen, daß Inflationsländer auch die Sanktionen kaum mehr zu fürchten brauchen, die die internationale Spekulation sonst ohne Zögern gegen sie verhängen würde. Da das Ziel der Geldwertstabilität im heutigen internationalen Währungssystem nirgendwo institutionell verankert ist, bleibt es immer nur dem Lauf der Dinge, den Diskussionen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit und damit letztlich auch politischen Kräften überlassen, die Norm festzulegen, das heißt zu bestimmen, welche Länder in inflatorischer Richtung „sündigen". Ebenso entscheidet in der Praxis oft die Mehrheit und nicht ein strenges Prinzip, wann es gerechtfertigt ist, einem Land mit Zahlungsbilanzüberschüssen expansive Maßnahmen im Sinne einer Politik des guten Gläubigerverhaltens — „good creditor policy" — nahezulegen. Unter diesen Umständen und angesichts der Tatsache, daß die meisten Länder — jedenfalls in der Praxis — die Stabilität des Preisniveaus nicht für ebenso wichtig halten wie Vollbeschäftigung und Wachstum, ist es nicht verwunderlich, daß die Geldwertgemeinschaft des heutigen Währungssystems praktisch eine Geldentwertungsgemeinschaft darstellt. Schaubild 33 zeigt, daß unter unseren wichtigsten Handelspartnern nur wenige waren, in denen auch nur für kurze Zeiträume das Preisniveau (gemessen am Preisindex der letzten inländischen Verwendung) einmal unter das des jeweiligen Vorjahres gesunken ist. In den letzten Jahren zeichnete sich sogar die Tendenz ab, daß die jährlichen Preissteigerungsraten eher noch zunehmen. Hieran wird sich wenig ändern, solange in vielen Ländern die expansiven Kräfte auf der Nachfrageseite und bei der Lohnfindung überwiegen, eine wirksame Einkommenspolitik dort nicht möglich und das Ziel der Geldwertstabilität nicht zum konstituierenden Prinzip der internationalen Währungsordnung erhoben ist.

163. Die Vollbeschäftigungspolitik, die das heutige Währungssystem selbst bei einem Kostendruck ermöglicht, und der internationale Beistand im Falle von Zahlungsbilanzkrisen haben andererseits wesentlich dazu beigetragen, daß der heutige Stand der weltwirtschaftlichen Integration erreicht werden konnte. Auf Grund der Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise hat das Vollbeschäftigungsziel in vielen Ländern den Vorrang vor dem der Stabilität des Preisniveaus erlangt. Für diese Länder ist deshalb allein eine Währungsordnung annehmbar, die es ihnen gestattet, wirtschaftspolitische Zielkonflikte zugunsten der Vollbeschäftigung — und eines möglichst kräftigen Wachstums — zu entscheiden. Bei festen Wechselkursen bedeutet dies für die anderen Länder, daß auch sie auf die Dauer inflatorische Preissteigerungen hinnehmen müssen; dem können sie sich nur entziehen, wenn sie dem „souveränen Recht des Staates auf Inflation", das ihre Partner autonom in Anspruch nehmen, ihr Recht auf Bestimmung der eigenen Währungsparität entgegensetzen.

Schaubild 33



164. Wenn hier die Akzente anders gesetzt sind, als es den Auffassungen der für die Währungspolitik verantwortlichen Instanzen in der Bundesrepublik entsprechen mag, so liegt der Grund nicht darin, daß der Sachverständigenrat die Vorteile einer internationalen Integration bei festen Wechselkursen, aber auch bei monetärer Disziplin der Teilnehmerländer, etwa verkennen würde; der Sachverständigenrat ist jedoch einem Gesetz unterworfen, in dem Integration bei festen Wechselkursen nicht als Ziel genannt ist, wohl aber die Stabilität des Preisniveaus, die im Rahmen eines Systems fester Wechselkurse erfahrungsgemäß gefährdet ist.

SECHSTES KAPITEL

Die Finanzierung des wirtschaftlichen Wachstums

Geld- und Kreditmarkt

165. Das Wachstum des Geldvolumens folgt auf längere Sicht dem Wachstum des Bruttosozialprodukts. Von 1951 bis 1963 erhöhte sich das Bruttosozialprodukt um 203 v. H., das Geldvolumen, hier der Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute und die Sichteinlagen inländischer Nichtbanken ohne die Einlagen öffentlicher Stellen bei der Bundesbank, um 220 v. H. Gleichzeitig ist der Anteil des Bargeldumlaufs am Geldvolumen wegen der Erweiterung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs von 44,5 v. H. auf 37,6 v. H. zurückgegangen.

166. Die Zunahme des Geldvolumens ist jedoch nicht genau dem zyklischen Verlauf des Wachstums gefolgt, weil das Wachstum nicht nur durch Vermehrung des Geldvolumens (Geldschöpfung), sondern auch durch häufigere Disposition über vorhandene Bankguthaben finanziert wird (erhöhte „Umlaufgeschwindigkeit" des Geldes). Die Wirtschaft kommt also bei beschleunigtem Wachstum vorübergehend mit einer im Vergleich dazu geringeren Ausweitung des Geldvolumens aus. Verlangsamt sich das Wachstum, werden Ersatzbeschaffungen hinausgeschoben und Gewinne nicht sofort wieder investiert, so verlangsamt sich der Geldumschlag. In jüngerer Zeit (etwa seit 1960) sind die Schwankungen der Umlaufgeschwindigkeit geringer geworden; hierin zeigt sich, wie autonom die Wirtschaft im Hinblick auf die Geldversorgung geworden ist (vgl. Schaubild 34).

167. Die Versorgung mit Zentralbankgeld beruhte in der Hauptsache auf dem Umtausch von Devisen, in geringerem Maße auf Krediten an die öffentliche Hand; den kleinsten Anteil haben Rediskont- und Lombardkredite. Das gesamte von 1951 bis 1963 zusätzlich geschaffene Zentralbankgeld ist per Saldo gegen Devisen in die Wirtschaft geflossen. Dies ist der monetäre Ausdruck unseres exportorientierten Wachstums und der Zahlungsbilanzüberschüsse, die sich dabei ergeben haben.

168. Ohne den Zufluß an Devisen hätten die Kreditinstitute in weit größerem Ausmaße, als es in der Vergangenheit geschehen ist, Wechsel rediskontieren müssen und weniger Geldmarktpapiere von der Bundesbank übernehmen können. Die deutschen Kreditinstitute hatten Ende 1963 nur 2,8 v. H. ihrer kurz- und mittelfristigen Ausleihungen bei der Zentralbank refinanziert (gegenüber etwa 24 v. H. in Frankreich, 12 v. H. in Italien, 9 v. H. in Belgien-Luxemburg).

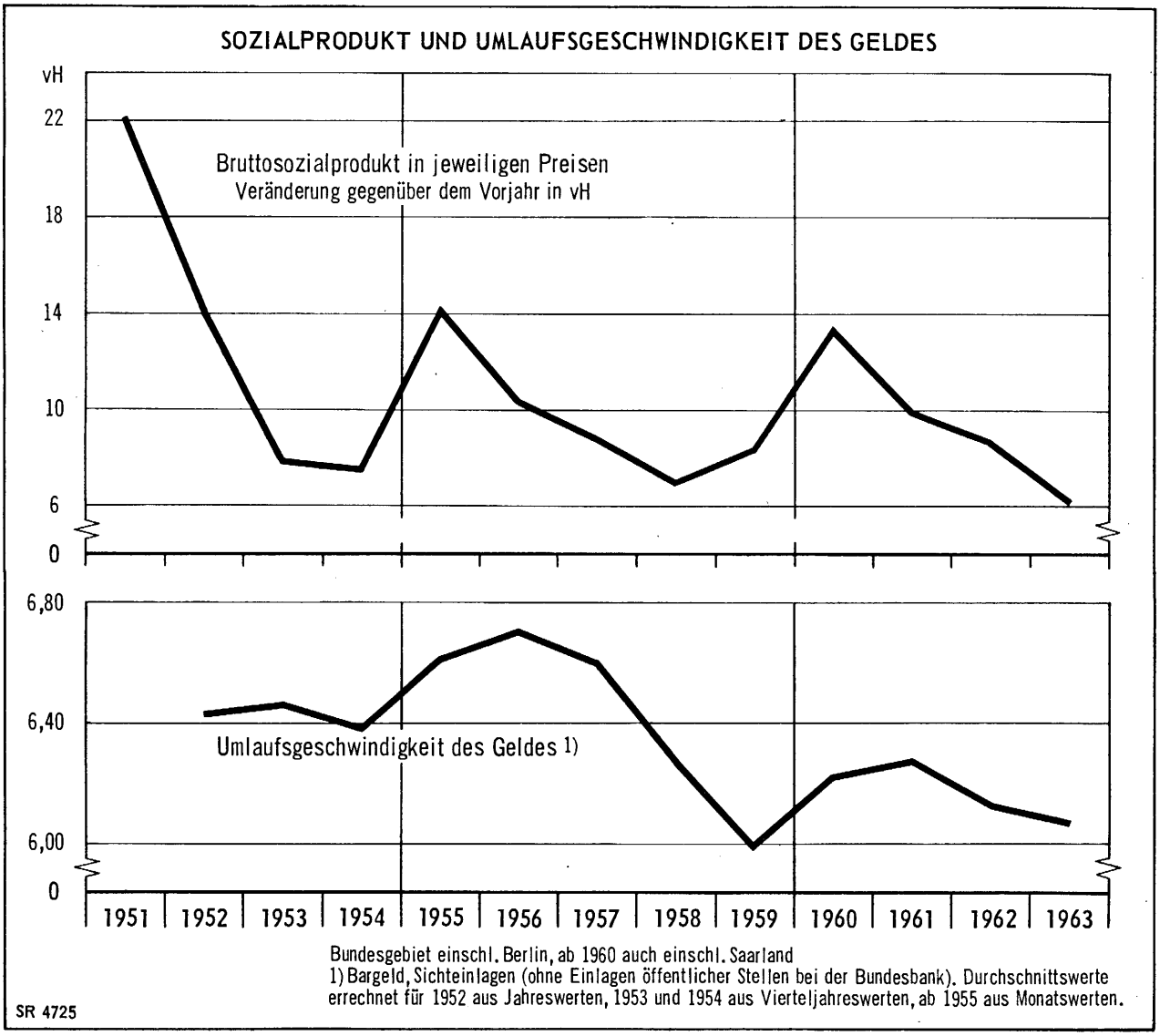
169. Angesichts der hohen Exportüberschüsse und der Belebung der Binnenkonjunktur 1963/64 hat die Bundesbank ab März 1964 versucht, mit Hilfe verfeinerter geldpolitischer Instrumente den Liquiditätszufluß aus dem Ausland zu beeinflussen — anders und unter günstigeren Umständen als im Jahr 1960.

170. Seit dem Kurswechsel im November 1960 hat die Bundesbank den Diskontsatz stufenweise auf 3 v. H. zurückgenommen und von diesem klassischen Mittel der Geldmarktpolitik danach nicht wieder Gebrauch gemacht, so daß der Tagesgeldsatz seither um diese 3 v. H. schwankte. Vornehmlich unter dem Druck hoher Liquiditätszuflüsse aus Transaktionen mit dem Ausland (Kapitalimporte und Ausfuhrüberschüsse) lag der Geldmarktzins häufig — von Mitte 1963 bis März 1964 sogar beständig — unter dem Diskontsatz, mehrfach auch unter 2,5 v. H. Seither hat sich das Bild umgekehrt.

171. Die Ankündigung einer Kapitalertragsteuer auf Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren im Besitz von Gebietsfremden im März 1964 unterbrach den Import langfristigen Kapitals und ließ im April und Mai 1964 sogar netto 820 Millionen DM abfließen. Gleichzeitig konnte die Bundesbank mit der Wiederaufnahme der Swap-Geschäfte für US-Schatzwechsel (Deport ab März 0,5 v. H., ab Juli 0,25 v. H.) den Geldexport kräftig anregen. Die Bundesbank treibt auf diese Weise gleichsam Offenmarktpolitik in US-Schatzwechseln. Der Geldimport wurde auch dadurch gebremst, daß die Bundesbank die Mindestreservesätze für Einlagen Gebietsfremder bis zur gesetzlichen Höchstgrenze erhöht hat. Die Wirkung dieser Maßnahme wurde durch die seit Mai 1961 gültige Kompensationsregelung erhöht, die es den Banken gestattet, Guthaben und Geldanlagen im Ausland von den reservepflichtigen Verbindlichkeiten abzuziehen.

172. Zum 1. August 1964 wurden die Mindestreservesätze auch für Inlandsverbindlichkeiten erhöht und gleichzeitig die Rediskontkontingente mit einer Kürzungsklausel versehen, wonach zusätzliche Kredite aus dem Ausland

Schaubild 34



auf die Rediskontkontingente angerechnet werden. Seither ist der Satz für Tagesgeld (im Monatsdurchschnitt) nicht mehr unter 3,5v. H. gesunken. Er lag Ende September sogar bei 4,0 v. H. Mit der Erhöhung der Mindestreservesätze nahmen die tatsächlich gehaltenen Barreserven der Kreditinstitute bei der Bundesbank im August 1964 um 1,2 Milliarden DM zu (davon weniger als 200 Millionen DM auf Grund erhöhter reservepflichtiger Einlagen). Die Wirkung der Restriktionsmaßnahmen war durchgreifend, obwohl sie die Kreditinstitute bei hohem Liquiditätsniveau trafen; die Liquiditätsreserven der Banken in Form von inländischen Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie von Guthaben und Geldmarktanlagen im Ausland betrugen im Mai 1964 10,5 Milliarden DM. Die Guthaben öffentlicher Stellen bei der Bundesbank gingen zwar im August saisonüblich zurück, erreichten dann aber wieder Ende September mit 6,3 Milliarden DM etwa den gleichen Stand wie Ende September 1963. Außerdem floß im August und September 1964 aus Transaktionen mit dem Ausland kaum noch Liquidität zu. Die Banken mußten daher zum Liquiditätsausgleich in größerem Umfang Geldmarktpapiere abstoßen und auf ihre Rediskontkontingente zurückgreifen. In den ersten zwei Monaten, die der verschärften geldpolitischen Restriktion folgten, wurden die Engagements in inländischen Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen um 1,05 Milliarden DM zurückgenommen, wobei allein der Bestand an Mobilisierungstiteln von gut 3,5 Milliarden DM Ende Juli auf 2,5 Milliarden DM Ende September fiel. Die Wechselkredite bei der Bundesbank nahmen in derselben Zeit um rd. 900 Millionen DM zu und erreichten damit in der dritten Septemberwoche den Wert von 4 Milliarden DM.

Die Liquiditätsreserven der Kreditinstitute in Form von inländischen Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie von Guthaben und Geldmarktanlagen im Ausland betrugen Ende September noch 7,9 Milliarden DM, wobei die Auslandsanlagen im dritten Vierteljahr noch etwas zugenommen haben.

173. Anders als 1960 erleichterte die Entwicklung auf den ausländischen Geldmärkten diese Restriktionspolitik. Während sich 1963 die Sätze für Tagesgeld am Euro-Dollar-Markt meist zwischen 3,0 v. H. und 3,5 v. H. bewegten, liegen sie seit März 1964 bei 4 v. H. (London Dezember 1963 3,0 v. H., März 1964 3,8 v. H., September 1964 3,9 v. H.; Schatzwechselrate New York im Januar 1963 2,9 v. H., seit Ende 1963 um 3,5 v. H.).

174. Unterstützend wirkten auch die Gelddispositionen des Bundes. Durch den Vollzug der öffentlichen Haushalte können sich aber die öffentlichen Guthaben bei der Bundesbank sehr rasch wieder vermindern, was den Banken einen erheblichen Zufluß an Liquiditiät bringen würde.

175. Ebenso wie das Geldvolumen pflegt das Volumen der kurzfristigen Bankkredite im allgemeinen entsprechend dem Wachstum des Sozialprodukts zuzunehmen. Von 1951 bis 1963 stieg das Bruttosozialprodukt um 203 v. H., das Volumen der kurzfristigen Kredite einschließlich Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen (ohne Mobilisierungstitel) um 225 v. H. Im Konjunkturablauf schwanken die Zuwachsraten der kurzfristigen Kredite allerdings stärker als die des Sozialprodukts. In der Regel nehmen in Zeiten verstärkten Wachstums die kurzfristigen Kredite mit einer gewissen Verzögerung überproportional zu, während anschließend bei langsamerem Wachstum eine Konsolidierung durch mittel- und langfristige Kredite erfolgt.

176. Auch im Aufschwung 1963/64 — und länger als 1959/60 — sind die kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private, gemessen am Wachstum des Sozialprodukts, zunächst nur unterproportional ausgeweitet worden. Erst seit dem Sommer 1964 hat sich diese Entwicklung gewandelt. Wie meistens bei Beginn eines Aufschwungs — und diesmal offenbar noch mehr als früher — waren die Unternehmen so liquide, daß sie einen großen Teil der inländischen Geschäftsausweitung zunächst durch Rückgriff auf vorhandene Guthaben finanzieren konnten. In solchen Phasen erlauben die vorhandenen Belegschaften, Kapazitätsreserven und Lagerbestände zudem in vielen Unternehmen eine Umsatzsteigerung ohne zusätzliche Investitionen, so daß hier aus erwirtschafteten Abschreibungen und Gewinnen zunächst sogar Kredite zurückgezahlt werden. Ähnlich hat sich auch die Tatsache ausgewirkt, daß der Anteil der Ausfuhren an der Konjunkturbelebung anfangs sehr hoch war; die kurzfristige Vorfinanzierung des Exportabsatzes erfordert im allgemeinen einen geringeren Kreditbedarf als der Absatzweg über mehrere Handelsstufen im Inland.

177. Die Zinssätze für kurzfristige Kontokorrentkredite entsprechen gegenwärtig etwa denen des Auslandes (Frankreich 6—9 v. H.; Großbritannien 6—8 v. H.); die Höchstsätze in Deutschland betragen für zugesagte Kredite 7½ v. H. bei Überziehungen 9 v. H.; die Kosten für Akzeptkredite liegen mit 6½ v. H. darunter.

178. Unser Kreditsystem kann grundsätzlich jeden wachstumsbedingten Kreditbedarf der Wirtschaft befriedigen, solange nicht die Bundesbank — mit Rücksicht auf Geldwertstabilität und außerwirtschaftliches Gleichgewicht — zu restriktiven Maßnahmen gezwungen ist. Unsere Währungsreserven sind heute so hoch, daß — entgegen einer oft geäußerten Meinung — selbst ein erheblicher Devisenverlust die Bundesbank nicht ohne weiteres zu restriktiver Politik zu veranlassen brauchte; es sei denn, es zeichnete sich darin ein chronisches fundamentales Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz ab, nun freilich mit umgekehrten Vorzeichen. Damit wäre aber nur dann zu rechnen, wenn der inflatorische Prozeß in der Bundesrepublik rascher fortschritte als in den Partnerländern. Die Gefahren für die Zukunft liegen jedoch wohl mehr darin, daß erneut inflatorische Störungen vom Ausland ausgehen könnten, denen gegenüber auch das verfeinerte geldpolitische Instrumentarium der Bundesbank kaum wirksamer wäre als 1960.

Kapitalmarkt

179. Für die Aufgabe, die Sachvermögensbildung (Nettoinvestitionen) und die Ersparnis zusammenzubringen, soweit diese personell auseinanderfallen, sind die Kreditinstitute von zentraler Bedeutung. Insgesamt müssen Sachvermögensbildung (Nettoinvestitionen) und persönliche Vermögensbildung (Ersparnis [1])) unter Berücksichtigung des positiven oder negativen Finanzierungsbeitrages des Auslandes natürlich übereinstimmen. Im einzelnen haben jedoch die Wirtschaftssektoren und innerhalb der Sektoren die einzelnen Wirtschaftssubjekte jeweils einen mehr oder weniger großen Finanzierungsüberschuß (Überschuß der Ersparnis über die Sachvermögensbildung) oder ein Finanzierungsdefizit (Überschuß der Sachvermögensbildung über die Ersparnis). Die Summe der Finanzierungsdefizite ergibt den Finanzierungsbedarf der

[1]) einschließlich des Saldos der Vermögensübertragungen

Tabelle 41

Sachvermögensbildung und Ersparnis

Mrd. DM

Jahr	Inländische Sektoren							Übrige Welt	Insgesamt
	Private Haushalte	Sozialversicherungen	Unternehmen			Gebietskörperschaften	zusammen		
			ohne Wohnungsbau	Wohnungsbau	zusammen				
	I. Sachvermögensbildung								
1950	—	0,1	.	.	10,0	1,6	11,7	—	11,7
1951	—	0,1	.	.	12,1	2,0	14,2	—	14,2
1952	—	0,1	.	.	15,6	2,5	18,2	—	18,2
1953	—	0,1	.	.	14,9	3,0	18,0	—	18,0
1954	—	0,1	.	.	19,4	3,3	22,7	—	22,7
1955	—	0,1	.	.	27,9	4,2	32,2	—	32,2
1956	—	0,1	.	.	27,9	4,8	32,8	—	32,8
1957	—	0,1	.	.	28,6	4,9	33,6	—	33,6
1958	—	0,2	.	.	28,6	5,5	34,3	—	34,3
1959	—	0,1	.	.	33,3	7,0	40,5	—	40,5
1960	—	0,2	.	.	42,5	8,0	50,6	—	50,6
1960	—	0,2	30,7	13,6	44,4	8,5	53,0	—	53,0
1961	—	0,1	31,6	15,4	46,9	9,9	57,0	—	57,0
1962	—	0,2	31,4	17,0	48,4	12,0	60,6	—	60,6
1963	—	0,2	29,0	18,2	47,2	13,9	61,3	—	61,3
	II. Ersparnisbildung einschließlich Vermögensübertragungen								
1950	2,0	1,1	.	.	5,1	3,7	12,0	−0,3	11,7
1951	2,2	1,8	.	.	7,9	5,4	17,2	−3,0	14,2
1952	4,2	1,6	.	.	8,9	6,3	21,0	−2,8	18,2
1953	5,8	2,4	.	.	6,4	7,3	22,1	−4,0	18,0
1954	7,5	2,8	.	.	8,7	7,5	26,5	−3,8	22,7
1955	6,7	3,2	.	.	14,6	9,9	34,4	−2,2	32,2
1956	6,2	3,7	.	.	16,1	11,0	37,0	−4,2	32,8
1957	9,9	2,6	.	.	16,7	10,0	39,2	−5,6	33,6
1958	11,7	2,1	.	.	18,6	7,6	40,0	−5,6	34,3
1959	12,8	2,1	.	.	19,0	11,0	44,8	−4,4	40,5
1960	14,2	3,1	.	.	22,2	15,3	54,7	**−4,1**	50,6
1960	14,6	3,4	20,8	3,0	23,8	15,0	56,8	−3,8	53,0
1961	16,4	5,6	17,9	3,8	21,7	14,3	58,0	−1,0	57,0
1962	17,6	3,7	16,5	4,3	20,8	17,3	59,3	+1,3	60,6
1963	20,8	3,4	16,2	4,5	20,7	16,9	61,7	−0,4	61,3

noch Tabelle 41

noch Sachvermögensbildung und Ersparnis

Mrd. DM

Jahr	Inländische Sektoren							Übrige Welt	Insgesamt
	Private Haushalte	Sozialversicherungen	Unternehmen			Gebietskörperschaften	zusammen		
			ohne Wohnungsbau	Wohnungsbau	zusammen				
III. Finanzierungssaldo (= II. ./. I. oder IV. ./. V.) Finanzierungsüberschuß (+) oder -bedarf (−)									
1950	+ 2,0	+1,1	.	.	− 4,9	+2,1	+0,3	−0,3	—
1951	+ 2,2	+1,7	.	.	− 4,2	+3,3	+3,0	−3,0	—
1952	+ 4,2	+1,5	.	.	− 6,7	+3,8	+2,8	−2,8	—
1953	+ 5,8	+2,3	.	.	− 8,5	+4,4	+4,0	−4,0	—
1954	+ 7,5	+2,7	.	.	−10,8	+4,3	+3,8	−3,8	—
1955	+ 6,7	+3,1	.	.	−13,3	+5,7	+2,2	−2,2	—
1956	+ 6,2	+3,6	.	.	−11,8	+6,2	+4,2	−4,2	—
1957	+ 9,9	+2,5	.	.	−11,9	+5,1	+5,6	−5,6	—
1958	+11,7	+1,9	.	.	−10,0	+2,1	+5,7	−5,6	—
1959	+12,8	+1,9	.	.	−14,4	+4,0	+4,3	−4,4	—
1960	+14,2	+3,0	.	.	−20,3	+7,3	+4,1	−4,1	—
1960	+14,6	+3,2	− 9,9	−10,6	−20,6	+6,5	+3,8	−3,8	—
1961	+16,4	+5,5	−13,6	−11,6	−25,3	+4,4	+1,0	−1,0	—
1962	+17,6	+3,5	−14,9	−12,7	−27,6	+5,3	−1,3	+1,3	—
1963	+20,8	+3,2	−12,8	−13,8	−26,6	+2,9	+0,4	−0,4	—
IV. Veränderung der Forderungen (Geldvermögensbildung) [1]									
1960	15,9	3,3	7,9	0,4	8,1	9,0	36,3	6,6	43,0
1961	17,6	5,3	10,8	0,4	11,0	9,7	43,6	0,8	44,4
1962	18,4	3,5	6,8	0,4	7,1	9,1	38,1	3,4	41,5
1963	21,8	3,2	9,4	0,5	9,8	9,1	43,9	4,1	47,9
V. Veränderung der Verpflichtungen [1]									
1960	1,3	0,1	17,8	11,0	28,7	2,5	32,6	10,4	43,0
1961	1,1	−0,2	24,4	12,0	36,3	5,3	42,5	1,9	44,4
1962	0,8	—	21,7	13,1	34,7	3,8	39,3	2,1	41,5
1963	0,9	—	22,2	14,3	36,4	6,1	43,4	4,5	47,9

ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West)

[1]) im Sektor Unternehmen ohne die Veränderungen der Forderungen und Verpflichtungen der Banken, Bausparkassen und Versicherungsunternehmen

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Volkswirtschaft. Er entspricht der Summe der negativen Salden aus der jeweiligen Veränderung des Geldvermögens und der Kreditaufnahme. Für die einzelnen Wirtschaftssektoren ist dies in Tabelle 41 dargestellt; sie zeigt die Sachvermögensbildung (I), die Ersparnisbildung (II), die Finanzierungssalden (III) sowie die Veränderungen der Forderungen (IV) und der Verpflichtungen (V) für den Zeitraum von 1950 bis 1963 bzw. 1960 bis 1963 [1]).

180. Bei der Vermögens-(Ersparnis-)bildung der einzelnen Sektoren ist das stetige und starke Wachstum der Ersparnisse der privaten Haushalte hervorzuheben. Diese Ersparnisse haben sich seit 1950 mehr als verzehnfacht, während die Ersparnisse der Gebietskörperschaften und die Ersparnisse der Unternehmen (einschließlich Wohnungsbau) jeweils nur auf etwas mehr als das Vierfache angestiegen sind.

181. Bei gegebener Nettoinvestition (und gegebenem Finanzierungssaldo des Auslandes) ist die Vermögensbildung (Ersparnis) der Unternehmen davon abhängig, wieviel die privaten Haushalte und der Staat sparen. Da mit wachsendem Wohlstand immer weitere Kreise in die Lage versetzt werden, Ersparnisse zu bilden, und da die bisherigen Sparer ihre Sparquote möglicherweise noch erhöhen werden, kann es unter Umständen für den staatlichen Sektor eines Tages notwendig werden, dieser Entwicklung auch durch seine Finanzpolitik Rechnung zu tragen, damit keine zu weitgehende und damit das Wachstum gefährdende Einengung des Selbstfinanzierungsspielraums eintritt. Ein Weg wäre zum Beispiel, daß bei der öffentlichen Hand ein Finanzierungsüberschuß vermieden, gegebenenfalls sogar ein Finanzierungsdefizit angestrebt würde, so daß zusätzliche Ersparnisse der Privaten zum größten Teil in öffentlichen Vermögenstiteln, denen ein Teil der Sachkapitalbildung des Staates gegenüberstände, gebunden würden. Die jährlichen Zuwachsraten der inlandswirksamen Gesamtausgaben könnten dann trotz erhöhter Sparquote der Privaten gleichbleiben, wenn auf diese Weise die Sparquote der öffentlichen Hand sinkt.

182. In der Vergangenheit gehörten die Gebietskörperschaften zu den Sektoren, in denen die Ersparnisse größer waren als die Sachvermögensbildung (Finanzierungsüberschuß 1963 2,9 Milliarden DM). Unter Berücksichtigung der von der öffentlichen Hand gewährten Kredite und der Kassenhaltung ergab sich jedoch in der Regel ein Finanzierungsbedarf. Er betrug 1960 2,5 Mrd. DM, 1961 5,3 Mrd. DM, 1962 3,8 Mrd. DM, 1963 6,1 Mrd. DM. Bei der Würdigung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß die Kassenmittel der Gebietskörperschaften starken Schwankungen unterliegen. Auch unter Einschluß der öffentlichen Kassenhaltung ist der Anteil der öffentlichen Hand am Gesamtfinanzierungsbedarf der Volkswirtschaft wegen der hohen Selbstfinanzierungsquote der öffentlichen Hand immer verhältnismäßig gering gewesen (1950 bis 1963 zwischen 2,8 v. H. und 7,8 v. H.). Ähnliches gilt für den Anteil der öffentlichen Emissionen (ohne Bundespost und Bundesbahn) am Gesamtabsatz festverzinslicher Wertpapiere, der seit 1954 im (ungewogenen) Durchschnitt bei 6,4 v. H. liegt und nur einmal höher war als 15 v. H. (Tabelle 42).

183. Tabelle 43, Schaubild 35 und Tabelle 44 zeigen für die Jahre 1960 bis 1963 die Finanzierungsquellen der Unternehmen sowie den ständigen Rückgang der Eigenfinanzierung (Aktienemissionen und nicht-entnommene Gewinne einschließlich des Saldos der Vermögensübertragungen). Der Rückgang der Eigen-

Tabelle 42

Anteil der Gebietskörperschaften an den Wertpapieremissionen und an der Sachvermögensbildung

Jahr	Nettoabsatz an festverzinslichen Wertpapieren			Sachvermögensbildung		
	insgesamt	Gebietskörperschaften		insgesamt	Gebietskörperschaften	
	Mrd. DM		v. H.	Mrd. DM		v. H.
1954	4,73	0,35	*7,4*	22,73	3,25	*14,3*
1955	3,74	0,03	*0,8*	32,19	4,21	*13,1*
1956	2,03	−0,14	.	32,77	4,80	*14,6*
1957	3,60	0,03	*0,8*	33,64	4,90	*14,6*
1958	8,08	0,66	*8,2*	34,27	5,52	*16,1*
1959	8,69	1,09	*12,5*	40,47	7,01	*17,3*
1960	4,54	0,71	*15,6*	52,97	8,45	*16,0*
1961	8,97	1,23	*13,7*	56,96	9,90	*17,4*
1962	9,61	0,66	*6,9*	60,60	12,00	*19,8*
1963	12,01	1,65	*13,7*	61,30	13,91	*22,7*

ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher ohne Saarland und Berlin (West)

Quelle: Deutsche Bundesbank

[1]) Wir folgen bei dieser Darstellung der Terminologie und den Statistiken der Deutschen Bundesbank, die sich bei der Aufhellung der Finanzierungsvorgänge große Verdienste erworben hat. Die Zahlen weichen von den korrigierten Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes etwas ab.

Tabelle 43

Finanzierungsquellen der Unternehmen (ohne Wohnungsbau)

Mrd. DM

Gegenstand der Nachweisung	1960	1961	1962	1963
Eigene Vermögensbildung [1]	19,2	16,3	13,9	13,1
Saldo der Vermögensübertragungen	1,6	1,6	2,7	3,1
Innenfinanzierung insgesamt	20,8	17,9	16,5	16,2
Aktienemissionen	4,4	3,9	2,1	1,3
Längerfristige Bankkredite	4,3	7,8	9,0	8,8
Darlehen der Bausparkassen	0,1	0,0	–0,0	–0,0
Darlehen der Versicherungen	1,0	1,6	1,6	1,4
Absatz von festverzinslichen Wertpapieren	0,2	1,0	2,2	2,0
Direktkredite des Staates	–0,4	1,2	3,2	3,9
Sonstige langfristige Kredite (Kapitalimport)	1,0	1,2	1,3	1,3
Langfristige Außenfinanzierung insgesamt	10,6	16,7	19,4	18,7
Kurzfristige Bankkredite	5,5	6,9	2,6	3,3
Absatz von Geldmarktpapieren	−0,5	—	–0,2	0,3
Auslandskredite	2,3	0,9	–0,1	–0,2
Sonstige Verpflichtungen	—	—	—	0,1
Kurzfristige Finanzierung insgesamt	7,3	7,8	2,3	3,5
Außenfinanzierung insgesamt	17,8	24,4	21,7	22,2
Finanzierung insgesamt	38,6	42,3	38,2	38,4
Eigene und langfristige fremde Mittel	31,4	34,6	35,9	34,9

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)

[1]) nicht-entnommene Gewinne und Einlagen der privaten Haushalte in Einzelfirmen und Personengesellschaften

Quelle: Deutsche Bundesbank

finanzierung konnte durch die Aufnahme langfristiger Fremdmittel ausgeglichen werden. Das tritt dadurch deutlich in Erscheinung, daß die nach Abzug der Nettoanlagenzugänge langfristig verfügbaren Mittel sich von 1960 bis 1963 nur geringfügig verändert haben. Da gleichzeitig die jährliche Erhöhung der Vorräte merklich zurückgegangen ist — von 8,6 Mrd. DM 1960 auf 3,3 Mrd. DM 1963 —, hat sich der zur Finanzierung des sonstigen Umlaufsvermögens verfügbare Teil der langfristigen Mittel in dieser Zeit vergrößert. Auf dem Höhepunkt des Booms 1960 standen hierfür nur 0,7 Mrd. DM zusätzlich zur Verfügung gegenüber 5,9 Mrd. DM 1963. Ein Teil der Zunahme der langfristigen Fremdfinanzierung in den Jahren 1962 und 1963 diente der Konsolidierung der in den beiden Vorjahren aufgenommenen kurzfristigen Kredite.

Tabelle 44

Strukturveränderungen in der Finanzierung der Unternehmen (ohne Wohnungsbau)

Mrd. DM

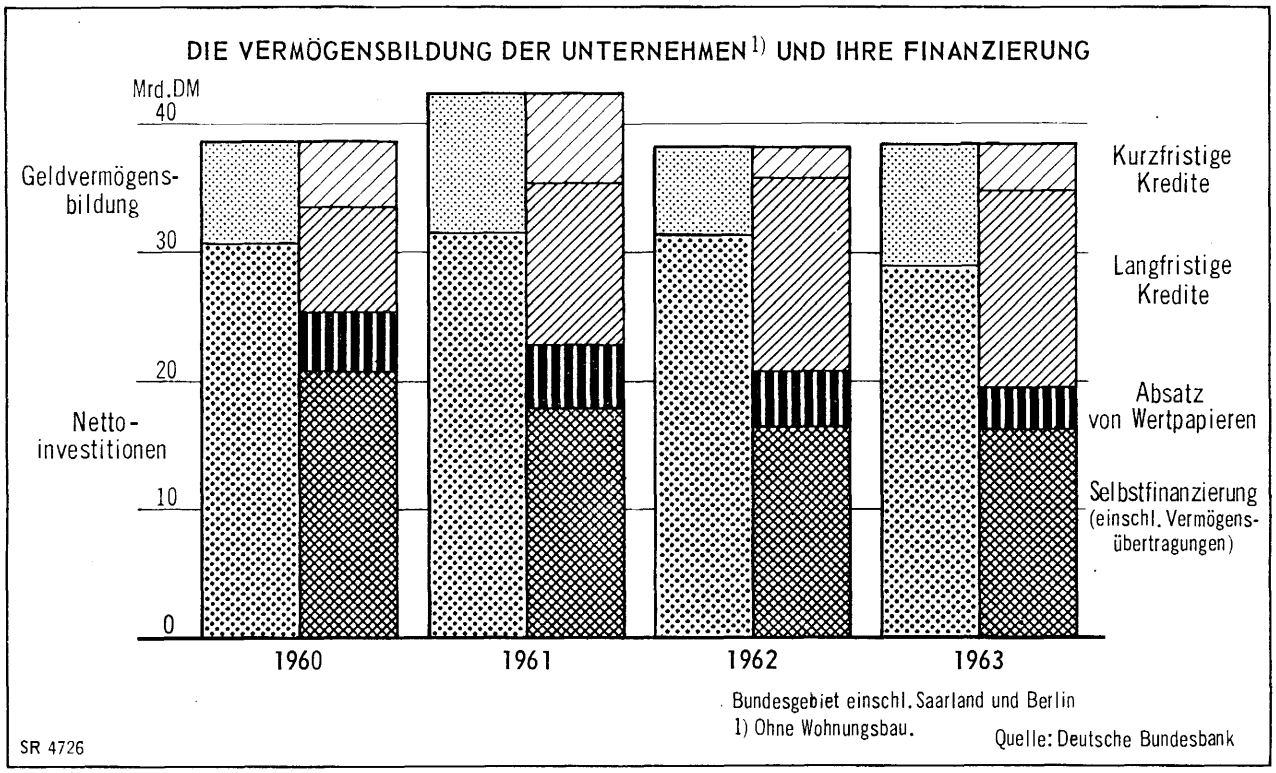
Gegenstand der Nachweisung	1960	1961	1962	1963
Innenfinanzierung [1]	20,8	17,9	16,5	16,2
Aktienemissionen	4,4	3,9	2,1	1,3
Eigenfinanzierung	25,2	21,8	18,6	17,5
Langfristige Fremdfinanzierung	6,2	12,8	17,3	17,4
Langfristige Finanzierung	31,4	34,6	35,9	34,9
% Nettoanlageinvestitionen	22,1	25,7	27,7	25,7
Zusätzlich zur Finanzierung des Umlaufsvermögens (einschl. Beteiligungen) verfügbar	9,3	8,9	8,2	9,2
% Vorratsveränderungen	8,6	5,9	3,7	3,3
Zusätzlich zur Finanzierung des sonstigen Umlaufsvermögens (einschließlich Beteiligungen) verfügbar	0,7	3,0	5,5	5,9
Kurzfristige Finanzierungen	7,3	7,8	2,3	3,5

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)

[1]) nicht-entnommene Gewinne und Einlagen der privaten Haushalte in Einzelfirmen und Personengesellschaften zuzüglich des Saldos der Vermögensübertragungen

Quelle: Deutsche Bundesbank

Schaubild 35



184. In den Werten der Tabelle 44 kommt die gegenseitige Verschuldung der Unternehmen nicht zum Ausdruck. Für die Beurteilung der Liquiditätsverhältnisse ist jedoch die individuelle Liquiditätslage der einzelnen Unternehmen entscheidend. Dabei ist allerdings die Höhe des Eigenkapitals nicht ausschlaggebend, wenn auch vielfach über eine unzureichende Eigenkapitalbasis geklagt wird. Konjunkturpolitisch maßgebend ist allein, wieviel eigene oder fremde Mittel langfristig zur Verfügung stehen. Dabei ist es wünschenswert, daß nicht nur das Anlagevermögen, sondern auch ein Teil des Umlaufsvermögens langfristig finanziert ist, damit nicht der Fall eintritt, daß Verluste bei einer größeren Zahl von Unternehmen auf deren Gläubiger durchschlagen und dadurch eine allgemeine Vertrauenskrise entsteht, in der wechselseitige Kreditverflechtungen in größerem Umfang abgebaut und die Vorräte zum Nachteil der Beschäftigung drastisch verringert werden.

185. Eine Untersuchung der Finanzstruktur der deutschen Aktiengesellschaften im Bereich des Produzierenden Gewerbes (nach dem Stand vom 31. Dezember 1962) hat im ganzen ein befriedigendes Bild ergeben. Auf die untersuchten 1397 Aktiengesellschaften entfallen etwa 45,4 v. H. des Umlaufsvermögens und 75,8 v. H. des Anlagevermögens aller Betriebe des Produzierenden Gewerbes, die bei der Einheitswertstatistik 1960 erfaßt wurden. Im Durchschnitt sind in diesen Gesellschaften 23,6 v. H. des Umlaufsvermögens (ohne flüssige Mittel) durch langfristige Mittel gedeckt. Im einzelnen sind die Unterschiede allerdings recht groß. In 325 Aktiengesellschaften mit zusammen 14,5 v. H. des erfaßten Umlaufsvermögens und 27,9 v. H. des erfaßten Anlagevermögens — einschließlich langfristiger Forderungen — ist sogar das Anlagevermögen teilweise kurzfristig finanziert. Aus dem Unterschied zwischen den beiden Anteilen geht hervor, daß es sich hierbei jedoch zu einem nicht unerheblichen Teil um Unternehmen mit überdurchschnittlich hohen Abschreibungen handelt. Etwaige Befürchtungen werden auch dadurch zerstreut, daß die Gruppe zahlreiche Gesellschaften mit gesicherten Absatzverhältnissen und festen Preisen (z. B. Unternehmen der Elektrizitätserzeugung und sonstige Versorgungsbetriebe) umfaßt. In 293 Gesellschaften mit 22,8 v. H. des erfaßten Umlaufsvermögens und 16,1 v. H. des erfaßten Anlagevermögens sind 0 bis 20 v. H., im Durchschnitt 10,8 v. H., des Umlaufsvermögens langfristig finanziert. Der Rest der untersuchten Gesellschaften — fast drei Fünftel mit 62,7 v. H. des Umlaufsvermögens und 56,0 v. H. des Anlagevermögens — zeigt eine gute bis sehr gute Liquidität. Hier sind mehr als 20 v. H. des Umlaufsvermögens langfristig finanziert.

186. Für Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Personengesellschaften und Einzelfirmen liegen nur die betrieblichen Einheitswerte vom 1. Januar 1960 vor. Hier läßt sich also nur das Verhältnis von Anlagevermögen zu Eigenkapital ermitteln. Das Eigenkapital beträgt bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung 126 v. H. des Anlagevermögens, bei den Personengesellschaften 141 v. H. und bei den Einzelfirmen 134 v. H. (bei den Aktiengesellschaften 89 v. H.). Im Vergleich der Größenklassen (nach Einheitswerten des Betriebsvermögens) zeigt sich, daß die Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital mit zunehmender Unternehmensgröße im Durchschnitt abnimmt (Tabelle 45). Hierin kommt nicht nur zum Ausdruck, daß die kleineren Unternehmen weniger bereit sind, sich zu verschulden, sondern auch, daß sie nicht die gleichen Möglichkeiten haben, Kredite aufzunehmen. Dies erklärt auch die unterschiedliche Finanzierung der Aktiengesellschaften einerseits und der übrigen Unternehmen andererseits, da es sich bei den Aktiengesellschaften im Durchschnitt um vergleichsweise große Unternehmen handelt. Außerdem spielt dabei eine Rolle, daß zwischen den einzelnen Branchen Unterschiede in den Finanzierungsgewohnheiten und in der Struktur der Betriebsgrößen bestehen.

187. Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft hat in seinem Gutachten über die „Selbstfinanzierung bei verlangsamtem wirtschaftlichem Wachstum" vom 15./16. Februar 1963 darauf aufmerksam gemacht, daß „für Unternehmen, die nicht emissionsfähig sind, ein organisierter Kapitalmarkt für die Beschaffung von Eigenkapital nicht besteht. Man müßte sich überlegen, was hier organisatorisch geschehen könnte, und auch nach Mitteln suchen, die die Bereitschaft zum Angebot auf einem solchen Markt erhöhen könnten". Die hier aufgeworfene Frage ist um so bedeutsamer, als der Zwang zur Produktivitätssteigerung einen immer höheren Kapitaleinsatz erfordert (Ziffer 93) und eine unzureichende Eigenkapitalausstattung dazu führen kann, daß auch tüchtige Unternehmer im Wettbewerb unterliegen.

188. Einer Lösung dieses Problems stehen verschiedene Hindernisse im Wege. Selbständige Unternehmer wünschen vielfach keine mitspracheberechtigten Partner. Dem könnte die stille Gesellschaft oder die Kommanditgesellschaft am ehesten Rechnung tragen. Die Geldgeber dagegen legen Wert darauf, daß sie entweder an den unternehmerischen Entscheidungen beteiligt oder von den spezifischen Unternehmerrisiken freigestellt werden. Hier könnte die Übernahme einer Staatsbürgerschaft weiterführen. Damit etwaige Verluste nicht aus Steuergeldern abgedeckt werden müßten, wäre es allerdings notwendig, daß ein Teil der Gewinne — auch wenn diese den Unternehmen zunächst zur Verstärkung der Eigenmittel belassen werden — nach Abzug der Zinsen für das aufgenommene Kapital einem Garantiefonds zugeführt wird. Das wichtigste Problem bei der Zuteilung der Mittel wäre eine sachkundige Abschätzung nicht nur der Beteiligungsrisiken, sondern auch der gerade bei selbständigen Unternehmen oft bestehenden Chancen für eine gewinnträchtige Entwicklung.

Tabelle 45

Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Einheitswert [1]) bei den gewerblichen Betrieben [2])

1. Januar 1960

Betrieblicher Einheitswert	Betriebe	Anlagevermögen	Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital
DM	Anzahl	Millionen DM	v. H.
unter 100 000	886 353	14 806	*124,7*
100 000 bis unter 1 Million	77 428	15 536	*136,4*
1 Million bis unter 10 Millionen	9 216	20 187	*126,0*
ab 10 Millionen	1 176	73 465	*93,2*
insgesamt ...	974 173	123 993	107,7

[1]) zuzüglich Gegenwert der Schachtelbeteiligungen
[2]) ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

189. Tabelle 46 zeigt das Geld- und Kapitalangebot aus inländischen Quellen, Tabelle 47 und Schaubild 36 den Nettoerwerb von Wertpapieren nach Käufergruppen und Tabelle 48 den Erstabsatz von Wertpapieren nach Wertpapierarten.

a) Im Durchschnitt der beobachteten Jahreswerte ist der Nettoerwerb der Banken von allen Käufergruppen am höchsten gewesen. Von Jahr zu Jahr ergaben sich dabei verhältnismäßig starke Schwankungen, da für die Wertpapieranlagen der Banken eine Reihe von verschiedenen Bedingungen und Motiven maßgebend ist, die von Jahr zu Jahr wechselten.

b) Der Anteil der privaten Haushalte am Wertpapierumlauf ist laufend gestiegen. Er unterliegt im übrigen den geringsten Schwankungen. Allerdings hat die Bereitschaft, Dividendenwerte aufzunehmen, seit den Kursverlusten von 1961/62 offenbar recht stark nachgelassen; 1963 wurden von den privaten Haushalten nur noch 100 Millionen DM in Aktien neu angelegt (nach 830 Millionen DM 1962 und 2,4 Mrd. DM 1961) [1]. Insgesamt gesehen liegt auch für die Zukunft in der Kapitalbildungskraft der privaten Haushalte (im Vergleich zu der anderer Sektoren) eine große Reserve für den Wertpapierabsatz.

c) Der Ankauf von Wertpapieren durch Unternehmen folgt tendenziell dem Konjunkturverlauf. In der Hochkonjunktur ist wohl ein Teil der Unternehmen mehr als sonst bereit und in der Lage, erwirtschaftete Abschreibungen und Gewinne, die nicht sogleich im eigenen Betrieb investiert werden, durch Übernahme von Wertpapieren an andere Unternehmen weiterzuleiten. Ein Teil der Wertpapierzugänge beruht auch auf der Übernahme von Neuemissionen durch Muttergesellschaften.

190. Unter den Kapitalsammelstellen nehmen die Sozialversicherungsträger eine Sonderstellung ein. Ihre Position am Wertpapiermarkt ist stark (Anteil am Nettoerwerb festverzinslicher Wertpapiere 1960 bis 1963 im Durchschnitt 8,6 v. H.) und — konjunkturpolitisch — problematisch. Das Vermögen der Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung betrug Anfang 1964 22,2 Mrd. DM. Dazu kommt die Knappschaftsversicherung mit einem Vermögen von 0,9 Mrd. DM. Das Vermögen der beiden erstgenannten Rentenversicherungen wird nach

[1]) Die statistischen Ungenauigkeiten bei der Ermittlung dieser Werte sind allerdings nicht unerheblich.

Tabelle 46

Geld- und Kapitalangebot aus inländischen Quellen [1])

Mrd. DM

Gegenstand der Nachweisung	Private Haushalte		Unternehmen		Gebietskörperschaften	
	1962	1963	1962	1963	1962	1963
Bargeld, Sicht- und Termineinlagen	1,3	1,4	2,5	3,7	0,3	−0,5
Spareinlagen	8,4	11,0			0,8	0,7
Geldanlage bei Bausparkassen	1,8	2,1	0,2	0,2	—	—
Geldanlage bei Versicherungen	3,3	3,7	0,9	0,8	—	—
Erwerb von Wertpapieren	3,5	3,5	0,9	0,7	0,4	0,6
Sonstige Forderungen	0,0	0,1	2,2	4,0	7,7	8,3
zusammen ...	18,4	21,8	6,8	9,4	9,1	9,1
Geld- und Kapitalangebot der Sozialversicherung	3,5	3,2	.	.	.	.
insgesamt ...	21,9	25,0	6,8	9,4	9,1	9,1

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)

[1]) ohne Wohnungsbau, Banken, Bausparkassen und Versicherungen

Quelle: Deutsche Bundesbank

den Vorausberechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung am Ende des zweiten Deckungsabschnitts, also am 31. Dezember 1976, voraussichtlich 45,7 Mrd. DM betragen, wobei unter anderem angenommen wurde, daß sich die Durchschnittsentgelte um jährlich 6 v. H. erhöhen werden. Die Anlage des Vermögens der Sozialversicherung ist nicht unbedenklich. Die Rentenversicherungen verfügten zwar Ende 1963 über 3,3 Mrd. DM Bankguthaben und die Arbeitslosenversicherung über weitere 2,4 Mrd. DM. Da die Guthaben zu einem erheblichen Teil bei wenigen Kreditinstituten unterhalten werden, könnte ein Abzug dieser Mittel im Falle eines größeren Bedarfs zu unerwünschten Liquiditätsschwierigkeiten führen, sofern die Bundesbank nicht stützend eingreift. Die eigenen Kapitalausleihungen lassen sich nicht ohne weiteres kurzfristig zurückrufen. Die Bundesbank wird jedoch den Rentenversicherungen gegebenenfalls sicherlich in dem erforderlichen Umfang beistehen. Gewisse Schwierigkeiten, die darin bestehen, daß die Rentenversicherungen keine Geldmarktpapiere besitzen, zu deren Ankauf die Bundesbank verpflichtet wäre, ließen sich dadurch überwinden, daß der Bund seine Schuldbuchforderungen (voraussichtlich 3,1 Mrd. DM Ende 1964) in Geldmarktpapiere umwandelt oder daß die künftigen Rücklagen in erheblichem Umfang in solchen Papieren angelegt werden. Die Anlagepolitik der Rentenversicherungen bedarf im übrigen noch einer Überprüfung im Hinblick auf die Frage, ob eine hinreichende Abstimmung mit den konjunktur- und kapitalmarktpolitischen Aufgaben und Zielen gewährleistet ist.

191. Zum Angebot von langfristigem Geldkapital in der Bundesrepublik hat das Ausland nicht unwesentlich beigetragen, zunächst zwar nur geringfügig (1956 und 1957 insgesamt 0,4 Mrd. DM netto), aber später — nach einer Periode des Kapitalexports — um so kräftiger (netto 6 Mrd. DM von 1960 bis 1963). Der traditionellen Vorstellung, nach der ein entwickeltes Industrieland eigentlich per Saldo langfristiges Privatkapital exportieren müsse, entsprach nur die Spanne vom zweiten Vierteljahr 1958 bis zum ersten Vierteljahr 1960. Eine zunehmende

Tabelle 47

Nettoerwerb von Wertpapieren nach Käufergruppen

Mrd. DM

Jahr	Wertpapierabsatz insgesamt	Nettoerwerb von Wertpapieren					
		Banken	Unternehmen	Kapitalsammelstellen [1]	Private Haushalte	Ausland	Gebietskörperschaften
1950	0,7	0,5	0,0	0,2	0,0	—	−0,0
1951	0,9	0,2	0,0	0,6	0,1	—	0,1
1952	1,8	0,6	0,1	0,6	0,2	—	0,4
1953	3,2	1,0	0,5	0,7	0,3	−0,1	0,7
1954	5,1	1,9	1,0	1,3	0,7	−0,1	0,3
1955	5,3	1,7	1,2	1,2	0,7	0,1	0,4
1956	3,9	0,3	0,9	1,2	0,7	0,2	0,6
1957	5,3	1,4	0,6	1,0	1,2	0,7	0,4
1958	9,4	4,9	0,3	1,4	1,8	0,7	0,2
1959	11,4	4,9	1,0	2,4	2,3	0,6	0,3
1960	9,9	0,4	1,5	2,0	2,5	2,2	1,3
1961	13,5	4,6	1,7	2,0	3,7	1,7	−0,2
1962	12,6	3,5	0,9	2,7	3,5	1,6	0,4
1963	13,8	3,7	0,7	2,5	3,5	2,8	0,6

ab 1960 einschließlich, vorher ohne Saarland und Berlin (West)

[1]) Sozialversicherung, private Versicherungen, Bausparkassen

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tendenz zum Kapitalexport vermochte sich indessen nur während der ersten Hälfte dieser Spanne durchzusetzen, als die Warenausfuhr stagnierte, das Wachstum des Sozialprodukts abnahm (Zuwachsrate 1958 real nur 3,3 v. H.), die „Gewinnquote" schrumpfte und das Zinsniveau sank. Wenige Monate nach dem Übergang zur Konvertibilität Ende 1958 und nach dem Beginn eines neuen Wachstumszyklus mit zunehmender Investitionstätigkeit im Innern schwächte sich der private langfristige Netto-Kapitalexport schon wieder ab (ab Mitte 1959). Daß er dann in einen Netto-Import umschlug, hängt wohl zum großen Teil mit der Hochkonjunktur und der Aktienhausse des Jahres 1960 zusammen, wohl aber auch mit dem Versuch der Bundesbank, diese Entwicklung durch Verknappung des Kredits im Inlande zu bremsen. Die gewissermaßen an das Ausland verwiesene Kapitalnachfrage stieß dort auf ein bereitwilliges Angebot; denn abgesehen davon, daß die deutsche Wirtschaft erneut zeigte, welche großen Wachstumsmöglichkeiten sie besaß, konnten ausländische Anleger angesichts unserer unterbewerteten Währung mit einer Aufwertung ihrer DM-Anlagen rechnen: Entweder durch Kurssteigerungen infolge einer inflatorischen Preistendenz, durch Senkung des Zinsniveaus oder durch Steigerung des Kurses der DM.

192. Daß auch nach der Zinssenkung Ende 1960, der DM-Aufwertung im März 1961 und der merklichen Konjunkturschwächung in der Folgezeit immer noch langfristiges Privatkapital in nahezu ununterbrochener Folge in die Bundesrepublik geströmt ist, läßt auf das Wirken langfristiger Anziehungskräfte schließen. Von den Strukturbedingungen, die Privatkapital aus dem Ausland anlocken, verdient wohl besonders hervorgehoben zu werden, daß die Bundesrepublik nach wie vor ein guter Standort ist für Industrien, die sich einer wachstumbedingten Nachfragesteigerung gegenübersehen und auf die Realisierung technischer Fortschritte angewiesen sind. Überdurchschnittliche Raten der Produktivitätssteigerung und eine Wirtschaftspolitik staatlicher und nichtstaatlicher Instanzen, die als recht vertrauenerweckend gilt, sind geeignet, bei ausländischen Anlegern die Erwartung einer guten und recht sicheren Kapitalrendite zu wecken. Solche Erwägungen sind auch durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes gefördert worden. Auf den Märkten für festverzinsliche Wertpapiere hat dies alles wohl die Überzeugung gestärkt,

Schaubild 36

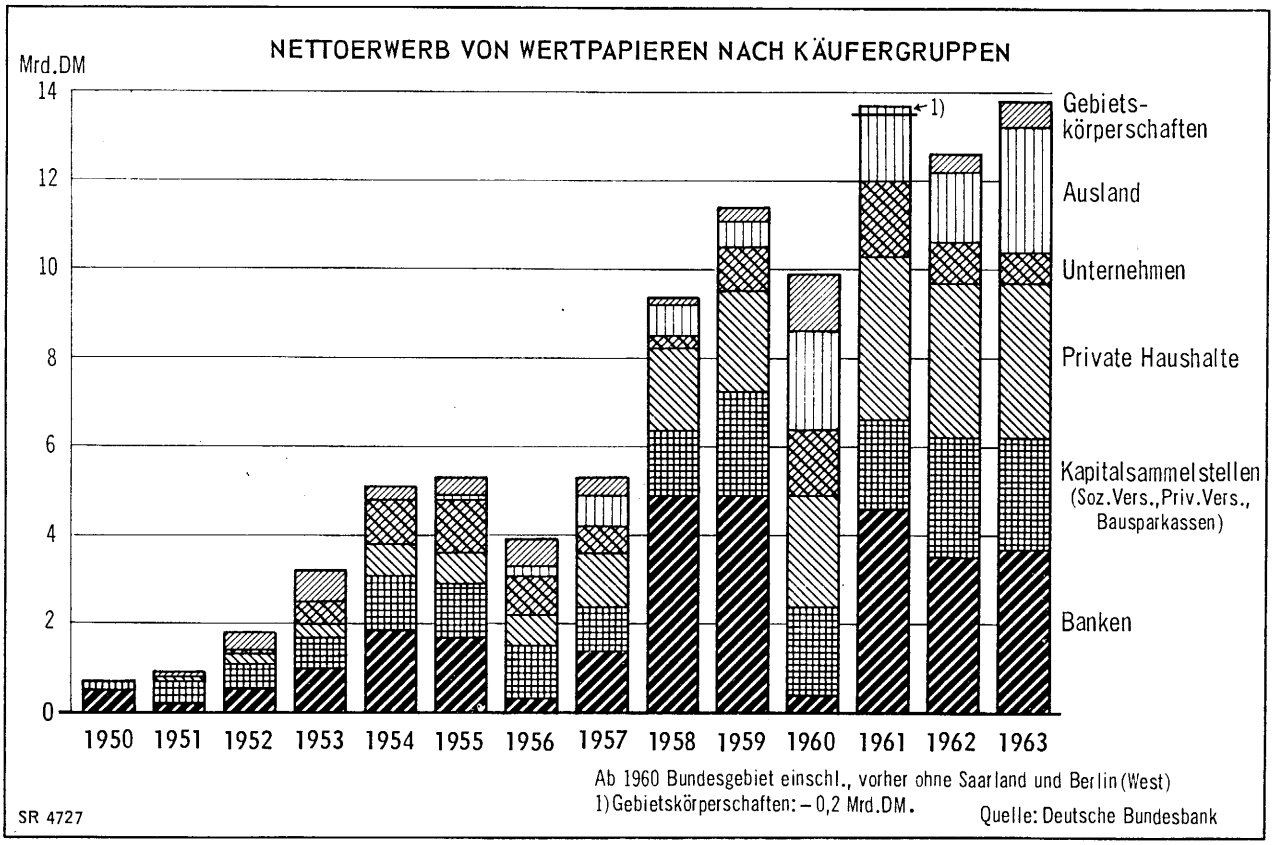


Tabelle 48

Erstabsatz von Wertpapieren nach Wertpapierarten [1])

Millionen DM

Gegenstand der Nachweisung	1962	1963	1964 1. Halbjahr
Pfandbriefe und Kommunalobligationen ..	5 328	6 237	4 076
Schuldverschreibungen von Spezial-Kreditinstituten	1 048	1 770	1 000
Industrieobligationen .	586	340	408
Anleihen der öffentlichen Hand.....	2 426	3 615	1 440
Aktien	2 196	1 319	1 109
Nettoabsatz inländischer Wertpapiere ..	11 584	13 281	8 033
Anleihen ausländischer Emittenten [2])	93	105	668
Erstabsatz von Wertpapieren insgesamt	11 677	13 386	8 701
Zum Vergleich:			
Nettoerwerb inländischer Wertpapiere [3]) durch:			
Inländer [4])	10 045	10 589	8 177
Ausländer [5])	1 539	2 692	—144

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)

[1]) Bruttoabsatz zu Kurswerten abzüglich Tilgungen und Rückflüsse bzw. zuzüglich Wiederplacierungen zu Nominalwerten

[2]) auf DM lautende Anleihen

[3]) die oben angeführten Anleihen ausländischer Emittenten in der BRD blieben unberücksichtigt

[4]) ohne deutsche Auslandsbonds

[5]) ohne im Ausland aufgelegte Anleihen inländischer Emittenten

Quelle: Deutsche Bundesbank

daß DM-Anlagen eher mit einer Aufwertungschance als mit einem Abwertungsrisiko verknüpft sind. Sollte sich an dieser Bedingungskonstellation in Zukunft nichts Grundlegendes ändern, so würde nur bei einer deutlich erkennbaren Zinsdifferenz zum Ausland der Kapitalimport per Saldo ausbleiben oder in einen Nettoexport von langfristigem Privatkapital umschlagen, soweit der ausländische Kapitalanleger durch seine Anlagen in der Bundesrepublik nicht steuerliche Vorteile hat. Eine Politik des billigen Geldes, die diese Zinsdifferenz schaffen könnte, würde den Wandel mit einem weiteren Verzicht auf Geldwertstabilität erkaufen. Maßnahmen, die auf eine globale Schmälerung der privaten Investitionserträge hinauslaufen, hätten wahrscheinlich eine Wachstumsverlangsamung zur Folge. Harmloser in dieser Hinsicht erscheint ein gezieltes Vorgehen, das sich darauf beschränkt, die Kapitalerträge der Ausländer stärker zu besteuern (als bisher oder als die Kapitalerträge der Inländer) oder den privaten Kapitalexport wirksam zu fördern. Frei von dem Makel eines dirigistischen Interventionismus wäre demgegenüber das Mittel, durch wohldosierte Kurserhöhungen für die DM außer der Tendenz zu Leistungsbilanzüberschüssen auch die Neigung zum Kapitalimport zu schwächen. Die Bundesregierung hat 1964 mit der Ankündigung einer Couponsteuer für Gebietsfremde ihre Wahl getroffen. Demzufolge zeigte die Bilanz der langfristigen privaten Kapitalbewegungen nach April 1964 zum ersten Male seit langer Zeit wieder ein Defizit (Ziffer 171). Ob ein solches Mittel auch auf die Dauer ausreichen wird, um die Anziehungskräfte der Bundesrepublik auf privates Auslandskapital zu neutralisieren, erscheint jedoch zweifelhaft. Bei Dividendenwerten hat das Ausland bereits im Juli 1964 wieder mehr Wertpapiere gekauft als verkauft. Auch die Nettoverkäufe von festverzinslichen Papieren durch das Ausland sind deutlich rückläufig. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß der tatsächlichen Einführung der Couponsteuer eine zweite Abgabewelle folgen würde. Im übrigen hat die vorübergehende Verkaufsneigung des Auslandes den Erstabsatz von Wertpapieren auf dem deutschen Kapitalmarkt nicht zu beeinträchtigen vermocht.

SIEBENTES KAPITEL

Die öffentlichen Finanzen

Die Entwicklung seit 1950

193. Die Relation der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben zum Bruttosozialprodukt hat sich seit 1950 nicht stark verändert (Tabelle 49). Die Einnahmen der Gebietskörperschaften (ohne Verschuldung) machten 1950 24,8 v. H. und 1963 27,9 v. H. des Bruttosozialprodukts aus; nach Abzug der Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer, die heute in hohem Maße den Charakter von Wegekostenabgaben des Kraftverkehrs haben, waren es 1950 24,4 v. H. und 1963 25,5 v. H. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften (ohne Darlehen und ohne Beteiligungen) haben ein etwa gleich großes Gewicht: 1950 25,0 v. H. und 1963 27,5 v. H. des Bruttosozialprodukts. Wie sie sich auf Bund, Länder und Gemeinden verteilen, geht aus Tabelle 49 hervor. Ein eindeutiger Wandel ist hierbei nicht eingetreten.

Außer durch seine Einnahmen und Ausgaben wirkt der Staat auch im großen Maße durch seine Darlehensgewährung auf die Dispositionen der privaten Wirtschaft ein und mobilisiert darüber hinaus durch Zinszuschüsse und durch die Übernahme von Bürgschaften Kredite außerhalb des Haushalts.

Tabelle 49 **Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften [1]**

Jahr	Einnahmen (ohne Verschuldung) [2]		Ausgaben (ohne Darlehen und Beteiligungen) [3]							
			Gebietskörperschaften insgesamt		Bund		Länder		Gemeinden	
	Millionen DM	v. H. [4]	Millionen DM	v. H. [4]	Millionen DM	v. H. [5]	Millionen DM	v. H. [5]	Millionen DM	v. H. [5]
1950	24 240	24,8	24 480	25,0	10 360	42,3	8 240	33,7	5 880	24,0
1951	31 770	26,6	29 750	24,9	16 090	54,1	7 010	23,6	6 650	22,4
1952	38 430	28,1	34 740	25,4	18 660	53,7	8 390	24,2	7 690	22,1
1953	41 700[a]	28,3	37 720	25,6	20 130	53,4	8 910	23,6	8 680	23,0
1954	44 400	28,1	40 290	25,5	21 190	52,6	9 500	23,6	9 600	23,8
1955	48 970	27,1	43 390	24,1	21 390	49,3	10 950	25,2	11 050	25,5
1956	53 920	27,1	47 660	24,0	22 530	47,3	12 480	26,2	12 650	26,5
1957	57 470	26,6	52 480	24,3	25 020	47,7	14 360	27,4	13 100	25,0
1958	60 380	26,1	58 560	25,3	28 700	49,0	15 650	26,7	14 210	24,3
1959	67 540	26,9	64 320	25,6	31 820	49,5	16 750	26,0	15 750	24,5
1960	77 850	27,8	71 420	25,5	35 150	49,2	18 750	26,3	17 520	24,5
1960	79 860	26,9	73 430	24,7	33 400	45,5	22 170	30,2	17 860	24,3
1961	90 880	27,9	86 220	26,4	41 450	48,1	24 620	28,6	20 150	23,4
1962[6]	99 440	28,1	97 640	27,5	46 480	47,6	27 730	28,4	23 430	24,0
1963[6]	105 190	27,9	103 570	27,5	47 370	45,7	29 970	28,9	26 230	25,3

ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West)

[1] Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

[2] einschließlich der vom Staat gezahlten indirekten Steuern, der Übertragungen von der Sozialversicherung sowie der Einnahmen aus Verkäufen an die Sozialversicherung

[3] einschließlich der von den Gebietskörperschaften gezahlten indirekten Steuern und Übertragungen an die Sozialversicherung

[4] v. H. des Bruttosozialprodukts

[5] Anteil an den Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften

[6] vorläufige Ergebnisse

[a] ohne 9370 Millionen DM Darlehensumwandlung zugunsten des ERP-Sondervermögens

194. In der Struktur der Einnahmen hat das Gewicht der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen seit 1950 zugenommen, und zwar von 84,7 v. H. 1950 auf 88,0 v. H. 1963 (Tabelle 50); dabei ist ihr Anteil am Bruttosozialprodukt von rd. 21 v. H. 1950 auf rd. 24 v. H. in der Gegenwart gestiegen.

Inwieweit Entwicklung und Struktur der Steuereinnahmen vom wirtschaftlichen Wachstum beeinflußt werden, ist für die zurückliegende Zeit nicht unmittelbar festzustellen, da die Steuerbemessungsgrundlagen, aber auch die Steuersätze (und Zölle) mehrfach geändert worden sind. Wandlungen der Einnahmestruktur ergeben sich in erster Linie aus dem überproportionalen Anstieg der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer sowie der Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer. Der Anteil der Umsatzsteuer am gesamten Steueraufkommen ist ungefähr konstant geblieben (Tabelle 51).

Einnahmen der Gebietskörperschaften [1]) Tabelle 50

(ohne Veränderung der Verbindlichkeiten)

Einnahmeart	1950		1955		1963	
	Millionen DM	v. H.	Millionen DM	v. H.	Millionen DM	v. H.
Steuern [2])	20 530	*84,7*	41 450	*84,6*	92 560	*88,0*
Gebühren, Entgelte [3])	2 150	*8,9*	3 440	*7,0*	8 030	*7,6*
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	1 010	*4,2*	2 690	*5,5*	3 990	*3,8*
Sonstige Übertragungen und Erlöse [4])	550	*2,3*	1 390	*2,8*	610	*0,6*
insgesamt ...	24 240	*100*	48 970	*100*	105 190	*100*

1963 Bundesgebiet einschließlich, 1950 und 1955 ohne Saarland und Berlin (West)
[1]) Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
[2]) einschließlich Lastenausgleichsabgaben und steuerähnliche Einnahmen
[3]) einschließlich Verkäufe an die Sozialversicherung
[4]) einschließlich Übertragungen von der Sozialversicherung

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften [1]) Tabelle 51

Steuerart	1950		1955		1963		1965	
	Millionen DM	v. H.	Millionen DM	v. H.	Millionen DM	v. H.	Millionen DM	v. H.
Umsatzsteuer einschließlich Umsatzausgleichsteuer	4 746	*22,5*	11 118	*26,3*	19 854	*21,8*	23 150	*22,1*
Einkommensteuer [2])	5 683	*26,9*	13 410	*31,7*	36 146	*39,7*	41 905	*40,0*
Gewerbeertragsteuer [3])	900	*4,3*	2 850	*6,7*	7 340	*8,1*	8 395	*8,0*
Kraftfahrzeugsteuer und Mineralölsteuer	422	*2,0*	1 864	*4,4*	6 272	*6,9*	9 600	*9,2*
Alle übrigen Steuern	9 338	*44,3*	13 074	*30,9*	21 470	*23,5*	21 650	*20,7*
Steuern insgesamt	21 089	*100*	42 316	*100*	91 082	*100*	104 700	*100*

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West)
[1]) einschließlich Lastenausgleichsabgaben und steuerähnliche Einnahmen
[2]) Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Notopfer Berlin (Abgabe der Arbeitnehmer, der Veranlagten und der Körperschaften).
[3]) berechnet als Anteil von 86,7 v. H. des gesamten Aufkommens der Gewerbesteuer aus Ertrag und Kapital. Dieser Anteil wurde bei der Gewerbesteuerstatistik für das Jahr 1958 ermittelt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

195. Kennzeichnend für den Strukturwandel der Ausgaben der Gebietskörperschaften ist die Verdoppelung des Anteils der Sach(Investitionen) von 8,5 v. H. auf 16,2 v. H. (Tabelle 52). Demgegenüber sind die Anteile aller anderen großen Ausgabegruppen heute geringer als 1950. Die Struktur der öffentlichen Nachfrage nach Anlagegütern sowie deren Gewicht im Rahmen der Gesamtwirtschaft zeigt Tabelle 53 für den Zeitraum von 1959 bis 1963. Der Anteil der öffentlichen Anlageinvestitionen einschließlich Verteidigungsbauten hat ununterbrochen zugenommen. Hervorstechend ist die Bedeutung der öffentlichen Hand für die Baunachfrage (Ziffer 51).

Tabelle 52

Ausgaben der Gebietskörperschaften [1])
(ohne Veränderung der Forderungen)

Ausgabeart	1950		1955		1963	
	Millionen DM	v. H.	Millionen DM	v. H.	Millionen DM	v. H.
Käufe von Waren und Dienstleistungen sowie Löhne und Gehälter						
Ziviler Bereich [2])	8 870	*36,2*	15 660	*36,1*	34 640	*33,4*
Verteidigung	4 380	*17,9*	6 050	*13,9*	16 970	*16,4*
Investitionen [3])	2 070	*8,5*	4 930	*11,4*	16 740	*16,2*
Zinsen auf die öffentliche Schuld ..	550	*2,2*	1 270	*2,9*	2 170	*2,1*
Laufende und Vermögensübertragungen an andere Sektoren ..	8 610	*35,2*	15 480	*35,7*	33 050	*31,9*
Insgesamt ...	24 480	*100*	43 390	*100*	103 570	*100*

1963 Bundesgebiet einschließlich, 1950 und 1955 ohne Saarland und Berlin (West)
[1]) Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
[2]) einschließlich der vom Staat gezahlten indirekten Steuern
[3]) einschließlich Wohnungsbau und Grunderwerb

Tabelle 53 **Investitionen der Gebietskörperschaften und ihr Anteil an den Investitionen der gesamten Volkswirtschaft [1])**

Jahr	Zivile Bauinvestitionen								
	Straßen, Wasserstraßen, Brücken			Wohnungen			Sonstige zivile Bauten		
	Gesamte Wirtschaft	Gebietskörperschaften		Gesamte Wirtschaft	Gebietskörperschaften		Gesamte Wirtschaft	Gebietskörperschaften	
	Millionen DM		v. H.	Millionen DM		v. H.	Millionen DM		v. H.
1959	3 130	3 130	*100*	13 450	190	*1,4*	12 920	3 700	*28,6*
1960	3 740	3 740	*100*	15 740	230	*1,5*	15 540	4 510	*29,0*
1961	4 360	4 360	*100*	17 810	230	*1,3*	17 880	5 310	*29,7*
1962 [2])	5 570	5 570	*100*	19 770	260	*1,4*	20 070	6 430	*32,0*
1963 [2])	6 690	6 690	*100*	.	300	.	.	7 330	.

ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher ohne Saarland und Berlin (West)
[1]) Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
[2]) vorläufige Ergebnisse
[a]) Haushaltsansatz

196. Die Gesamtverschuldung der Gebietskörperschaften (ohne Kassenkredite) hat sich von 46,7 Mrd. DM am Ende des Rechnungsjahres 1957/58 auf 67,9 Mrd. DM Ende 1963 erhöht (Tabelle 54), und zwar ausschließlich durch Zunahme der langfristigen Verschuldung. Die Verschuldung wuchs also langsamer, als die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben zunahmen, und belief sich 1963 auf knapp 55 v. H. des Haushaltsvolumens, was im internationalen Vergleich als niedrig gilt. Auch gemessen an der Vermögensbildung der öffentlichen Hand — von 1958 bis 1963 82 Mrd. DM — ist die Zunahme der Verschuldung gering. Die gesamte Zinslast machte 1962 2,25 Mrd. DM aus, das sind 2,0 v. H. der öffentlichen Ausgaben. Der Verschuldung stehen zugleich hohe Forderungen aus Darlehen der Gebietskörperschaften gegenüber, die 1962 270 Millionen DM Zinserträge brachten. Netto nahmen daher die Zinszahlungen nur 1,3 v. H. des Ausgabenvolumens in Anspruch. Unter diesen Umständen haben die Gebietskörperschaften insgesamt für die Zukunft noch einen großen Verschuldungsspielraum.

197. Dies gilt vor allem für Bund und Länder, weniger allgemein für die Gemeinden. Die Verschuldung des Bundes nahm von Ende des Rechnungsjahres 1957/58 bis Ende 1962 um 9,5 Mrd. DM auf 33,9 Mrd. DM — das sind 70 v. H. seines Haushaltsvolumens 1962 — zu. In den Ländern ging die Verschuldung sogar zurück, wenn man Schulden gegenüber anderen Gebietskörperschaften außer Betracht läßt. Sowohl absolut als auch gemessen am Haushaltsvolumen ist hier die Kredit- und Kapitalmarktverschuldung am geringsten (1962 42 v. H. der unmittelbaren Ausgaben). Die Gemeinden haben an der Zunahme der Gesamtverschuldung der Gebietskörperschaften den gleichen Anteil wie der Bund. Ihre Schuldenlast, gemessen am Haushaltsvolumen, stieg merklich an. Ohne Schulden gegenüber anderen Gebietskörperschaften betrugen die Schulden der Gemeinden am Ende des Rechnungsjahres 1957/58 50 v. H., Ende 1962 dagegen 55 v. H. der unmittelbaren Ausgaben. Wegen der Abhängigkeit von den Länderzuweisungen ist vor allem bei den Gemeinden die Unterscheidung zwischen rentierlichen und unrentierlichen Schulden wichtig. Die Schulden zu Lasten von kommunalen Wirtschaftsunternehmen und von Verwaltungszweigen, deren Schuldendienst im Prinzip durch kostendeckende Einnahmen oder durch Verpflichtungen Dritter gesichert ist, machten 1958 und 1963 57 v. H. der Verschuldung der Gemeinden (einschließlich Schulden gegenüber anderen Gebietskörperschaften) aus.

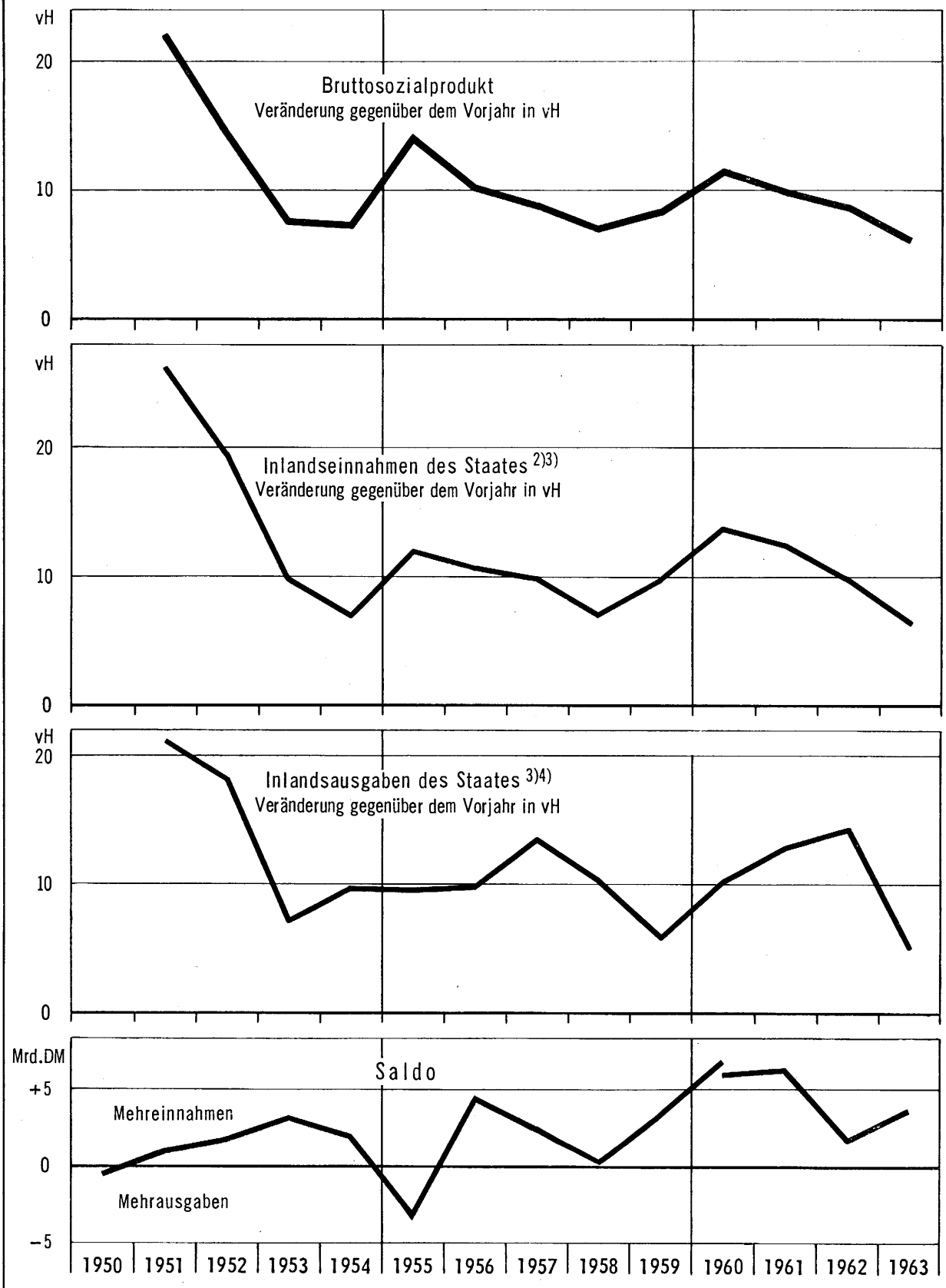
198. Zur Beurteilung der konjunkturellen Einflüsse, die von der Finanzgebarung der öffentlichen Hand ausgehen, sind die Einnahmen- und Ausgabenströme nur von Bedeutung, soweit sie auf den inländischen Einkommenskreislauf expansiv oder kontraktiv wirken. Die gesamten Einnahmen — ohne Schuldenaufnahme, jedoch einschließlich Einnahmen der Sozialversicherung — stammen fast vollständig aus dem Inland und führen insoweit zu einer Kontraktion des inneren Einkommenskreislaufs. Von diesen Einnahmen fließt indes nur der Teil wieder in den inländischen Kreislauf zurück, der für Käufe von Waren und Dienstleistungen auf den Inlandsmärkten, für Einkommens- und Vermögensübertragungen sowie als Darlehen im Inland ausgegeben wird. Da die öffent-

Tabelle 53

Zivile Ausrüstungen			Anlageinvestitionen insgesamt			Verteidigungsbauten			Anlageinvestitionen und Verteidigungsbauten		
Gesamte Wirtschaft	Gebietskörperschaften		Gesamte Wirtschaft	Gebietskörperschaften		Gesamte Wirtschaft	Gebietskörperschaften		Gesamte Wirtschaft	Gebietskörperschaften	
Millionen DM		v. H.	Millionen DM		v. H.	Millionen DM		v. H.	Millionen DM		v. H.
29 130	680	*2,3*	58 630	7 700	*13,1*	828	828	*100*	59 458	8 528	*14,3*
36 400	910	*2,5*	71 420	9 390	*13,1*	1 217	1 217	*100*	72 637	10 607	*14,6*
41 400	1 040	*2,5*	81 450	10 940	*13,4*	1 560	1 560	*100*	83 010	12 500	*15,1*
45 380	1 230	*2,7*	90 790	13 490	*14,9*	1 843	1 843	*100*	92 633	15 333	*16,6*
46 300	1 350	*2,9*	95 350	15 670	*16,4*	1 813 [a])	1 813 [a])	*100*	97 163	17 483	*18,0*

Schaubild 37

DER EINFLUSS DES STAATES [1] AUF DEN KONJUNKTURVERLAUF



Ab 1960 Bundesgebiet einschl., vorher ohne Saarland und Berlin (West)
1) Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung.– 2) Ohne Kreditaufnahme.–
3) Eigene Schätzung.– 4) Einschl. Darlehensgewährung, aber ohne Tilgungen.

SR 4728

Tabelle 54

Kredit- und Kapitalmarktschulden der Gebietskörperschaften [1])

Rechnungsjahr	Verschuldung [2])				Zinszahlungen [3])		Zinseinnahmen [3])	
	insgesamt	des Bundes	der Länder	der Gemeinden				
	Mrd. DM				Mrd. DM	v. H. der Gesamtausgaben	Mrd. DM	v. H. der Gesamtausgaben
1957/58	46,74	24,41	14,50	7,83	—	—	—	—
1958/59	49,78	25,56	15,18	9,04	1,69	*2,4*	0,56	*0,8*
1959/60	54,21	28,44	15,23	10,54	1,83	*2,3*	0,56	*0,7*
1960	55,75	29,00	15,20	11,55	1,66	*2,5*	0,46	*0,7*
1961	62,29	34,42	14,63	13,23	2,02	*2,0*	0,69	*0,7*
1962	63,65	33,94	14,21	15,50	2,25	*2,0*	0,72	*0,7*
1963	67,85	36,42	13,79	17,64	2,40	*1,9 [a])*	0,80	*0,6 [a])*

Bundesgebiet einschließlich Berlin (West), ab 1960 einschließlich Saarland
[1]) Ergebnisse der Finanzstatistik bis 1962 einschließlich ERP-Kredite
[2]) am Ende der Rechnungsjahre; ohne Kassenkredite
[3]) Zinsen 1961 und 1963 vom BMF nach Teilergebnissen geschätzt
[a]) aus Ansatzzahlen errechnet

liche Hand neben diesen inlandswirksamen Ausgaben umfangreiche Zahlungen an das Ausland leistet — insbesondere für die Einfuhr von Rüstungsgütern und für Wiedergutmachungen — und außerdem — hauptsächlich im Rahmen der Sozialversicherung — ständig Überschüsse bildet, sind in der Bundesrepublik die von den Staatseinnahmen ausgehenden kontraktiven Einflüsse durchweg stärker gewesen als die von den Staatsausgaben ausgehenden expansiven Einflüsse.

199. Die Inlandseinnahmen des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) entwickelten sich annähernd parallel zur Gesamtnachfrage (Schaubild 37). Der Gleichlauf beruhte nicht auf einer bewußt antizyklischen Steuerpolitik, sondern darauf, daß wichtige Steuertarife von selbst antizyklisch wirken, weil sie das Steueraufkommen mit der Einkommensentwicklung progressiv verbinden. Allerdings gibt es hier bei den gewinnabhängigen Steuern eine gewisse Verzögerung. Änderungen des Steuerrechts hatten nur selten den Zweck, unmittelbar die Konjunktur zu beeinflussen, meistens spielten andere Beweggründe die entscheidende Rolle.

200. Bei der Gestaltung ihrer inlandswirksamen Ausgaben waren die öffentlichen Haushalte erst neuerdings bemüht, dem Konjunkturverlauf entgegenzuwirken. Insbesondere die staatlichen Investitionen haben in der Regel die Konjunkturschwankungen nicht gedämpft, sondern verstärkt, weil sie gerade dann besonders kräftig waren, wenn die private Investitionstätigkeit lebhaft war, und weil sie umgekehrt besonders dann weniger stark zunahmen, wenn auch die private Investitionstätigkeit sich langsamer ausweitete.

201. Da die öffentlichen Haushalte mit ihren Ausgaben aber der Entwicklung ihrer Einnahmen stets in zeitlicher Verzögerung gefolgt sind, ergaben sich — wenn man den Saldo der Einnahmen und der inlandswirksamen Ausgaben des Staates zugrunde legt — in den meisten Jahren seit 1957 unabsichtlich antizyklische Wirkungen. In Jahren verlangsamter Konjunkturentwicklung reichten nämlich die Einnahmen zumeist nicht zur Deckung der beschlossenen Ausgaben aus, während in Jahren der Hochkonjunktur zum Teil erhebliche Überschüsse anfielen. Je nach der konjunkturellen Situation hat also der Staat Reserven eingesetzt und sich verschuldet oder Reserven gebildet und Schulden zurückgezahlt.

Die Entwicklung 1964

202. Wie immer in Zeiten einer Beschleunigung des Wachstums nehmen auch 1964 die öffentlichen Einnahmen verstärkt zu. So haben sich die Einnahmen an Bundes- und Landessteuern bis September gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 10 v. H. erhöht, während sie im ganzen Jahr 1963 nur um 6,0 v. H. zugenommen hatten. Die Steuereinnahmen haben sich im ersten Halbjahr 1964 um 8,8 v. H. gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres erhöht, während sie 1963 um 5,0 v. H. gestiegen waren. Die Steuereinnahmen im ganzen Jahr 1964 werden somit vermutlich stärker steigen als das Bruttosozialprodukt (etwa 9,5 v. H.). Auf der anderen Seite sind seit der Jahresmitte die Arbeitgeberbeiträge zu den Familienausgleichskassen weggefallen. Auch diesmal wieder zeigt sich die Verzögerung des Aufkommens an veranlagter Einkommensteuer (+ 6,3 v. H.) und Körperschaftsteuer (+ 5,5 v. H.).

203. Von den Mehreinnahmen des Jahres 1964 gibt der Staat verhältnismäßig wenig für seinen Verbrauch aus (Ziffer 68 ff.). Die Einkommensübertragungen für Renten, Unterstützungen und Pensionen haben dagegen beschleunigt zugenommen (Ziffer 134). Ebenso stellt der Staat für Investitionen im laufenden Jahr erneut etwa 15 bis 20 v. H. mehr bereit als im Vorjahr; die Verschiebung in der Ausgabenstruktur zugunsten der öffentlichen Investitionen hält also an. Die Darlehen des Staates, die hauptsächlich als Nachfrage nach Wohnbauten wirksam werden, dürften zwar höher sein als 1963, doch bleibt die Zunahme voraussichtlich weit geringer als bei den eigenen Ausgaben für Investitionszwecke. In der ersten Jahreshälfte 1964 gingen von den öffentlichen Haushalten insgesamt expansive Einflüsse aus. Im dritten Vierteljahr hat das Verhalten des Staates kontraktiv gewirkt.

Die voraussichtliche Entwicklung 1965

204. Die Einnahmen der öffentlichen Hand (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) werden 1965 voraussichtlich prozentual weniger zunehmen als 1964: zunächst als Folge des Steueränderungsgesetzes, dann wegen des Wegfalls der Arbeitgeberzahlungen zu den Familienausgleichskassen, der sich erstmals ganzjährig auswirken wird, und schließlich wegen des Abbaus der Zölle im Rahmen der EWG. Das Bundesfinanzministerium rechnete beim Haushaltsvoranschlag für 1965 mit einer Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 8,0 v. H. und gab auf Grund dessen und der übrigen Bestimmungsgrößen eine erwartete Zunahme der Steuereinnahmen (einschließlich Lastenausgleichsabgaben) von nur 6 v. H. an (gegenüber 8,5 v. H. 1964).

205. Auf der Ausgabenseite werden die Aufwendungen für den Staatsverbrauch voraussichtlich etwas stärker zunehmen als 1964, die Ausgaben für Einkommensübertragungen dagegen etwas weniger. Wesentlich verlangsamt werden die Investitionsausgaben ansteigen, soweit dies auf Grund der Haushaltspläne beurteilt werden kann.

206. Der Voranschlag des Bundeshaushalts für 1965 sieht eine Vergrößerung des Volumens auf 63,9 Mrd. DM gegenüber 60,3 Mrd. DM 1964 vor; das sind rd. 6 v. H. mehr. Nach Angaben des Bundesministeriums der Finanzen erhöhen sich die Inlandsausgaben innerhalb des Etats nur um 5 v. H. Die Bundesregierung ist damit zunächst den Empfehlungen des Ministerrats der EWG gefolgt, die nominalen inlandswirksamen Kassenausgaben auf 105 v. H. des Vorjahres zu begrenzen. Wie schwierig es letztlich sein wird, den Haushalt innerhalb dieser Grenze zu halten, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Beschränkung auf 63,9 Mrd. DM nur unter Ausnutzung einiger haushaltstechnischer Möglichkeiten zu erreichen war und daß der Voranschlag — allerdings entsprechend den Gepflogenheiten der Haushaltsaufstellung — die dem Bund aus der Anhebung der Tariflöhne und Tarifgehälter im öffentlichen Dienst erwachsenden Mehrausgaben nicht berücksichtigt, weil sie in ihrer Höhe noch nicht festliegen. Im einzelnen sind nicht nur 651 Millionen DM Globalkürzungen bei den verschiedenen Haushaltsplänen vorgesehen — dies war vor allem aus Deckungsgründen nötig, weil der Bund auf Grund gesetzlicher und rechtlicher Verpflichtungen gehalten war, Mehrausgaben in Höhe von 4,9 Mrd. DM einzustellen —, sondern man hat vielfach Leertitel auch in solchen Fällen eingesetzt, bei denen heute schon feststeht, daß dem Bund tatsächliche Aufwendungen erwachsen werden. So besteht z. B. auf Grund eines Gerichtsurteils die Verpflichtung, den öffentlichen Verkehrsbetrieben die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten im Nahverkehr ab 1. April 1950 in der Größenordnung von rd. 200 Millionen DM zu erstatten. Darüber hinaus ist das Volumen des Bundeshaushalts dadurch verkleinert worden, daß die Gewinnablieferung der Deutschen Bundesbank und die daraus vorzunehmende Tilgung der Aufwertungsschuld (1964 100 Millionen DM) in Einnahme und Ausgabe weggelassen wurde; ferner sind mit Sicherheit zu erwartende Betriebsverluste bei Bundesbahn und Bundespost, die der Bund tragen muß, nicht im Haushalt berücksichtigt. Deren Rentabilitätslage hat sich bereits im laufenden Jahr erheblich verschlechtert. Unter diesen Umständen könnte sich der Anstieg der inlandswirksamen Ausgaben nur in der Grenze von 5 v. H. halten, wenn 1965 erheblich mehr Auslandszahlungen geleistet werden als 1964.

207. Bei den Ländern, an die sich die Empfehlung des Ministerrats der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ebenfalls richtet, werden die Schwierigkeiten, die Grenze für die Zunahme der Ausgaben von 5 v. H. einzuhalten, ähnlich groß sein wie beim Bund. Zwar haben die Haushaltsreste in einigen Ländern erheblich abgenommen, so daß die Ausgaben durch den Abbau solcher Ausgabenreste nicht mehr so viel über die Haushaltsansätze hinausgehen werden wie 1964, doch werden — ebenso wie beim Bund — die Voranschläge durch die im Laufe des Jahres zu erwartenden Lohn- und Gehaltserhöhungen überschritten werden. Bisher vorliegende Haushaltspläne von sechs Ländern, auf die etwa zwei Drittel des Ausgabevolumens aller Länder entfallen, lassen bereits eine Erhöhung der Ausgaben von 9 v. H. gegenüber den Ansätzen des Vorjahres erwarten.

208. Über die Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände liegen für 1965 keine ausreichenden Informationen vor. Es ist jedoch kaum damit zu rechnen, daß im kommunalen Bereich die Ausgaben um nicht mehr als 5 v. H. zunehmen werden. Sollten die Länder bei ihren Schlüsselzuweisungen — wie 1964 — Zurückhaltung üben, könnten die Gemeinden sicherlich zum großen Teil erneut in die Schuldenaufnahme ausweichen.

Grundsätzliche Bemerkungen

209. Die Empfehlung des Ministerrats der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in allen Mitgliedsländern bei der Ausweitung der Staatsausgaben nicht über einen bestimmten Prozentsatz hinauszugehen, hat sicherlich mitgeholfen, in diesen Ländern den Widerstand gegen ein inflatorisch wirkendes Verhalten der öffentlichen Hand zu stärken. In der konjunkturellen Situation, in der diese Empfehlung gegeben wurde, erschien wohl auch der gewählte Satz von 5 v. H. angemessen; zudem war die Empfehlung Ausdruck einer gewissen Bereitschaft zur Koordinierung der Konjunkturpolitik. Sollte jedoch daran gedacht werden, die Vorgabe eines solchen Satzes durch den EWG-Ministerrat zur Regel zu machen, so ist zu bedenken, daß die Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand, auch was das Volumen der Ausgaben angeht, nicht allein dem Gesichtspunkt einer mehr oder weniger gemeinschaftlichen Konjunkturpolitik unterworfen werden kann, es sei denn auf Kosten anderer Ziele der Wirtschaftspolitik, insbesondere eines angemessenen Wachstums. Im Hinblick auf die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern und die Erfordernisse einer langfristigen Vorsorge in den Bereichen des Bildungswesens, des Gesundheitswesens und des Straßenbaus kann es sehr wohl nötig sein, daß der Zuwachs der öffentlichen Ausgaben einmal für einige Jahre über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt der Nachfrageexpansion liegt und der Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt damit steigt. Unter anderen Umständen mag das Gegenteil angeraten sein. Da jedoch die hier angesprochenen Bedarfsgruppen nicht in allen Mitgliedsländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gleich dringlich sind oder die zuständigen nationalen Instanzen diese Dringlichkeit nicht einheitlich beurteilen, kann die Vorgabe einer einheitlichen Expansionsrate für die Staatsausgaben aller Länder nur in Ausnahmefällen überwiegend vorteilhaft sein, so sehr auch gerade diese Einheitlichkeit die konjunkturpolitische Kooperation erleichtern mag. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß auch eine Ausweitung der Staatsausgaben, die von Mitgliedsland zu Mitgliedsland unterschiedlich ist oder vom jeweiligen Wachstum des Sozialprodukts abweicht, unter dem Gesichtspunkt einer harmonisierten und konjunkturgerechten Fiskalpolitik durchaus unbedenklich ist, wenn zugleich die Steuer- und Verschuldungspolitik der Staaten einer strengen konjunkturpolitischen Disziplin unterworfen würde.

210. Die Bundesregierung hat sich in der Vergangenheit zu wiederholten Malen um konjunkturgerechtes Verhalten auch im Bereich der öffentlichen Finanzen bemüht. Ihren Maßnahmen waren jedoch vielfach nur Teilerfolge beschieden. Das lag vor allem daran, daß es eine erhebliche Zeit zu dauern pflegt, bis die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen vom Parlament genehmigt und ins Werk gesetzt werden können, so daß sie oft erst in einem Zeitpunkt wirksam werden, zu dem sich die konjunkturelle Lage bereits wieder gewandelt hat. Hinzu kommt, daß der Bund nur etwa die Hälfte der Staatsausgaben zu beeinflussen vermag und das finanzielle Verhalten der Länder und Gemeinden den konjunkturpolitischen Absichten der Bundesregierung unter Umständen zuwiderläuft (Ziffer 54). Auch erschwert die zeitliche Verzögerung des Aufkommens der gewinnnabhängigen Steuern eine konjunkturgerechte Fikalpolitik von Bund und Ländern.

211. Die Bundesregierung ist im Nachtrag zum Wirtschaftsbericht vom 8. Juni 1964 auf diese Schwierigkeiten ausführlich eingegangen und hat in dem Abschnitt „Erweiterung des konjunkturpolitischen Instrumentariums" Möglichkeiten einer antizyklischen Finanzpolitik beschrieben, von denen wir einige noch einmal hervorheben und ergänzen möchten.

212. Dem Vorschlag, die zeitliche Verzögerung des Aufkommens der gewinnabhängigen Steuern abzukürzen, kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil dies in jedem Fall konjunkturausgleichend wirken würde. Die Bundesregierung spricht hier die Möglichkeit eines Systems der zeitnahen Selbstveranlagung an. Daneben

ist auch daran zu denken, daß die Vorauszahlungen von Gewinnsteuern — auf Grund der Umsatzsteuervoranmeldungen — rascher, stärker und allgemeiner an die mit dem Konjunkturverlauf wechselnde Gewinnlage der Unternehmen angepaßt werden könnten. Dabei dürfte man von einer — nicht zu geringen — Verzinsung sowohl der „Steuerschulden" als auch überhöhter Vorauszahlungen erwarten, daß sie Steuerpflichtige und Fiskus dahin drängen, wegen des eigenen Vorteils auf eine möglichst weitgehende Übereinstimmung von Gewinnentwicklung und Steuerfluß zu achten.

213. Dagegen erscheint uns die im Nachtragsbericht der Bundesregierung erwähnte Manipulierung der steuerlich zulässigen Anlageabschreibungen zur Konjunkturstabilisierung weniger geeignet. Einmalige und zeitlich befristete Sonderabschreibungen auf Investitionen während einer Rezession sowie zeitlich befristete Prämien für die Vertagung bestimmter Investitionen in der Hochkonjunktur sind, kurzfristig gewährt, sicherlich zweckmäßig, und eine weitergehende Ermächtigung der Bundesregierung, hier gegebenenfalls rasch selbständig zu handeln, wäre konjunkturpolitisch vorteilhaft. Im allgemeinen ist jedoch eine antizyklische Abschreibungspolitik mit der Gefahr eines unerwünschten Ankündigungseffekts verbunden. Diese Gefahr ließe sich nur vermeiden, wenn die Bunderegierung im Rahmen eines ausreichenden Ermessensspielraums ihre Entscheidungen ohne Rücksicht auf die besondere Lage in einzelnen Bereichen träfe, insbesondere also ohne Verhandlungen mit den Vertretern konjunkturschwacher Branchen, denen sie ihre Absichten vorzeitig enthüllen müßte.

214. Die Steuerprogression sowie die Notwendigkeit, das bestehende Steuersystem zu verbessern, lassen immer wieder Steueränderungen nötig werden; diese Änderungen könnten zeitlich so gelegt werden, daß ihre expansiven oder kontraktiven Wirkungen den konjunkturpolitischen Erfordernissen entsprechen. Praktisch würde dies bedeuten, daß Steuersenkungen, die den Verbrauch anregen und über die Netto-Rentabilität der Unternehmen die Investitionsbereitschaft erhöhen, vornehmlich in Zeiten verlangsamten Wachstums der Gesamtnachfrage durchgeführt werden. Im Falle einer ernsthaften Rezession werden Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung sicherlich nicht zögern, auch darüber hinaus kräftige Steuersenkungen für begrenzte Zeit vorzunehmen. Auf die rechtzeitige und gegebenenfalls kurzfristige Durchführung kommt es bei jeder konjunkturwirksamen Steueränderung entscheidend an. Die Bundesregierung hat in ihrem Nachtragsbericht für 1964 dargelegt, daß sie prüfen lassen wolle, ob eine Ermächtigung in Betracht kommen könne, die der Bundesregierung gewisse Steueränderungen durch Rechtsverordnung erlauben würde. Wir unterstreichen die Bedeutung dieser Frage und sind der Meinung, daß — abgesehen von den rechtlichen Problemen, die wir nicht erörtern können — möglicherweise schon eine Regelung befriedigen würde, die es in das konjunkturpolitische Ermessen der Bundesregierung stellt, den Zeitpunkt für das Inkrafttreten beschlossener Steueränderungsgesetze — vielleicht im Einvernehmen mit dem Steuerausschuß des Bundestages — zu bestimmen.

215. Die Ausgaben der öffentlichen Hand lassen sich weniger stark beeinflussen als das Steueraufkommen. Stärkere Schwankungen der Staatsausgaben sind wachstumspolitisch nicht unbedenklich, weil sie unter Umständen die Erfüllung der staatlichen Aufgaben beeinträchtigen. Ein stetiges Wachstum der Staatsausgaben wirkt im übrigen allein schon durch den großen Anteil dieser Ausgaben an der Gesamtnachfrage konjunkturstabilisierend. Eine zeitliche Tiefenstaffelung der öffentlichen Investitionen mag notwendig sein, damit dem Gesichtspunkt der Dringlichkeit einzelner Vorhaben ebenso Rechnung getragen werden kann wie dem gesamtwirtschaftlichen Erfordernis der Stetigkeit. Was die Koordination der öffentlichen Haushalte — insbesondere für den Bereich der Nachfrage nach Bauleistungen — anlangt, so könnte möglicherweise eine Klärung der verfassungsrechtlichen Probleme, die hier liegen, dazu beitragen, daß Fehlentwicklungen in diesem Bereich vermieden werden können.

216. Ein stetiges Wachstum der Staatsausgaben hätte zur Folge, daß im Konjunkturaufschwung Überschüsse entstünden, die es erlaubten, Schulden bei der Bundesbank zurückzuzahlen und Guthaben für spätere Zeit anzusammeln; bei verlangsamtem Wachstum des Sozialprodukts könnten diese Guthaben und darüber hinaus Kredite der Bundesbank in Anspruch genommen werden. Der Grundsatz, daß die Staatsausgaben sich möglichst stetig entwickeln sollen, schließt nicht aus, daß öffentliche Investitionsvorhaben beschleunigt ausgeführt werden, wenn in Zeiten verlangsamter Nachfrageexpansion freie Kapazitäten vorhanden sind. Konjunktur- und wachstumspolitisch wäre es wünschenswert, daß die Ausnutzung solcher Möglichkeiten dann nicht an einem Mangel an gut vorbereiteten Projekten im Bereich öffentlicher Bauvorhaben und — nicht zuletzt — der Bundesbahn und Bundespost scheitert.

ACHTES KAPITEL

Die voraussehbare Entwicklung

217. Entgegen manchen Vorstellungen, die da und dort bestehen mögen, kann man nicht erwarten, daß irgend jemand, auch nicht ein Gremium, in der Lage ist, die künftige wirtschaftliche Entwicklung vorherzusehen. Was wir verantworten können, ist sehr viel weniger: Wir können nur die Entwicklungen, die unsere Wirtschaft in der Zukunft nehmen könnte, der Reihe nach überprüfen, um aus dem weiten Bereich der Möglichkeiten jene Zukunftshypothese herauszufinden, die nach unserer Auffassung am besten mit den uns bekannten Tatsachen und Theoremen in Einklang steht und die wir deshalb als unsere beste „Setzung" ansehen. Sie ist eine Projektion, der wir zwar eine größere Wahrscheinlichkeit beimessen als allen anderen, aber sie braucht noch nicht einmal eine hohe Wahrscheinlichkeit zu besitzen. In manchen Fällen würden wir es sogar begrüßen, wenn die Ereignisse unsere Vorhersagen nicht bestätigten. Das gilt vor allem für die Fehlentwicklungen, die sich durch ein vorbeugendes Verhalten des Staates und all derer, die außer ihm gesamtwirtschaftliche Verantwortung tragen, vermeiden lassen.

218. Der Sachverständigenrat hat seine Vorausschau auf Grund der Informationen aufgestellt, die ihm in der ersten Novemberhälfte 1964 zur Verfügung standen. Die letzten statistischen Angaben beziehen sich daher in den meisten Fällen auf September 1964. Die Vorausschau beschränkt sich auf das erste Halbjahr 1965, da die Auftragsbestände einigermaßen sichere Hypothesen über die wahrscheinliche Entwicklung von Investition und Ausfuhr nur für einen relativ kurzen Zeitraum zulassen. Die Nachteile gegenüber einer Vorausschau auf ein volles Jahr liegen vor allem darin, daß einige Informationen, wie z. B. die Voranschläge der öffentlichen Haushalte, sich auf das ganze Jahr beziehen. Unsicherheiten, die mit der Zuordnung solcher Daten auf eine Jahreshälfte verbunden sind, glauben wir in Kauf nehmen zu können. Der tatsächliche Prognosezeitraum — vom Monat der letzten Information aus gerechnet — beträgt in diesem Bericht immer noch neun Monate.

219. Auf Grund der Auftragseingänge aus dem In- und Ausland rechnen wir mit einer anhaltenden Vollbeschäftigung der Produktionsanlagen und des Arbeitskräftepotentials bis tief hinein in das Jahr 1965. Die Investitionsneigung der Unternehmer, die unter dem Einfluß der außenwirtschaftlichen Entwicklung seit Mitte 1963 kräftige Impulse empfangen hat, ist groß genug, um die Gefahr einer Unterbeschäftigung der Investitionsgüterindustrien auch für den Fall eines stärkeren Rückgangs der Auslandsaufträge auszuschließen. Die für den 1. Januar 1965 vorgesehene Steuersenkung wird ebenfalls die Binnenkonjunktur anregen. Die Konsumgüterindustrien können sich zudem vor allem von den Lohn- und Gehaltserhöhungen, die bereits eingetreten und bis zum Frühjahr zu erwarten sind, eine Absatzausweitung versprechen. Schließlich ist damit zu rechnen, daß die zuständigen Instanzen gerade im Wahljahr die konjunktur- und fiskalpolitischen Bremsen lockern werden, sobald ihnen dies irgend vertretbar erscheint.

220. Was die außenwirtschaftlichen Beziehungen anlangt, so sprechen die bis November 1964 verfügbaren Informationen zugunsten der Annahme, daß sich unsere Zahlungsbilanz während der nächsten Monate in der Nähe des Gleichgewichts (ungefähr ausgeglichene Grundbilanz) halten wird, falls es in wichtigen Partnerländern nicht zu politisch bedingten Störungen kommt. Die Importe werden vorerst wohl weiter schneller zunehmen als die Exporte, die vor allem wegen der doch recht wirksamen Stabilisierungsbemühungen in Italien und Frankreich und der handelspolitischen Maßnahmen Großbritanniens verlangsamt wachsen werden. Auch ist damit zu rechnen, daß die Tendenz zur Passivierung unserer Dienstleistungsbilanz, wenn auch abgeschwächt, anhält. Unter diesen Umständen wird sich der Leistungsbilanzüberschuß in den nächsten Monaten eher vermindern als vergrößern. Die terms of trade werden sich 1965 im Vergleich zu 1964 erneut verbessern.

221. Wegen der geringen Elastizität des Arbeitskräfteangebots und der Arbeitszeitverkürzungen wird das Arbeitsvolumen im ersten Halbjahr 1965 nicht größer sein als 1964; es muß sogar mit einem leichten Rückgang gerechnet werden. Die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts wird daher ausschließlich bestimmt sein durch die Zunahme des Produktionsergebnisses je Stunde, die ihrerseits abhängig ist von dem — früheren — Investitionsvolumen, das im Prognosezeitraum zur Produktionskapazität ausreift, von der Änderung der Beschäftigtenstruktur zugunsten von Industriezweigen und Betrieben mit überdurchschnittlich hoher Produktivität (Struktureffekt), von Verbesserungen in der Betriebsorganisa-

tion und von einer etwaigen Zunahme der Arbeitsintensität je geleistete Arbeitsstunde. Gegeben und bekannt sind hiervon nur die früher getätigten Investitionen; sie waren 1964 verhältnismäßig hoch. Von dieser Seite kann also durchaus wieder mit beachtlichen Produktivitätsfortschritten im ersten Halbjahr 1965 gerechnet werden, obwohl freie Kapazitäten gegenwärtig nicht mehr in größerem Umfang vorhanden sind. Die anderen Faktoren, die die Rate der durchschnittlichen Produktivitätssteigerung bestimmen, sind weitgehend abhängig von der Nachfrageentwicklung. Behält die Nachfrageexpansion ihr gegenwärtiges Tempo bei, rechnen wir mit einer durchschnittlichen Produktivitätssteigerung von 5 bis 5,5 v. H.; beschleunigt sich die Nachfrageexpansion kräftig, so könnte dies Rationalisierungseffekte erzwingen, die die Rate der Produktivitätssteigerung möglicherweise bis auf 6 v. H. erhöhen würden, allerdings unter den gegebenen Umständen nur mit beschleunigtem Preisanstieg; stagnierte die Nachfrage, so wäre eine sehr viel geringere Produktivitätssteigerung zu erwarten. Bei den Annahmen, die wir der Vorausschau im einzelnen zugrunde gelegt haben, ergibt sich eine Produktivitätssteigerung von rd. 5 v. H. und eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um etwa 4,5 v. H.

222. Da die nominale Gesamtnachfrage nach unserer Vorausschätzung weiterhin so stark zunehmen wird, daß das Angebot sie trotz steigender Importe zu den bisherigen Preisen nicht decken wird, muß mit einem zumindest ebenso starken Preisanstieg wie im zweiten Halbjahr 1964 gerechnet werden, immer verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Sollte die Nachfrage stärker zunehmen, so würde sich der Spielraum für die Überwälzung von Kostenerhöhungen noch vergrößern.

223. Die Ergebnisse der Vorausschau, die sich auf die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beschränken, sind in Tabelle 55 zusammengestellt. Die Zahlenangaben sind nur rechnerische Anhaltspunkte für die voraussichtliche Entwicklung und Struktur der Nachfrage und des Angebots.

224. Damit die Annahmen, die der Vorausschau zugrunde liegen, überprüft werden können, werden sie in zusammengefaßter Form hier dargelegt. Einzelheiten sind aus den im Anhang III wiedergegebenen Arbeitsunterlagen zu ersehen.

225. Die Vorausschau der Ausfuhrentwicklung beruht auf Projektionen des voraussichtlichen Konjunkturverlaufs in den elf wichtigsten Partnerländern und auf Funktionen, die die Entwicklung der deutschen Exporte in diese Länder mit derjenigen des nominalen Bruttosozialprodukts in diesen Ländern während der letzten zehn Jahre in Beziehung setzen. Für das erste Halbjahr 1965 kann mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß sich das gegenwärtig vorherrschende internationale Konjunkturklima nicht wesentlich ändern wird. Zugunsten dieser Vermutung spricht die anhaltende lebhafte wirtschaftliche Aktivität und die Zunahme der Auftragseingänge in den Vereinigten Staaten, in Österreich, in den skandinavischen Ländern und wohl auch in Frankreich. Zwar ist in den Benelux-Ländern in absehbarer Zeit mit einer Konjunkturdämpfung zu rechnen, aber in Italien stehen expansive Maßnahmen unmittelbar bevor. In Großbritannien wird der zusätzliche Zoll von 15 v. H. auf Fertigerzeugnisse eine gewisse Expansionspolitik ermöglichen, ohne daß die Handelsbilanz auf der Importseite belastet wird. Von Zöllen auf Fertigerzeugnisse wird aber die Bundesrepublik verhältnismäßig stark betroffen. So rechnen wir insgesamt für das erste Halbjahr 1965 mit einer geringeren Zuwachsrate unserer Ausfuhr (5,0 v. H.) als für die zweite Hälfte 1964 (6,5 v. H.). Für eine derartig ruhige Exportentwicklung spricht auch der Anstieg unserer Ausfuhrpreise in den letzten Monaten (Ziffer 32), der die internationalen Preisunterschiede in ähnlicher Weise verringert hat wie 1961 die Aufwertung.

226. Mit ziemlicher Sicherheit kann ausgeschlossen werden, daß diese Ausfuhrentwicklung die Investitionstätigkeit beeinträchtigen wird. Für eine anhaltend große Investitionsbereitschaft spricht vor allem die Zunahme der inländischen Bestellungen bei den Investitionsgüterproduzenten, der Bestand an unerledigten Aufträgen und der hohe Auslastungsgrad der Industriekapazitäten. Diese Tendenzen in Zuwachsraten auszudrücken, ist nur innerhalb eines gewissen Spielraums vertretbar. Die angenommene Zuwachsrate von 10 v. H. für das erste Halbjahr 1965 ist deshalb nicht mehr als eine Rechengröße.

227. Weder beim Wohnungsbau noch bei den Bauvorhaben der gewerblichen Wirtschaft oder der öffentlichen Hand gibt es Anzeichen für einen grundlegenden Wandel der Nachfrage gegenüber der zweiten Hälfte 1964. Die Überhänge sind immer noch beträchtlich. Für den Bereich des Tiefbaus wird dabei vorausgesetzt, daß die in den öffentlichen Haushalten für den Straßenbau veranschlagten Beträge zu einem verhältnismäßig großen Teil schon in der ersten Hälfte 1965 ausgegeben werden. Diese Annahme erscheint um so eher gerechtfertigt, als im Tiefbau genügend Kapazitäten vorhanden sind.

228. Beim zivilen Staatsverbrauch kann man davon ausgehen, daß die Ausgaben 1965 mehr steigen werden als 1964, da die Beamtengehälter zum 1. Oktober 1964 aufgebessert wurden und Lohn- und Gehaltserhöhungen für die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst zu

Tabelle 55

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

— Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in v. H. —

	1960	1961	1962 [1]	1963 [1]	1964 [2]	1964		1965
						1. Halbjahr [3]	2. Halbjahr [2]	1. Halbjahr [2]
I. Komponenten der Nachfrage								
Ausfuhr	+15,1	+ 4,6	+ 4,8	+ 8,8	+10,5	+15,0	+ 6,5	+ 5,0
Bruttoanlageninvestitionen	+15,6	+14,3	+11,6	+ 5,1	+13,0	+17,5	+ 9,5	+ 8,5
Bauten	+12,3	+14,4	+13,4	+ 8,0	+14,5	+24,0	+ 7,5	+ 7,0
Ausrüstungen	+19,1	+14,2	+ 9,8	+ 2,1	+12,0	+11,5	+12,0	+10,0
Staatsverbrauch	+12,5	+14,0	+15,3	+10,2	+ 6,5	+ 1,5	+10,5	+ 9,5
Privater Verbrauch	+ 8,5	+ 9,8	+ 9,2	+ 5,4	+ 8,0	+ 8,0	+ 7,5	+ 9,0
Endnachfrage [4]	+12,8	+ 9,3	+ 9,0	+ 6,4	+ 9,5	+10,5	+ 9,0	+ 8,5
II. Gesamtangebot								
Bruttosozialprodukt	+11,5	+ 9,9	+ 8,7	+ 6,2	+ 9,5	+10,5	+ 8,5	+ 8,0
Einfuhr	+18,7	+ 5,9	+10,6	+ 7,2	+ 9,5	+ 9,0	+10,0	+ 9,0
III. Komponenten des Angebots								
Erwerbstätige	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3
Geleistete Stunden je Erwerbstätigen [2] [5]	− 0,1	− 1,2	− 1,9	− 1,4	+ 0,2	+ 0,4	± 0	− 0,7
Arbeitsvolumen	+ 1,7	+ 0,2	− 1,2	− 1,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,4	− 0,4
Arbeitsproduktivität (reales Produktionsergebnis je Arbeitsstunde)	+ 6,9	+ 5,3	+ 5,3	+ 4,3	+ 5,8	+ 7,5	+ 5,0	+ 5,0
Bruttoinlandsprodukt — real	+ 8,7	+ 5,6	+ 4,1	+ 3,2	+ 6,5	+ 8,5	+ 5,5	+ 4,5
IV. Preisentwicklung								
des Bruttosozialprodukts	+ 2,6	+ 4,3	+ 4,4	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,5
des Privaten Verbrauchs	+ 1,3	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,5
Preisindex für die Lebenshaltung [6]	+ 1,4	+ 2,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,0

ab 1961 Bundesgebiet einschließlich, 1960 ohne Saarland und Berlin (West)

[1]) vorläufige Ergebnisse

[2]) eigene Schätzung

[3]) Quelle: Deutsche Bundesbank

[4]) inländische Verwendung plus Ausfuhr

[5]) einschließlich Veränderung der Zahl der Arbeitstage

[6]) mittlere Verbrauchergruppe, 1962 = 100

erwarten sind. Für die künftige Entwicklung der Verteidigungsausgaben liegen Anhaltspunkte kaum vor. Wir verlassen uns deshalb hier auf Schätzungen von Stellen, die über Absichten und Vorstellungen der Bundesregierung besser unterrichtet sind.

229. Grundlage für die Schätzung des Privaten Verbrauchs ist die voraussichtliche Entwicklung des verfügbaren Einkommens. Was die Einkommen aus unselbständiger Arbeit anlangt, so kann davon ausgegangen werden, daß die Zahl der Arbeitnehmer noch langsamer, die tariflichen Löhne und Gehälter dagegen — nach den wirksam werdenden Tarifbeschlüssen und den angemeldeten Lohnforderungen nach zu urteilen — rascher steigen werden als bisher. Die Steigerung der Bruttolohn- und -gehaltssumme wird sich daher im ersten Halbjahr 1965 etwas beschleunigen. Da die zum Jahresbeginn 1965 in Kraft tretende Steuersenkung die privaten Haushalte um fast 2 Mrd. DM entlasten dürfte, wird sich das Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit voraussichtlich rascher erhöhen als im zweiten Halbjahr 1964.

230. Bei den übertragenen Einkommen kann für 1965 eine etwa gleich große Zuwachsrate wie im Jahr 1964 angesetzt werden; zwar werden die sogenannten Bestandsrenten der Sozialversicherung 1965 stärker angehoben werden (9,4 v. H.) als 1964 (8,2 v. H.); dagegen ist für die übrigen Einkommensübertragungen insgesamt mit einer geringeren Zuwachsrate als 1964 zu rechnen.

231. Im ganzen kann man davon ausgehen, daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im ersten Halbjahr 1965 um 9 bis 9,5 v. H. höher sein wird als im ersten Halbjahr 1964. Dabei ist angenommen, daß die Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ebenso rasch zunehmen werden wie bisher. Mit 9 bis 9,5 v. H. dürfte die Obergrenze für die Zunahme des Privaten Verbrauchs aufgezeigt sein. Sollte indessen die Sparquote weiter steigen — was durchaus wahrscheinlich ist —, so würde der Private Verbrauch entsprechend weniger zunehmen. Eine Zuwachsrate von 8 v. H. für den Privaten Verbrauch dürfte die Untergrenze sein; ihr entspräche eine durchschnittliche Sparquote von 11,5 v. H.

232. Bei der Vorausschau der Produktion gehen wir davon aus, daß der Spielraum für eine Erhöhung des Angebots an Arbeitskräften sehr eng begrenzt ist. Vom Wanderungsgewinn und aus der Arbeitslosenreserve wird man keine zusätzlichen Arbeitskräfte erwarten können. Aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung wird sich ein Abgang von Arbeitskräften ergeben, den auch eine Steigerung der Erwerbsquote nicht voll ausgleichen wird. Als einzige Quelle bleibt die vermehrte Einstellung ausländischer Arbeitskräfte. Aber auch hier zeichnen sich die Grenzen bereits ab. Es erscheint daher angebracht, die Zuwanderung zusätzlicher Gastarbeiter für das Jahr 1965 nicht höher zu veranschlagen, als sie 1964 war. Dies ergibt zusammen für das Jahr 1965 einen voraussichtlichen Zugang von rd. 100 000 Erwerbstätigen. Die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr wäre damit wiederum etwas geringer als in den vorangegangenen Jahren. [1])

233. Die bisher von den Tarifpartnern getroffenen Vereinbarungen lassen erkennen, daß sich das Tempo der Arbeitszeitverkürzungen nochmals verlangsamen wird. Selbst diese Arbeitszeitverkürzungen werden nicht voll durch Überstunden ausgeglichen werden. Der Einfluß der Witterung auf die Arbeitszeit und auf das Arbeitsvolumen blieb außer Ansatz, weil der Winter 1963/64 nur wenig kälter war als normal und deshalb Abweichungen in der einen wie in der anderen Richtung gleich wahrscheinlich sind.

234. Ein zunehmender Teil der zusätzlichen Gesamtnachfrage dürfte auch in den nächsten Monaten durch Importe gedeckt werden. Die kommerzielle Fertigwareneinfuhr, die reichlich 40 v. H. der gesamten Wareneinfuhr ausmacht, wird vermutlich in demselben Tempo wie bisher steigen oder sich noch beschleunigen. Die Preissteigerungen in einigen Partnerländern haben sich gegenüber dem Vorjahr zum Teil erheblich vermindert. Es ist daher zu erwarten, daß etwaige Engpässe auf dem Inlandsmarkt durch Rückgriff auf das ausländische Angebot beseitigt oder gemildert werden. Die Zunahme der Rohstoff- und Halbwareneinfuhr wird vermutlich weniger groß sein als bisher, da auch die industrielle Produktion mit etwas geringerer Rate steigen wird. Ferner ist damit zu rechnen, daß die Preissteigerungen auf den Weltrohstoffmärkten ihren Höhepunkt überschritten haben oder bald überschreiten werden, so daß zu spekulativen Vorratskäufen kein Anreiz mehr vorhanden sein dürfte. Die Dienstleistungsausgaben werden wohl ihre bisherige Entwicklungsrichtung beibehalten.

235. Die Rate des Produktivitätsfortschritts war 1964 mit 6 v. H. höher als 1963. Wir setzen für das erste Halbjahr 1965 nur eine Steigerungsrate von 5 v. H. ein (Ziffer 221); denn ein Mehr an Kapazitätsauslastung, wie es 1964 erreichbar war, steht nicht zur Verfügung, obwohl die relativ hohen Investitionen, die 1964 getätigt

[1]) Der Vorausschau ebenso wie der Darstellung der Quellen des Arbeitsmarktes (Ziffer 84 ff.) lagen die Ergebnisse einer gründlichen Untersuchung über die vergangene und zukünftige Entwicklung der Erwerbsbevölkerung zugrunde, die das Statistische Bundesamt für den Sachverständigenrat vorgenommen hat. Der Sachverständigenrat wird auf diese Untersuchung in einem späteren Bericht noch zurückkommen.

wurden, zum Teil schon im ersten Halbjahr 1965 einen beachtlichen Kapazitätszuwachs bringen dürften. Bei der erwarteten Nachfrageentwicklung werden sich auch im Vorausschätzungszeitraum Wandlungen in der Beschäftigtenstruktur durchsetzen, deren Wirkung auf das durchschnittliche Produktionsergebnis je Stunde wir positiv veranschlagen, und zwar mit 0,5 v. H. Dieser Zunahme der Produktivität entspricht wohl eine Erhöhung des durchschnittlichen Arbeitseinkommens je Stunde in ähnlichem Ausmaß, da der Übergang in produktivere Bereiche zumeist durch Lohnunterschiede ausgelöst wird. Insoweit ist der Produktivitätsfortschritt bereits in Form höherer Löhne verteilt. Demnach bliebe ein noch verteilbarer Produktivitätsfortschritt von 4,5 v. H. Auf der anderen Seite rechnen wir mit einer lohnpolitisch ebenfalls bedeutsamen Verbesserung der terms of trade. Auf das gesamte Realeinkommen und damit auch auf das Realeinkommen je Beschäftigtenstunde bezogen, dürfte diese Verbesserung 0,5 v. H. betragen, so daß ein realer Einkommenszuwachs von 5 v. H. zur Verteilung verfügbar bleibt.

NEUNTES KAPITEL

Voraussichtliche Fehlentwicklungen und mögliche Gegenmittel

236. Von den Zielen, die der Sachverständigenrat seinem Gutachten zugrundezulegen hat, ist das der Preisstabilität das am meisten gefährdete.

Wir erwarten, daß das Preisniveau des Privaten Verbrauchs und damit auch der Preisindex für die Lebenshaltung im kommenden Halbjahr — auf Jahresraten bezogen — um etwa 3 v. H. steigen wird. Unserer Meinung nach ist dies mehr, als sich mit dem Ziel der Geldwertstabilität vereinbaren läßt, zumal schon seit elf Jahren der Preisindex für die Lebenshaltung fast ständig gestiegen und in Jahren ruhiger Konjunkturentwicklung nicht mehr gesunken ist.

237. So besorgniserregend diese Entwicklung ist, so wenig überrascht sie, wenn man die Geldentwertung in den meisten anderen Ländern zum Vergleich heranzieht und bedenkt, daß bei festen Wechselkursen ein so stark in die internationale Wirtschaft integriertes Land wie die Bundesrepublik nur vorübergehend geringere Raten der Geldentwertung haben oder gar eine Insel der Geldwertstabilität bilden kann. Wenn wir in der Preisentwicklung wesentlich nachhinken, „leiden" wir unter einem Übermaß an Exportüberschüssen. Dieses Zuviel an Exporten, das den Preisauftrieb im Ausland dämpft, erzeugt bei uns eine Übernachfrage und einen entsprechend großen Preiserhöhungsspielraum der Unternehmen. Wenn unsere Preise dann tatsächlich steigen und damit viele unserer Erzeugnisse ihren Konkurrenzvorsprung auf den inländischen Märkten wieder verlieren, tendiert auch die Zahlungsbilanz zum Gleichgewicht, bis wir abermals in der Geldentwertung zurückbleiben. In einer solchen Zwischenphase des Aufholens bei den Preisen und der Rückkehr zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht scheinen wir uns in diesen Monaten zu befinden, und man kann nur hoffen, daß unsere Partnerländer, die unter dem Druck ihrer Zahlungsbilanz und der internationalen Zusammenarbeit gebremst haben, nicht schon nach kurzer Zeit wieder die Zügel schießen lassen.

238. Auch auf mittlere und längere Sicht besteht wenig Grund zum Optimismus. Dies ergibt sich nicht nur aus den bisherigen Erfahrungen, sondern auch aus grundsätzlichen Erwägungen. Es besteht nämlich unter Bedingungen, wie sie heute in vielen Ländern gegeben sind, ein schwer überbrückbarer Gegensatz zwischen dem Ziel der Vollbeschäftigung und der Geldwertstabilität, der in der Praxis der meisten Länder zugunsten von Vollbeschäftigung und kräftigem Wachstum und auf Kosten der Geldwertstabilität entschieden zu werden pflegt.

Wenn auch in Zukunft in der Bundesrepublik die binnenwirtschaftlichen Kräfte, die bei Vollbeschäftigung das Preisniveau nach oben drücken, schwächer sind oder mehr zum Maßhalten bewogen werden können, als dies im Ausland der Fall ist, und erst recht wenn wir außerdem noch als Folge dieser Umstände verhältnismäßig hohe Raten der Produktivitätssteigerung und des Reallohnwachstums erzielen sollten (Ziffer 35), ist mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß unsere Zahlungsbilanz (Grundbilanz) immer wieder Überschüsse zeigen wird, die bei konstanten Wechselkursen nur im Zuge einer Anhebung unseres binnenwirtschaftlichen Preisniveaus abgebaut werden können.

239. Solange diese Gefahr des Inflationsimports nicht gebannt ist — und sie läßt sich bei festen Wechselkursen und freier Konvertibilität auf längere Sicht allenfalls bei weltweiter monetärer Disziplin bannen —, kann der Geldwert in der Bundesrepublik auf die Dauer nicht stabil gehalten werden. Wenn trotzdem von der öffentlichen Hand und den Sozialpartnern immer wieder jene Zurückhaltung gefordert wird, die der Geldwertstabilität an sich gemäß ist, so ist dies also nicht mehr als ein Versuch mit unzureichenden Mitteln. Zudem sind solche Appelle unter solchen Bedingungen auch deshalb fragwürdig, weil dadurch diejenigen enttäuscht werden, die sich im Interesse der Geldwertstabilität tatsächlich zurückhalten und daher erwarten, daß ihre Zurückhaltung durch Geldwertstabilität honoriert wird. Mit der Zurückhaltung, die die Sozialpartner im Interesse der Geldwertstabilität nicht selten geübt haben, ist über unsere Exportüberschüsse die Expansion in Ländern mit weniger disziplinierter Wirtschaftspolitik ungewollt real mitfinanziert worden; monetär gesehen hat die Bundesrepublik dadurch, daß sie internationale Liquidität an sich zog, dazu beigetragen, daß die schleichende Inflation in der Welt wenigstens in Grenzen gehalten wurde.

240. Als im Frühsommer 1964 die Gefahr der importierten Inflation besonders akut war, hat sich der Sachverständigenrat intensiv mit der Frage befaßt, wie man eine solche Fehlent-

wicklung vermeiden kann. Einige Formulierungen, die wir damals einstimmig beschlossen haben, möchten wir wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung in etwas erweiterter Form auch in diesen Bericht aufnehmen. Während es uns damals ratsam erschien, von einer Veröffentlichung abzusehen, bestehen diese Bedenken im Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts (Herbst 1964) nicht mehr, nachdem seit einigen Monaten die Gefahr eines sich verstärkenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts gebannt zu sein scheint.

a) Selbst wenn es gelänge, so sagten wir damals unter anderem, die interne finanzielle Stabilität in den Defizitländern wiederherzustellen, wäre es nach aller Erfahrung so gut wie ausgeschlossen, daß deren Preisniveau jemals wieder auf den niedrigeren Stand der vorhergegangenen Jahre zurückgeführt werden kann. Wir befürchten daher, daß der Weg zur Wiederherstellung des internationalen Preisgleichgewichts bei den jetzigen Wechselkursen nur über eine erneute Aushöhlung der Binnenkaufkraft der DM führt. Eine solche Fehlentwicklung kann durch nichts anderes — auch nicht durch Vorgriffe auf später ohnehin fällige Zollsenkungen — vermieden werden als durch Maßnahmen, die auf eine Änderung der effektiven Wechselkursrelationen hinauslaufen.

b) Nach dem Prinzip, daß die Kranken und nicht die Gesunden der Heilung bedürfen, könnte die Bundesregierung den Partnerländern, die unter einer defizitären Zahlungsbilanz leiden, mit Nachdruck die Notwendigkeit vor Augen führen, daß sie mit dem Außenwert ihrer Währung nachholen, was sie mit dem Binnenwert bereits geschehen ließen. Stützungskredite an Defizitländer und Maßnahmen zur Verhinderung eines fluchtartigen Kapitalzustroms aus Gebieten des Währungsverfalls lassen sich mit dem Ziel der Geldwertstabilität in der Bundesrepublik, der unsere Sorge gilt, nur vereinbaren, wenn sie an die Bedingung geknüpft sind, daß das fundamentale Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz dieser Länder unverzüglich behoben wird.

c) Falls die Defizitländer nicht abwerten, läge es im Bereich des Möglichen, den Preiserhöhungsspielraum der Unternehmen in der Bundesrepublik durch lineare Senkung der steuerlichen Abgaben und Rückerstattungen im grenzüberschreitenden Verkehr einzuengen. Hiervon würde jedoch nur ein Teil der außenwirtschaftlichen Beziehungen berührt. Für einzelne Bereiche des Warenhandels, den ganzen Dienstleistungsverkehr und das System der internationalen Kreditbeziehungen bliebe es bei den jetzigen Verhältnissen. Außerdem stünde eine Senkung der Ausgleichssätze dem geplanten Übergang zu einem System der Mehrwertsteuer im Wege.

d) Eine Aufwertung, wie sie 1961 durchgeführt wurde, kann ein fundamentales Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz beseitigen. Sie hat jedoch vor allem den Mangel, daß man nicht genau vorausbestimmen kann, um wieviel aufgewertet werden muß, und man daher aus Furcht vor deflatorischen Wirkungen im Inlande eher zu wenig als zu viel aufwertet. Die Feinabstimmung vollzieht sich dann wieder über das Preisniveau, und zwar in inflatorischer Richtung. Für die Erhaltung des Binnenwertes des Geldes in einer Weltwirtschaft, in der die Preisniveaus der Partnerländer mehr oder weniger kontinuierlich steigen, ist das System der Stufenflexibilität — in unserem Falle also wiederholte Aufwertungen — weder in der vom Weltwährungsfond nach Artikel 4 des Abkommens von Bretton Woods vorgesehenen post-festum-Form noch bei präventiver Anwendung ausreichend. Wenn die Währungsrelationen im In- und Ausland jeweils erst verändert werden, nachdem sich ein fundamentales Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz herausgebildet hat, dann sind in der Regel im Inland schon Preissteigerungen eingetreten, die erfahrungsgemäß einen irreversiblen Geldwertschwund bedeuten. Mit der Stufenflexibilität kann also der Import von Inflation nicht unterbunden, sondern nur gehemmt werden; wollte man diesen Mangel vermeiden, dann müßte man mit den Aufwertungen gleichsam vorhalten, oder es müßte post festum, um die bereits eingetretenen Preissteigerungen wieder rückgängig zu machen, mehr aufgewertet werden, als zur Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts nötig ist. Beide Möglichkeiten kommen praktisch nicht in Frage, da sie auf Deflationsdruck im Inland hinauslaufen.

e) Einen Fortschritt gegenüber dem System der Stufenflexibilität würde es schon bedeuten, wenn man zur besseren Wahrung der Geldwertstabilität in der Bundesrepublik der Bundesbank einen größeren Aktionsspielraum in der Form gewährte, daß man die Punkte, an denen sie zur Intervention auf den Devisenmärkten verpflichtet ist, weiter auseinander setzt. Wahrscheinlich wäre dabei zunächst mit einer Bandbreite auszukommen, die bei den am internationalen Wirtschaftsverkehr beteiligten Kreisen noch nicht das Gefühl eines unzumutbar großen Währungsrisikos aufkommen ließe. Auf der anderen Seite liefern die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts genügend Grund zu der Annahme, daß die Obergrenze der größeren Bandbreite um so schneller zum neuen Festkurs wird, je stärker die inflatorischen Tendenzen im Ausland sind und je energischer die Bundesregierung ihnen entgegenwirkt. Dies bedeutet, daß bei einer zu geringen Auswei-

tung der Bandbreite das außenwirtschaftliche Gleichgewicht teilweise wieder auf Kosten der inneren Geldwertstabilität zustande kommt; will man dies vermeiden, müßte man die Interventionspunkte gegebenenfalls erneut auseinander setzen oder im Niveau verlagern.

f) Ein System flexibler Kassa- und Terminkurse würde sich von der Stufenflexibilität dadurch abheben, daß man keine neue Parität zu fixieren brauchte und daß das Risiko eines Zuwenig oder Zuviel und einer zu frühen oder zu späten Aufwertung damit wegfiele. Die volle Flexibilität des Wechselkurses gibt erst die Freiheit, eine wirksame Politik der Geldwertstabilität zu treiben, ohne daß von Zeit zu Zeit ein Deflationsdruck ausgeübt zu werden brauchte. Außerdem brauchten in einem System flexibler Wechselkurse unvorhersehbare Paritätsänderungen nicht mehr befürchtet zu werden. Die Gefahr starker Ausschläge des Wechselkurses halten wir für gering, wenn wir und unsere Partnerländer eine Politik der internen finanziellen Stabilität treiben; politisch bedingte Spekulationen auf dem Devisenmarkt würde es nicht mehr und nicht weniger geben als spekulative Kapitalbewegungen im gegenwärtigen System. Gegen solche Wechselkursschwankungen könnte die Bundesbank die deutsche Wirtschaft jederzeit schützen, indem sie auf den Devisenmärkten ebenso interveniert, wie sie es heute muß.

g) Gegen das erhöhte Kursrisiko im laufenden Auslandsgeschäft könnten sich Importeure und Exporteure unschwer sichern. Die Importeure haben schon immer ihre Devisenverpflichtungen am Devisenterminmarkt kursgesichert. Die Exporteure werden durch einen flexiblen Wechselkurs überhaupt nicht berührt, wenn sie in D-Mark fakturieren; ist dies nicht möglich, so müßten sie bei langen Zahlungszielen in ausländischer Währung — vornehmlich also im langfristigen Anlagegeschäft — die Kosten einer wiederholten Kurssicherung in den Preis einkalkulieren. Bei Exportgeschäften von besonderer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung könnte der Bund jederzeit das Kursrisiko in seine Exportbürgschaften einbeziehen.

h) Die alternative Möglichkeit, die Ziele der Geldwertstabilität und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts gleichzeitig zu erreichen, besteht darin, daß die wichtigsten Partnerländer im Rahmen dafür geeigneter internationaler Organisationen ihre Konjunktur- und Fiskalpolitiken wirksam aufeinander abstimmen. Geldwertstabilität durch Koordinierung der Wirtschaftspolitik setzt aber voraus, daß sich die beteiligten Länder in ihrer überwiegenden Mehrheit vom Ziel der Geldwertstabilität ernsthaft leiten lassen. Wir glauben allerdings, befürchten zu müssen, daß in diesem Punkt auch in Zukunft im wesentlichen die gleichen Unterschiede in der Rangordnung bestehen werden wie bisher. Unter solchen Umständen eröffnet das System freibeweglicher Wechselkurse die Möglichkeit, daß in ihr jedes beteiligte und sogar auch ein Land allein die wirtschaftspolitischen Ziele verwirklichen kann, die seinen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen entsprechen.

241. Ob solche Befürchtungen zu Recht bestehen, können letztlich nur die an der internationalen Zusammenarbeit unmittelbar beteiligten politischen Instanzen beurteilen. Es ist auch eine überwiegend politische Frage, ob die internationale Kooperation und darüber hinaus die Art der internationalen Integration, wie sie in der EWG verwirklicht werden soll, feste Wechselkurse erfordern; eine ausschließlich politische Frage ist es, ob die Integration bei festen Wechselkursen das Opfer rechtfertigt, die Geldwertstabilität zu vernachlässigen. Sie zu beantworten, ist nicht Aufgabe des Sachverständigenrates, zumal das Gesetz, das die Grundlage seiner Arbeit bildet, nur die Ziele Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum nennt, nicht aber Integration und feste Wechselkurse.

242. Sind die außenwirtschaftlichen Vorbedingungen für eine Politik der Geldwertstabilität erfüllt, so kommt es darauf an, eine inflatorische Übernachfrage aus dem Inland zu vermeiden.

Für die öffentlichen Haushalte bedeutet dies zunächst, daß bei der Vorausschätzung der Steuereinnahmen für die Budgetaufstellung, im Gegensatz zur bisherigen Übung, eine Inflationsrate nicht mehr einkalkuliert werden dürfte. Ein solcher geldwertneutraler Haushaltsvoranschlag würde entsprechend niedrigere Staatsausgaben oder eine größere Anleiheaufnahme am Kapitalmarkt oder höhere Steuersätze bedingen. Wenn die Preise dann gleichwohl steigen und die Steuereinnahmen infolgedessen über den Voranschlägen liegen, wären die inflationsbedingten Mehreinnahmen bei der Bundesbank festzulegen. Dagegen widerspräche es den Prinzipien einer stabilisierenden Haushaltsgebarung, wollte man die überplanmäßigen Einnahmen wieder dem Wirtschaftskreislauf zuführen, sei es durch Mehrausgaben, sei es durch zusätzliche Tilgung von Anleihen, die sich im Besitze der Banken und des Publikums befinden, sei es durch Verzicht auf die Emission im Budget vorgesehener Anleihen; alles dies würde den antiinflatorischen Effekt aufheben. Daß die Ausgabenvoranschläge bei geldwertneutralem Haushalt nicht reichen, um den Staatsbedarf zu erhöhten Preisen zu decken, zwingt die öffentliche Hand,

sich mit ihrem ganzen Gewicht als Nachfrager nach Gütern und Leistungen gegen höhere Preisforderungen zu wehren. Bleibt dagegen das Wachstum des Nominaleinkommens und der Steuereinnahmen aus konjunkturellen Gründen hinter den Vorausschätzungen zurück, so entstehen beim Vollzug des Haushalts Kassendefizite, die nun in expansiver Richtung wirken und so zu einem stetigen Wachstum beitragen.

243. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht und konjunkturgerechtes Verhalten der öffentlichen Hand verringern die Gefahr einer Übernachfrage von seiten der Unternehmen, einer darauf beruhenden Aufblähung der Gewinnquote und einer schließlich einsetzenden Preis-Lohn-Spirale. Soweit dennoch eine Übernachfrage der Unternehmen entsteht, könnte ihr die Bundesbank bei flexiblem Wechselkurs wirksam begegnen, indem sie den Kredit verknappt und verteuert. Je mehr Auslandskapital der erhöhte Zins anzieht, desto mehr erhöht sich der Außenwert der Währung mit der Folge, daß die Importe verbilligt und die Exporte, in erster Linie die zusätzlichen Exporte, zugunsten der Inlandsversorgung gedämpft werden. Die Kredit- und Zinspolitik kann damit bei flexiblen Wechselkursen einen Grad der konjunkturpolitischen Wirksamkeit erreichen, wie sie ihn bisher nicht hatte; dies ist um so wichtiger, als sich die Kreditpolitik gegenüber allen anderen Mitteln durch ihre Flexibilität auszeichnet. Diese Flexibilität könnte sich auch bewähren, wenn in der Bundesrepublik einmal rezessive Tendenzen vorherrschen sollten. Die Bundesbank hätte dann die Möglichkeiten, durch Mittel der Geld- und Kreditpolitik das Zinsniveau zu senken und auf diese Weise den Geld- und Kapitalexport anzuregen, der den Außenwert der Währung herabsetzen würde. Auch hier träte auf diese Weise zu dem unmittelbaren Einfluß auf die Investitionsneigung (hier: Senkung der Kapitalkosten) ein konjunkturpolitisch erwünschter außenwirtschaftlicher Effekt hinzu (hier: Förderung der Exporte, Behinderung der Importe).

244. Als wirksames Mittel der Konjunktur- und Geldwertstabilisierung könnte die Kombination von Zins- und Wechselkurspolitik zugleich der Vermeidung von Inflationsgewinnen dienen. Sie wäre damit ein Instrument der kurz- und mittelfristigen Einkommenspolitik für den Bereich der „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen".

245. Nun ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß sich in der Bundesrepublik ein Konflikt zwischen Geldwertstabilität auf der einen und Vollbeschäftigung und angemessenem Wachstum auf der anderen Seite herausstellt, wenn die ausländischen und inländischen Quellen der Übernachfrage zum Versiegen gebracht sind. Die Erfahrungen in einer Reihe von Industrieländern bestätigen die Möglichkeit eines derartigen Konflikts.

246. Ein Grund dafür, daß auch ohne Übernachfrage das Preisniveau steigen kann, liegt in der unzureichenden Flexibilität der Preise nach unten. Daß Preissenkungen für Erzeugnisse, deren Produktionskosten gesunken sind und für die keine Übernachfrage besteht, unterlassen werden, beschränkt die Möglichkeit, material- und lohnkostenbedingte Preissteigerungen in anderen Bereiche auszugleichen und so das Preisniveau stabil zu halten, ohne daß es eines Deflationsdrucks bedarf, der den hohen Beschäftigungsstand gefährdet. Hier vermag nur eine durchgreifende Wettbewerbspolitik des Staates zu helfen; ebenso kann man auch Preiserhöhungen, die monopolistisch bedingt sind, wohl nur mit wettbewerbspolitischen Mitteln vermeiden. Denn unmittelbare Preiseingriffe haben — ganz abgesehen von grundsätzlichen Einwänden, die gegen sie vorgebracht werden können — dieselbe unerwünschte Nebenwirkung wie eine Mobilisierung der öffentlichen Meinung gegen Preiserhöhungen: Sie schwächen allgemein die Bereitschaft, die Preise zu senken.

247. Die Tatsache, daß Nominallöhne heute praktisch kaum mehr gesenkt werden können, hat zur Folge, daß der Mechanismus der Lohnrelationen, der die wachstumsbedingte Wanderung der Arbeitskräfte herbeiführen muß, wenn Vollbeschäftigung herrscht und erhalten bleiben soll, nur bei mehr oder weniger stark steigendem Niveau der Nominallöhne arbeiten kann. Ein noch kräftigerer Anstieg des Lohnniveaus ergibt sich, wenn Branchen mit überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten mangels wirksamer Konkurrenz die Preise nicht senken, sondern stattdessen die Löhne im vollen Ausmaß ihrer Produktivitätssteigerung erhöhen, ohne daß dies vom Arbeitskräftebedarf her erforderlich wäre, und wenn die institutionellen und soziologischen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt dahin wirken, daß die Löhne in den anderen Branchen in kurzer Zeit nachziehen. Es sind natürlich auch noch andere Konstellationen und Verhaltensweisen möglich, die bei Vollbeschäftigung und bei einer De-facto-Vollbeschäftigungsgarantie der Regierung dazu führen können, daß das Niveau der Nominallöhne stärker steigt, als es mit den Zielen der Geldwertstabilität und eines angemessenen Wachstums — der Produktionsanlagen, des Kapitaleinsatzes je Arbeitsplatz, der Produktivität und damit der Reallöhne — vereinbar ist.

248. Wenn sich bei Vollbeschäftigung von der Preis-, Lohn- und Kostenseite her Gefahren der beschriebenen Art zeigen, kann die Geldwertstabilität zwar verteidigt werden, aber kurzfristig und ohne unmittelbare Eingriffe in die Preis- und Lohnbildung nur mit Mitteln,

die zu sinkenden Investitionen und zunehmender Arbeitslosigkeit führen. Der Standpunkt, daß alle, die mehr für ihre Arbeit und ihre Erzeugnisse fordern, als der Markt zu zahlen bereit ist, es selbst zu verantworten haben, wenn sie aus dem Markt gedrängt werden, ist so weit entfernt von den im Gesetz über den Sachverständigenrat niedergelegten Zielen, daß er hier ohne nähere Prüfung ausscheiden kann. Wir müssen also nach anderen Möglichkeiten suchen, die Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität gegen die Gefahren zu sichern, die nunmehr von dem Vorhaben der Sozialpartner ausgehen können. Die einzige, die mit unserer Wirtschaftsordnung vereinbar ist — eine andere sehen wir nicht —, liegt in der Aufklärung über jene lohnpolitischen Bedingungen, unter denen ohne Beschränkung der tarifpolitischen Autonomie der Sozialpartner Geldwertstabilität ohne Arbeitslosigkeit — oder Vollbeschäftigung ohne Inflation — möglich ist.

a) Bei gegebenen Wettbewerbsbedingungen spielt sich im monetären Gleichgewicht ein bestimmtes Verhältnis zwischen Preisen und Kosten und damit auch zwischen Preis- und Kostenniveau ein. Das Problem der Geldwertstablität bei Vollbeschäftigung ist daher identisch mit dem der Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Kostenniveaus.

b) Damit das Kostenniveau nicht steigt, dürfen die Nominallöhne, solange die oben genannten Annahmen und Bedingungen — insbesondere monetäres und außenwirtschaftliches Gleichgewicht — gegeben sind, dem Grundsatz nach im Durchschnitt nicht stärker erhöht werden als um den Prozentsatz, um den sich in der Gesamtwirtschaft das Produktionsergebnis je Stunde — von etwaigen Struktureffekten bereinigt — erhöht. Wenn dagegen der Anteil der Kapitalkosten an den Gesamtkosten abnimmt — zum Beispiel wegen Zinssenkung infolge zunehmenden Kapitalreichtums oder wegen kapitalsparenden technischen Fortschrittes — oder wenn die „terms of trade" sich verbessern — niedrigere Importpreise oder höhere Exportpreise —, so ist für Lohnerhöhungen ein zusätzlicher Spielraum über den Fortschritt der gesamtwirtschaftlichen Produktivität hinaus gegeben, ohne daß das Kostenniveau steigt — und umgekehrt. Ebenso mag es angebracht sein, den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt optimistisch einzuschätzen, in der Hoffnung, daß ein gewisser Lohndruck die Rationalisierungsbemühungen in den Unternehmen verstärkt.

c) Zu den Lohnerhöhungen gehören im Hinblick auf die Kostenseite auch Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge, soweit sie den Arbeitgeberanteil betreffen. Es müßte daher die Regel gelten, die Beitragssätze, soweit erforderlich, in kürzeren Zeitabständen und dann jeweils nur geringfügig anzuheben; eine sprunghafte Beitragserhöhung würde den Spielraum der Sozialpartner für kostenniveau-neutrale Lohnerhöhungen in dem betreffenden Jahr zu sehr einengen.

d) Die Lohnerhöhung, die im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt kostenniveau-neutral ist, kann nur für jene Bereiche den Maßstab bilden, die sich im Gleichgewicht befinden und voraussichtlich im Gleichgewicht bleiben werden. Zeigt sich irgendwo ein zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften, der nicht aus dem Neuzugang, sondern nur durch Abzug aus anderen Bereichen gedeckt werden kann, so müssen, wie dies in der effektiven Lohnbemessung in der Regel schon geschieht, die Löhne in den Mangelbereichen stärker erhöht werden, und zwar um so mehr, je größer die Friktionen und der Widerstand sind, die der Lohnanreiz überwinden soll.

e) Auf der anderen Seite ist es erforderlich, daß überall dort die Löhne langsamer steigen, wo Arbeitskräfte nicht mehr so dringend benötigt werden, weil der Absatz schrumpft oder der technische Fortschritt Einsparungen ermöglicht; sonst fehlt für die Arbeitnehmer der Anreiz, von sich aus den Arbeitsplatz zu wechseln. Wenn die Unternehmen zögern, nicht mehr benötigte Arbeitskräfte zu entlassen, und sogar erhebliche Lohnzugeständnisse machen — vielleicht auch weil sie mit entsprechender staatlicher Hilfe rechnen, die aus politischen Gründen gerechtfertigt sein mag —, so wird in solchen Bereichen ein Beschäftigungsstand aufrechterhalten, der die an sich mögliche Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und damit letzten Endes auch der Reallöhne verringert.

f) Da die Knappheitsbedingungen in den verschiedenen Gebieten, Industriezweigen und Berufssparten am besten in kollektiven Verhandlungen ermittelt werden können, macht die gesamtwirtschaftliche Leitregel den Lohnfindungsprozeß durch die Tarifparteien nicht entbehrlich. Die Leitregel zeigt nur den Richtpunkt an, bei dem die Ziele der Geldwertstabilität, der Vollbeschäftigung und des gesamtwirtschaftlichen Wachstums zum Wohle aller am wenigsten miteinander in Konflikt stehen.

249. Mit den flexiblen Mitteln der Kredit- und Wechselkurspolitik und einer konjunktur- und wachstumspolitisch orientierten Haushaltspolitik kann es — von kurzen Ausnahmeperioden abgesehen — gelingen, sowohl das binnen- als auch das außenwirtschaftliche Gleichgewicht annähernd zu erreichen. Es muß zu diesem Zweck die in- und ausländische Nachfrage so auf unser Angebotspotential abgestimmt wer-

den, daß wir es weitgehend ausschöpfen — hoher Beschäftigungsstand — und daß wir, von unentgeltlichen Leistungen abgesehen, so viel an ausländischen Gütern, Diensten und Kapitaltiteln importieren, wie unsere Gesamterlöse aus der Ausfuhr von Gütern, Diensten und Kapitaltiteln betragen — außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Damit es zur Erhaltung der Geldwertstabilität — stabiles Preisniveau — nicht ab und zu deflatorischer Eingriffe bedarf und erst recht natürlich keines ständigen Deflationsdrucks, müssen die Anbieter und Anbieterorganisationen auf den Güter- und Arbeitsmärkten darauf verzichten, den bei hoher Gesamtnachfrage fast immer vorhandenen Preis- und Lohnerhöhungsspielraum voll auszunutzen. Durch solche Zurückhaltung erleichtern sie es den für die Geldwertstabilität verantwortlichen Instanzen, eine Politik zu betreiben, die das Risiko einer leichten Übernachfrage nicht mehr scheut als die Gefahren des Nachfragemangels und der nachfragebedingten Wachstumsverlangsamung. Den Unternehmen und den Gewerkschaften in der Bundesrepublik ist ein derartiges Verhalten nicht fremd. Es hat wesentlich dazu beigetragen, daß unsere Wirtschaft auch nach Erreichen der Vollbeschäftigung noch verhältnismäßig hohe Wachstumsraten erzielen konnte. Weder die Gewinne noch die Reallöhne sind infolge dieser Zurückhaltung weniger gestiegen; eher ist das Gegenteil der Fall.

250. Nicht in der Preiskonjunktur, sondern in der Mengenkonjunktur liegt für die Unternehmen die größere Chance für höhere Gewinne auf lange Sicht. Durch Preiszurückhaltung — nach der immer noch gültigen Regel „kleiner Nutzen — großer Umsatz" — sichern sich die Unternehmen selbst die Nachfrage, die ihnen Erweiterungs- und Rationalisierunginvestitionen ermöglicht und damit die Vorteile der Großserienproduktion und der Automatisierung verschafft.

251. Zurückhaltende Lohnpolitik, wie sie die deutschen Gewerkschaften — mindestens im Vergleich zu denen anderer Länder — relativ häufig betrieben haben, belohnt der Markt zunächst mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes, die die Vollbeschäftigung gewährt. Eine leichte Übernachfrage macht den freiwilligen Stellenwechsel zur Regel und den erzwungenen Stellenwechsel durch Entlassung zur Ausnahme. Daraus ergibt sich — vor allem bei wachstumsbedingten Strukturwandlungen — ein wesentlicher Produktivitätseffekt: Wer seinen Arbeitsplatz aufgibt, weil er an anderer Stelle mehr verdienen kann, erhöht damit in der Regel auch seinen Beitrag zum Sozialprodukt; bei Entlassungen dagegen kommt der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt der produktiven Verwendung an anderer Stelle in der Regel nicht zum Tragen. Deshalb kann bei sinkender Nachfrage am Arbeitsmarkt ziemlich schnell eine beträchtliche „Reibungsarbeitslosigkeit" entstehen, bedingt durch den Rückgang des freiwilligen Stellenwechsels und die Zunahme der Entlassungen, vor allem von Kräften, die andernorts nicht oder nur schwer wieder verwendbar sind. Der Produktivitätsvorteil der leichten Übernachfrage am Arbeitsmarkt und die größeren Produktivitätsfortschritte, die die Unternehmen in der Mengenkonjunktur erzielen, erweitern den Spielraum, innerhalb dessen der Mechanismus der Lohnrelation, auf den es bei Vollbeschäftigung auch mehr ankommt als bei Unterbeschäftigung, funktionieren kann, ohne daß er das Kostenniveau erhöht.

252. Dies sind die Bedingungen, unter denen angemessene, ja sogar hohe Wachstumsraten auch dann noch erzielt werden können, wenn die Währungspolitik außenwirtschaftliche Überschüsse — oder Importdefizite — nicht mehr zuläßt, unsere Wirtschaft gegenüber den preissteigernden Einflüssen aus dem Ausland isoliert ist und der Geldwertstabilität damit jener Rang gegeben ist, den die Bevölkerung ihr zuerkennt.

253. Was dem Wachstum und der Geldwertstabilität zugleich förderlich ist, dient mittelbar auch dem Ziel stärkerer Vermögensbildung bei den breiten Schichten. Denn je größer der wachstumsbedingte Produktivitätsfortschritt ist, um so mehr steigen das Niveau der Reallöhne und die Fähigkeit zum Sparen; den Willen zum Sparen aber erhöht ein stabiler Geldwert, weil er den breiten Schichten, die in der Regel Geldvermögensanlagen bevorzugen, die Gewähr gibt, daß der zeitweilige Konsumverzicht sich am Ende nicht teilweise als endgültiger herausstellt. Vermehrte Vermögensbildung — als Folge kräftigen Wachstums und stabilen Geldwertes — ist seinerseits geeignet, Wachstum und Vermögensbildung zu fördern: Der Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz kann schneller zunehmen, mit ihm die Arbeitsproduktivität, mit dieser das Niveau der Reallöhne und mit diesem wiederum die Fähigkeit zur Vermögensbildung. Soweit das höhere Niveau der Arbeitsproduktivität und der Reallöhne, das von größerem Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz zu erwarten ist, nicht auf stärkerem technischen Fortschritt beruht, drückt es allerdings auf die Gewinnraten. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmer braucht dies nicht wesentlich zu beeinträchtigen, da dann mit der Vermehrung des Kapitals auch das Zinsniveau sinkt, abgesehen davon, daß eine Politik stetiger und ausreichend kräftiger Nachfrageexpansion das inländische Investitionsrisiko in Grenzen hält.

254. Daß wachstumsfördernde Bedingungen, wenn sie zusammentreffen, sich gegenseitig verstärken, gehört zu den wirtschaftspolitisch wichtigsten Einsichten der ökonomischen Wachstumsforschung; gleiches gilt für Wachstums-

hemmnisse. Im Gegensatz zu manchen anderen Ländern hat sich die Bundesrepublik in den vergangenen fünfzehn Jahren günstiger Wachstumsbedingungen erfreut; deshalb konnte das Wachstumsziel in der öffentlichen Diskussion, aber auch in diesem Bericht etwas im Hintergrund bleiben. Wenn Regierung, Sozialpartner und Bevölkerung es wollen und ihr Verhalten danach einrichten, kann zu den günstigen Wachstumsbedingungen auch noch die Geldwertstabilität hinzutreten. Ohne ein solches Verhalten jedoch ist Geldwertstabilität — jedenfalls in der marktwirtschaftlichen Ordnung — nur um den Preis einer Hemmung des Wachstums erreichbar.

255. Nun ist allerdings zu bedenken, daß die Wirtschaftspolitik aus einem Guß, die erforderlich erscheint, um die im Gesetz über den Sachverständigenrat niedergelegten Ziele gleichzeitig zu erreichen, möglicherweise wegen zahlreicher innen- und außenpolitischer Rücksichten und Bindungen nicht oder nur auf längere Sicht realisierbar ist. Der Sachverständigenrat hat Grund zu der Annahme, daß das Haupthemmnis zunächst nicht so sehr in der Fiskalpolitik oder in der Lohn- und Preispolitik der Sozialpartner liegen dürfte, sondern im Bereich der Währungspolitik. Wir haben uns daher auch die Frage vorgelegt, wie es möglich gemacht werden könnte, daß auch bei festen Wechselkursen — und bei den gegenwärtigen — die Stabilität des Preisniveaus in der Bundesrepublik gewährleistet werden kann, ohne daß die anderen Ziele — hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum — berührt werden, immer unter der Annahme, daß die Defizitländer nicht dazu gezwungen werden können, rechtzeitig ihre Währung abzuwerten oder den Preisauftrieb durch Deflationsdruck zu verhindern oder gar rückgängig zu machen.

256. Kommt die Bundesrepublik den Defizitländern nicht dadurch entgegen, daß sie entweder die Preise ihrer Güter oder den Preis ihrer Währung steigen läßt, so trägt sie dazu bei, daß Länder mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten ihr reales Wachstum bremsen oder die Währung abwerten oder die Ein- und Ausfuhren regulieren: mit Zöllen, Steuern, Subventionen, Kontingenten und anderen Eingriffen in die kommerziellen Handelsbeziehungen, bei denen das Prinzip der Nicht-Diskriminierung dann de facto nicht immer beachtet wird oder gewährleistet werden kann. Ob dies der internationalen Wirtschaftsintegration förderlich ist, mag bezweifelt werden; ja man kann sich sogar fragen, ob es den Interessen der deutschen Exportwirtschaft wirklich dient. Integration ist jedenfalls nicht das Ergebnis fester Wechselkurse, sondern das Ergebnis einer Harmonisierung der nationalen Wirtschaftspolitiken, die feste Wechselkurse zu Gleichgewichtskursen macht und flexible Wechselkurse zu konstanten — oder zu stetig sich ändernden — Wechselkursen.

257. Die Stabilität des Preisniveaus im Innern läßt sich trotz inflatorischer Entwicklungen im Ausland auch bei festen Wechselkursen für eine Weile aufrechterhalten, wenn man mengenmäßige Einfuhrhemmnisse — auch solche aufgrund privater Absprachen — beseitigt, Importabgaben herabsetzt, Importsubventionen einführt oder/und die Exporte mit steuerlichen — oder gar administrativen — Mitteln drosselt. Auch für den Bereich des Geld- und Kapitalverkehrs mit dem Ausland gibt es Mittel, die ähnlich wie eine Aufwertung wirken oder wie eine Devisenbewirtschaftung mit umgekehrten Vorzeichen. Bis zu einem gewissen Grade mögen diese Mittel mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung noch vereinbar sein; doch gibt es wohl auch hier einen Punkt, an dem die Quantität in Qualität umschlägt.

258. Eine wirksame Stabilisierung der Binnenkonjunktur — stetiges Wachstum — läßt sich, wenn die oben beschriebene Kombination von Wechselkurs- und Kreditpolitik nicht in Betracht kommen soll, bei Konvertibilität nur noch erreichen, wenn die Fiskalpolitik ganz in den Dienst dieses Zieles gestellt wird. Sie müßte dann den Charakter einer antizyklischen Fiskalpolitik haben und eine Flexibilität aufweisen, die mit den traditionellen Prinzipien eines ordnungsmäßigen Haushaltsvollzuges in Übereinstimmung mit den parlamentarischen Bewilligungsinstanzen kaum mehr vereinbar ist. Ob eine solche Flexibilität jemals in einer Demokratie erreichbar ist, erscheint sehr zweifelhaft. Zudem kann die Fiskalpolitik bei voller Konvertibilität und festen Wechselkursen die Binnenkonjunktur wirksam nur dann stabilisieren, wenn sie nicht so sehr Liquiditätspolitik ist als eine Politik zur Beeinflussung der Auftragslage und der Rentabilität der Unternehmen. Ihr Schwergewicht muß zu diesem Zweck entweder bei den öffentlichen Aufträgen liegen, was hauptsächlich die Bauindustrie trifft, oder bei steuerlichen Mitteln zur Förderung oder Hemmung der Investitionen im Inland, z. B. bei antizyklischen — und daher häufigen — Veränderungen der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeit und bei einer Besteuerung oder Subventionierung der Privatinvestitionen je nach der Konjunkturlage. Auch hier erfordert die Flexibilität des Mitteleinsatzes sehr wahrscheinlich eine Verlagerung von Kompetenzen vom Parlament zur Regierung. Ob flexible Abschreibungssätze und Investitionssteuern und eine flexible Gestaltung der öffentlichen Ausgaben der langfristigen Investitionsbereitschaft und damit dem Wachstum der Wirtschaft, der marktwirtschaftlichen Ordnung und der internationalen Wirtschaftsintegration zuträglicher sind als flexible Wechselkurse, kann hier und jetzt nicht entschieden werden.

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 118

II. Fragen der Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen 120

III. Unterlagen zur Prognose 124

IV. Statistischer Anhang 131

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstellt jährlich bis zum 15. November ein Gutachten. Darüber hinaus soll er nach seinem Ermessen zusätzliche Gutachten erstellen, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden.

(2) Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung zusätzlicher Gutachten nach Absatz 1 Satz 2 beauftragen.

(3) Der Sachverständigenrat leitet die Gutachten der Bundesregierung unverzüglich zu und veröffentlicht sie acht Wochen danach. Die Gutachten nach Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 kann der Sachverständigenrat im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft auch zu einem anderen Zeitpunkt veröffentlichen.

(4) Zu dem Gutachten nach Absatz 1 Satz 1 nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen. Zu anderen Gutachten kann die Bundesregierung Stellung nehmen.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 14. August 1963

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Innern
Höcherl

Der Bundesminister der Finanzen
Dr. Dahlgrün

II.

Fragen der Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen

Nach dem Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sollen in den Gutachten des Sachverständigenrates auch die Fragen der Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen untersucht werden. In dem vorliegenden ersten Gutachten wird zwar die Einkommensverteilung nach dem Schema der Volkwirtschaftlichen Gesamtrechnungen, also in der üblichen Gliederung nach Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dargestellt (Ziffer 124); alle darüber hinausgehenden Fragen, also vor allem Fragen nach der Schichtung der Einkommen und ihrer Veränderung sowie Fragen nach der Vermögensverteilung mußten aber unbeantwortet bleiben, da keine ausreichenden amtlichen statistischen Informationen darüber zur Verfügung stehen. Der Sachverständigenrat hatte gleich zu Beginn seiner Arbeiten das Statistische Bundesamt um Auskunft über das auf diesem Gebiet vorliegende Material gebeten. Das Statistische Bundesamt hat daraufhin den Sachverständigenrat in einem ausführlichen Schreiben über den Stand der Arbeiten unterrichtet. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes hat den Inhalt dieses Schreibens in einem Brief zusammengefaßt, der nachstehend abgedruckt wird. Der Sachverständigenrat hofft, daß ihm schon im Verlauf des kommenden Jahres Material zugängig gemacht werden kann, das es ihm erlaubt, sich in seinem nächsten Jahresgutachten eingehender mit den Fragen der Einkommensverteilung zu befassen.

STATISTISCHES BUNDESAMT
Der Präsident

62 Wiesbaden, 31. Oktober 1964
Postfach 828
Gustav-Stresemann-Ring 11
Fernruf 7 78 51
Fernschreiber 04 186 836

An den
Vorsitzenden des Sachverständigenrates
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Herrn Prof. Dr. Bauer

43 **Essen-Heisingen**
Vollbergwinkel 7

Betr.: Nachweis der Bildung und Verteilung von Einkommen und Vermögen in der deutschen amtlichen Statistik

Sehr geehrter Herr Professor Bauer!

Das Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bestimmt in § 2, daß untersucht werden soll, „wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden". Wir sind der Meinung, daß eine über theoretische Erörterungen hinausgehende Analyse der Einkommens- bzw. Vermögensbildung und -verteilung im Hinblick auf die allgemeinen Ziele der Wirtschaftspolitik ein zuverlässiges, vielseitiges statistisches Gesamtbild dieser Vorgänge voraussetzt, da anders klare und eindeutige Urteile wohl nicht gebildet werden können.

Die deutsche amtliche Statistik hat auch bisher die große Bedeutung einer eingehenden statistischen Darstellung der erwähnten, ökonomisch wie politisch gleich wichtigen Tatbestände in keiner Weise verkannt. Sie bemüht sich deshalb auch seit langem darum, geeignete Unterlagen bereitzustellen. Es ist jedoch nicht zu bestreiten, daß noch nicht alle angestrebten Ziele erreicht werden konnten. Es werden noch viele weitere Anstrengungen nötig sein, um das einkommens- und vermögensstatistische Instrumentarium zu komplettieren, bis ein ausreichend vollständiges, in sich abgestimmtes und ausgewogenes Abbild der komplizierten Wirklichkeit gezeichnet werden kann.

Das Statistische Bundesamt hat den Sachverständigenrat in einem ausführlichen Schreiben über Möglichkeiten und Grenzen der statistischen Information über die Einkommens- und Ver-

mögensbildung bzw. -verteilung informiert. Dabei ergab sich, daß einige Teilaspekte der hier in Rede stehenden Tatbestände schon heute so klar sichtbar gemacht werden können, wie es vernünftigerweise erwartet werden darf, während andere — darunter leider auch besonders wichtige — nur undeutlich, unvollständig oder verzerrt in Erscheinung treten, wenn sie nicht überhaupt unsichtbar bleiben. Durchaus positiv darf man wohl die Möglichkeiten einer globalen Darstellung der Einkommensbildung und -verteilung beurteilen, wie sie durch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gegeben sind. Wesentliche Lücken bestehen jedoch gegenwärtig noch im Hinblick auf den feineren Nachweis der Verteilung der gesamten Einkommen, obgleich auch auf diesem Gebiet in den letzten Jahren durch Haushaltsbefragungen einige Fortschritte erzielt werden konnten. Vor allem mangelt es noch an Schichtungen des Brutto-, Netto- und/oder des disponiblen Einkommens bestimmter — nach sozioökonomischen Gesichtpunkten abgegrenzter — Gruppen von Personen und Haushalten. Relativ reichhaltig ist ist dagegen das Material für Teiluntersuchungen über Einkommensfragen; insbesondere das Material über Tarif- und Effektivverdienste sowie über Lohnkosten für weite Bereiche der Wirtschaft. Am ungünstigsten ist die Lage in bezug auf Angaben über die Vermögensverteilung, während für die Darstellung der Vermögensbildung bereits ein gewisser — ebenfalls durch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gegebener — Rahmen vorhanden ist.

Die partielle Unausgewogenweit und Lückenhaftigkeit der amtlichen statistischen Information machen es notwendig, das Gesamtbild der Einkommens- bzw. Vermögensbildung und -verteilung mosaikartig aus den gegenwärtig verfügbaren Daten zusammenzusetzen. In diesem Sinne haben es verschiedene Stellen unternommen, bestehende Lücken nach bestem Wissen und Können zu schließen, wozu zweifellos ein erheblicher Aufwand an Scharfsinn und Arbeitskraft nötig war (und ist). Der Erfolg solcher Bemühungen kann freilich abschließend noch nicht beurteilt werden. Der Versuch, das anzustrebende einkommens- und vermögensstatistische Gesamtbild anders als relativ grobflächig zu gestalten, macht nämlich eine Vielzahl ergänzender Schätzungen notwendig, für die hinreichend sichere Unterlagen häufig fehlen. Die Ergebnisse solcher Schätzungen hängen deshalb zwangsläufig von mehr oder minder gut fundierten Annahmen ab. Das ist einer der Gründe, weshalb das Statistische Bundesamt — als eine Stelle, deren Aufgabe darin besteht, „amtliche Zahlen" zu produzieren — bestimmte Arbeiten auf diesem Gebiet noch nicht weiter vorangetrieben hat, so daß auch der Sachverständigenrat mit geeignetem amtlichen Material dieser Art nicht versorgt werden konnte.

In dem schon erwähnten ausführlichen Schreiben ist im einzelnen dargelegt worden, daß das statistische Material sich im Laufe der nächsten Zeit weiter verdichten wird; eine Reihe von Einkommens- und Vermögensfragen wird man demnächst besser beantworten können als bisher. Die zusätzlichen Unterlagen sind vor allem aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

1962/63 zu erwarten, aber auch aus den Statistiken der Einkommensbesteuerung 1961. Unter diesen vergleichsweise günstigeren Aussichten für die nähere Zukunft wäre es — von der amtlichen Statistik her gesehen — wenig zweckmäßig gewesen, hätte sich der Sachverständigenrat darum bemüht, daß bislang verfügbare Material schon für seinen ersten Bericht auszuwerten. Dabei wäre er ohne umfangreiche zusätzliche Schätzungen auf relativ unsicherer Basis nicht ausgekommen, deren Ergebnisse im nächsten Jahre u. U. entscheidend hätten revidiert werden müssen.

Das Amt wird sich darum bemühen, den Sachverständigenrat durch Erarbeiten brauchbarer Unterlagen aus der wachsenden Menge verfügbaren Materials zu unterstützen, soweit es in seinen Kräften steht. Daß diese Kräfte aus haushaltsmäßigen Gründen allerdings begrenzt sind, muß klar ausgesprochen werden; schon jetzt ist es nicht immer möglich, aus den einzelnen Statistiken alle Aussagen herauszuarbeiten, die sie an sich machen könnten. Die Arbeiten mit dem Ziel einer vollständigeren Darstellung der Einkommens- und Vermögensbildung bzw. -verteilung werden nicht nur in quantitativer Hinsicht eine erhebliche Belastung bedeuten. Da noch viele, z. T. sehr schwierige theoretische und methodische Probleme zu klären sind, müssen auch qualifizierte Mitarbeiter eingesetzt werden, deren Arbeitskraft durch andere Aufgaben schon weitgehend absorbiert ist.

Schon jetzt läßt sich im übrigen absehen, daß einige Wünsche sehr wahrscheinlich nicht (oder nur teilweise) ohne zusätzliche Statistiken erfüllt werden können. Damit würden entsprechende Rechtsgrundlagen erforderlich, denn die amtliche Statistik kann ohne speziellen gesetzlichen Auftrag nicht tätig werden. Ob in absehbarer Zeit neue Gesetze über Einkommens- und Vermögensstatistiken erlassen werden, hängt von vielen Umständen ab, die hier nicht im einzelnen dargelegt zu werden brauchen. Selbst wenn in dieser Hinsicht etwas geschähe, müßte mit einem längeren Zeitraum bis zum Vorliegen von Ergebnissen aus diesen Statistiken gerechnet werden. Dieser Weg führt also leider nur auf längere Sicht zum Erfolg.

Zum Schluß möchte ich die Hoffnung aussprechen, daß zwischen Sachverständigenrat und Statistischem Bundesamt eine rege Diskussion über die wünschenswerten Verbesserungen der Einkommens- und Vermögensstatistik in Gang kommt. Ich bin sicher, daß die amtliche Statistik von den daraus zu erhoffenden Anregungen profitieren wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr

Dr. Gerhard Fürst

III.

Unterlagen zur Prognose

Die voraussichtliche Entwicklung der Ausfuhr im Jahre 1965

1. Die Exportprojektion für 1965 beruht hauptsächlich auf der Annahme, daß der Wert der deutschen Warenausfuhr in ein bestimmtes Land von dessen nominellem Bruttosozialprodukt abhängt. Auf der Grundlage von Jahreswerten für den Zeitraum 1954 bis 1963 wurde die Art dieses Zusammenhangs regressionsanalytisch ermittelt. Dabei wurden sowohl lineare als auch exponentielle Funktionsansätze in Betracht gezogen. Preiseinflüsse, Wechselkursänderungen und der Abbau von Handelshemmnissen konnten bei den Berechnungen nicht explizit berücksichtigt werden; hierzu fehlte es u. a. an international vergleichbaren Zeitreihen für die Preisentwicklung. Mit Hilfe von Funktionen, die bei diesen — mangelhaften — Informationen die Exportentwicklung von 1954 bis 1963 am besten wiedergeben, wurden für die elf wichtigsten Partnerländer die deutschen Warenausfuhren errechnet, die — aufgrund des in den Funktionen ausgedrückten Zusammenhangs — der erwarteten Höhe der Volkseinkommen in diesen Ländern entsprechen. 1963 haben diese Länder 70 v. H. der deutschen Warenexporte aufgenommen. Für die Schätzung der restlichen 30 v. H. der Warenexporte und der Einnahmen aus dem Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland ist die Methode der Trendextrapolation angewandt worden.

2. In Tabelle A (Spalten 2 und 3) sind die Koeffizienten der verwendeten Funktionen zusammenstellt. Lineare Regressionsgleichungen erbrachten die relativ besten Ergebnisse für die Exporte in die Länder der EWG, die Vereinigten Staaten, die Schweiz und Österreich; für Großbritannien, Schweden, Dänemark und Norwegen hat sich ein logarithmischer Ansatz als überlegen erwiesen. Von den Trendfunktionen, die für die übrigen Warenexporte und für die Dienstleistungseinnahmen berechnet worden sind, zeigten lineare Funktionen die beste Übereinstimmung mit der bisherigen Entwicklung. In den Spalten 5 und 6 sind die Standardfehler der Funktionen und ein Maß für die Größenordnung der Schätzfehler angegeben.

3. Bei der Berechnung der Trendfunktion für die Dienstleistungseinnahmen wurden die Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen unberücksichtigt gelassen, weil sie weitgehend von außerökonomischen Faktoren abhängen. Für 1965 sind diese Einnahmen mit dem seit 1962 fast unveränderten Betrag von 4,3 Mrd. DM veranschlagt worden.

4. Die Vorausschätzung der Sozialproduktentwicklung in den wichtigsten Partnerländern beschränkt sich zunächst auf das erste Halbjahr 1965. Für diese Periode kann aufgrund der Auftragseingänge in den Vereinigten Staaten und einer Reihe europäischer Länder mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß sich das gegenwärtig vorherrschende Konjunkturklima nicht wesentlich ändern wird. Zwar ist in den Benelux-Ländern in absehbarer Zeit mit einer Konjunkturdämpfung zu rechnen; aber solche Tendenzen dürften mehr als ausgeglichen werden durch expansive Maßnahmen in Italien, die schon ergriffen wurden oder zu erwarten sind. Die Vorausschätzungen der Exporte beruhen daher auf der Annahme, daß die Zuwachsraten der Sozialprodukte der meisten Partnerländer im ersten Halbjahr 1965 etwa ebenso groß sein werden wie 1964.

5. Über den Verlauf der Weltkonjunktur in der zweiten Jahreshälfte gibt es bislang kaum zuverlässige Anhaltspunkte. Eine Übersteigerung der Konjunktur, wie sie viele Länder 1959/60 erlebt haben, ist freilich wenig wahrscheinlich. Denn so groß wie nach der Stagnation von 1958 ist der reale Expansionsspielraum in den meisten Ländern einschließlich der Vereinigten Staaten gegenwärtig nicht, und einer stark über das reale Wachstum hinausgehenden nominalen Einkommenssteigerung werden wichtige Welthandelsländer in Anbetracht der wachstumspolitischen Konsequenzen inflationsbedingter Zahlungsbilanzschwierigkeiten, wie sie sich zum Beispiel in Italien gezeigt haben, **stärker entgegenzuwirken** versuchen. Als **maximale** Zuwachsraten des nominellen Sozialprodukts in den Partnerländern für das ganze Jahr 1965 werden die in Tabelle B (Spalten 6 und 7) unter **Annahme I** aufgeführten Werte angesehen. Sie implizieren, daß die für das erste Halbjahr projizierte Entwicklung eintritt und auch in der zweiten Jahreshälfte unvermindert anhält. Bei einer nachhaltigen Belebung der Investitionstätigkeit in Italien und Frankreich und einer auf ununterbrochenes Wachstum bedachten Konjunkturpolitik in den USA und Großbritannien könnte sich diese Annahme durchaus als realistisch erweisen.

Tabelle A

Schätzungsfunktionen

—Schätzungen aufgrund von Jahresdaten, Beobachtungszeitraum: 1954 bis 1963—

	Koeffizienten		Einkommenselastizität	Standardfehler der Exportschätzung in Millionen DM	Größenordnung des Schätzfehlers in v. H.[1])
	a	b			
1	2	3	4	5	6
I. Lineare Funktionen [2]) (Warenhandel)					
1. Frankreich	−2,62	0,02263	1,37	354,6	*10,8*
2. Belgien-Luxemburg	−3,26	0,01039	1,72	58,8	*2,2*
3. Niederlande	−1,79	0,14038	1,28	148,7	*4,0*
4. Italien	−2,25	0,26119	1,39	263,3	*10,0*
5. Österreich	−0,61	0,01817	1,18	77,5	*3,8*
6. USA	−3,76	0,01417	1,75	352,1	*12,0*
7. Schweiz	−1,89	0,12705	1,36	171,9	*6,5*
II. Logarithmische Funktionen [2]) (Warenhandel)					
1. Vereinigtes Königreich	−2,40914	1,89529	1,90	109,8	*6,8*
2. Schweden	−1,31478	0,94361	0,94	72,3	*3,2*
3. Dänemark	−1,72371	1,16531	1,17	70,0	*5,3*
4. Norwegen	−1,91936	1,28687	1,29	59,0	*6,1*
III. Lineare Trendfunktionen [2])					
1. Warenexporte in nicht unter I. und II. genannte Länder	8,31	1,03826	—	1 154,3	*8,2*
2. Dienstleistungseinahmen ohne Militär	3,28	0,68905	—	313,4	*4,4*

[1]) Standardfehler der Schätzung bezogen auf den Mittelwert der beobachteten Exportwerte

[2]) Die Funktionen haben die Form:

I. $y = a + b\,x$

II. log $y = a + b \log x$

III. $y = a + b \cdot t$ (1954: $t = 1$, 1955: $t = 2, \ldots$),

Dabei bedeutet:

y = Export nach ... in Mrd. DM

x = Bruttosozialprodukt der Abnehmerländer in Landeswährung;

a und b sind Konstante.

6. Unter **Annahme II** in Tabelle B sind für die wichtigsten Partnerländer die Werte und die Zuwachsraten des nominellen Bruttosozialprodukts angegeben, die bei weniger expansionsfördernden Bedingungen zu erwarten sind. Hier ist der Möglichkeit Rechnung getragen, daß sich konjunkturelle Auftriebskräfte in Großbritannien, Italien und Frankreich nicht durchsetzen, daß Dämpfungsmaßnahmen der Nachfragesteigerung in den Niederlanden und Belgien enge Grenzen setzen oder daß in den Vereinigten Staaten eine Wachstumspause eintritt. Träfen im Verlauf des nächsten Jahres alle diese Bedingungen in der Weise aufeinander, daß sie sich gegenseitig verstärkten, so wäre in der zweiten Jahreshälfte sogar eine Entwicklung wie 1958 nicht ausgeschlossen. Im Gegensatz zu der damaligen Vorperiode (zweite Hälfte 1957) zeigt jedoch die weltwirtschaftlich tonangebende nordamerikanische Konjunktur zur Zeit keinerlei Ermüdungserscheinungen, so daß die Wahrscheinlichkeit einer weltweiten Stagnation wohl als gering angesehen werden darf. Annahme II, die eine solche Stagnation auch für die zweite Jahreshälfte nicht beinhaltet, kann daher im großen und ganzen als Untergrenze gelten.

7. Da nur wenige Länder Quartals- oder Halbjahreswerte des Bruttosozialprodukts ermitteln, die bei der Vorausschätzung verwendeten Funktionen aber auf Jahresdaten beruhen, mußten Einkommens- und Ausfuhrschätzungen auf Jahresbasis vorgenommen und auf Halbjahreswerte umgerechnet werden. Die Aufteilung auf die beiden Halbjahre folgt den durchschnittlichen Anteilen in den Jahren 1959 bis 1963 (47,3 v. H. für das erste Halbjahr).

Tabelle B

Schätzung und Vorausschätzung der Entwicklung des nominellen Bruttosozialprodukts verschiedener Länder für 1964 und 1965

(Angaben in Mrd. Landeswährung und v. H. gegenüber dem Vorjahr)

	Schätzung für 1964		Vorausschätzung für 1965					
			Erstes Halbjahr auf Jahresbasis		Gesamtes Jahr			
					Annahme I		Annahme II	
	Mrd.	v. H.	Mrd.	v. H.	Mrd.	v. H.	Mrd.	v. H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Frankreich	418,5	7,6	451,9	8,0	451,9	8,0	443,6	6,0
Italien	30 462	8,5	33 051	8,5	33 051	8,5	32 286	6,0
Belgien-Luxemburg	775,2	9,0	841,1	8,5	827,5	7,0	813,9	5,0
Niederlande	57,8	12,0	63,8	10,5	62,4	8,0	60,7	5,0
USA	624,9	7,0	665,5	6,5	665,5	6,5	649,9	4,0
Vereinigtes Königreich	31,6	6,5	33,5	6,0	33,5	6,0	33,1	4,5
Schweiz	54,8	8,5	59,4	8,0	59,4	8,5	58,0	6,0
Dänemark	58,2	7,0	62,6	7,5	62,6	7,5	61,1	5,0
Österreich	215,8	8,5	232,0	7,5	232,0	7,5	226,6	5,0
Schweden	87,3	8,0	93,4	7,0	93,4	7,0	92,5	6,0
Norwegen	42,1	7,0	44,8	6,5	44,8	6,5	43,8	4,0

8. In Tabelle C sind die Schätzergebnisse zusammengefaßt. Für das erste Halbjahr ergeben sich Waren- und Dienstleistungsausfuhren in Höhe von 42,8 Mrd. DM. Dies bedeutet eine Steigerung um 5,7 v. H. gegenüber dem ersten Halbjahr 1964. Der „Fehler" bei der Schätzung der Gesamtexporte — errechnet als Wurzel aus der Summe der quadrierten Standardfehler der Einzelschätzungen — beträgt für das ganze Jahr 1965 rund 1,3 Mrd. DM nach jeder Seite; das sind 1,6 v. H. des geschätzten Exportwertes. Eine Zuordnung des „Schätzfehlers" auf Halbjahre ist nicht möglich.

9. Berücksichtigt man, daß die italienischen Stabilisierungsmaßnahmen die Importe stärker behindern als das binnenwirtschaftliche Wachstum und daß der Sonderzoll in Großbritannien die deutschen Ausfuhren nicht unerheblich beeinträchtigen wird, so ist zu vermuten, daß die Funktionen die zukünftigen Ausfuhren eher über- als unterschätzen. Es wird daher angenommen, daß die Zuwachsrate der Waren- und Dienstleistungsausfuhren im ersten Halbjahr 1965 nicht mehr als 5 v. H. betragen wird.

10. Der Wert der Warenausfuhr im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weicht von dem Exportwert der Außenhandelsstatistik (Spezialhandel) ab. Die Werte in Tabelle C, Zeile I und II, sind unter der Annahme berechnet worden, daß die Zuwachsraten beider Größen übereinstimmen. Zeile IV enthält neben den Export- und Dienstleistungseinnahmen aus dem Auslandsgeschäft auch die Einnahmen aus dem Interzonenhandel, die in Übereinstimmung mit den Werten für die Jahre nach 1961 in Höhe von 1 Mrd. DM eingesetzt wurden.

Tabelle C

Vorausschätzung der Ausfuhr von Waren und Diensten im Jahre 1965

	Ergebnisse nach den Schätzfunktionen		
	1. Halbjahr 1965	Annahme I Gesamtes Jahr 1965	Annahme II Gesamtes Jahr 1965
1	2	3	4
	Warenausfuhr (Spezialhandel) der BRD in Mrd. DM		
1. Frankreich	3,6	7,6	7,4
2. Italien	3,0	6,4	6,2
3. Belgien-Luxemburg	2,5	5,3	5,2
4. Niederlande	3,4	7,0	6,7
5. Vereinigte Staaten	2,7	5,7	5,5
6. Vereinigtes Königreich	1,4	3,0	2,9
7. Schweiz	2,7	5,8	5,7
8. Dänemark	1,2	2,3	2,3
9. Österreich	1,7	3,6	3,5
10. Schweden	1,6	3,4	3,4
11. Norwegen	0,7	1,5	1,5
12. Übrige Länder (Trendextrapolation)	9,8	20,8	20,8
I. insgesamt	34,3	72,4	71,1
II. Warenexporte nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	34,9	74,2	73,0
	Dienstleistungeinnahmen der Bundesrepublik in Mrd. DM		
III. Dienstleistung ohne Militäreinnahmen (Trendextrapolation)	5,5	11,6	11,6
Dienstleistungseinnahmen (einschließlich Militär)	7,4	15,9	15,9
IV. Ausfuhr von Waren und Diensten	42,8	91,1	89,9

Die voraussichtliche Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen im ersten Halbjahr 1965

11. Nach den vorliegenden statistischen Angaben sind die Ausrüstungsinvestitionen im dritten Vierteljahr 1964 um 7 bis 8 v. H. höher gewesen als vor einem Jahr. Im ersten Halbjahr 1964 waren sie um 11,6 v. H. gestiegen. Diese Annahme der Zuwachsrate, die im Widerspruch zu der nach wie vor raschen Zunahme der Auftragseingänge aus dem Inland bei den Investitionsgüterindustrien steht, ist wohl hauptsächlich durch den verstärkten Übergang zu Betriebsferien in den Sommermonaten bedingt gewesen. Insofern ist die Verlangsamung der Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen nicht konjunktureller Natur.

12. Aufgrund der anhaltend starken Steigerung der Auftragseingänge aus dem Inland kann damit gerechnet werden, daß der Inlandsabsatz an Investitionsgütern im vierten Vierteljahr 1964 — im Vorjahrsvergleich — etwa ebenso stark steigen wird wie vor den Sommerferien, also um 12 bis 14 v. H. Die Investitionsgütereinfuhren dürften in der gleichen Zeit um 16 bis 18 v. H. höher sein als im Vorjahr. Für die gesamten Ausrüstbngsinvestitionen wird daher im vierten Vierteljahr 1964 mit einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 13 bis 15 v. H. im zweiten Halbjahr 1964 um 11 bis 13 v. H. gerechnet.

13. Die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen im ersten Halbjahr 1965 hängt im wesentlichen von der weiteren Entwicklung der Auftragseingänge aus dem Inland ab. Allerdings sichern die bereits bisher getätigten Bestellungen — schon allein aufgrund der technisch bedingten Lieferfristen — eine weitere Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen. Da anzunehmen ist, daß sich die gesamtwirtschaftliche Expansion im kommenden Jahr verlangsamen wird, und auch die Gewinne voraussichtlich nicht mehr so stark steigen werden wie bisher (die Schere zwischen Lohnerhöhungen und Produktivität wird enger, die Preise dürften den Kostendruck nicht ganz ausgleichen), ist eine Verlangsamung des Wachstums der Ausrüstungsinvestitionen zu erwarten. Es wird für das erste Halbjahr 1965 mit einer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen um 9 bis 11 v. H. gerechnet.

Die voraussichtliche Entwicklung der Bauinvestitionen im ersten Halbjahr 1965

14. Der Bestand an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen war Ende August 1965 um 3 v. H. niedriger als vor einem Jahr. Aufgrund der Entwicklung im bisherigen Verlauf des Jahres 1964 kann angenommen werden, daß im ganzen Jahr 1964 rund 580 000 Wohnungen genehmigt und rund 600 000 Wohnungen fertiggestellt werden. Der Bauüberhang dürfte daher Ende 1964 um 20 000 Wohnungen oder etwa 3 v. H. geringer sein als Ende 1963.

15. Bei dem Vergleich des Bauüberhangs — gemessen an der Zahl der genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen — von Ende August 1964 und Ende Dezember 1964 mit dem entsprechenden Vorjahrswert ist zu berücksichtigen, daß infolge des außergewöhnlich kalten Winters im Jahre 1963 der Fertigstellungsgrad des Bauüberhangs Ende August 1963 verhältnismäß niedrig, Ende Dezember 1963 dagegen verhältnismäßig hoch war. Man kann daher annehmen, daß der Bauüberhang von Ende August 1964 ein geringeres und der von Ende Dezember 1964 ein höheres Auftragsvolumen darstellt als der der entsprechenden Vorjahrszeit. Das Auftragsvolumen im Wohnungsbau dürfte somit in den Monaten September bis Dezember 1964 konjunkturell zunehmen.

16. Die hierin zum Ausdruck kommende günstige Entwicklung der Auftragsbestände dürfte die Unternehmen des Bauhauptgewerbes in den letzten Monaten des Jahres 1964 veranlassen, ihre bisher zu beobachtende Zurückhaltung aufzugeben und die Bauleistung für den Wohnungsbau — wenn auch nur geringfügig — zu erhöhen. Es wird angenommen, daß das Bauhauptgewerbe im ganzen zweiten Halbjahr 1964 etwa 1 v. H. mehr Stunden für den Wohnungsbau leisten wird als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Nimmt man an, daß die Stundenproduktivität des Bauhauptgewerbes im Wohnungsbau wie bisher weiter steigen wird und daß die Preise für Rohbauleistungen um etwa 4 v. H. den Vorjahrsstand überschreiten werden, so kann für das zweite Halbjahr 1964 eine Zunahme der nominellen Bauleistung des Bauhauptgewerbes für den Wohnungsbau um 6 bis 7 v. H. gerechnet werden.

17. Die zu erwartende Entwicklung der Auftragsbestände im Wohnungsbau wird dazu führen, daß die Spannungen auf den Märkten für Ausbauleistungen weiter anhalten werden. Das Ausbaugewerbe dürfte daher auch in den nächsten Monaten zusätzliche Arbeitskräfte einstellen und seine Kapazitäten erweitern. Es wird damit gerechnet, daß das Ausbaugewerbe im zweiten Halbjahr 1964 seine nominelle Leistung für den Wohnungsbau wie bisher um 10 bis 12 v. H. gegenüber dem Vorjahr steigern wird.

18. Die sich für die letzten Monate von 1964 abzeichnende Entwicklung der Auftragsbestände wird die Wohnungsbautätigkeit im ersten Halbjahr 1965 anregen. Allerdings wird hier angenommen, daß die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen im Jahre 1965 niedriger sein wird als im Jahre 1964. Dies wird die Unternehmen des Bauhauptgewerbes vermutlich veranlassen, im ersten Halbjahr 1965 weniger

Stunden für den Wohnungsbau zu leisten als im ersten Halbjahr 1964. Das Ausbaugewerbe hingegen dürfte seine Leistung im ersten Halbjahr 1965 weiter steigern.

19. Der Auftragsbestand im Nichtwohnbau (Hochbau) — gemessen an der cbm-Zahl des umbauten Raumes der genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauobjekte — war Ende August 1964 um 9 v. H. höher als Ende August 1963. Aufgrund der sehr raschen Zunahme der Baugenehmigungen für Hochbauten kann angenommen werden, daß das Bauhauptgewerbe im zweiten Halbjahr 1964 1 bis 2 v. H. mehr Stunden leisten wird als vor einem Jahr. Nimmt man an, daß im zweiten Halbjahr 1964 die Produktionsleistung je Stunde um 4 v. H. und die Preise der Leistungen des Bauhauptgewerbes für den Nichtwohnbau um 3,5 bis 4 v. H. höher sein werden als vor einem Jahr, so kann mit einer Zunahme der vom Bauhauptgewerbe erstellten Bauinvestitionen im Bereich des Nichtwohnbaus (Hochbau) um 8 bis 10 v. H. gerechnet werden. Das Ausbaugewerbe dürfte in der zweiten Jahreshälfte von 1964 seine Leistung für den Nichtwohnbau im bisherigen Ausmaß (10 bis 12 v. H.) steigern.

20. Für die weitere Entwicklung der Bauinvestitionen im Bereich des Nichtwohnbaus kann angenommen werden, daß die Baugenehmigungen auf diesem Markt im ersten Halbjahr 1965 nicht mehr so stark steigen werden wie bisher. Die gewerbliche Wirtschaft wird voraussichtlich ihre Bauplanungen weniger stark erhöhen als in der zweiten Hälfte von 1964, da die zu erwartende gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht so stürmisch verlaufen wird, daß eine Erweiterung der Kapazitäten im bisherigen Ausmaß gerechtfertigt wäre. Im öffentlichen Hochbau werden sich im Zuge des Abbaus der Haushaltsreste die Steigerungsraten der Haushaltsansätze und der Steigerungen der effektiven Ausgaben allmählich angleichen.

    Für nominale Leistung des Bauhauptgewerbes und des Ausbaugewerbes für den Nichtwohnbau (Hochbau) wird für das erste Halbjahr 1965 eine geringere Wachstumsrate angesetzt (8,0 v. H.) als für das zweite Halbjahr (9,5 v. H.).

21. Die Entwicklung der Tiefbauinvestitionen in den nächsten Monaten hängt in hohem Maße von der Auftragsvergabe der öffentlichen Hand ab, da die Tiefbauunternehmen über nur verhältnismäßig geringe Auftragsreserven verfügen.

    Die bisherige Abwicklung des Haushaltsplanes 1964 für den Bereich des Bundesverkehrsministeriums deutet darauf hin, daß der Bund in den letzten Monaten des Jahres 1964 seine Tiefbauaufträge nicht sehr stark erhöhen wird. Die Gemeinden werden ihre Tiefbauaufträge in der zweiten Jahreshälfte 1964 voraussichtlich weiter erhöhen, da sie vermutlich noch verhältnismäßig hohe Haushaltsreste für diesen Zweck einsetzen könnnen. Die künftige Entwicklung der Auftragsvergabe der Länder ist nicht abzuschätzen; doch ist kaum anzunehmen, daß die Länder im weiteren Verlauf des Jahres ihre Auftragsvergabe ebenso stark reduzieren werden wie in den ersten 8 Monaten von 1964.

22. Insgesamt kann für das zweite Halbjahr 1964 mit steigenden Aufträgen der öffentlichen Hand an den Tiefbau gerechnet werden. Indes werden die Tiefbauaufträge wahrscheinlich nicht so sehr steigen, daß die Tiefbauunternehmen zu einer starken Ausweitung ihres Stundeneinsatzes Veranlassung hätten. Es wird damit gerechnet, daß das Bauhauptgewerbe im zweiten Halbjahr 1964 um 1 bis 3 v. H. mehr Stunden für den Tiefbau leisten wird als vor einem Jahr. Bei einer unterstellten Zunahme der Produktivität um 5 v. H. und einem gegenüber dem Vorjahr um 2 v. H. niedrigeren Preisstand kann erwartet werden, daß die Tiefbauinvestitionen im zweiten Halbjahr 1964 um 4 bis 6 v. H. höher sein werden als im Vorjahr.

23. Aufgrund der vorliegenden Informationen über die Tiefbauplanungen der öffentlichen Hand im Jahre 1965 kann angenommen werden, daß die Tiefbauinvestitionen im ersten Halbjahr von 1965 stärker steigen werden als im zweiten Halbjahr 1964 (7,5 v. H. gegenüber 5,0 v. H.).

24. Die vorhergehenden Überlegungen zur künftigen Entwicklung der Ausgaben für Bauinvestitionen lassen sich zahlenmäßig wie folgt zusammenfassen:

	1964 2. Halbjahr	1965 1. Halbjahr
	Veränderung gegenüber Vorjahr in v. H.	
Hochbau		
Wohnungsbau	+ 8,0	+ 6,0
Nichtwohnungsbau	+ 9,5	+ 8,0
Tiefbau	+ 5,0	+ 7,5
Insgesamt	+ 7,5	+ 7,0

IV.
Statistischer Anhang

Allgemeiner Teil ..... Tabellen 56 bis 78

Besondere Tabellen, auf die im Textteil Bezug genommen wird ..... Tabellen 79 bis 81

Erläuterungen von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen —

Zeichenerklärung

— = nichts vorhanden

0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der Tabelle zur Darstellung gebracht werden kann

. = kein Nachweis vorhanden

... = Ergebnisse liegen noch nicht vor

Tabelle 56

Erwerbstätigkeit *)

1 000 Personen

Jahr	Erwerbstätige insgesamt				Selbständige und mithelfende Familienangehörige			Abhängige		
	Alle Wirtschaftsbereiche	Landwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Sonstige Bereiche	Landwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Sonstige Bereiche	Landwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Sonstige Bereiche
1950	20 376	5 020	8 689	6 667	4 021	1 057	1 335	999	7 632	5 332
1957	24 388	4 098	11 488	8 752	3 431	1 024	1 566	667	10 464	7 186
1958	24 524	3 972	11 609	8 943	3 361	1 027	1 617	611	10 582	7 326
1959	24 784	3 815	11 742	9 227	3 233	1 021	1 665	582	10 721	7 562
1960	26 247	3 622	12 542	10 083	3 090	1 056	1 770	533	11 462	8 336
1961	26 591	3 546	12 784	10 261	2 967	1 027	1 867	578	11 758	8 394
1962	26 783	3 383	12 916	10 484	2 923	973	1 834	460	11 943	8 650
1963	26 880	3 230	12 969	10 681	2 785	961	1 831	445	12 008	8 850

*) ab 1960 Bundesgebiet einschließlich Saarland und Berlin (West), vorher einschließlich Saarland, aber ohne Berlin

Tabelle 57

Arbeitslose, offene Stellen und ausländische Arbeitnehmer *)

1 000

Zeitraum	Arbeitslose [1]	Offene Stellen [1]	Ausländische Arbeitnehmer [2]
1950	1 580	116	.
1951	1 432	116	.
1952	1 379	115	.
1953	1 259	123	.
1954	1 221	137	70
1955	928	200	77
1956	761	219	95
1957	662	217	105
1958	683	216	123
1959	476	280	152
1960	271	465	279
1961	181	552	475
1962	155	574	629
1963	186	555	773
Januar	410	454	.
Februar	417	497	.
März	216	574	736
April	144	564	.
Mai	124	574	.
Juni	112	597	811
Juli	106	617	.
August	104	626	.
September	105	625	828
Oktober	114	581	.
November	133	517	.
Dezember	252	440	764
1964	...	...	...
Januar	337	501	.
Februar	305	586	.
März	227	623	838
April	147	614	.
Mai	127	627	.
Juni	112	662	933
Juli	105	676	.
August	103	681	.
September	100	671	986

*) ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher ohne Saarland und Berlin (West)
[1]) Jahresangaben: Durchschnitte; Monatsangaben: Stand am Monatsende
[2]) bis einschließlich 1960 Jahresangaben: Stichtagszahlen (jeweils 31. Juli), ab 1961 Durchschnitte

Tabelle 58

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Sozialprodukt und Volkseinkommen *)

Millionen DM

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt [1]	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
			In jeweiligen Preisen				
1950	97 820	+ 80	97 900	10 080	87 820	12 660	75 160
1951	119 430	+ 70	119 500	11 970	107 530	16 450	91 080
1952	136 490	+110	136 600	13 300	123 300	19 530	103 770
1953	147 010	+ 90	147 100	13 400	133 700	21 570	112 130
1954	158 240	−340	157 900	13 640	144 260	23 180	121 080
1955	180 830	−430	180 400	14 830	165 570	26 110	139 460
1956	199 000	−200	198 800	16 530	182 270	27 900	154 370
1957	216 390	− 90	216 300	18 370	197 930	29 640	168 290
1958	231 210	+290	231 500	20 190	211 310	31 170	180 140
1959	250 750	+150	250 900	22 070	228 830	34 860	193 970
1960	279 420	+380	279 800	24 810	254 990	38 070	216 920
1960	296 640	+160	296 800	26 240	270 560	40 760	229 800
1961	326 600	−400	326 200	29 650	296 550	44 950	251 600
1962 [2]	354 880	−380	354 500	33 830	320 670	48 770	271 900
1963 [2]	376 860	−360	376 500	37 600	338 900	50 900	288 000
			In Preisen von 1954				
1950	112 790	+110	112 900	12 260	100 640	.	.
1951	125 100	+100	125 200	12 510	112 690	.	.
1952	136 380	+120	136 500	12 790	123 710	.	.
1953	147 210	+ 90	147 300	13 160	134 140	.	.
1954	158 240	−340	157 900	13 640	144 260	.	.
1955	177 340	−440	176 900	14 410	162 490	.	.
1956	189 530	−230	189 300	15 620	173 680	.	.
1957	200 320	−120	200 200	16 840	183 360	.	.
1958	206 670	+130	206 800	18 200	188 600	.	.
1959	221 070	− 70	221 000	19 740	201 260	.	.
1960	240 320	+ 80	240 400	21 630	218 770	.	.
1960	254 980	− 80	254 900	22 870	232 030	.	.
1961	269 170	−570	268 600	25 040	243 560	.	.
1962 [2]	280 180	−580	279 600	27 370	252 230	.	.
1963 [2]	289 160	−560	288 600	29 910	258 690	.	.

*) ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West)

[1]) Ein Pluszeichen (+) bedeutet, daß Inländern mehr Einkommen aus der übrigen Welt zugeflossen sind als der übrigen Welt von Inländern, ein Minuszeichen (—) bedeutet das Umgekehrte

[2]) vorläufige Ergebnisse

begriffliche Erläuterungen Seite 165 ff.

Tabelle 59

noch: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt *)

Millionen DM

Jahr	Brutto-inlands-produkt	Land- und Forstwirt-schaft [1])	Waren-produzierendes Gewerbe [2])	Handel und Verkehr [3])	Dienst-leistungen [4])
			In jeweiligen Preisen		
1950	97 820	10 180	48 480	19 430	19 730
1951	119 430	12 270	61 270	23 060	22 830
1952	136 490	13 330	69 290	27 780	26 090
1953	147 010	13 430	76 110	28 550	28 920
1954	158 240	13 760	82 560	30 220	31 700
1955	180 830	14 540	95 780	35 200	35 310
1956	199 000	14 970	105 190	39 070	39 770
1957	216 390	15 620	113 240	43 490	44 040
1958	231 210	16 520	120 390	46 240	48 060
1959	250 750	16 880	131 700	50 310	51 860
1960	279 420	17 520	148 440	55 360	58 100
1960	296 640	17 720	158 080	58 490	62 350
1961	326 600	17 940	174 700	63 400	70 560
1962 [5])	354 880	18 050	189 760	69 740	77 330
1963 [5])	376 860	19 450	198 270	73 980	85 160
			In Preisen von 1954		
1950	112 790	11 610	53 380	23 320	24 480
1951	125 100	13 290	60 920	25 070	25 820
1952	136 380	13 400	68 250	26 630	28 100
1953	147 210	13 450	75 450	28 360	29 950
1954	158 240	13 760	82 560	30 220	31 700
1955	177 340	13 670	95 730	34 010	33 930
1956	189 530	13 550	102 760	37 360	35 860
1957	200 320	14 000	108 020	39 840	38 460
1958	206 670	14 840	111 570	40 460	39 800
1959	221 070	15 330	120 500	43 580	41 660
1960	240 320	15 910	133 160	47 430	43 820
1960	254 980	16 090	141 880	50 010	47 000
1961	269 170	16 360	150 800	52 250	49 760
1962 [5])	280 180	15 760	157 330	54 650	52 440
1963 [5])	289 160	16 430	162 160	56 000	54 570

*) ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West)
[1]) einschließlich Tierhaltung und Fischerei
[2]) Energiewirtschaft, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe
[3]) einschließlich Nachrichtenübermittlung
[4]) Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen (einschließlich Bank- und Versicherungsgewerbe, Wohnungsvermietung), Dienstleistungen des Staates (einschließlich Sozialversicherung) und der Privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie Häusliche Dienste
[5]) vorläufige Ergebnisse

begriffliche Erläuterungen Seite 165 ff.

Tabelle 60

noch: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Verteilung des Volkseinkommens *)

Millionen DM

Jahr	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit [1]	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen			
			insgesamt	der privaten Haushalte [2]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit [3] = unverteilte Gewinne [4]	des Staates [5]
1950	75 160	44 070	31 090	26 110	4 280	700
1951	91 080	53 430	37 650	31 880	4 690	1 080
1952	103 770	59 600	44 170	35 820	6 730	1 620
1953	112 130	65 770	46 360	37 160	7 440	1 760
1954	121 080	71 870	49 210	39 700	7 640	1 870
1955	139 460	81 950	57 510	45 890	9 100	2 520
1956	154 370	91 820	62 550	50 080	9 820	2 650
1957	168 290	100 520	67 770	53 660	10 980	3 130
1958	180 140	108 990	71 150	56 610	11 350	3 190
1959	193 970	116 830	77 140	61 380	12 800	2 960
1960	216 920	131 400	85 520	67 490	14 560	3 470
1960	229 800	139 770	90 030	70 910	15 480	3 640
1961	251 600	157 180	94 420	74 680	15 430	4 310
1962 [6]	271 900	173 860	98 040	78 350	15 100	4 590
1963 [6]	288 000	186 610	101 390	81 310	14 900	5 180

*) ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West)

[1] „Meßbares" Einkommen: einschließlich Werbungskosten, jedoch ohne bestimmte Lohnnebenkosten, die zum Einkommen aus unselbständiger Arbeit gehören, aber nicht in der Bruttolohn- und -gehaltssumme und in den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung erfaßt sind, wie Aufwendungen der Arbeitgeber zur Verbilligung der Lebenshaltung und für zusätzliche Krankheits- und Altersvorsorge bei privaten Einrichtungen, Unterstützungen u. ä.

[2] einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich bestimmter Lohnnebenkosten, die nicht in das Einkommen aus selbständiger Arbeit einbezogen werden konnten (vgl. Anmerkung 1)

[3] einschließlich der netto im Haushalt verbuchten öffentlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

[4] vor Abzug der direkten Steuern u. ä. der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit

[5] nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden

[6] vorläufige Ergebnisse

begriffliche Erläuterungen Seite 165 ff.

Tabelle 61

noch: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Verwendung des Sozialprodukts *)

Millionen DM

Jahr	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen [1]			Vorratsveränderung	Ausfuhr	Einfuhr	Außenbeitrag [2]
				insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
	In jeweiligen Preisen									
1950	97 900	63 360	14 000	18 140	9 290	8 850	+3 670	11 310	12 580	−1 270
1951	119 500	73 710	17 500	22 320	11 970	10 350	+3 720	18 720	16 470	+2 250
1952	136 600	81 820	20 800	25 570	13 920	11 650	+5 120	22 120	18 830	+3 290
1953	147 100	89 560	21 170	29 100	15 150	13 950	+1 910	25 360	20 000	+5 360
1954	157 900	95 110	22 030	32 760	17 260	15 500	+2 840	30 770	25 610	+5 160
1955	180 400	106 190	23 820	40 660	21 560	19 100	+5 590	36 620	32 480	+4 140
1956	198 800	117 750	25 350	44 830	23 430	21 400	+4 010	44 130	37 270	+6 860
1957	216 300	128 160	27 300	46 490	23 790	22 700	+5 320	52 500	43 470	+9 030
1958	231 500	137 710	30 590	50 430	25 630	24 800	+3 670	54 180	45 080	+9 100
1959	250 900	146 480	33 530	57 960	28 460	29 500	+4 200	60 580	51 850	+8 730
1960	279 800	158 870	37 730	67 030	33 900	33 130	+7 990	69 750	61 570	+8 180
1960	296 800	170 030	40 400	70 620	35 600	35 020	+8 590	62 910	55 750	+7 160
1961	326 200	186 760	46 050	80 710	40 660	40 050	+5 900	65 810	59 030	+6 780
1962 [3]	354 500	203 950	53 100	90 070	44 660	45 410	+3 710	68 950	65 280	+3 670
1963 [3]	376 500	215 000	58 520	94 660	45 610	49 050	+3 280	74 990	69 950	+5 040
	In Preisen von 1954									
1950	112 900	68 960	17 430	21 800	11 200	10 600	+3 900	13 630	12 820	+ 810
1951	125 200	74 440	19 410	23 150	12 400	10 710	+3 310	18 490	13 600	+4 890
1952	136 500	81 180	21 560	24 600	13 290	11 310	+4 840	21 040	16 720	+4 320
1953	147 300	90 060	21 430	28 780	14 760	14 020	+1 800	24 940	19 710	+5 230
1954	157 900	95 110	22 030	32 760	17 260	15 500	+2 840	30 770	25 610	+5 160
1955	176 900	104 540	22 970	39 460	21 340	18 120	+5 510	36 250	31 830	+4 420
1956	189 300	113 470	23 150	42 380	22 620	19 760	+3 860	42 270	35 830	+6 440
1957	200 200	120 450	24 150	42 590	22 340	20 250	+5 090	49 120	41 200	+7 920
1958	206 800	126 210	26 150	45 210	23 740	21 470	+3 450	50 890	45 110	+5 780
1959	221 000	132 970	28 450	51 000	26 600	24 400	+4 060	57 940	53 420	+4 520
1960	240 400	142 320	30 720	56 880	31 260	25 620	+7 680	65 670	62 870	+2 800
1960	254 900	152 430	32 780	60 000	32 870	27 130	+8 190	59 280	57 780	+1 500
1961	268 600	162 980	35 480	65 630	36 650	28 980	+5 500	61 250	62 240	− 990
1962 [3]	279 600	172 620	39 770	69 340	38 840	30 500	+3 350	63 860	69 340	−5 480
1963 [3]	288 600	177 430	42 430	70 810	39 480	31 330	+3 000	70 020	75 090	−5 070

*) ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West)
[1]) tiefer gegliederte Ergebnisse hierzu siehe Tabelle 79 und 80
[2]) Ausfuhr ./. Einfuhr
[3]) vorläufige Ergebnisse
begriffliche Erläuterungen Seite 165 ff.

Tabelle 62

noch: Volkswirtschaftliche

Einnahmen und

Millionen

Jahr	Institution	Einnahmen [1] insgesamt	Steuern u. ä. Übertragungen [2]	Erwerbs- und Vermögenseinkommen [3]	Gebühren u. ä., Verkäufe von Land und gebrauchten Anlagen [4]	Veränderung der Verbindlichkeiten [5]
1950	Staat insgesamt	36 490	29 900	1 120	1 880	+3 590
	darunter: Sozialversicherung	.	8 920	110	10	.
1951	Staat insgesamt	44 690	38 640	1 630	1 990	+2 430
	darunter: Sozialversicherung	.	10 600	300	20	.
1952	Staat insgesamt	51 600	45 840	2 220	2 240	+1 300
	darunter: Sozialversicherung	.	12 000	380	20	.
1953	Staat insgesamt	57 220	59 540	2 350	2 420	−7 090
	darunter: Sozialversicherung	.	13 370	420	20	.
1954	Staat insgesamt	61 670	53 460	2 790	2 700	+2 720
	darunter: Sozialversicherung	.	14 500	620	30	.
1955	Staat insgesamt	67 340	59 370	3 470	2 930	+1 570
	darunter: Sozialversicherung	.	16 650	780	30	.
1956	Staat insgesamt	73 750	66 000	3 610	3 190	+ 950
	darunter: Sozialversicherung	.	18 570	1 030	20	.
1957	Staat insgesamt	81 230	72 490	4 050	3 510	+1 180
	darunter: Sozialversicherung	.	22 120	1 230	20	.
1958	Staat insgesamt	88 030	77 720	4 120	3 920	+2 270
	darunter: Sozialversicherung	.	25 000	1 320	20	.
1959	Staat insgesamt	100 090	86 200	4 020	4 340	+5 530
	darunter: Sozialversicherung	.	26 620	1 410	20	.
1960	Staat insgesamt	110 540	98 620	4 570	4 830	+2 520
	darunter: Sozialversicherung	.	29 720	1 530	30	.
1960	Staat insgesamt	114 220	102 070	4 770	5 140	+2 240
	darunter: Sozialversicherung	.	31 680	1 600	30	.
1961	Staat insgesamt	129 120	115 060	5 320	5 570	+3 170
	darunter: Sozialversicherung	.	34 580	1 780	30	.
1962 [12]	Staat insgesamt	141 950	126 510	5 690	6 140	+3 610
	darunter: Sozialversicherung	.	38 300	2 040	40	.
1963 [12]	Staat insgesamt	152 950	134 170	6 310	6 650	+5 820
	darunter: Sozialversicherung	.	41 240	2 320	40	.

*) ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West)

[1]) ohne Einnahmen von anderen Körperschaften des Staatssektors. Im Prinzip dargestellt im Stadium der Entstehung von Forderungen und Verbindlichkeiten

[2]) unterstellte Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte sind als Einnahmen der Sozialversicherung dargestellt.

[3]) Einkommer aus öffentlichen Unternehmen und Vermögen zuzüglich unterstellter Bankgebühren für Einlagen

[4]) Gebühren und Entgelte von Unternehmen sowie von privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter; die Verkäufe der Gebietskörperschaften an die Sozialversicherung sind nicht enthalten

[5]) nach Abzug von Tilgungsausgaben; die Angaben über die Veränderung der Verbindlichkeiten sind Berechnungen der Deutschen Bundesbank entnommen (einschließlich einer „statistischen Differenz")

[6]) ohne Ausgaben an andere Körperschaften des Staatssektors (vgl. Anmerkung [1])

begriffliche Erläuterungen Seite 165 ff.

Tabelle 62

Gesamtrechnungen

Ausgaben des Staates *)

DM

Ausgaben[6])							Institution	Jahr
insgesamt	Käufe für laufenden Bedarf[7])	Investitionen[8])	Erwerbs- und Vermögenseinkommen: Löhne, Gehälter u. ä.[9])	Erwerbs- und Vermögenseinkommen: Zinsen auf öffentliche Schulden	Renten u. ä. Übertragungen, Subventionen[10])	Veränderung der Forderungen[11])		
36 490	8 220	1 860	7 050	550	14 420	+ 4 310	Staat insgesamt	1950
.	1 690	70	340	0	7 400	.	darunter: Sozialversicherung	
44 910	10 700	2 360	8 110	670	16 740	+ 6 110	Staat insgesamt	1951
.	2 090	80	410	0	8 730	.	darunter: Sozialversicherung	
51 600	12 820	2 870	9 420	750	19 210	+ 6 530	Staat insgesamt	1952
.	2 420	80	490	0	10 860	.	darunter: Sozialversicherung	
57 220	12 530	3 430	10 200	800	21 680	+ 8 580	Staat insgesamt	1953
.	2 740	90	540	0	11 790	.	darunter: Sozialversicherung	
61 670	12 830	3 740	10 940	1 190	23 360	+ 9 610	Staat insgesamt	1954
.	2 990	80	580	0	12 550	.	darunter: Sozialversicherung	
67 340	13 680	4 830	11 990	1 270	25 280	+10 290	Staat insgesamt	1955
.	3 340	110	660	0	14 320	.	darunter: Sozialversicherung	
73 750	13 910	5 480	13 380	1 370	28 900	+10 710	Staat insgesamt	1956
.	3 820	120	730	0	16 070	.	darunter: Sozialversicherung	
81 230	14 620	5 770	14 800	1 380	35 840	+ 8 820	Staat insgesamt	1957
.	4 320	130	780	0	21 100	.	darunter: Sozialversicherung	
88 030	16 870	6 460	16 110	1 450	41 210	+ 5 930	Staat insgesamt	1958
.	4 960	180	890	0	24 780	.	darunter: Sozialversicherung	
100 090	19 650	8 020	16 520	1 650	43 560	+10 960	Staat insgesamt	1959
.	6 460	170	930	0	26 050	.	darunter: Sozialversicherung	
110 540	22 220	9 320	18 430	1 770	46 780	+12 020	Staat insgesamt	1960
.	7 160	160	1 030	0	27 590	.	darunter: Sozialversicherung	
114 220	23 430	9 770	20 110	1 840	47 210	+11 860	Staat insgesamt	1960
.	7 720	170	1 100	0	29 750	.	darunter: Sozialversicherung	
129 120	26 240	11 390	23 070	1 860	53 560	+13 000	Staat insgesamt	1961
.	8 620	120	1 240	0	33 140	.	darunter: Sozialversicherung	
141 950	31 400	14 230	25 220	2 050	60 110	+ 8 940	Staat insgesamt	1962[12])
.	9 700	180	1 320	0	36 490	.	darunter: Sozialversicherung	
152 950	34 420	16 530	27 800	2 170	61 300	+10 730	Staat insgesamt	1963[12])
.	10 780	210	1 450	0	39 880	.	darunter: Sozialversicherung	

[7]) Käufe von Waren und Dienstleistungen für die Bereitstellung von Verwaltungsleistungen und die Durchführung von Investitionen in eigener Regie einschließlich der vom Staat gezahlten indirekten Steuern; die Käufe der Sozialversicherung von Gebietskörperschaften sind nicht enthalten

[8]) Käufe für Anlageinvestitionen von Unternehmen (ohne selbsterstellte Anlagen) sowie Käufe von Land und gebrauchten Anlagen

[9]) Löhne und Gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung einschließlich unterstellter Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds für Beamte sowie Personalkosten für selbsterstellte Anlagen, ferner Sold und Verpflegung des Militärpersonals (einschließlich der Entgelte für die bei den Besatzungsmächten beschäftigten deutschen Arbeitnehmer)

[10]) Die Versorgungsleistungen für Beamte sind als Ausgaben der Sozialversicherung dargestellt.

[11]) nach Abzug von Tilgungseinnahmen; die Angaben über die Veränderung der Forderungen sind Berechnungen der Deutschen Bundesbank entnommen.

[12]) vorläufige Ergebnisse

Tabelle 63

noch: Volkswirtschaftliche

Zahlungs

Millionen

Zeitraum	Saldo der Devisenbilanz [1]	Bilanz der laufenden Posten				
		insgesamt	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs			Saldo der unentgeltlichen Leistungen (eigene: —)
			zusammen	Handelsbilanz [2]	Dienstleistungsbilanz [3]	
1950	− 564	− 412	−2 477	−3 012	+ 535	+2 065
1951	+2 038	+2 326	+ 797	− 149	+ 946	+1 529
1952	+2 761	+2 497	+2337	+ 706	+1 631	+ 160
1953	+3 614	+3 750	+4 201	+2 516	+1 685	− 451
1954	+2 782	+3 564	+4 038	+2 698	+1 340	− 474
1955	+1 851	+2 140	+2 974	+1 245	+1 729	− 834
1956	+5 014	+4 408	+5 614	+2 897	+2 717	−1 206
1957	+5 122	+5 805	+7 659	+4 083	+3 576	−1 854
1958	+3 188	+5 980	+7 870	+4 954	+2 916	−1 890
1959	−2 204	+4 142	+7 389	+5 361	+2 028	−3 247
1960	+8 007	+4 620	+8 015	+5 223	+2 792	−3 395
1961	−1 928 [a]	+2 775	+7 217	+6 615	+ 602	−4 442
1962	− 552	−2 214	+2 914	+3 477	− 563	−5 128
1963	+2 572	+ 881	+5 837	+6 032	− 195	−4 956
1. Vierteljahr	− 96	− 315	+ 986	+ 751	+ 235	−1 301
2. Vierteljahr	+1 000	− 318	+ 993	+1 181	− 188	−1 311
3. Vierteljahr	+ 695	− 566	+ 724	+1 263	− 539	−1 290
4. Vierteljahr	+ 973	+2 080	+3 134	+2 837	+ 297	−1 054
1964	...	...	...	...	...	...
1. Vierteljahr	+ 8	+1 197	+2 289	+2 382	− 93	−1 092
2. Vierteljahr	+ 121	+ 482	+1 862	+1 974	− 112	−1 380
3. Vierteljahr	− 426	−1 034	+ 88	+ 684	− 596	−1 122

*) Bundesgebiet einschließlich Berlin (West), bis 5. 7. 1959 ohne Saarland

[1]) Veränderung der Währungsreserven (netto) der Deutschen Bundesbank (Zunahme: +). Ohne die bei den langfristigen öffentlichen Kapitalleistungen berücksichtigten Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank, bei denen es sich hauptsächlich um die in der Position „Wertpapiere" des Bundesbankausweises enthaltenen Weltbankbonds und Weltbanknotes handelt. Ab Januar 1959 einschließlich der Veränderungen auf den Akkreditivdeckungskonten sowie einschließlich der Veränderungen der Verpflichtungen aus „Einlagen ausländischer Einleger".

[2]) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob; 1957 und 1958 einschließlich nachträglich gemeldeter und in der amtlichen Außenhandelsstatistik für diese Jahre nicht erfaßter Einfuhren der Bundesregierung

Tabelle 63

Gesamtrechnungen

bilanz *)

DM

Kapitalbilanz (Kapitalexport: −) [4]							Saldo der laufenden Posten und des Kapitalverkehrs	Restposten der Zahlungsbilanz [7] [8]	Zeitraum
Saldo der gesamten Kapitalleistungen	Saldo der langfristigen Kapitalleistungen			Saldo der kurzfristigen Kapitalleistungen					
	zusammen	privat	öffentlich [5]	zusammen	privat [6]	öffentlich			
+ 207	+ 458	.	+ 458	− 251	− 251	—	− 205	− 359	1950
+ 87	− 149	.	− 149	+ 236	+ 236	—	+2 413	− 375	1951
− 23	−1 833	− 15	−1 818	+1 810	+ 477	+1 333	+2 474	+ 287	1952
+ 50	− 398	− 61	− 337	+ 448	+ 395	+ 53	+3 800	− 186	1953
− 375	− 518	− 264	− 254	+ 143	+ 305	− 162	+3 189	− 407	1954
− 450	− 381	− 110	− 271	− 69	+ 119	− 188	+1 690	+ 161	1955
+ 52	− 555	+ 134	− 689	+ 607	+ 894	− 287	+4 460	+ 554	1956
−2 436	− 623	+ 239	− 862	−1 813	− 3	−1 810	+3 369	+1 753	1957
−2 392	−1 568	− 518	−1 050	− 824	− 737	− 87	+3 588	− 400	1958
−6 242	−5 447	−1 152	−4 295	− 795	−1 193	+ 398	−2 100	− 104	1959
+1 708	− 245	+ 994	−1 239	+1 953	+2 910	− 957	+6 328	+1 679	1960
−5 137	−4 270	+ 851	−5 121	− 867	+ 339	−1 206	−2 362	+ 434	1961
+ 737	− 129	+1 044	−1 173	+ 866	+ 272	+ 594	−1 477	+ 925	1962
+2 219	+1 952	+3 136	−1 184	+ 267	+ 725	− 458	+3 100	− 528	1963
− 115	+ 591	+ 743	− 152	− 706	− 813	+ 107	− 430	+ 334	1. Vierteljahr
+ 990	+ 666	+ 972	− 306	+ 324	+ 54	+ 270	+ 672	+ 328	3. Vierteljahr
+1 052	+ 602	+ 838	− 236	+ 450	− 42	+ 492	+ 486	+ 209	2. Vierteljahr
+ 292	+ 93	+ 583	− 490	+ 199	+1 526	−1 327	+2 372	−1 399	4. Vierteljahr
...	...	...	...	...	...	...	...	...	1964
−2 065	+ 245	+ 435	− 190	−2 310	−1 560	− 750	− 868	+ 876	1. Vierteljahr
− 869	−1 146	− 901	− 245	+ 277	+ 481	− 204	− 387	+ 508	2. Vierteljahr
− 49	− 83	+ 101	− 184	−3 934	− 34	+ 68	−1 083	+ 657	3. Vierteljahr

[3]) ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffenden Ergänzungen.

[4]) Für die Aufgliederung in „Privat" und „Öffentlich" ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die an der jeweiligen Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört.

[5]) vgl. Anmerkung [1])

[6]) Einschließlich der Gewährung und Inanspruchnahme von Finanzkrediten durch inländische Nichtbanken; da diese Transaktionen nur vierteljährlich gemeldet werden, schlagen sie sich vor dem Eingang neuer Meldungen im Restposten der Zahlungsbilanz nieder.

[7]) Saldo der nicht erfaßten Posten und der statistischen Ermittlungsfehler; hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment

[8]) vgl. Anmerkung [6])

[a]) ohne Berücksichtigung der durch die DM-Aufwertung bedingten Abnahmen der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 64

Einkommen und Ersparnis

Millionen

Jahr	Erwerbs- und Vermögenseinkommen			Empfangene laufende Übertragungen [3]	Gesamteinkommen (brutto)	Geleistete laufende Übertragungen [4]
	insgesamt	Einkommen aus				
		unselbständiger Arbeit [1]	Unternehmertätigkeit und Vermögen [2]			
1950	70 180	44 070	26 110	12 080	82 260	13 700
1951	85 310	53 430	31 880	13 460	98 770	16 850
1952	95 420	59 600	35 820	15 850	111 270	20 330
1953	102 930	65 770	37 160	17 580	120 510	22 780
1954	111 570	71 870	39 700	18 580	130 150	23 950
1955	127 840	81 950	45 890	20 810	148 650	26 650
1956	141 900	91 820	50 080	23 190	165 090	29 790
1957	154 180	100 520	53 660	28 280	182 460	33 440
1958	165 600	108 990	56 610	31 820	197 420	36 510
1959	178 210	116 830	61 380	32 960	211 170	40 290
1960	198 890	131 400	67 490	34 220	233 110	47 050
1960	210 680	139 770	70 910	37 490	248 170	49 790
1961	231 860	157 180	74 680	41 050	272 910	57 610
1962 [8]	252 210	173 860	78 350	44 960	297 170	64 840
1963 [8]	267 920	186 610	81 310	48 110	316 030	70 720

*) ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West). — Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

[1]) „Meßbares Einkommen": einschließlich Werbungskosten, jedoch ohne bestimmte Lohnnebenkosten wie Aufwendungen der Arbeitgeber zur Verbilligung der Lebenshaltung und für zusätzliche Alters- und Krankheitsvorsorge bei privaten Einrichtungen, Unterstützungen usw.

[2]) nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich bestimmter Lohnnebenkosten (vgl. Fußnote [1])

[3]) öffentliche Renten und Pensionen, Barleistungen der Arbeitslosenversicherung und -hilfe, der öffentlichen Fürsorge und sozialen Krankenversicherung, gesetzliches Kindergeld u. a. m.

[4]) direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge u. a. m.

Tabelle 64

der privaten Haushalte

DM

Verfügbares Einkommen nach der Umverteilung	Privater Verbrauch	Ersparnis	Empfangene Vermögensübertragungen [5]	Geleistete Vermögensübertragungen [6]	Nicht-entnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. sowie Privateinlagen u. dgl. [7]	Finanzierungssaldo	Jahr
68 560	63 360	5 200	—	120	3 130	+ 1 950	1950
81 920	73 710	8 210	—	190	5 840	+ 2 180	1951
90 940	81 820	9 120	40	280	4 720	+ 4 160	1952
97 730	89 560	8 170	660	460	2 600	+ 5 770	1953
106 200	95 110	11 090	1 320	690	4 210	+ 7 510	1954
122 000	106 190	15 810	530	1 000	8 690	+ 6 650	1955
135 300	117 750	17 550	450	1 500	10 270	+ 6 230	1956
149 020	128 160	20 860	430	1 690	9 720	+ 9 880	1957
160 910	137 710	23 200	930	2 090	10 400	+11 640	1958
170 880	146 480	24 400	1 240	2 670	10 150	+12 820	1959
186 060	158 870	27 190	2 120	3 080	12 050	+14 180	1960
198 380	170 030	28 350	2 250	3 110	12 860	+14 630	1960
215 300	186 760	28 540	2 800	3 810	11 100	+16 430	1961
232 330	203 950	28 380	3 030	4 680	9 180	+17 550	1962 [8]
245 310	215 000	30 310	2 850	5 060	7 350	+20 750	1963 [8]

[5] Hauptentschädigung im Rahmen des Lastenausgleichs, Sparprämien u. a. m.

[6] Erbschaftsteuer, Lastenausgleichsablösungsbeträge, Rückzahlungen von Bauspareinlagen und Tilgungen von Bauspardarlehen

[7] einschließlich der Einlagen und Darlehen (netto) der privaten Haushalte u. ä. in Einzelunternehmen und Personengesellschaften, der Eigenmittel von privaten Haushalten u. ä. als Bauherren (ohne Auszahlungen der Bausparkassen und Tilgungen von Bauspardarlehen), des Erwerbs von GmbH- und Genossenschaftsanteilen (jedoch nicht Aktienerwerb) sowie der Zunahme (netto) der Pensionsrückstellungen

[8] vorläufige Ergebnisse

begriffliche Erläuterungen Seite 165 ff.

Tabelle 65

Umsatz und geleistete Arbeiterstunden in der Industrie *)

Zeitraum	Umsatz [1]						Geleistete Arbeiterstunden [2]					
	insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie			
			Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-			Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel
			industrien						industrien			
	Millionen DM						Millionen Std.					
1950	80 395	4 573	22 459	18 348	20 139	14 875	9 240	1 152	2 146	2 723	2 594	625
1951	109 908	5 776	33 372	26 531	26 520	17 708	10 218	1 204	2 348	3 156	2 851	659
1952	119 392	6 908	36 821	31 783	25 913	18 867	**10 501**	1 230	2 398	3 317	2 861	695
1953	126 162	7 321	36 928	34 147	27 108	20 658	10 885	1 258	2 388	3 433	3 085	721
1954	140 943	7 718	42 197	39 630	29 055	22 343	11 516	1 218	2 541	3 777	3 234	746
1955	166 511	8 464	51 313	49 496	32 713	24 525	12 484	1 213	2 738	4 319	3 436	778
1956	185 646	9 452	56 417	55 471	36 282	28 023	12 952	1 218	2 809	4 557	3 560	808
1957	199 551	10 186	59 639	60 634	39 032	30 060	12 624	1 188	2 714	4 478	3 430	813
1958	205 069	9 577	59 990	65 253	38 726	31 524	12 377	1 135	2 624	4 545	3 272	801
1959	223 656	9 400	67 414	72 168	41 492	33 182	12 231	1 014	2 654	4 558	3 221	784
1960	266 373	11 374	81 585	87 678	48 458	37 277	13 394	1 026	2 900	5 230	3 407	831
1961	287 018	11 011	85 200	98 294	52 348	40 166	13 403	962	2 923	5 352	3 345	821
1962	304 028	11 123	87 207	105 652	56 288	43 759	12 998	889	2 802	5 219	3 269	819
1963	315 309	11 702	89 446	110 405	57 908	45 848	12 579	833	2 713	5 070	3 154	810
Januar	23 898	1 005	6 439	8 326	4 565	3 563	1 079	77	224	435	277	67
Februar	22 673	978	6 127	7 926	4 295	3 348	987	66	202	405	253	61
März	25 739	1 032	7 080	9 249	4 800	3 577	1 045	72	223	420	266	64
April	25 985	957	7 477	8 992	4 771	3 787	1 065	70	230	431	269	65
Mai	26 600	1 005	7 899	9 029	4 781	3 887	1 091	73	238	433	278	68
Juni	24 245	883	7 180	8 685	3 932	3 565	971	63	213	396	235	63
Juli	26 690	969	7 982	9 137	4 548	4 055	1 042	70	232	415	255	69
August	25 709	935	7 790	8 433	4 671	3 881	1 023	67	228	408	251	69
September	28 294	942	7 940	10 085	5 389	3 939	1 050	66	228	426	262	69
Oktober	30 275	1 037	8 526	10 249	6 113	4 350	1 140	74	245	458	287	76
November	28 308	997	7 964	9 893	5 461	3 993	1 078	70	231	436	270	71
Dezember	26 894	962	7 045	10 401	4 583	3 903	1 009	66	218	407	251	68
1964	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Januar	26 103	967	7 349	8 987	4 880	3 920	1 063	74	225	429	269	66
Februar	25 990	877	7 349	9 223	4 891	3 651	1 010	65	216	413	255	62
März	27 462	859	7 718	9 808	5 177	3 900	1 033	66	223	419	262	63
April	29 448	939	8 698	10 198	5 451	4 162	1 096	71	239	445	277	66
Mai	26 374	871	7 898	9 120	4 596	3 889	988	62	217	404	245	61
Juni	29 061	892	8 656	10 471	4 843	4 199	1 041	66	230	428	252	65
Juli	29 622	924	9 138	10 045	5 120	4 395	1 064	67	239	430	260	68
August	26 832	885	8 329	8 800	4 829	4 049	974	61	221	393	234	65
September	31 348	939	9 046	11 081	5 987	4 295	1 072	65	235	435	267	69

*) ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher ohne Saarland und Berlin (West)
Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (ohne Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke und Betriebe der Bauindustrie), dargestellt nach hauptbeteiligten Industriegruppen

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte)

[2]) von Arbeitern (einschließlich gewerblicher Lehrlinge) tatsächlich geleistete Stunden

Tabelle 66

Industrielle

arbeitstäglich

Zeitraum	Index der industriellen					
	Gesamte Industrie [1]	Bergbau und Verarbeitende Industrie [2]	Bergbau	Verarbeitende		
				insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter- [3]
						indu
1951	118	119	112	119	118	131
1952	126	126	120	127	123	146
1953	139	139	123	141	132	154
1954	155	155	128	158	151	181
1955	178	179	136	183	175	223
1956	192	193	143	197	187	243
1957	203	204	147	209	198	253
1958	209	210	147	216	203	271
1959	225	225	142	233	228	293
1960	249	250	146	260	260	337
1961	263	264	150	275	275	365
1962	276	276	153	288	292	376
1963	286	286	157	298	308	382
Januar	253	254	158	263	260	348
Februar	259	260	158	270	267	359
März	278	278	159	289	295	384
April	293	292	158	305	314	395
Mai	292	292	158	304	323	386
Juni	304	303	160	317	335	420
Juli	267	266	148	277	305	340
August	264	263	146	274	307	327
September	296	295	150	309	321	401
Oktober	307	306	157	320	325	397
November	329	329	169	344	344	436
Dezember	299	299	166	311	307	404
1964	...	...	...	...	...	...
Januar	281	281	167	292	303	381
Februar	293	293	162	306	323	403
März	308	308	162	322	339	423
April	307	306	159	320	350	409
Mai	329	329	165	345	375	442
Juni	314	314	156	330	361	432
Juli	291	291	154	304	348	369
August [7]	284	282	153	295	342	354
September [7]	310	309	158	323	357	405

*) Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)
[1]) einschließlich Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe
[2]) Industrie ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe
[3]) ohne Bauhauptgewerbe

Tabelle 66

Produktion *)

1950 = 100

Nettoproduktion				Index der industriellen Bruttoproduktion		Zeitraum
Industrie						
Verbrauchsgüter-[4])	Nahrungs- und Genußmittel-industrien	Energieversorgungsbetriebe	Bauhauptgewerbe	Investitionsgüter[5])	Verbrauchsgüter[6])	
114	113	117	110	126	117	1951
115	121	128	117	145	127	1952
134	142	134	139	151	148	1953
146	150	151	153	180	165	1954
162	165	170	173	226	191	1955
176	177	189	181	244	214	1956
186	195	203	177	252	232	1957
184	202	206	183	272	243	1958
195	207	221	213	288	265	1959
211	214	243	222	322	298	1960
220	223	257	240	353	315	1961
232	233	279	259	364	334	1962
237	246	303	268	364	349	1963
220	205	343	79	331	324	Januar
223	211	329	73	339	330	Februar
235	217	317	208	366	356	März
246	242	294	326	371	371	April
245	241	276	340	362	361	Mai
235	257	266	378	410	350	Juni
206	242	256	321	324	294	Juli
210	236	265	311	316	299	August
253	239	296	326	384	373	September
262	282	314	315	374	387	Oktober
277	304	326	332	410	412	November
241	281	355	221	404	337	Dezember
...	...	...	...	...	...	1964
235	226	356	165	364	347	Januar
247	220	343	210	383	368	Februar
261	235	344	257	408	386	März
257	237	318	314	391	378	April
269	267	303	382	428	391	Mai
246	253	292	339	410	363	Juni
227	250	292	316	344	316	Juli
217	247	299	310	335	315	August[7])
257	245	321	329	381	379	September[7])

[4]) ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrie
[5]) ohne Erzeugnisse der Bauindustrie; einschließlich PKW über 1,5 Liter
[6]) einschließlich PKW bis 1,5 Liter; ohne Nahrungs- und Genußmittel
[7]) vorläufige Ergebnisse

Tabelle 67

Bau

Zeitraum	Baugenehmigungen für Hochbauten							
	Umbauter Raum [1]				Veranschlagte reine Baukosten [2]			
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude: von Unternehmen und Freien Berufen [3]	Nichtwohngebäude: von Gebietskörperschaften [4]	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude: von Unternehmen und Freien Berufen [3]	Nichtwohngebäude: von Gebietskörperschaften [4]
	1000 cbm				Millionen			
1950	.	140 665[a]	.	.	.	5 243	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.
1952	230 108	135 652	75 887	18 569	9 693	6 216	2 392	1 086
1953	245 968	163 649	64 665	17 654	11 370	7 860	2 355	1 155
1954	282 134	185 592	75 658	20 884	13 375	9 062	2 871	1 442
1955	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425	
1956	304 198	180 298	123 900		16 129	10 061	6 069	
1957	286 391	174 078	112 313		16 404	10 459	5 945	
1958	311 254	193 297	117 957		19 208	12 386	6 821	
1959	343 689	210 904	104 984	27 801	22 136	14 321	5 107	2 709
1960	392 427	234 427	125 965	32 035	27 491	17 253	6 824	3 414
1961	422 657	248 582	137 945	36 130	31 685	19 851	7 838	3 996
1962	427 299	253 459	136 276	37 563	34 675	22 176	7 744	4 756
1963	384 023	229 774	115 035	39 214	34 191	21 836	7 007	5 346
Januar	22 895	14 184	6 679	2 032	1 964	1 291	401	271
Februar	25 129	15 493	7 118	2 518	2 119	1 368	411	340
März	30 525	17 483	10 512	2 530	2 549	1 641	531	376
April	32 196	19 606	9 675	2 915	2 779	1 831	575	373
Mai	36 034	21 174	11 385	3 475	3 032	1 991	618	422
Juni	32 425	19 794	9 403	3 228	2 840	1 881	553	406
Juli	37 414	22 989	10 906	3 519	3 386	2 190	709	488
August	34 137	20 506	10 812	2 819	2 992	1 963	661	368
September	35 541	21 397	9 884	4 260	3 297	2 084	621	592
Oktober	34 585	21 260	9 628	3 697	3 176	2 070	623	483
November	32 655	18 309	10 039	4 307	3 093	1 798	678	617
Dezember	30 487	17 579	8 994	3 914	2 964	1 728	626	610
1964	...	...	...	...	...	...	...	...
Januar	26 410	14 811	8 566	3 033	2 494	1 472	582	440
Februar	29 088	16 593	10 156	2 339	2 578	1 664	600	314
März	31 537	17 822	10 609	3 106	2 891	1 806	652	433
April	35 926	20 793	12 306	2 827	3 344	2 134	779	431
Mai	34 994	20 923	11 203	2 868	3 318	2 152	741	426
Juni	39 114	21 403	13 382	4 329	3 621	2 226	774	621
Juli	40 090	23 777	12 585	3 728	3 819	2 442	827	550
August	41 335	22 458	14 596	4 280	3 874	2 350	910	614
September	39 236	23 629	11 477	4 130	3 724	2 402	767	555

Tabelle 67

wirtschaft *)

Bauhauptgewerbe [5])					
Umsatz [6])					
insgesamt [8])	Wohnungsbau	Landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	Öffentlicher und Verkehrsbau	Geleistete Arbeitsstunden [7]) insgesamt [8])	Zeitraum
DM				Millionen	
6 182,2	.	.	.	1 810,9	1950
7 783,4	.	.	.	1 861,6	1951
9 237,0	.	.	.	1 898,6	1952
10 689,9	.	.	.	2 179,5	1953
11 721,7	5 470,2	2 831,3	3 424,2	2 261,7	1954
14 172,2	6 236,2	3 581,8	4 354,2	2 497,6	1955
15 638,2	6 694,6	4 025,6	4 918,1	2 550,5	1956
15 978,2	6 810,6	4 078,4	5 089,3	2 379,1	1957
17 172,5	7 365,9	4 101,3	5 705,3	2 339,6	1958
21 057,2	8 479,0	4 968,8	7 609,5	2 493,1	1959
25 017,6	9 552,3	6 269,0	8 678,1	2 603,7	1960
28 650,4	10 859,7	7 211,8	10 563,9	2 668,0	1961
33 359,5	12 149,2	7 664,5	13 532,1	2 706,1	1962
36 420,2	13 015,8	7 737,6	15 653,8	2 659,5	1963
1 943,1	604,8	486,1	851,2	71,2	Januar
1 245,6	428,5	350,3	466,2	59,3	Februar
1 423,4	535,5	408,0	479,3	178,2	März
2 278,5	948,5	526,2	802,8	261,8	April
3 116,9	1 206,9	653,1	1 256,0	285,3	Mai
3 142,6	1 153,7	653,7	1 334,2	263,5	Juni
3 837,3	1 422,9	765,3	1 647,9	292,5	Juli
3 743,3	1 310,8	746,5	1 684,8	270,1	August
3 694,1	1 295,3	748,1	1 649,7	270,2	September
4 017,5	1 417,7	812,6	1 785,8	283,4	Oktober
3 756,5	1 296,1	745,8	1 713,5	256,3	November
4 221,2	1 395,1	841,8	1 982,5	167,9	Dezember
...	...	...	...	...	1964
2 510,2	758,4	575,0	1 176,8	139,7	Januar
2 085,7	788,9	492,4	804,4	165,7	Februar
2 371,3	901,0	546,7	923,6	199,9	März
3 032,1	1 170,6	670,5	1 191,1	267,0	April
3 141,0	1 183,9	649,5	1 307,7	259,1	Mai
3 837,9	1 394,9	766,6	1 676,4	274,5	Juni
4 149,2	1 494,8	829,2	1 825,1	279,3	Juli
3 861,1	1 316,3	773,3	1 771,6	252,4	August
3 989,9	1 394,1	798,6	1 797,2	276,4	September

*) ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher ohne Saarland und Berlin (West)
[1]) nur soweit Neu- und Wiederaufbau
[2]) alle Baumaßnahmen
[3]) einschließlich privater Bauherren
[4]) einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter
[5]) nur Betriebe des Hoch-, Tief- und Spezialbaus, des Stukkateur- und Gipsergewerbes sowie der Zimmerei und Dachdeckerei
[6]) nur baugewerblicher Umsatz; vorwiegend Zahlungseingang
[7]) von Inhabern, Angestellten und Arbeitern (einschließlich Lehrlinge) auf Baustellen und Bauhöfen tatsächlich geleistete Stunden
[8]) ab 1960 einschließlich Trümmerbeseitigung und Abbruch in Berlin (West).
[a]) unvollständiges Ergebnis

Tabelle 68

Index des Produktionsergebnisses je Arbeiterstunde *)

1950 = 100

Jahr	Bergbau und Verarbeitende Industrie [1])	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1951	108	107	108	107	114	105	110
1952	112	112	112	110	120	106	116
1953	119	115	119	118	123	115	130
1954	126	123	125	127	131	119	133
1955	134	132	133	136	141	125	141
1956	139	137	138	142	146	130	145
1957	150	144	148	155	154	141	156
1958	158	150	156	164	162	146	168
1959	171	164	169	184	175	157	176
1960	184	183	181	202	189	167	184
1961	194	198	190	211	198	176	193
1962	208	218	203	233	208	189	201
1963	221	238	216	254	216	199	214

*) Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)

[1]) Industrie ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe.

Tabelle 69

Außenhandel (Spezialhandel) *)
Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen [1] [2]		Index der Durchschnittswerte [2]		Terms of Trade [3]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Millionen DM				1960 = 100		
1950	8 362	11 374	11 135	10 669	75,1	106,6	70,5
1951	14 577	14 726	15 467	11 064	94,2	133,1	70,8
1952	16 909	16 203	17 195	13 379	98,3	121,1	81,2
1953	18 526	16 010	19 253	14 813	96,2	108,1	89,0
1954	22 035	19 337	23 291	18 302	94,6	105,7	89,5
1955	25 717	24 472	27 015	22 867	95,2	107,0	89,0
1956	30 861	27 964	31 359	25 521	98,4	109,6	89,8
1957	35 968	31 697	35 657	28 471	100,9	111,3	90,7
1958	36 998	31 133	37 443	30 800	98,8	101,1	97,7
1959	41 184	35 823	41 894	36 485	98,3	98,2	100,1
1960	47 946	42 723	47 946	42 723	100	100	100
1961	50 978	44 363	50 814	45 887	100,3	96,7	103,7
1962	52 975	49 498	52 612	52 426	100,7	94,4	106,7
1963	58 310	52 277	58 414	55 880	99,8	93,6	106,6
Januar	3 848	3 746	3 764	3 979	102,3	94,1	108,7
Februar	4 007	3 748	3 958	3 987	101,2	94,0	107,7
März	5 054	4 665	5 075	4 989	99,6	93,5	106,5
April	4 868	4 420	4 879	4 718	99,8	93,7	106,5
Mai	5 247	4 640	5 303	4 941	98,9	93,9	105,3
Juni	4 398	4 272	4 450	4 489	98,8	95,2	103,8
Juli	5 005	4 673	4 981	5 000	100,5	93,5	107,5
August	4 749	4 219	4 804	4 530	98,9	93,1	106,2
September	4 887	4 486	4 870	4 850	100,4	92,5	108,5
Oktober	5 499	4 662	5 562	5 035	98,9	92,6	106,8
November	5 299	4 387	5 359	4 733	98,9	92,7	106,7
Dezember	5 449	4 360	5 410	4 630	100,7	94,2	106,9
1964	...	...	...	...	...	...	...
Januar	4 960	4 310	4 983	4 554	99,5	94,6	105,2
Februar	5 152	4 236	5 116	4 454	100,7	95,1	105,9
März	5 447	4 632	5 420	4 914	100,5	94,3	106,6
April	5 690	4 923	5 675	5 182	100,3	95,0	105,6
Mai	5 125	4 388	5 112	4 605	100,3	95,3	105,2
Juni	5 402	4 933	5 450	5 198	99,1	94,9	104,4
Juli	5 471	5 245	5 407	5 577	101,2	94,0	107,7
August	4 688	4 562	4 586	4 812	102,2	94,8	107,8
September	5 315	4 983	5 274	5 360	100,8	93,0	108,4

*) Bundesgebiet einschließlich Berlin (West), bis 5. 7. 1959 ohne Saarland
[1]) Mengen, bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1960
[2]) Werte für 1950 und 1951 von Originalbasis 1950, für 1962 bis 1957 von Originalbasis 1954 umbasiert
[3]) Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in v. H. des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr

Tabelle 70

noch: Außenhandel (Spezialhandel) *)

Warenausfuhr nach Ländergruppen

— Verbrauchsländer —

Millionen DM

Zeitraum	insgesamt [1]	EWG-Länder	EFTA-Länder	Übrige europäische Länder [2]	Ostblockländer in Europa und Asien [3]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [4]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten von Amerika	Übrige Länder
1950	8 362	3 102	2 213	703	361	709	433	1 251
1951	14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 600	992	3 038
1952	16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 600	1 049	3 425
1953	18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 015	1 249	3 941
1954	22 035	6 432	6 381	1 439	430	2 153	1 237	5 066
1955	25 717	7 409	7 419	1 829	623	2 707	1 626	5 546
1956	30 861	9 095	8 656	1 930	1 081	3 432	2 091	6 437
1957	35 968	10 502	9 803	1 954	1 192	4 314	2 523	7 961
1958	36 998	10 102	10 162	2 145	1 847	4 584	2 703	7 956
1959	41 184	11 463	11 107	2 477	1 868	5 898	3 836	8 134
1960	47 946	14 148	13 436	2 873	2 255	6 093	3 769	8 997
1961	50 978	16 180	14 422	3 178	2 072	5 894	3 516	9 084
1962	52 975	18 012	14 712	3 367	2 143	6 336	3 860	8 239
1963	58 310	21 754	15 795	3 518	1 813	6 863	4 196	8 382
Januar	3 848	1 403	1 043	217	130	448	272	594
Februar	4 007	1 503	1 082	255	96	468	289	589
März	5 054	1 870	1 435	302	135	576	348	724
April	4 868	1 818	1 274	292	203	580	370	686
Mai	5 247	1 919	1 436	348	167	650	406	711
Juni	4 398	1 671	1 240	285	131	489	294	568
Juli	5 005	1 878	1 350	313	184	533	301	729
August	4 749	1 710	1 274	284	166	627	385	672
September	4 887	1 893	1 262	273	129	594	352	718
Oktober	5 499	2 103	1 493	315	133	682	420	756
November	5 299	2 014	1 433	294	142	581	347	820
Dezember	5 449	1 975	1 474	338	197	635	413	815
1964	...	...	...	...	...	...	...	...
Januar	4 960	1 859	1 250	293	165	602	370	772
Februar	5 152	2 019	1 390	307	154	548	330	719
März	5 447	2 053	1 466	340	170	666	417	736
April	5 690	2 166	1 542	354	181	703	430	729
Mai	5 125	1 904	1 378	339	188	606	364	693
Juni	5 402	2 033	1 498	332	182	627	383	713
Juli	5 471	2 020	1 474	344	210	668	410	735
August	4 688	1 585	1 286	309	203	578	341	705
September	5 315	1 887	1 463	311	169	668	412	796

*) Bundesgebiet einschließlich Berlin (West), bis 5. 7. 1959 ohne Saarland

[1]) einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder"

[2]) ohne Ostblockländer, jedoch einschließlich Jugoslawien

[3]) ohne Jugoslawien

[4]) Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten von Amerika

Tabelle 71

noch: Außenhandel (Spezialhandel) *)

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

— Herstellungsländer —

Millionen DM

Zeitraum	insgesamt [1]	EWG-Länder	EFTA-Länder	Übrige europäische Länder [2]	Ostblockländer in Europa und Asien [3]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [4]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten von Amerika	Übrige Länder
1950	11 374	3 031	2 390	537	352	2 370	1 811	2 678
1951	14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 631	2 722	4 022
1952	16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 648	2 507	4 094
1953	16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 903	1 658	4 289
1954	19 337	4 724	3 903	1 212	511	3 398	2 237	5 567
1955	24 472	6 317	4 687	1 418	729	4 623	3 210	6 674
1956	27 964	6 590	5 550	1 519	1 117	5 744	3 998	7 404
1957	31 697	7 404	6 019	1 584	1 226	7 734	5 672	7 696
1958	31 133	7 969	6 487	1 597	1 445	6 140	4 219	7 464
1959	35 823	10 334	7 420	1 771	1 647	6 364	4 595	8 250
1960	42 723	12 708	8 392	1 989	1 998	7 984	5 977	9 549
1961	44 363	13 778	8 592	2 249	2 042	8 241	6 100	9 366
1962	49 498	15 966	9 396	2 277	2 159	9 379	7 033	10 235
1963	52 277	17 342	9 646	2 285	2 155	10 206	7 941	10 565
Januar	3 746	1 243	707	169	169	647	511	803
Februar	3 748	1 176	685	174	158	746	602	803
März	4 665	1 378	820	177	183	1 077	889	1 025
April	4 420	1 395	823	185	167	903	724	940
Mai	4 690	1 633	842	191	163	855	659	948
Juni	4 272	1 395	766	154	158	1 031	829	762
Juli	4 673	1 697	881	189	207	811	604	879
August	4 219	1 459	733	185	169	741	549	925
September	4 486	1 535	778	157	174	997	821	839
Oktober	4 662	1 650	896	216	194	803	606	896
November	4 387	1 435	854	248	209	779	548	857
Dezember	4 360	1 345	860	242	204	817	599	887
1964	...	...	...	...	...	...	...	...
Januar	4 310	1 342	795	230	197	748	565	990
Februar	4 236	1 347	790	202	171	824	636	896
März	4 632	1 510	824	217	155	912	729	1 007
April	4 923	1 670	893	190	187	931	711	1 047
Mai	4 388	1 527	812	156	149	719	537	1 018
Juni	4 933	1 745	905	190	201	868	640	1 015
Juli	5 245	1 855	940	200	222	952	711	1 068
August	4 562	1 580	803	191	192	840	611	949
September	4 983	1 855	888	205	215	836	624	977

*) Bundesgebiet einschließlich Berlin (West), bis 5. 7. 1959 ohne Saarland

[1]) einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder"

[2]) ohne Ostblockländer, jedoch einschließlich Jugoslawien

[3]) ohne Jugoslawien

[4]) Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten von Amerika

Tabelle 72

noch: Außenhandel (Spezialhandel) *)

Warenausfuhr und -einfuhr nach Ländergruppen

— Käufer- bzw. Einkaufsländer —

Millionen DM

Jahr	insgesamt [1]	EWG-Länder	EFTA-Länder	Übrige europäische Länder [2]	Ostblockländer in Europa und Asien [3]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [4]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten von Amerika	Übrige Länder
				Ausfuhr nach Käuferländern				
1957	35 968	11 075	10 610	1 844	1 060	1 594	2 668	9 546
1958	36 998	10 527	10 907	2 053	1 640	1 739	2 767	9 931
1959	41 184	11 884	11 916	2 403	1 671	1 931	3 828	11 180
1960	47 946	14 504	14 217	2 771	2 032	2 174	3 837	12 107
1961	50 978	16 530	15 228	3 106	1 819	2 217	3 556	11 931
1962	52 975	18 324	15 538	3 256	1 804	2 313	3 934	11 575
1963	58 310	21 958	16 613	3 409	1 601	2 546	4 232	11 997
				Einfuhr nach Einkaufsländern				
1957	31 697	8 435	8 675	1 580	971	1 197	6 849	10 806
1958	31 133	8 791	9 119	1 545	1 179	1 294	5 550	9 174
1959	35 823	11 261	10 743	1 670	1 400	1 131	5 889	9 581
1960	42 723	13 859	12 756	1 857	1 630	1 303	6 986	11 216
1961	44 363	14 998	13 330	2 096	1 637	1 424	6 988	10 784
1962	49 498	17 142	14 286	2 120	1 848	1 534	8 124	12 481
1963	52 277	18 460	14 718	2 103	1 750	1 409	9 146	13 757

*) Bundesgebiet einschließlich Berlin (West), bis 5. 7. 1959 ohne Saarland
[1]) einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder"
[2]) ohne Ostblockländer, jedoch einschließlich Jugoslawien
[3]) ohne Jugoslawien
[4]) Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten von Amerika

Tabelle 73

noch: Außenhandel (Spezialhandel) *)

Warenausfuhr nach Warengruppen

Millionen DM

Zeitraum	insgesamt [1])	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
Januar	3 848	78	3 752	167	380	3 205	722	2 482
Februar	4 007	96	3 894	164	396	3 335	725	2 610
März	5 054	106	4 928	215	477	4 236	892	3 344
April	4 868	113	4 733	226	434	4 074	841	3 232
Mai	5 247	119	5 108	230	524	4 354	933	3 421
Juni	4 398	90	4 287	203	433	3 652	771	2 881
Juli	5 005	85	4 896	214	463	4 218	920	3 298
August	4 749	95	4 632	213	430	3 989	870	3 119
September	4 887	101	4 770	206	455	4 109	856	3 253
Oktober	5 499	138	5 340	220	492	4 627	1 000	3 628
November	5 299	147	5 131	222	483	4 426	945	3 481
Dezember	5 449	149	5 271	210	478	4 583	975	3 608
1964	...	...	...	...	...	...	...	...
Januar	4 960	144	4 796	217	486	4 093	937	3 156
Februar	5 152	136	4 995	223	458	4 314	939	3 375
März	5 447	137	5 290	212	470	4 608	1 009	3 599
April	5 690	140	5 532	223	479	4 830	1 016	3 815
Mai	5 125	133	4 970	194	463	4 313	944	3 369
Juni	5 402	121	5 261	209	479	4 573	1 003	3 569
Juli	5 471	114	5 338	198	481	4 659	991	3 668
August	4 688	113	4 552	188	429	3 935	894	3 042
September	5 315	123	5 168	207	432	4 529	965	3 564

*) Bundesgebiet einschließlich Berlin (West), bis 5. Juli 1959 ohne Saarland

[1]) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen

Tabelle 74

noch: Außenhandel (Spezialhandel) *)

Wareneinfuhr nach Warengruppen

Millionen DM

Zeitraum	insgesamt [1])	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
Januar	3 746	935	2 778	693	599	1 486	564	922
Februar	3 748	930	2 791	656	532	1 603	495	1 108
März	4 665	1 169	3 463	817	698	1 949	608	1 340
April	4 420	1 065	3 319	807	683	1 829	608	1 222
Mai	4 640	1 104	3 497	818	699	1 979	673	1 306
Juni	4 272	944	3 294	722	612	1 960	561	1 400
Juli	4 673	1 088	3 517	841	773	1 902	644	1 258
August	4 219	1 042	3 145	827	697	1 622	564	1 058
September	4 486	1 008	3 444	768	646	2 029	581	1 449
Oktober	4 662	1 149	3 454	779	772	1 903	667	1 236
November	4 387	1 151	3 173	794	671	1 708	621	1 087
Dezember	4 360	1 194	3 112	841	668	1 604	557	1 047
1964	...	...	...	...	...	...	...	...
Januar	4 310	1 102	3 173	902	721	1 550	622	928
Februar	4 236	1 012	3 191	829	688	1 674	578	1 096
März	4 632	1 119	3 471	903	665	1 903	621	1 281
April	4 923	1 144	3 731	934	821	1 977	706	1 271
Mai	4 388	1 088	3 261	892	727	1 642	631	1 012
Juni	4 933	1 196	3 674	888	831	1 955	742	1 213
Juli	5 245	1 167	4 015	935	939	2 141	776	1 365
August	4 562	1 087	3 428	879	805	1 744	673	1 070
September	4 983	1 145	3 801	901	843	2 056	747	1 309

*) Bundesgebiet einschließlich Berlin (West), bis 5. Juli 1959 ohne Saarland
[1]) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen

Tabelle 75

noch: Außenhandel (Spezialhandel) *)

Warenausfuhr und -einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik

Millionen DM

Jahr	insgesamt [1])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse der				Erzeugnisse der Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, der Fischerei, des Gartenbaues und der Tierzucht
			Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-	
			industrien				
			Ausfuhr				
1957	35 968	2 443	10 610	18 271	3 502	582	366
1958	36 998	2 243	10 007	19 947	3 475	657	344
1959	41 184	2 293	11 680	21 657	3 948	766	434
1960	47 946	2 595	14 037	24 963	4 470	867	439
1961	50 978	2 561	14 528	27 304	4 630	841	448
1962	52 975	2 520	14 527	28 901	4 960	909	476
1963	58 310	2 715	15 493	32 118	5 646	978	596
			Einfuhr				
1957	31 697	4 795	8 230	2 155	2 733	2 860	10 553
1958	31 133	4 011	8 161	2 856	2 912	2 565	9 569
1959	35 823	3 757	9 501	3 644	3 502	3 331	10 438
1960	42 723	4 808	12 376	4 740	4 375	3 639	10 996
1961	44 363	4 900	12 046	5 883	4 926	3 840	10 884
1962	49 498	4 744	12 823	7 006	5 653	4 662	11 992
1963	52 277	5 109	13 530	7 161	6 222	4 760	11 042

*) Bundesgebiet einschließlich Berlin (West), bis 5. Juli 1959 ohne Saarland
[1]) einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten

Tabelle 76

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte *)

1958 = 100

Zeitraum	Industrieerzeugnisse insgesamt [1]	Bergbauliche Erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Wasser	Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie					Investitionsgüter [1] [2]	Verbrauchsgüter [2]
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien		
1950	82,1	56,7	67,2	84,6	73,2	77,6	101,1	96,6	.	.
1951	97,4	63,4	71,3	101,1	92,9	90,7	123,4	104,4	.	.
1952	99,6	73,8	83,8	102,1	101,1	98,6	105,8	104,6	.	.
1953	97,1	84,9	93,2	97,8	96,4	97,0	98,2	101,0	.	.
1954	95,5	85,0	93,7	96,0	94,5	94,3	97,2	99,8	.	.
1955	97,2	85,0	93,4	98,0	99,3	95,3	97,5	100,4	92,4	97,5
1956	98,6	89,0	94,3	99,3	100,6	97,1	98,7	101,1	95,0	98,1
1957	100,4	95,2	96,8	100,8	101,7	99,1	101,8	100,8	98,0	99,9
1958	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1959	99,2	99,5	100,9	99,1	99,0	99,2	97,8	100,8	99,9	99,0
1960	100,4	98,8	101,3	100,4	99,9	100,7	101,3	99,8	101,4	100,7
1961	101,9	98,2	101,7	102,0	99,8	103,6	103,8	101,1	104,7	103,2
1962	103,0	99,1	101,2	103,3	99,4	106,8	105,0	102,6	109,1	105,7
1963	103,6	101,0	100,9	103,9	98,8	107,3	107,0	103,8	110,3	106,9
Januar	103,5	100,5	101,0	103,8	99,1	107,3	106,0	103,9	109,9	106,5
Februar	103,6	100,3	100,9	103,9	99,2	107,2	106,4	103,9	109,9	106,7
März	103,6	100,2	100,9	103,8	99,1	107,2	106,5	103,7	109,9	106,7
April	103,5	100,2	101,0	103,8	98,9	107,2	106,6	103,5	110,0	106,8
Mai	103,4	99,7	100,9	103,7	98,7	107,2	106,7	103,5	110,1	106,6
Juni	103,4	99,8	100,9	103,7	98,6	107,2	106,9	103,4	110,3	106,7
Juli	103,4	99,9	100,9	103,7	98,6	107,3	107,1	103,1	110,4	106,9
August	103,5	100,1	100,9	103,8	98,6	107,3	107,1	103,3	110,4	106,9
September	103,6	100,3	100,9	103,9	98,6	107,3	107,3	103,8	110,6	106,9
Oktober	103,9	103,4	100,8	104,0	98,5	107,4	107,5	104,1	110,6	107,2
November	104,0	103,6	100,6	104,2	98,6	107,4	107,9	104,3	110,6	107,2
Dezember	104,1	103,7	100,7	104,3	98,7	107,4	108,0	104,5	110,6	107,2
1964	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Januar	104,3	101,8	100,5	104,5	98,7	107,5	108,5	104,8	111,0	107,5
Februar	104,4	101,7	101,5	104,6	99,0	107,6	108,7	104,7	111,2	107,6
März	104,5	101,3	101,5	104,7	99,2	107,8	108,9	104,4	111,3	107,7
April	104,6	101,0	101,5	104,9	99,7	108,0	109,1	104,2	111,5	107,8
Mai	104,6	100,7	101,5	104,9	99,7	108,2	109,1	104,1	111,7	107,9
Juni	104,7	100,9	102,9	105,0	99,8	108,3	109,1	104,1	111,9	108,0
Juli	104,8	101,0	102,8	105,1	99,9	108,4	109,2	104,0	112,0	108,1
August	105,1	101,2	102,8	105,4	100,4	108,7	109,4	104,3	112,3	108,2
September	105,6	101,4	102,7	105,9	101,1	108,9	110,0	104,8	112,4	108,7

*) Bundesgebiet ohne Berlin; bis einschließlich 1960 auch ohne Saarland

[1]) ohne Erzeugnisse der Bauindustrie

[2]) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion

Tabelle 77

Preisindizes für Bauwerke *)

Zeitraum	Wohngebäude [1]	Bürogebäude [1]	Gewerbliche Betriebsgebäude [1]	Straßenbau [2]
	1958 = 100			1960 = 100
1959	105,3	105,8	104,8	.
1960	113,2	113,2	112,1	100
1961	121,8	121,4	119,5	104,9
1962	132,4	131,1	128,8	112,5
1963	140,3	138,2	135,3	116,6
Februar	136,9	135,2	132,5	114,7
Mai	140,4	138,3	135,3	117,0
August	141,6	139,3	136,5	117,5
November	142,2	139,9	136,7	117,3
1964	...	...	...	...
Februar	143,2	140,6	137,0	116,9
Mai	148,5	145,3	141,8	118,4
August	149,2	146,0	142,3	115,2

*) Bundesgebiet ohne Berlin
[1]) Bauleistungen am Gebäude
[2]) Bauleistungen insgesamt für Straßentyp gemäß Wägungsschema I (RQ 28,5), überwiegend für Bundesfernstraßen gültig

Tabelle 78

Preisindex für die Lebenshaltung *)

1962 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Bedarfsgruppe								
		Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung [1]	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	78,8	75,1	117,5	67,7	66,9	89,2	90,1	81,6	73,8	72,7
1951	84,9	82,0	115,2	68,9	72,4	98,5	99,9	88,1	79,9	81,5
1952	86,7	85,7	117,0	70,2	77,8	97,8	93,1	87,0	82,0	85,0
1953	85,1	84,3	109,6	72,4	80,4	92,8	88,2	84,7	81,0	85,8
1954	85,3	85,4	101,7	72,5	84,8	91,1	87,0	84,2	79,7	86,3
1955	86,7	87,0	100,8	74,7	86,8	91,8	87,0	86,5	81,4	86,8
1956	88,9	89,6	100,6	79,5	88,5	93,7	87,8	88,1	83,5	86,0
1957	90,7	91,1	100,5	80,6	90,7	97,2	91,1	89,5	86,2	86,7
1958	92,7	93,0	100,2	82,0	94,6	97,7	93,8	91,6	88,6	93,2
1959	93,6	94,6	99,2	83,9	95,4	96,4	93,5	92,5	90,0	94,7
1960	94,9	95,2	99,1	89,1	96,5	96,3	95,2	94,0	92,4	96,1
1961	97,1	96,2	99,1	96,8	98,1	98,3	97,4	96,5	95,7	98,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,0	103,3	101,0	105,8	102,6	100,4	102,3	102,4	103,7	104,1
Januar	102,0	102,5	100,3	103,6	101,9	100,4	101,4	101,6	101,8	103,1
Februar	103,0	104,8	100,4	104,4	102,8	100,5	101,6	101,8	102,1	103,2
März	103,3	105,4	100,4	104,6	102,6	100,3	101,8	101,9	102,6	104,0
April	103,4	105,1	100,5	105,2	102,0	100,3	102,1	102,1	102,9	104,1
Mai	103,1	104,2	100,6	105,4	101,3	100,2	102,2	102,3	103,0	104,2
Juni	103,0	103,9	100,8	105,4	101,3	100,3	102,3	102,4	103,2	104,3
Juli	102,7	102,5	101,0	106,2	101,5	100,3	102,4	102,5	103,4	104,3
August	102,3	100,8	101,4	106,4	101,8	100,3	102,4	102,6	104,7	104,2
September	102,5	101,3	101,4	106,5	102,3	100,5	102,6	102,8	104,7	104,5
Oktober	103,1	102,3	101,6	106,9	104,2	100,6	102,8	102,9	104,9	104,5
November	103,5	103,1	101,6	107,1	104,6	100,6	102,9	102,7	105,4	104,6
Dezember	104,0	104,1	101,6	108,1	104,8	100,7	103,1	102,8	105,7	104,6
1964	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Januar	104,6	105,3	101,6	109,4	104,9	100,8	103,4	103,0	106,2	104,7
Februar	104,7	105,2	101,7	109,7	104,9	101,1	103,6	103,2	106,5	104,7
März	104,9	105,4	101,7	110,0	104,7	101,0	103,7	103,4	106,6	105,0
April	105,1	105,7	101,7	111,5	103,2	101,0	104,0	103,5	106,8	105,0
Mai	105,2	105,7	101,7	111,7	102,9	101,0	104,2	104,0	106,8	105,0
Juni	105,3	105,8	101,7	112,1	103,1	101,1	104,2	104,2	106,9	105,1
Juli	105,7	106,7	101,6	112,8	103,2	101,0	104,3	104,4	107,1	105,1
August	105,5	105,7	101,6	113,1	103,4	101,3	104,4	104,5	107,9	105,2
September	105,5	105,3	101,6	113,6	103,9	101,1	104,7	104,6	108,0	105,4

*) Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); vor 1962 ohne Berlin; 1950 bis 1959 auch ohne Saarland.
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; bis 1956 Warenkorb 1950, von 1957 bis 1960 Warenkorb 1958, ab 1958 Warenkorb 1962.

[1]) Die Wohnungsmieten wurden bis einschließlich 1962 im allgemeinen im Januar, April, Juli und Oktober erhoben. Die neben Altbau-Wohnungen erfaßten Neubau-Wohnungen sind im Rahmen des sozialen Wohnungsbauprogramms erstellt worden.

Tabelle 79

zum 2. Kapitel: Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte, Ziffer 47

Investitionen der Unternehmen *)

Jahr	insgesamt [1])	Investitionen: Ausrüstungs-	Investitionen: Bau- [1])	Vorratsveränderung
		Millionen DM		
1950	15 620	9 020	2 930	+3 670
1951	18 350	11 590	3 040	+3 720
1952	21 610	13 500	2 990	+5 120
1953	20 290	14 710	3 670	+1 910
1954	23 790	16 800	4 150	+2 840
1955	32 340	21 060	5 690	+5 590
1956	33 630	22 880	6 740	+4 010
1957	35 870	23 200	7 350	+5 320
1958	36 870	24 970	8 230	+3 670
1959	41 020	27 750	9 070	+4 200
1960	51 240	33 020	10 230	+7 990
1960	54 145	34 670	10 885	+8 590
1961	57 970	39 600	12 470	+5 900
1962[2])	60 600	43 410	13 480	+3 710
1963[2])	61 360	44 230	13 850	+3 280
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.		
1951	+17,5	+28,5	+ 3,8	.
1952	+17,8	+16,5	− 1,6	.
1953	− 6,1	+ 9,0	+22,7	.
1954	+17,2	+14,2	+13,1	.
1955	+35,9	+25,4	+37,1	.
1956	+ 4,0	+ 8,6	+18,5	.
1957	+ 6,7	+ 1,4	+ 9,1	.
1958	+ 2,8	+ 7,6	+12,0	.
1959	+11,3	+11,1	+10,2	.
1960	+24,9	+19,0	+12,8	.
1961	+ 7,1	+14,2	+14,6	.
1962[2])	+ 4,5	+ 9,6	+ 8,1	.
1963[2])	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,7	.
		Anteile in v. H.		
1950	100	57,7	18,8	23,5
1951	100	63,2	16,6	20,3
1952	100	62,5	13,8	23,7
1953	100	72,5	18,1	9,4
1954	100	70,6	17,4	11,9
1955	100	65,1	17,6	17,3
1956	100	68,0	20,0	11,9
1957	100	64,7	20,5	14,8
1958	100	67,7	22,3	10,0
1959	100	67,6	22,1	10,2
1960	100	64,4	20,0	15,6
1960	100	64,0	20,1	15,9
1961	100	68,3	21,5	10,2
1962[2])	100	71,6	22,2	6,1
1963[2])	100	72,1	22,6	5,3

*) Ab 1960 Bundesgebiet einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin (West). — Zuzüglich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

[1]) ohne Wohnungen

[2]) vorläufige Ergebnisse

Tabelle 80
zum 2. Kapitel: Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte, Ziffer 51

Bauinvestitionen *)

Jahr	Bauinvestitionen insgesamt	Unternehmen [1]	Staat			Wohnungswirtschaft [3]
			insgesamt	Verkehrsbauten [2]	Sonstige Bauten	
			Millionen DM			
1950	8 850	2 930	1 570	510	1 060	4 350
1951	10 350	3 040	1 940	690	1 250	5 370
1952	11 650	2 990	2 360	850	1 510	6 300
1953	13 950	3 670	2 880	1 020	1 860	7 400
1954	15 500	4 150	3 090	1 160	1 930	8 260
1955	19 100	5 690	4 090	1 670	2 420	9 320
1956	21 400	6 740	4 710	1 990	2 720	9 950
1957	22 700	7 350	4 900	2 060	2 840	10 450
1958	24 800	8 230	5 470	2 350	3 120	11 100
1959	29 500	9 070	6 980	3 130	3 850	13 450
1960	33 130	10 230	8 000	3 630	4 370	14 900
1960	35 020	10 885	8 400	3 740	4 660	15 735
1961	40 050	12 470	9 770	4 360	5 410	17 810
1962 [4]	45 410	13 480	12 160	5 570	6 590	19 770
1963 [4]	49 050	13 850	14 200	6 690	7 510	21 000
			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.			
1951	+16,9	+ 3,8	+23,6	+35,3	+17,9	+23,4
1952	+12,6	− 1,6	+21,6	+23,2	+20,8	+17,3
1953	+19,7	+22,7	+22,0	+20,0	+23,2	+17,5
1954	+11,1	+13,1	+ 7,3	+13,7	+ 3,8	+11,6
1955	+23,2	+37,1	+32,4	+44,0	+25,4	+12,8
1956	+12,0	+18,5	+15,2	+19,2	+12,4	+ 6,8
1957	+ 6,1	+ 9,1	+ 4,0	+ 3,5	+ 4,4	+ 5,0
1958	+ 9,3	+12,0	+11,6	+14,1	+ 9,9	+ 6,2
1959	+19,0	+10,2	+27,6	+33,2	+23,4	+21,2
1960	+12,3	+12,8	+14,6	+16,0	+13,5	+10,8
1961	+14,4	+14,6	+16,3	+16,6	+16,1	+13,2
1962 [4]	+13,4	+ 8,1	+24,5	+27,8	+21,8	+11,0
1963 [4]	+ 8,0	+ 2,7	+16,8	+20,1	+14,0	+ 6,2
			Anteile in v. H.			
1950	100	33,1	17,7	5,8	11,9	49,2
1951	100	29,4	18,7	6,7	12,0	51,9
1952	100	25,7	20,3	7,3	13,0	54,0
1953	100	26,3	20,6	7,3	13,3	53,1
1954	100	26,8	19,9	7,5	12,4	53,3
1955	100	29,8	21,4	8,7	12,7	48,8
1956	100	31,5	22,0	9,3	12,7	46,5
1957	100	32,4	21,6	9,1	12,5	46,0
1958	100	33,2	22,1	9,5	12,6	44,7
1959	100	30,7	23,7	10,6	13,1	45,6
1960	100	30,9	24,1	11,0	13,1	45,0
1960	100	31,1	24,0	10,7	13,3	44,9
1961	100	31,1	24,4	10,9	13,5	44,5
1962 [4]	100	29,7	26,8	12,3	14,5	43,5
1963 [4]	100	28,2	29,0	13,6	15,4	42,8

*) ab 1960 einschließlich, vorher (und zum Vergleich für 1960) ohne Saarland und Berlin West

[1] Einschließlich öffentlicher Unternehmen, Bundesbahn und Bundespost; ohne Wohnungswirtschaft; zuzüglich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

[2] Straßen, Wasserstraßen, Brücken u. ä.

[3] Wohnungen in Wohn- und Nichtwohnbauten

[4] vorläufige Ergebnisse

Tabelle 81

zum 5. Kapitel: Preise und Geldwert, Ziffer 152

Erzeugerpreise ausgewählter landwirtschaftlicher Produkte und Verbraucherpreise entsprechender verbrauchsreifer Produkte *)

a) 1958 = 100

Jahr	Getreide / Getreideerzeugnisse				
	Erzeugerpreise		Verbraucherpreise		
	Weizen	Roggen	Weizenmehl, Type 405	Nudeln (Markenware)	Brot
1950	67,3	64,1	.	73,6	58,0
1954	96,1	97,4	.	97,0	80,7
1956	96,5	97,6	92,6	100,0	85,7
1957	97,8	98,9	93,4	100,0	90,8
1959	100,2	97,9	100,9	100,0	100,1
1960	100,1	96,5	101,1	101,8	100,3
1961	99,9	96,3	101,9	107,9	106,5
1962	100,7	98,1	108,2	108,0	112,1
1963	100,0	98,2	109,2	111,0	118,6

Jahr	Milch / Milcherzeugnisse					Eier	
	Erzeugerpreis	Verbraucherpreise				Erzeugerpreis	Verbraucherpreis
	Milch 3,7 % Fettgehalt (ab Hof)	Frische Vollmilch (lose)	Deutsche Markenbutter	Käse	Quark	Eier ab Hof (ohne Subventionen)	Deutsche Eier
1950	72,8	82,0	79,8	90,1	81,0	101,1	93,6
1954	81,1	91,4	91,2	94,2	87,0	101,3	96,3
1956	91,7	97,9	100,6	100,3	95,9	109,2	102,2
1957	103,0	99,5	103,2	102,7	99,6	101,4	98,6
1959	100,9	102,2	102,1	101,5	101,3	84,7	91,8
1960	99,0	102,4	94,0	105,2	105,1	87,9	92,4
1961	99,6	102,6	98,3	105,5	105,5	86,7	94,8
1962	105,7	102,7	103,9	106,3	108,8	82,7	90,2
1963	109,5	106,4	106,0	107,6	112,7	111,0	110,8

Jahr	Vieh / Fleisch und Fleischwaren								
	Erzeugerpreise			Verbraucherpreise					
				Rindfleisch		Kalbfleisch zum Braten	Schweinefleisch		Fleischwaren
	Kühe	Kälber	Schweine	zum Kochen	zum Braten		Kotelett	Bauchfleisch	
1950	69,6	59,2	99,2	67,9	66,2	59,2	74,1	102,2	94,8
1954	87,4	85,4	82,7	87,4	85,4	82,7	90,4	112,1	98,9
1956	96,7	95,0	92,0	96,7	95,0	92,0	95,0	108,4	98,9
1957	98,4	97,6	95,4	98,4	97,6	95,4	98,5	106,2	100,3
1959	107,8	108,7	108,0	107,8	108,7	108,0	111,5	112,1	104,9
1960	108,5	110,7	109,2	108,5	110,7	109,2	113,1	106,7	106,2
1961	110,2	113,1	114,6	110,2	113,1	114,6	119,1	108,6	107,6
1962	111,2	114,7	117,6	111,2	114,7	117,6	122,4	109,6	109,6
1963	112,7	117,3	120,7	112,7	117,3	120,7	130,2	114,4	112,7

*) Bundesgebiet ohne Berlin; bis einschließlich 1959 auch ohne Saarland

noch: Tabelle 81

noch: Erzeugerpreise ausgewählter landwirtschaftlicher Produkte und Verbraucherpreise entsprechender verbrauchsreifer Produkte *)

b) 1950 = 100

Jahr	Getreide / Getreideerzeugnisse				
	Erzeugerpreise		Verbraucherpreise		
	Weizen	Roggen	Weizenmehl, Type 405	Nudeln (Markenware)	Brot
1951	139,7	142,1	130,0	123,2	125,2
1954	142,4	151,9	128,6	131,8	139,1
1956	143,0	152,3	129,9	135,9	147,8
1957	144,9	154,3	131,0	135,9	156,6
1958	148,2	156,0	140,3	135,9	172,7
1959	148,4	152,7	141,5	135,9	172,9
1960	148,3	150,5	141,8	138,3	173,2
1961	148,0	150,2	142,9	146,6	183,9
1962	149,2	153,0	151,8	146,7	193,6
1963	148,2	153,2	153,2	151,0	204,8

Jahr	Milch / Milcherzeugnisse					Eier	
	Erzeugerpreis	Verbraucherpreise				Erzeugerpreis	Verbraucherpreis
	Milch 3,7 % Fettgehalt (ab Hof)	Frische Vollmilch (lose)	Deutsche Markenbutter	Käse	Quark	Eier ab Hof (ohne Subventionen)	Deutsche Eier
1951	109,5	106,0	111,3	106,4	102,5	108,4	106,6
1954	111,4	111,5	114,3	104,6	107,4	100,2	102,9
1956	125,9	119,4	126,1	111,3	118,4	108,0	109,2
1957	141,5	121,3	129,3	114,0	123,0	100,3	105,3
1958	137,4	122,0	125,3	111,0	123,5	98,9	106,8
1959	138,6	124,6	127,9	112,7	125,1	83,8	98,1
1960	136,0	124,9	117,8	116,8	129,8	86,9	98,7
1961	136,8	125,1	123,2	117,1	130,2	85,8	101,3
1962	145,2	125,2	130,2	118,0	134,3	81,8	96,4
1963	150,4	129,8	132,8	119,4	139,1	109,8	118,4

Jahr	Vieh / Fleisch und Fleischwaren								
	Erzeugerpreise			Verbraucherpreise					
				Rindfleisch		Kalbfleisch zum Braten	Schweinefleisch		Fleischwaren
	Kühe	Kälber	Schweine	zum Kochen	zum Braten		Kotelett	Bauchfleisch	
1951	121,0	128,9	108,7	115,2	113,9	119,4	108,5	107,6	105,0
1954	122,4	142,1	108,8	128,7	129,0	139,7	122,0	109,7	104,3
1956	138,2	155,7	106,2	142,4	143,5	155,4	128,2	106,1	104,3
1957	136,4	161,1	101,9	144,9	147,4	161,1	132,9	103,9	105,8
1958	143,7	168,9	100,8	147,3	151,1	168,9	135,0	97,8	105,5
1959	155,2	171,3	110,6	158,8	164,2	182,4	150,5	109,7	110,7
1960	153,3	176,4	105,4	159,8	167,2	184,5	152,6	104,4	112,0
1961	155,3	178,0	107,6	162,3	170,8	193,6	160,7	106,3	113,5
1962	149,4	170,4	105,4	163,8	173,3	198,7	165,2	107,2	115,6
1963	153,0	176,9	112,8	166,0	177,2	203,9	175,7	111,9	118,9

*) Bundesgebiet ohne Berlin (West), bis einschließlich 1959 auch ohne Saarland

Erläuterungen zu den Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

I. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat und private Haushalte einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören u. a. auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe und Freie Berufe, ferner Bundesbahn, Bundespost und sonstige öffentliche Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform. Einbezogen in den Unternehmenssektor ist auch die Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kämmereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. In die Sozialversicherung einbezogen ist ein fiktiver Pensionsfonds für Beamte, der erforderlich ist, um das Einkommen der Beamten vergleichbar mit dem anderer Arbeitnehmergruppen darstellen zu können.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw.

II. Sozialprodukt und Inlandsprodukt

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Die Entstehung des Sozialprodukts wird gewöhnlich über das **Inlandsprodukt** berechnet. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Umsatz, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigfabrikaten, selbsterstellte Anlagen) der Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die sogenannten Vorleistungen (Materialeinsatz usw.) ab, erhält man den Beitrag der Bereiche zum **Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.**

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt gezahlt wurden, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem (privaten und Staats-)Verbrauch, den Investitionen und den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt) nach Abzug der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.** Hieraus leitet sich das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen und Kürzung um die indirekten (bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen) Steuern ab. Das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

Bruttosozialprodukt
− Abschreibungen

= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
− Indirekte Steuern
+ Subventionen

= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

III. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern — nach Abzug der von ihnen geleisteten Erwerbs- und Vermögenseinkommen — zugeflossen sind.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschie-

den, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltsumme zuzüglich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Wegen fehlender statistischer Unterlagen sind bestimmte freiwillige Sozialleistungen, wie Aufwendungen zur zusätzlichen Alters- und Krankenvorsorge, noch nicht einbezogen.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Gewinn, Zinsen, Nettomieten und -pachten nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die nicht ausgeschütteten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten noch die direkten Steuern, bei den privaten Haushalten darüber hinaus auch die Beiträge zur Sozialversicherung.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen usw., die sie vom Staat und von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von den privaten Haushalten usw. an den Staat geleisteten direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen an den Staat und an die übrige Welt ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird sowohl einschließlich als auch ohne nicht-entnommene Gewinne der Einzelunternehmen und Personengesellschaften dargestellt. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man den Privaten Verbrauch vom verfügbaren Einkommen abzieht.

IV. Verwendung des Sozialprodukts

In der Verwendungsrechnung werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, in Investitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Güter- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke sowie den Eigenverbrauch (laufende Käufe minus Verkäufe) der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie z. B. der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen u. a. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Investitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Zu den Aufwendungen für Verwaltungsleistungen zählen die Waren- und Dienstleistungskäufe des Staates (ohne Käufe von Investitionsgütern für zivile Zwecke), die Einkommen der im Staatsdienst Beschäftigten, ferner unterstellte Nettomieten und Abschreibungen für das vom Staat genutzte Vermögen u. ä. Um den Staatsverbrauch zu ermitteln, wird von den Aufwendungen der Wert der Staatsleistungen abgesetzt, die verkauft oder für die Gebühren erhoben werden. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke zählen auch die Käufe von Rüstungsgütern und militärischen Bauten. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Investitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und Vorratsveränderungen zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die gesamten privaten und staatlichen Käufe an dauerhaften Produktionsmitteln sowie die selbsterstellten Anlagen. Als dauerhaft werden in diesem Zusammenhang diejenigen Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden. Ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, sonstige gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** ist zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet und damit frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus den preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfaßt werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die sowjetische Besatzungszone, den Sowjektsektor von Berlin und die deutschen Ostgebiete (z. Z. unter fremder Verwaltung) umfaßt, bis 1959 auch das Saarland und Berlin (West). Für 1960 liegen Angaben ohne und einschließlich Saarland und Berlin (West) vor.

V. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1954) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindices auf der Basis 1954. Diese Preisindices haben eine wechselnde Wägung, d. h. es liegt ihnen der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde; sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit 1954. Die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Sachregister

(Die Zahlen beziehen sich auf die Abschnitte des Textes)

Abschreibungspolitik, 213, 258
Angebot
— an Arbeitskräften, 85 f., 105, 232 f.
— an ausländischen Arbeitskräften, 88
— im gegenwärtigen Aufschwung, 104 ff.
— langfristige Entwicklung, 82 ff.
Ankündigungseffekt, 213
Arbeitslose, 85, 232
Arbeitsmarkt, 84 ff., 251
Arbeitsproduktivität s. Produktivität
Arbeitsvolumen, 84 ff., 232 f.
Arbeitszeitverkürzung, 91, 106, 233
Auftragseingänge, 26, 55 f., 219
Aufwertung von 1961, 12 f., 240 d
Ausfuhr, 1 ff., 225
— Anteil am Bruttosozialprodukt, 2, 27
— regionale Struktur, 5, 29, 30, 31
— warenmäßige Struktur, 7, 8, 28
Ausfuhrpreise, 32, 34, 161
— und Realeinkommensentwicklung, 35 f., 36
Auslandsnachfrage und Konjunkturaufschwung, 10
Auslandsumsatz, 4, 26
Ausrüstungsinvestitionen, 49, 55 ff.
Außenhandel, Struktur des 7, 8, 34
außenwirtschaftliches Gleichgewicht, 20, 220, 249
— und Geldwertstabilität, 237 ff.
— und Konjunkturzyklus, 17
außenwirtschaftliche Überschüsse, 12, 17, 35, 158, 220, 237 f.
außenwirtschaftliche Verflechtung, 1

Bandbreite für Wechselkursschwankungen, 240 e
Bargeldumlauf, 165
Bauinvestitionen
— der gewerblichen Wirtschaft, 49, 65
— der öffentlichen Hand, 51 ff., 66 f., 195, 215
— in den letzten beiden Jahren, 63 ff.
— Preisniveau, 63
— voraussehbare Entwicklung, 227
Baupreise, 63, 67, 150
Bauproduktion, 113 f.
Beamtenbesoldung, 136 ff.
Binnenpreise und Exportpreise, 35
Bretton Woods, Abkommen von 160, 240 d
Bruttoinlandsprodukt
— Definition, Anhang IV
— im gegenwärtigen Aufschwung, 107
Bruttoinvestitionen, 45, 226
— Definition, Anhang IV
Bruttosozialprodukt (Definition), Anhang IV
Bundeshaushalt 1965, 206

Devisenbestände s. Gold- und Devisenbestände
Devisenbilanz, 20
Dienstleistungsbilanz, 18, 220
Dienstleistungseinfuhr, 18, 120
Diskontsatz, 170

Eigenfinanzierung, 183 f.
Einfuhr, 95 ff.
— im gegenwärtigen Aufschwung, 115 ff.
— regionale Struktur, 102, 119
— und Konjunkturverlauf, 11, 97
— und Leistungsbilanzüberschüsse, 37, 103
— und Wirtschaftswachstum, 96
— voraussehbare Entwicklung, 234
— warenmäßige Struktur, 98, 116 f.
Einfuhrkontingente, 101, 257
Einfuhrpreise, 14, 161
Einkommen, 121 ff.
— aus unselbständiger Arbeit, 122, 128 f.
— aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, 122, 126, 127
— der Beamten, 136 ff.
Einkommenselastizität der Auslandsnachfrage, 34
Einkommensentwicklung und Konjunkturverlauf, 125
Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst, 139 f., 228
Einkommenspolitik, 244
Einkommensteuer, 132 f., 194, 214, 219
Einkommensübertragungen, 134, 230
Einkommensverteilung, 124, Anhang II
Ersparnisbildung s. Spartätigkeit
Euro-Dollar-Markt, 173
EWG, Empfehlungen des Ministerrats 206 f., 209
Exporte s. Ausfuhr
Exportbemühungen der Unternehmer, 10, 38
exportorientiertes Wachstum, 33 ff.
— und Preisniveau, 39, 41
— und Produktivitätsfortschritte, 35, 40
— und Pro-Kopf-Einkommen, 38
— und Zahlungsbilanz, 35, 42, 238

Finanzierungsquellen der Unternehmen, 183 f.
Finanzstruktur der Unternehmen, 185 f.
Fiskalpolitik und Konjunkturpolitik, 209 ff., 258
Flexibilität der Konjunkturpolitik, 243, 258
Flexibilität der Preise, 155, 157, 246
flexible Wechselkurse, 240 f., 243

Geldentwertung, Geldwertschwund
— im internationalen Vergleich, 159 ff.
— nachfrage- oder kostenbedingt, 151, 158
— statistische Probleme, 145 f.
— und außenwirtschaftliche Überschüsse, 158, 237
— und Handelsspannen, 152
— und Lohnerhöhungen, 151, 239, 247 f.
— und Qualitätsveränderungen, 147
— und Verhalten der öffentlichen Hand, 239, 242
— zyklischer Verlauf, 153 ff.
Geldexport, 171, 243
Geldimport, 171, 243
Geldmarktzins, 170, 173
Geldpolitik, s. a. Kredit- und Zinspolitik, 169 ff., 178
Geld- und Kreditmarkt, 165 ff.
Geldvolumen, 165
Geldwertgemeinschaft, 160 ff.
Geldwertstabilität, 143 ff., 236 ff.
— als Ziel der Wirtschaftspolitik, 144, 236
— bei festen Wechselkursen, 240 h, 255 ff.
— bei flexiblen Wechselkursen, 240 f.
— und Vollbeschäftigung, 144, 245 ff.
— und Wachstum, 38, 253 f.
Gemeindehaushalte, 208
Gewinnentwicklung, 15, 41, 56, 127, 231, 253

Gold- und Devisenbestände der Bundesbank, 12, 167 f.
— als Anlage von Volksvermögen, 42
Goldwährung, 160
Grundbilanz der Zahlungsbilanz, 20, 220
Grundstückspreise, 150

Handelsbilanz, Handelsbilanzüberschuß 17
Haushaltsvoranschlag, geldwertneutraler 242

Importe s. Einfuhr
Industrieproduktion, 108 ff.
Inflation
— der Baupreise, 150
— im Ausland, 26, 159 f., 237 f.
— importierte, 12, 158, 161, 237 f., 240
— nachfrage- oder kostenbedingt, 151, 158
Integration, internationale 163, 256
— und feste Wechselkurse, 164, 241, 256
Internationale Arbeitsteilung, 34, 96
Investitionen des Staates, 51 f, 195, 203, 205
— und Konjunkturpolitik, 54, 200, 209, 215 f.
Investitionsgüterpreise, 62
Investitionstätigkeit
— im Ausland, 7, 22 ff.
— im Inland, 7, 44 ff.
— voraussehbare Entwicklung, 226

Kapazitätsauslastung, 27, 104, 112
— im Tiefbau, 67
Kapitalangebot, Quellen 189
Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz, 45, 93, 253
Kapitalertragsteuer, 171, 192
Kapitalexport, 191, 243
Kapitalimport, 171, 191 f., 243
kapitalintensives Wachstum, 8, 30, 92 f.
Kapitalkoeffizient, 93
Kapitalmarkt, 179 ff.
Kapitalverkehr, internationaler 21, 42, 171, 191 f.
Kassenhaltung des Staates, 172, 174, 182, 216, 242
komparative Kostenvorteile, 7, 34
Konjunkturgemeinschaft, internationale 6, 160, 240 h
Konjunkturverlauf im Ausland, 6, 21 ff., 225
Konsumquote, 75
Kontingente, s. Einfuhrkontingente
Konvertibilität
— bei festen Wechselkursen, 12, 161 f.
Kosteninflation, 151, 158, 245 ff.
Kostenniveau, 14 f., 248
Kosten-Preis-Bewegungen, 161
Kraftfahrzeugsteuer, 193 f.
Kredite, kurzfristige 175 f., 177, 184 ff.
Kredithilfen, internationale s. Stützungskredite
Kreditmarkt s. Geld- und Kreditmarkt
Kredit- und Zinspolitik
— bei flexiblen Wechselkursen, 243
— bei Konvertibilität und festen Wechselkursen, 12, 178
Kurssicherung im Auslandsgeschäft, 240 g

Länderhaushalte, 207
Leistungsbilanzüberschüsse, 12, 17, 18, 35, 220
Liberalisierung des Außenhandels, 34, 37, 99 f., 240 a
Liquidität, 167 ff.
— der Banken, 170 ff.
— der Unternehmen, 183 ff.
— internationale, 12, 41, 160 f., 239

Löhne, 14, 41, 62, 121 ff., 229 248, 253
— und Produktivität, 123, 156, 158, 247 f.
Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst, 136 f., 206, 228
Lohndruck, 14, 15, 158, 248
Lohnrelationen, 247
Lohnsteuer s. Einkommensteuer
Lombardkredite, 167

Mengenkonjunktur, 250
Mindestreservepolitik, 171
Mineralölsteuer, 193 f.

Nachfrageinflation, 151, 158, 160, 237 f.
Nachfragestruktur vor und nach der Aufwertung, 19

öffentliche Einnahmen und Ausgaben, 193
— seit 1950, 196
— 1964, 202
— 1965, 204 ff.
offene Stellen, 105
Offenmarktpolitik, 171

Preisindex für den Privaten Verbrauch, 143
Preisindex für die Lebenshaltung, 81, 143 ff.
— und Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte, 154 f.
— und Qualitätsveränderungen, 147 f.
Preiskonjunktur, 250
Preis-Lohn-Spirale, 143
Preisrelationen
— internationale, 16, 26
— entwicklungsbedingte Veränderungen, 146
Preisstabilität s. Geldwertstabilität
Privater Verbrauch
— Anteil am verfügbaren Einkommen, 75
— und Einkommensentwicklung, 74 ff.
— voraussehbare Entwicklung, 229
Produktivität, Produktivitätsfortschritte, 92 ff.,
— in der Investitionsgüterindustrie, 62
— in Wachstumsindustrien, 34
— Schätzung für 1965, 221, 235
— und Exportpreise, 35
— und Lohnerhöhungen, 123, 156, 158, 247 f.
— und Preissenkungen, 247
Produktivitätseffekt bei Strukturwandlungen, s. Struktureffekt
Produktionskosten im internationalen Vergleich, 15

Qualitätsveränderungen und Preisanstieg, 62, 147

Reallöhne, 41, 123, 247, 253
Rediskontkontingente, 172
Rediskontkredite, 167 f., 172
Reibungsarbeitslosigkeit, 251

Sachvermögensbildung, Sachkapitalbildung, 179 ff.
Schatzwechsel, 171 f.
Selbstfinanzierung, 56, 181 ff.
Sozialversicherungsbeiträge und Kostenniveau, 248 c
Sozialversicherungsträger und Kapitalmarkt, 190
Sparquote, Sparfähigkeit, 75 ff., 181, 231, 253
Spartätigkeit, 179 ff.
Spekulation auf den Devisenmärkten, 162, 240 f.
Staatsausgaben, 195, 203, 205, 209 f.
Staatsbürgschaften, 188, 240 g
Staatseinnahmen, 194, 202, 204

Staatsverbrauch, 68 ff.
— Anteil am Bruttosozialprodukt, 68
— Preisniveau des Staatsverbrauchs, 72
— Struktur des Staatsverbrauchs, 69 ff.
— voraussehbare Entwicklung, 179 ff., 228
Stellenwechsel, 251
Steueränderungsgesetz s. Steuersenkung
Steuereinnahmen, 194, 202, 242
steuerliche Abgaben und Rückerstattungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr, 240 c
steuerliche Belastung der Einkommen, 132 f.
Steuerprogression, 132, 214
Steuersenkungen, 132 f., 204, 219
— und Konjunkturpolitik, 214
Struktureffekt, 94, 95, 235, 248 b, 251
Stützungskredite, internationale, 162, 240 b
Stufenflexibilität, 240 d
Swap-Geschäfte, 171

technischer Fortschritt, 150, 192, 248 e, 253
Terminkurse, Terminmärkte, 240 f., 240 g
Terms of Trade, 220, 235, 248 b

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, 166
Unternehmensbesteuerung, 48, 258

Verbraucherbefragungen, 147
Verbraucherpreise, 143 ff.
— internationaler Vergleich, 159
verfügbares Einkommen, 135
— voraussehbare Entwicklung, 231
Verkehrsinvestitionen, 51
Vermögensbildung, Vermögensverteilung, 179 ff., 253, Anhang II
Verschuldung der Gebietskörperschaften 196 f.
Vollbeschäftigung
— und Geldwertstabilität, 238, 245 ff.
— und Weltwährungsordnung, 162
— und Wirtschaftswachstum, 92, 249
voraussehbare Entwicklung, 217 ff.
— der Ausfuhr, 225
— der Bauinvestitionen, 227
— der Beschäftigung, 219
— der Einfuhr, 234
— der Investitionstätigkeit, 226
— der Produktivität, 221, 235
— der verfügbaren Einkommen, 231
— der Zahlungsbilanz, 220
— des Arbeitsvolumens, 221, 232 f.
— des Bruttosozialprodukts, 221
— des Preisniveaus, 222
— des privaten Verbrauchs, 229
— des Staatsverbrauchs, 228
Vorratsinvestitionen, 49 f.

Währungsordnung, internationale 160 ff.
— und Geldwertstabilität, 162, 240
Warenkorb und Geldentwertung, 145 f.
Wechselkurspolitik, 240
— und Einkommenspolitik, 244
— und Geldwertstabilität, 13, 41, 163, 237 f.
— und internationale Integration, 163, 164, 241, 256
— und Investitionszyklen, 48, 243
— und Wirtschaftswachstum, 40 f.
Welthandel, deutscher Anteil am 2
Weltwährungsfonds, 160, 240 d

weltwirtschaftliche Integration, 7, 163, 164
Wettbewerbspolitik, 246
Wirtschaftsbericht der Bundesregierung 1964, Nachtrag zum 211 ff.
Wissenschaftlicher Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, 12, 187
Wohnungsbau, 64
— Finanzierung, 53
— staatliche Förderung, 53, 64
— Überhänge, 64, 114
Wohnsiedlungsgelände, 150

Zahlungsbilanzgleichgewicht s. außenwirtschaftliches Gleichgewicht
Zentralbankgeld, 167
Zinspolitik s. Kredit und Zinspolitik
Zollsenkungen, 24, 37, 99 f., 240 a
Zwecksparen, 77